



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 70. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 11. April 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Dr. Jens Jokisch Leiter des Krisenreaktionszentrums des Auswärtigen Amtes (Beweisbeschluss Z-25)	9
Dr. Thomas Zahneisen Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes (Beweisbeschluss Z-78)	75
Generalmajor Dirk Faust Leiter der Unterabteilung „Militärpolitik und Einsatz“ des BMVg (Beweisbeschluss Z-84)	123

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 70. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 32. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen werden.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regeln des Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme auch weiterhin nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Jens Jokisch

Leiter des Krisenreaktionszentrums des Auswärtigen Amtes
(Beweisbeschluss Z-25)

Dr. Thomas Zahneisen

Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes
(Beweisbeschluss Z-78)

Generalmajor Dirk Faust

Leiter der Unterabteilung „Militärpolitik und Einsatz“ des BMVg
(Beweisbeschluss Z-84)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Vernehmung des Zeugen

Dr. Jens Jokisch

Ich begrüße unseren ersten Zeugen, Dr. Jens Jokisch, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der erneuten Ladung am 22. März 2024 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss ein weiteres Mal als Zeuge zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Jokisch, Sie waren zwar schon einmal als Zeuge hier im Untersuchungsausschuss; das liegt allerdings schon mehr als ein Jahr zurück. Deshalb kläre ich Sie heute noch einmal über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge auf.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das bedeutet, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann weise ich Sie noch darauf hin, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich dabei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann werde ich Sie jetzt kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich weiterhin nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann bitte ich Sie, sich nunmehr dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja. Mein Name ist Jens Jokisch. Ich bin 53 Jahre alt, Beamter im Auswärtigen Amt und zu laden über das Auswärtige Amt, 10117 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich will Ihnen auch noch mal sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechenden Unterlagen vorlegen wird. Und die Kolleginnen und Kollegen erinnere ich, wie jedes Mal an dieser Stelle, immer wieder gerne, bei Aktenvorlagen unbedingt zunächst die MAT-Nummer und Blattzahl zu nennen, bevor der Aktenvorhalt erfolgt, und auf die Benennung zahlreicher MAT-Nummern hintereinander nach Möglichkeit zu verzichten, sodass wir alle dem Geschehen gut folgen können. Das wird aber immer besser. Insofern muss das gar nicht mehr so oft wiederholt werden.

Wir kommen jetzt zu den Fragerunden der Fraktionen, es sei denn, Sie wollen noch mal zusammenhängend vortragen, Herr Zeuge.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Vorsitzender, ich würde gerne eine kurze Sache sagen, weil mir im Nachgang zur letzten Vernehmung im letzten Jahr doch einiges noch mal durch den Kopf gegangen ist.

In meiner Vernehmung im letzten Jahr ging es darum, was ich gemacht habe, was meine Funktion war etc. Etwas zu kurz gekommen ist dabei die Teamleistung. Ich möchte daher hier, da ich die Gelegenheit habe, hervorheben, wie sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krisenreaktionszentrums und zahlreiche Freiwillige wahn-sinnig reingehängt haben.

Wir hatten ein Team von 50 Leuten im Stamm-personal, das zusammen mit über 300 Freiwilligen mehrere Wochen 24/7 im Einsatz war. Einige Leute haben in Büros übernachtet, kaum geschlafen. Wenn überhaupt, sind sie kurz zum Duschen oder für neue Klamotten nach Hause gefahren. Beim KUT-Team Kabul fand das alles natürlich noch unter viel extremeren Bedingungen und sogar unter Lebensgefahr statt.

Alle haben bis zur völligen Erschöpfung und auch darüber hinaus gearbeitet. Wir mussten mehrfach Leute nach Hause schicken, die schlicht nicht mehr konnten, aber unbedingt weitermachen und helfen wollten.

Es war dann für uns alle hart, zu sehen, wie die Öffentlichkeit dafür fast nur Verachtung - man muss schon fast sagen: Häme - übrig hatte. Die Leute fühlten sich in ihren Anstrengungen in keiner Weise gewürdigt. Das Team des Krisenreaktionszentrums war nach der Evakuierung eigentlich ein atomisierter Haufen.

Es war daher im Nachgang zur akuten Evakuierungsphase eine meiner Hauptaufgaben als Referatsleiter, das Team wieder zusammenzubringen und wieder aufzubauen. Denn eins war uns allen klar: Die nächste Krise kommt bestimmt.

Und so war es dann leider auch. Bis heute ist die Welt nicht ruhiger geworden, und es gab leider zahlreiche und diverse Krisen seitdem.

So viel von mir. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank, Herr Zeuge. - Wir beginnen mit der Frage-runde. Das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger, bitte.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsit-zender. - Wir konnten uns gestern tatsächlich vor Ort noch mal ein Bild von der Arbeitsweise des Krisenreaktionszentrums verschaffen. Auch von meiner Seite noch mal herzlichen Dank für die Möglichkeit dazu. Wir können durchaus bestäti-gen, was Sie jetzt zu Beginn ausgeführt haben.

Mir geht es allerdings heute noch einmal genau um die Abläufe in den zwei entscheidenden Tagen, am 13. und 14. August. Zu Beginn - das wurde ja beim letzten Mal und auch in anderen Zeugenvernehmungen bereits ausgeführt - tagte am 13. August gegen Mittag der Krisenstab. Kurz nach Ende dieser Sitzung haben Sie und andere eine Mail des Gesandten van Thiel erhalten, und ich beziehe mich hierbei auf MAT A AA-8.120 VS-NfD, die Blätter 79 bis 82. In dieser E-Mail berichtet Herr van Thiel über eine weitere Ver-schärfung der Sicherheitslage, und ich darf aus dieser Mail zitieren, eher im Stakkatostil ge-schrieben:

- „- Sicherheit der Botschaft im Be-sonderen und der Green Zone im Allgemeinen ist durch Öff-nung der Flanke und Abzug von Si-Kräften der anderen, insb. USA, GBR, CAN, JAP und Weltbank deutlich redu-ziert.
- Durchhaltefähigkeit mit be-stehendem Si-Konzept bis max. 31.08.
- ...
- USA wollen uns bis 31.08. raus haben, bis dahin werden sie ihre Angebote aus MoU umsetzen Airlift zum Airport und aus dem Land.
- ...
- Lage im Land und Kabul ver-düstert sich für „Republik“- Reste weiter, deutlich kürzere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeitlinien und gefährlichere Szenarien als BND.

...

5. Erkenntnisse liegen vor, dass US Embassy Compound ebenfalls komplett geräumt wird und ans milHKIA verlegt + Gerät (u. a. Sense and warn system).“

Haben Sie von dieser E-Mail Kenntnis erhalten, und wie haben Sie diese E-Mail eingeschätzt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die E-Mail sagt mir etwas. Ich kann jetzt aber nicht genau sagen, ob ich da im Verteiler drin war. Ich vermute es, kann ich jetzt aber nicht mehr genau sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir legen Ihnen die E-Mail gerne vor.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Danke schön. - Ich kann dazu, wenn der Kollege auf dem Weg ist - - Vielleicht schaue ich einmal kurz in den Verteiler.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Herzlichen Dank. - Genau, ich war da auch im Verteiler. Gut.

Also, diese E-Mail fügte sich ein in eine Entwicklung, die sich schon die ganze Woche abgezeichnet hatte. Nämlich seit meiner Rückkehr aus dem Urlaub am Montag, den, ich glaube, 9. August, ging es nur noch um Afghanistan, um die Sicherheitslage, um die Sicherheit der Botschaft, um die Evakuierungsmöglichkeiten, um Lokalbeschäftigte etc. Es gab dann im Laufe der Woche mehrere Sitzungen dazu, sehr hektische - also, „hektisch“ klingt so negativ -, aber betriebsame Aktivitäten und dann, an dem 13. - genau - diese Krisenstabssitzung.

Was der Jan van Thiel dort schreibt, das fügt sich dann da ein, nämlich dass die Sicherheitslage Stück für Stück immer schwieriger wurde. Gleichzeitig hatten wir, was die Sicherheitslage angeht, ein nicht immer klares und eindeutiges

Bild. Wenn er zum Beispiel schreibt: „USA wollen uns bis 31.08. raus haben“, dann korrespondierte das nicht unbedingt mit Informationen, die unsere Politische Abteilung aus Washington gekriegt hat. Aber klar war, dass sich die Lage, wie er auch geschrieben hat, weiter verdüstert und dass wir deswegen unter Hochdruck weiterarbeiten mussten, was wir dann auch getan haben.

In der Krisensitzung vom 13.08. wurde ja beschlossen - ich habe mir das Protokoll natürlich mal durchgelesen vorher -, den Einstieg in aktive Evakuierungsplanungen, KUT-Entsendung etc. anzugehen. Jetzt schreibt der Jan van Thiel: „Durchhaltefähigkeit ... bis max. 31.08.“ - Insofern dachten wir, wir hätten alle noch mehr Zeit gehabt, die wir dann aber nicht mehr hatten. - So viel von mir.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem Zusammenhang noch eine ergänzende Frage: Waren Ihnen die Szenarienanalysen bzw. Vorhersagen des BND zur weiteren Entwicklung in Afghanistan zu diesem Zeitpunkt um den 13. herum bekannt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Der BND hat ja vorgetragen in der Sitzung vom 13.08.; das steht im Protokoll drin. Und die Zeithorizonte, von denen der BND ausging, waren dann etwas länger als die, wie sie sich dann in der Wirklichkeit dargestellt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage war noch etwas offener formuliert. Auch bereits vor dieser Krisenstabssitzung: Waren Ihnen diese Lageeinschätzungen des BND auch vor diesem Vortrag der Vizepräsidentin bekannt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also, bei uns im Lagezentrum laufen alle Berichte des BND - - laufen ein, laufen durch. Da gibt es natürlich auch welche zu Afghanistan. Das war, wie gesagt, das Thema in dieser Zeit. Es steht mir jetzt eigentlich kein konkreter Bericht vor Augen; aber alles, was der BND geschrieben hat, war auch bei uns, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie sich an die wahrscheinlichste vom BND eingeschätzte Lageentwicklung in Afghanistan erinnern? Können Sie die in eigenen Worten kurz zusammenfassen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Sie meinen, in der Sitzung am 13., oder?

Jörg Nürnberger (SPD): Nein, bereits vorher.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, das kann ich jetzt nicht. Es gab sehr, sehr viele Berichte dazu, in denen verschiedenste Szenarien aufgeblättert wurden, vom Szenario „Emirat 2.0“ - war eine Möglichkeit - bis hin zu blutigen Kämpfen in Kabul, was auch eine Möglichkeit war, was dann nicht so gekommen ist. Aus unserer Politischen Abteilung - weiß ich jetzt nicht, ob das auch in den BND-Analysen drinstand - war auch immer im Raum die Möglichkeit, dass es irgendwie eine Art von Verhandlungslösung sozusagen gibt, Powersharing.

Also, es gab sehr viele verschiedene Szenarien, die im Raum standen. Welche jetzt konkret in der BND-Berichterstattung auftauchen, kann ich nicht mehr sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sich beziehend auf das, was Sie jetzt gerade dargestellt haben, was den Inhalt dieser BND-Briefings oder bzw. -Analysen wiedergibt: Können Sie sich da in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, welches dieser von Ihnen aufgeführten Szenarien, das heißt blutige Kämpfe, Machtkämpfe in Kabul, doch noch das Erreichen einer innerafghanischen Friedenslösung, „Emirat 2.0“ und die vierte Lösung, die Sie aufgeführt haben, welches da vom BND als das wahrscheinlichste bewertet wurde?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, da kann ich mich nur noch an die Sitzung vom 13.08. erinnern. Aber was in den Papieren im Einzelnen drinstand - - Das waren sehr viele. Da weiß ich nicht mehr, welches jetzt das wahrscheinlichste war.

Gleichzeitig muss man sagen: Die Afghanistan-Expertise für das Lagebild, auch mit der Prognose, lag auch nicht in erster Linie bei uns als Krisenzentrum, die wir für die ganze Welt zuständig sind, sondern eben bei der Abteilung P. Wir haben versucht, das mitzulesen, so gut es geht, und uns ein eigenes Bild zu machen. Aber

was jetzt in den Tagen vor dem 13. das wahrscheinlichste war, das erinnere ich leider nicht mehr.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann zurück eben zu dieser Sitzung, die wir jetzt auch bereits mehrfach angesprochen haben. Wir haben ja gerade vorhin auch zitiert - und Sie haben auch darauf Bezug genommen -, der Gesandte van Thiel sprach hier davon, dass es deutlich kürzere Zeitlinien und gefährlichere Szenarien als BND gäbe. Wir haben jetzt kurz drüber gesprochen. Wie war Ihre Reaktion darauf? Haben Sie hier einen Widerspruch zwischen den Informationen wahrgenommen, die von Herrn van Thiel über Ihre Kanäle aus der Repräsentanz, aus der Auslandsvertretung, in Kabul heraus an die Zentrale ins AA gesendet wurden, und dem, was Sie von dem Dienst erhalten haben? War das für Sie ein Widerspruch, oder wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, in der Sitzung habe ich gar nicht reagiert, weil die Sitzung von der Staatssekretärin geleitet wurde. Ich habe das Sitzungsprotokoll hier noch mal vor mir liegen. Ich sehe gerade - soll ich Ihnen die MAT-Nummer noch mal sagen? die haben Sie wahrscheinlich -, die BND-Aussage ist ja geschwärzt in dem, was ich hier habe. Aber richtig ist, dass das Lagebild von Herrn van Thiel schon, sagen wir mal, in der Prognose etwas düsterer war, als der BND das hatte. Das kam auch in der Sitzung zum Ausdruck. Er hat das - ich sehe hier gerade auch - - „USA werden bis zum 31.08. minimieren“. Das entspricht dann so weitgehend der Mail, die Sie auch vorhin zitiert haben.

Man muss dazu sagen, für das Lagebild - wie gesagt, die AP kann das am besten zusammenbringen - gibt es ja sehr, sehr viele Elemente, die dazu herangezogen werden. Wichtig ist es natürlich immer, dass der Botschaft vor Ort - das ist auch einer der wesentlichen Gründe, warum wir eine Botschaft haben, sozusagen Augen und Ohren - - die also wissen: Was machen die anderen Vertretungen? Was sagen die anderen Vertretungen? Wie ist sozusagen die Stimmung? Zusätzlich gibt es aber eben auch die hier geschwärzten BND-Einschätzungen, wo die Zeithorizonte damals etwas länger noch dargestellt wurden. Aber es



Nur zur dienstlichen Verwendung

gab eben auch noch andere Faktoren, die überwiegend über die Politische Abteilung, also die Abteilung AP, dann kamen. Das waren direkte Kontakte mit den USA, wo aus Washington also andere Signale kamen, teilweise. Das waren aber auch Kontakte aus der Region. Der Jasper Wieck war vorher noch in der Region, in Pakistan etc. und hatte da ein Bild mitgebracht, was keineswegs klar war, was sehr, sehr widersprüchlich war. Insgesamt gab es aber schon zwischen Herrn van Thiel und dem BND gewisse Unterschiede. Aber, wie gesagt, es waren nicht die einzigen Teile, die dann für die Entscheidungsfindung herangezogen wurden. - So viel von mir.

Jörg Nürnberger (SPD): Nö, überhaupt kein Problem. - Wenn Sie jetzt dargestellt haben, dass das durchaus, um diesen Begriff „Widerspruch“ zu vermeiden, als unterschiedlich zur Kenntnis genommen wurde: Hatte das dann Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung später? Sie haben es gerade erwähnt, Sie haben es in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Wurden diese Aspekte, die Herr van Thiel hier sehr ausdrücklich dargestellt hat, dann in Ihre eigenen künftigen Entscheidungen als maßgebende Richtlinie miteinbezogen, oder fielen die dann bei der Bewertung eher unter den Tisch?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, also, wie gesagt, die Sitzung wurde von der Staatssekretärin geleitet, und wenn Sie von „Entscheidungen“ sprechen, dann waren das Entscheidungen, die politischer Natur waren und auch entsprechend auf der politischen Ebene getroffen worden sind. Ich als Referatsleiter und Leiter des Krisenzentrums war jetzt nicht in der Position, entscheiden zu können. Meine Rolle war dann eher die, das dann umzusetzen.

Wenn ich die Schlussfolgerungen dieser Krisenstabssitzung mir angucke, dann scheint es mir so, dass man doch vorausschauend agiert hat und auch, sagen wir mal, kritische Szenarien da eingebaut hat. Da steht jetzt:

„Konkreter Einstieg in die ...
Evakuierung

... Entsendung eines KUT ...

... Planung und Vorbereitung ...
zur möglichen Entsendung weite-
rer militärischer Kräfte“

Also, das lief dann alles sehr unmittelbar an.

Wo man sich dann getäuscht hat, war, dass man die nächste - - Ich sehe hier gerade: Noch am gleichen Tag wurden dann die Obleute der Ausschüsse Außen und Verteidigung unterrichtet.

Wo man sich dann getäuscht hat, war, dass man noch am Montag die nächste Krisenstabssitzung machen konnte - das stellte sich am Freitag noch so dar - und dass man noch am Montag einen Charterflug für Lokalbeschäftigte machen will. Die Zeithorizonte haben sich dann entsprechend verkürzt; aber, sagen wir mal, die Maßnahmen, die getroffen worden sind - hier militärische Entsendungen und so was -, die liefen unmittelbar an und sind dann auch zügig erfolgt. - So viel von mir.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Nachfrage, die sich anschließt: Ich kann verstehen, dass Entscheidungen am Ende auf politischer Ebene getroffen worden sind. Aber was hat es denn für Auswirkungen auf Ihre ganz praktische Arbeit als Leiter des Krisenreaktionszentrums gehabt? Oder um die Frage offen zu formulieren: Hatte diese Einschätzung Auswirkungen auf Ihre Arbeit? Haben Sie Maßnahmen auf Ihrer Ebene, wofür Sie zuständig sind, wofür Sie die Verantwortung tragen, getroffen im Anschluss an diese Krisenstabssitzung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, für uns als Krisenzentrum war das eine sehr, sehr wichtige Sitzung, vor allen Dingen der Punkt - das steht hier so abstrakt - „Konkreter Einstieg in die Vorbereitung einer möglichen Evakuierung“. Das heißt für uns, da gibt es jetzt tierisch viel zu tun, was man da machen muss. Eins steht dabei: „Entsendung eines KUT (AA BMVg)“. - Das heißt, da müssen dann - ich glaube, das hatten wir uns auch schon vorher ausgedacht - auch Leute in Marsch gesetzt werden, wer das sein soll. Es gab damals auch ein Visaproblem mit Afghanistan, also mussten - vielleicht waren sie auch schon beantragt - - aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

die wurden dann beantragt. Musste also alles geplant werden. Dann sind wir in einen engen Austausch mit dem BND gegangen, um die Planungen, die es ja schon gab für militärische Evakuierungsmaßnahmen, dann tatsächlich anzustoßen und umzusetzen. Heißt hier: „Planung und Vorbereitung (im Inland) zur möglichen Entsendung weiterer militärischer Kräfte“. Also, wir sind danach intern alle in starke Aktivität verfallen. Also, für uns war das eine sehr, sehr, sehr wichtige Sitzung.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank bis hierher. - Sie haben jetzt auch bereits erwähnt die Diskussion um die Entscheidungsfindung über die Evakuierung der Botschaft. Ich würde Sie bitten, aus Ihrer Erinnerung zu erläutern, wann zum ersten Mal vonseiten der afghanischen Auslandsvertretung oder der Auslandsvertretung in Afghanistan, um es richtig zu formulieren, an das AA die Bitte herangetragen wurde, eine Entscheidung über die Evakuierung der Botschaft herbeizuführen. War das in dieser Krisenstabssitzung, über die wir jetzt ausführlich gesprochen haben? War es erstmals in einer Mail vom 14. August, 15.19 Uhr Berliner Zeit, die die Überschrift trägt „Mit der Bitte um Entscheidung“? Da beziehe ich mich auf MAT A-AA 8.38 VS-NfD, Blatt 229. Oder war es ein anderer Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Wenn ich die E-Mail auch kurz sehen könnte, wäre ich dafür dankbar. - Also, ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung daran, wann der Jan Hendrik van Thiel das erste Mal gesagt hat: Die Botschaft muss bitte jetzt evakuiert werden. - Das weiß ich nicht mehr.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Danke schön. - Was ich aber weiß, ist, dass seit meiner Ankunft am 9. August, am Montag, eigentlich in Berlin über nichts anderes geredet wurde als über dieses Thema, nach dem Motto: Die Sicherheitslage wird immer schwieriger, die politische Lage wird immer schwieriger. Wann ist der richtige Zeitpunkt für eine Evakuierung der Botschaft, den natürlich niemand verpassen

will? Es geht es ja um Schutz von Leib und Leben der deutschen Staatsangehörigen und natürlich auch Personalfürsorge unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. - Also, das war ein Riesenthema, wann das ist.

Gleichzeitig - und das hatte ich ja versucht letztes Mal, im letzten Jahr schon zu sagen - ist diese Abwägung, dass es noch große politische Interessen gab in Afghanistan - die Verhandlungen in Doha liefen noch; es ging noch um die Lokalbeschäftigten, für die wir Charterflüge gemacht haben - - Also, wann ist sozusagen der Zeitpunkt, an dem diese sehr gewichtigen politischen Interessen, an denen die Sicherheitslage das nicht mehr rechtfertigt, die Risiken einzugehen? Das war immer ein Thema.

Wann der Jan Hendrik das das erste Mal gesagt hat, da habe ich ehrlich gesagt keine Erinnerung dran. Er hat ja sehr intensiv berichtet und die Sicherheitslage immer sehr detailliert dargestellt. Wann er da das Petikum das erste Mal gemacht hat, weiß ich jetzt so nicht mehr.

Ich gucke jetzt mal diese E-Mail von 15.19 Uhr an, vom Samstag. Da schreibt er:

„wir **MÜSSEN JETZT FARBE BEKENNEN UND ENTSCHIEDEN**
... Wir sind im Szenario der militärischen Evakuierung, wäre meine Interpretation.“

Genau. Also, da war das klar, und da - - An diesem Samstag - - Samstag, 15.19 Uhr, war das, genau. Ich weiß nicht, ob das dann der Auslöser war, aber, ich glaube, da habe ich auch noch eine Mail geschrieben, habe gesagt: Okay, wenn das so stimmt, wenn das so ist, dass die USA ihre Botschaft schließen, die Green Zone nicht mehr gesichert ist, dann gibt es für uns keinerlei Möglichkeiten mehr, dass wir unsere Botschaft noch aufrechterhalten.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie - und Sie haben ja vorhin sehr plastisch beschrieben, wie hektisch die Lage war im Krisenreaktionszentrum mit extremem Arbeitsanfall - damals mitbekommen diesen E-Mail-Verkehr zwischen Herrn van



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thiel und dem Auswärtigen Amt, der ja an diesem Tag mehrmals hin- und herging, oder ist es unter Ihrem Radarschirm? Diese E-Mail war Ihnen ja offensichtlich bekannt. Aber waren Ihnen auch die weiteren E-Mails, die an diesen Tagen versendet wurden, bekannt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich habe mehrere E-Mails von Herrn van Thiel gesehen. Ich war da wahrscheinlich immer im Verteiler, wenn es um die Sicherheitslage ging. Aber wenn Sie sagen, ob mir der E-Mail-Verkehr von Herrn van Thiel mit dem Auswärtigen Amt bekannt ist: Weiß ich nicht, ob es noch andere Stränge in Personalsachen oder so was gibt. Das weiß ich jetzt nicht. Aber ich glaube, er hat da immer - ich war da ja so mehr oder weniger sein Hauptansprechpartner - was er berichtet hat zu den Entwicklungen am Samstag, als sich das abzeichnete, die USA machen ihre Botschaft, anders als sie vorher gesagt hatten, vielleicht doch früher dicht und so was. Das war schon so, und es gab dann auch die entsprechende Telefonschaltel in Berlin unter Leitung der Staatssekretärin. Vielleicht war das dafür der Auslöser. Das erinnere ich nicht mehr.

Auch da noch mal, wenn ich das kurz ergänzen darf: Was er geschrieben hat, war natürlich sehr, sehr wichtig. Gleichzeitig haben wir aber aus den USA auch andere Signale gehört. Also, es gibt - - Ich kann mich noch erinnern - ob das diese Mail war oder eine andere von Jan Hendrik, weiß ich jetzt nicht mehr -, das hat dann dazu geführt, dass unsere Politische Abteilung bis zur Staatssekretärschicht dann sofort in Washington nachgefragt hat: Kann das sein? Ihr habt doch was anderes gesagt. - Da kamen auch teilweise andere Signale. Und erinnerlich ist mir eine Mail von Staatssekretär Berger, [REDACTED], gesagt hat, nein, das würde nicht stimmen und die Green Zone würde auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben; das müsse irgendwie ein Missverständnis sein.

Wie gesagt, also, die Lage war sehr, sehr unsicher. Aber auf jeden Fall: Das, was Jan Hendrik da gesagt hat, das zu starken Aktivitäten auch am Samstag dann geführt. - So viel von mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit wechselt das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Jokisch, dass Sie uns heute noch mal als Zeuge zur Verfügung stehen. - Ich würde anschließend an die Frage des Kollegen Nürnberger. Sie haben in Ihrer Vernehmung, die ja gut ein Jahr her ist, am 30. März letzten Jahres, ausweislich des endgültigen Stenografischen Protokolls - das ist Seite 73 des Protokolls - gesagt hinsichtlich der Evakuierungsentscheidung - Zitat -:

„Das ist dann die politische Ebene, ja, und bei Kabul war es sogar der Minister dann selber.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist jetzt: Welches Kenntnis haben Sie davon, wann an den Minister der Wunsch zur Evakuierung der Botschaft herangetragen worden ist? Und wann haben Sie Kenntnis von der Entscheidung des Ministers erhalten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die Entscheidung zur Evakuierung der Botschaft erfolgte am 15., am Sonntag, dann allerdings, man muss fast schon sagen, ex post facto, weil die Botschaft damals ja schon ausgeflogen war an den Flughafen.

Was am Samstag passierte, ist, dass ich diese Infos, die ich hatte, jeweils im Hause weitergestreut habe. Das schicke ich natürlich nicht an den Minister - an wen ich das jetzt geschickt habe, kann ich jetzt auch nicht mehr genau sagen; müsste aber drin sein -, auf jeden Fall aber immer an unsere Staatssekretärschicht, die für uns als Krisenzentrum die direkten Ansprechpartner dann sind. Inwiefern es dann da eine Kommunikation zwischen der Staatssekretärin und dem Minister gab, das weiß ich nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, dann frage ich noch mal konkret nach: Haben Sie selbst eine Empfehlung zur Evakuierung der Botschaft gegeben und, wenn ja, wann und an wen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, wenn ich das noch mal in die Abläufe einbetten darf: Es gab also am - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, ich würde Sie bitten, meine Frage zu beantworten. Die ist ja relativ überschaubar. Haben Sie selbst eine Empfehlung zur Evakuierung der Botschaft gegeben und, wenn ja, wann?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, ich habe nach meiner Erinnerung - nach meiner Erinnerung kann ich das immer nur sagen; ich habe die Akten noch mal durchgesehen - eine Mail von Jan Hendrik van Thiel genommen, habe die auf größerem Verteiler rumgeschickt und habe gesagt: Wenn das stimmt, dass die Green Zone nicht mehr gesichert ist, die USA abziehen, dann müssen wir auch raus.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wann ist das gewesen nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das war am Samstagnachmittag.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Am?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Am Samstagnachmittag.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Am Samstagnachmittag.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Darf ich noch ganz kurz? - Wobei, ich habe geschrieben: „Wenn das stimmt“, weil das Lagebild war unklar. Das war nicht so eindeutig, ob das wirklich so stimmt dann. Aus Washington haben wir, wie gesagt, andere Signale gehört. Staatssekretär Berger hat - das habe ich schon mal gesagt - gesagt, nein, das muss ein Missverständnis sein, die Green Zone würde ... (akustisch unverständlich). Aber uns war allen - - Mir war klar - und das habe ich auch immer so gesagt -: Ohne die Amerikaner, ohne die US-Botschaft, ohne die Green Zone müssen wir unsere Botschaft auch rausziehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist nach Ihrer Kenntnis damit die Entscheidung zur Evakuierung der Botschaft ohne die Zustimmung des Ministers erfolgt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Es gab dann am Samstagnachmittag eine Telefonschleife unter Leitung der

Staatssekretärin, wo genau diese Sachen besprochen wurden, über die wir hier jetzt auch gerade sprechen. Das Ergebnis dieser Telefonschleife war, dass die Botschaft zum frühestmöglichen Zeitpunkt an den Flughafen verlegen soll.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das deswegen nach, weil Sie eben selber gesagt haben, die Entscheidung des Ministers sei - ich habe den Wortlaut jetzt nicht mehr präsent - nachträglich getroffen worden. Können Sie das vielleicht noch mal näher ausführen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich vermute - - Das war eine Entscheidung, die die Staatssekretärin getroffen hat. Ich vermute - es gibt ja leider kein Protokoll dazu -, ich glaube, sie hat sich dazu auch mit dem Minister dann rückgekoppelt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das wird Ihnen aber Frau Leendertse besser sagen können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Das werden wir dann direkt klären.

Aber Sie haben sozusagen keine - - Oder haben Sie Kenntnis davon, dass der Minister persönlich die Entscheidung getroffen hat, und, wenn ja, wann haben Sie Kenntnis davon bekommen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, unser Ansprechpartner war die Staatssekretärin. Mit dem Minister habe ich nicht selber gesprochen; dafür gibt es die Staatssekretärin. Aber meine Erinnerung jetzt, wenn ich so darüber nachdenke: Es gab diese Telefonschleife am Samstagnachmittag. Da hat die Staatssekretärin ja gesagt: „Jawohl, das geht jetzt alles in diese Richtung, wir müssen von unserem Botschaftsgelände weg, wir müssen zum Flughafen“, wo vorher schon der Auftrag erteilt wurde, dass sie gucken sollen, wie das geht. Ich meine, ich glaube, sie hat gesagt: „Ich kopple das noch mal mit dem Minister zurück“, nach meiner Erinnerung, und das ist dann auch - - Genau weiß ich es dann nicht mehr. Aber ich habe dann im Ergebnis auf jeden Fall den Jan Hendrik van Thiel am Abend angerufen mit genau dieser Bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage das nur deswegen, weil Sie ausdrücklich gesagt haben: Bei Kabul war es der Minister selbst.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, Sie müssen ja Kenntnis davon haben, dass der Minister selbst die Entscheidung zur Evakuierung der Botschaft getroffen hat. So verstehe ich die Aussage, die Sie vor dem Ausschuss getätigt haben.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Wie gesagt, ich bezog mich wahrscheinlich dann - das habe ich jetzt nicht noch mal nachgelesen - aber auf die Krisenstabssitzung vom 15., wo der Minister gesagt hat: Super, dass Sie da rausgegangen sind, super, dass Sie da alle heil rausgekommen sind. Sehr gut.

Es gab, muss man sagen, an dem Sonntagmorgen auch wirklich keine andere Wahl. Natürlich musste die Botschaft auf die US-Flieger gehen, wenn die gesagt kriegen: Hier, ihr könnt jetzt mitfliegen, now or never. - Natürlich mussten die da raus, da gab es keine Wahl. Das hat der Minister ausdrücklich gutgeheißen. Meines Erachtens hat auch die Staatssekretärin vorher mit ihm darüber gesprochen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Dann würde ich gern mit Ihnen zum Bereich der Liste der deutschen Staatsbürger kommen. Nach § 6 Absatz 3 Konsulargesetz heißt es - Zitat -:

„Um in den in Absatz 1 genannten Fällen sofort wirksam helfen zu können, sollen die Konsularbeamten eine Liste der in ihrem Konsularbezirk ansässigen Deutschen und anderer Schutzbefohlenen sowie ihrer Familienangehörigen erstellen und auf dem laufenden halten.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist jetzt: Wer ist für die Führung dieser Liste nach § 6 Absatz 3 Konsulargesetz zuständig?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das ist die sogenannte ELEFAND-Liste. Man muss dazu sagen: Die Formulierung im Gesetz stammt aus Zeiten, bevor es Internet gab. Damals war es so, dass ein Konsularbeamter tatsächlich eine Liste führte an der jeweiligen Botschaft. Das hat sich in Zeiten von Internet natürlich überlebt. Jetzt haben wir die virtuelle ELEFAND-Liste - ELEFAND mit D geschrieben -, in die sich die Leute selber eintragen. Also, da führt niemand mehr händisch eine Liste.

Diese Liste wird natürlich betreut. Die wird konkret betreut von unserer Rechtsabteilung, der Konsularabteilung, dem sogenannten Referat 511, die die Konsularbetreuung in Einzelfällen machen. Ist aber auch für uns ein ganz wesentliches Kriterium dafür, wie viele deutsche Staatsangehörige es überhaupt gibt in dem jeweiligen Land.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Deswegen stelle ich diese Fragen jetzt auch an Sie, weil sie ja umsetzen soll sozusagen bestimmte - Sie haben das, glaube ich, mal Großschadensereignisse genannt - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - - und die Evakuierung dann sozusagen vorbereiten soll. Deswegen soll es ja diese Liste geben nach dem Konsulargesetz. - Meine Frage ist jetzt: Erinnern Sie, wie viele deutsche Staatsbürger am 13. August 2021 auf dieser Liste standen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich erinnere mich, Herr Abgeordneter, an meine Krisenberatungsreise im März. Da waren das knapp unter 80. Das waren im August, soweit ich mich entsinne, etwas weniger, aber immer noch im zweistelligen Bereich, nach meiner Erinnerung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Etwas mehr. Etwas mehr. Entschuldigung. Etwas mehr, aber immer noch im zweistelligen Bereich. Verzeihung. Also knapp unter 100.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ist es ja so, dass Sie bereits in Ihrem Bericht über Ihre Krisen- - also die Reise im Zusammenhang mit der Erstellung eines Krisenplans, schon ausgeführt haben, dass diese Liste unvollständig sei. Das heißt, Sie wussten im Frühjahr 2021, dass die von Ihnen jetzt mit circa 80 bezifferte, also am 13. August ja sogar noch bezifferte - nee, bei Ihrer Reise haben Sie gesagt, 80 - - dass die unvollständig war. Was haben Sie denn eigentlich in der Folgezeit unternommen, um die Vervollständigung dieser Liste sicherzustellen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da, Herr Abgeordneter, muss ich so ein bisschen ausholen dazu. Die ELEFAND-Liste ist immer unvollständig. Die ist per definitionem unvollständig, nämlich weil es keine Pflicht gibt, sich in diese Liste einzutragen. Deswegen haben Sie immer in jedem Land eine Dunkelziffer von Leuten, die sich da nicht eintragen können, nicht eintragen wollen, was auch immer. Das ist auch der Grund - - Kleiner Exkurs: Die Briten haben keine entsprechende gesetzliche Verpflichtung. Die haben so eine Liste abgeschafft, weil die haben gesagt: Das ist nur ein sehr vager Anhalt; das machen wir nur bei Bedarf.

Wir haben eine gesetzliche Verpflichtung dazu, machen diese Liste, gehen dort immer mit, sagen wir mal, einem Faktor ran, der immer so ein bisschen unsicher ist. Ich glaube, wir sind im Endeffekt damals von ungefähr 300 Leuten ausgegangen, die dann wirklich dort im Land sind, haben also grob den Faktor 3 angenommen. Das hängt aber von vielen Faktoren ab: ob Ferienzeit ist, ob Urlaubszeit ist. Bei der Libanon-Evakuierung 2006 hatten wir ein Faktor 10, weil das eben mitten in der Hauptbesuchssaison war. Hier haben wir den Faktor 3 angenommen. Es waren dann, glaube ich, im Endeffekt so was zwischen 400 und 500, weil die Erfahrung zeigt, je länger eine Krise andauert, je intensiver sie auch wird, desto mehr Leute tragen sich dann doch ein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist mir schon klar, aber ich versuche, mir jetzt noch mal das Szenario vorzustellen. Also, Sie machen eine Krisenvorbereitungsreise, sage ich mal, entwerfen einen entsprechenden Maßnahmenplan, stellen

dabei fest, die Liste ist unvollständig. Deswegen frage ich noch mal konkret nach: Was haben Sie in der Zeit zwischen dem Ende Ihrer Reise, bei der Sie die Unvollständigkeit der Liste festgestellt haben, und dem Beginn der Evakuierung unternommen, um die Liste zu vervollständigen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, die Feststellung, dass die Liste unvollständig ist, ist kein Ergebnis der Reise gewesen, sondern das ist allgemeine Feststellung. Das ist weltweit so.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, es kommt in Ihrem Bericht vor. Deswegen frage ich Sie danach.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau, genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie stellen fest, dass die Liste unvollständig ist. Und meine Frage ist ganz konkret: Was haben Sie danach unternommen? Die Liste ist ja wichtig, vermute ich mal, -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Absolut, absolut.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - um zu wissen: Wie viele Menschen will ich evakuieren?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was haben Sie unternommen, um die Liste zu vervollständigen? - Das ist meine konkrete Frage, und ich bitte, die nicht ausweichend zu beantworten.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, ich versuche, Ihre Frage nicht - -

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung möchte sich zwischendrin äußern. Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Genau, vielen Dank. - Also, nach meinem Empfinden hat der Zeuge auf diese Frage vollständig und auch widerspruchsfrei geantwortet, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie die Antwort dann vielleicht wiederholen, Herr Gloßner?

VLR Andreas Gloßner (AA): - und es ist jetzt zum dritten Mal die gleiche Frage gestellt worden. Das würde ich, natürlich in das Anheim des Vorsitzenden stellend, für unzulässig halten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In diesem Fall bin ich der Auffassung, dass die Frage schon mehrmals gestellt, aber in der Form auch noch nicht konkret beantwortet worden ist. Die Frage war ja, was alles unternommen worden ist, und die soll noch beantwortet werden. Ich bitte darum, dass der Zeuge das tut.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also noch mal, Herr Abgeordneter: Ich möchte natürlich nicht Ihren Fragen ausweichen oder sie ausweichend beantworten.

Also, wir haben ein gewisses Instrumentarium, das in allen Ländern gilt, nämlich in allen Ländern versuchen wir natürlich, eine Liste so vollständig, wie es denn eben geht, zu machen. Dazu gehört, dass wir bei jedem Termin mit Organisationen, mit NGOs, mit GIZ die Leute darauf hinweisen und sie auch bitten, dass sich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eintragen wollen, dass wir allgemeine Aufrufe starten weltweit und dass wir das auch in die Landsleutebriefe in der Regel reinschreiben, nach dem Motto: Wenn Sie jemanden kennen, der nicht eingetragen ist, sagen Sie ihm das bitte. - Ob das in Afghanistan erfolgt ist, kann ich jetzt rückblickend nicht beantworten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da würde ich aber gerne noch mal nachfragen. Also, haben Sie Kenntnis davon, dass im Nachgang zu der Feststellung der Unvollständigkeit der Liste es allgemeine Aufrufe, wie Sie es eben bezeichnet haben, oder Landsleutebriefe gegeben hat, in denen aufgefordert wurde, sich in die Liste einzutragen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich weiß, dass es Landsleutebriefe gibt, deren Wortlaut mir jetzt aber nicht vorliegt. Insofern kann ich Ihnen das

jetzt nicht sagen. Ich weiß nicht, ob das da entsprechend drinstand. Ich weiß, dass es ein ständiges Thema bei allen Gesprächen mit internationalen Organisationen, GIZ, NGOs etc. ist, sich da einzutragen. Wo das konkret erfolgt ist, kann ich Ihnen allerdings auch nicht sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich noch mal anders: Haben Sie eine Anweisung oder Empfehlung gegeben, Maßnahmen zu ergreifen, um die Liste zu vervollständigen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, dieses Problem, um es noch mal zu sagen, das wir in Afghanistan haben, haben wir weltweit, und wir versuchen immer wieder, das weltweit anzugehen. Speziell für Afghanistan haben wir nach meiner Erinnerung keine Maßnahmen angestoßen, weil es eben ein weltweites Problem ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das verstehe ich jetzt nicht, Herr Dr. Jokisch. Es ist ein weltweites Problem, aber hier sprechen wir von einer Krisenvorbereitung. Also, ist es aus Ihrer Sicht zweckmäßig, eine solche Liste auf dem aktuellen Stand zu halten?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, das ist - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): „Ist es zweckmäßig“, das würde ich als eine Ex-post-Einschätzung sehen und die Frage daher als unzulässig sehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Inwieweit ist es - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung. Wir halten mal einen Moment die Uhr an.

Ich glaube, ein Problem der Befragung liegt im Augenblick darin, dass gelegentlich der Zeuge zunächst mit einer Begründung antwortet und



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann die Antwort ... (akustisch unverständlich)
Wenn wir das umgekehrt halten, dass die Frage beantwortet wird und die Begründung danach erfolgt, dann ist es leichter, das zu sortieren. Das ist ein Teil der Schwierigkeiten. Manchmal haben wir einen konkreten Sachverhalt, und in der Begründung verweist der Zeuge dann auf übliche Gepflogenheiten. Wenn wir das einfach umdrehen, dann kommen wir alle, glaube ich, zu einem besseren Ergebnis. Also, wenn - - konkrete Frage beantwortet, und wenn Sie dann - - Und das muss dann auch möglich sein, dass der Zeuge dann auch begründen darf, warum so gehandelt worden ist mit Blick auf übliche Verfahren. So verstehe ich das. Aber zunächst mal sollte die Frage immer in der Sache beantwortet und dann begründet werden. - Bitte schön.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann stelle ich die Frage noch mal anders. Aus Ihrer Sicht: Hat es die Evakuierungsmission verkompliziert, dass es zum Zeitpunkt des Beginns keine vollständige ELEFAND-Liste gab?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, ich versuche, beide Fragen zusammen zu beantworten, die letzte und die jetzige, und versuche das, Herr Vorsitzender, auch so, dass das auch in der richtigen Reihenfolge geschieht und man es besser verstehen kann.

Also, für uns ist es nicht nur Afghanistan - - Sondern überall ist es zweckmäßig und absolut anstrebenswert, dass die ELEFAND-Liste möglichst vollständig ist. Endgültig vollständig ist sie nie, weil es Leute gibt, die wollen sich da nicht eintragen, aus mehreren Gründen. Aber wir wollen das immer möglichst haben und versuchen das auch immer wieder weltweit.

Ich glaube, in Afghanistan war das Phänomen so, wie wir das auch in anderen Krisen haben. Da müssen Sie eigentlich gar nicht viel machen, dass die Leute sich eintragen, sondern je intensiver die Krise wird, desto mehr Leute tragen sich ein. Das ist eine Erfahrung aus ganz vielen Krisen. Das war im Sudan so, das war in Gaza so, und manche Leute tragen sich auch noch Wochen später erst ein. Die Gründe dafür sind unserer Erfahrung nach sehr weit gestreckt. Die meisten

Leute in Afghanistan, die sich dann eingetragen haben, waren Doppelstaatler, die in dem Land gelebt haben, die dort ihr Eigentum hatten, ihr Leben sozusagen, und die erst bei einem sehr fortgeschrittenen Stadium sich überlegt hatten, sie würden doch gerne lieber rausgehen, weil sie natürlich dann sehr viel zurücklassen.

Um Ihre zweite Frage zu beantworten: Ich glaube nicht, dass es die Evakuierungsaktion wahnsinnig verändert hat, weil erstens haben sich dann bis zum Schluss noch deutsche Staatsangehörige eingetragen. Wenn Sie das in absoluten Zahlen sehen, wie viele deutsche Staatsangehörige es gibt, dann waren das einige Hundert. Wenn es gleichzeitig um die Zahlen geht, die ausgeflogen werden sollten an Lokalbeschäftigten, an schutzbedürftigen Personen, dann waren das mehrere Tausend. Im Endeffekt hat die Bundeswehr ausgeflogen 5 300 oder 5 400 Leute irgendwie. Ich glaube, für den Ablauf der Evakuierungsaktion hat das keinen großen Unterschied gemacht, weil die Flugkapazitäten eben ausreichend vorhanden waren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde dem Zeugen gerne vorhalten MAT A-AA 8.59 VS-NfD, Blatt 284.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie die MAT-Nummer noch mal wiederholen, Herr Röwekamp?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das ist MAT A-AA 8.59 VS-NfD, Blatt 284.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: So, ich lese das jetzt mal. General Berger schreibt hier - ich lese es jetzt laut für mich - am 21. August, also als die Evakuierungsaktion am Laufen war:

„BMVg erbittet die Liste der
Deutschen bis spätestens morgen
früh ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Genau. Und dann habe ich - da ging es wahrscheinlich um die entsprechenden Planungen von Einsätzen der Bundeswehr - geantwortet:

„... nach Rücksprache mit dem Listen-Team: Bisher wurden ... Name, Erreichbarkeit ... und Passdokumente abgefragt, der Aufenthaltsort war nicht relevant. Die Liste ohne Aufenthaltsort könnten wir sofort“ - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Zeuge, den Inhalt der Mail kennen wir selber.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich lese es für mich selber durch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Und dann schreibt Herr Berger:

„... dann geben wir die Liste schon einmal weiter. Aufenthaltsorte können wir noch abfragen.“

Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Meine Frage ist: Lag zum Zeitpunkt der laufenden Evakuierungsmission der Bundeswehr keine Liste über die zu evakuierenden Deutschen vor?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, ich lese diese Mail so, dass es eine Liste von Deutschen gab, aber eben ohne Aufenthaltsort. Und das war das Problem. Es gab eine Liste. Wir hatten die Leute, die sich eingetragen haben, und das wurden im Laufe der Evakuierungs- oder Krisenaktion immer mehr - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigung. Ich muss Sie unterbrechen, weil Sie die E-Mail interpretieren. Ich frage Sie nach Ihrer Kenntnis, und Sie antworten - Zitat -:

„Die Liste ohne Aufenthaltsort könnten wir sofort übergeben.“

Deswegen noch mal meine Nachfrage: Kann ich davon ausgehen, dass aufgrund des Inhalts Ihrer Mail vom 21. August 2021 um 20.18 Uhr die Bundeswehr von Ihnen noch keine Liste über die zu evakuierenden Personen auf der ELEFAND-Liste hatte?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage Sie nach Ihrer Kenntnis.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das stellt sich nach dem - - nach dieser Mail so dar, erschließt sich mir nicht ganz, weil die Bundeswehr natürlich jederzeit Zugriff auf unsere ELEFAND-Systeme hat oder haben kann. So.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie das denn, wenn ich fragen darf?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, also es gibt zwei Möglichkeiten. Erstens. Wir haben bei uns natürlich Zugriff auf die ELEFAND-Liste. Wir haben einen ständigen Verbindungsbeamten bei uns, und der - - kann also jederzeit übergeben werden. Jederzeit. Also, damit gibt es auch kein Problem.

Um das Ganze in Echtzeit zu schaffen, haben wir jetzt - aber das ist, denke ich, noch ein Schritt weiter - das KVInfoSys, das Krisensystem Bund, mit der ELEFAND-Liste elektronisch verknüpft, sodass die Bundeswehr das auf Knopfdruck abfragen kann. Das ging mit dem alten ELEFAND-System noch nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist aber nach dem Untersuchungszeitraum.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Bitte?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist aber erst nach dem Untersuchungszeitraum.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, ja, genau. Das ging nach dem alten ELEFAND-System noch nicht. Aber da hatten wir die Daten natürlich da, und die Bundeswehr kann sie jederzeit erhalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, jetzt sind wir erst mal am Ende -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat sie aber offensichtlich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - dieser Runde. Wir wechseln jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni, Sie haben das Fragerecht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Dr. Jokisch! Nur noch mal als Einordnung, damit Sie auch die Nachfragen des Kollegen vielleicht verstehen: Wir hatten Zeugenvernehmungen hier, aus denen sich ergibt, dass genau das leider nicht der Fall war. Wir werden da auch nachher bestimmt noch mal drauf zurückkommen.

Jetzt will ich aber gerne mit dem Landsleutebrief erst mal noch mal weitermachen und mit einem Vorhalt beginnen. Das ist MAT A-AA 8.107 VS-NfD, Blatt 80 bis 82. Das ist ein Mailaustausch zwischen Herrn Krüger und Ihnen vom 13.07. Da schreiben Sie ihm:

„Liebes AP-Team, wir waren in der Runde heute so verblieben, dass es für eine Ausreiseaufforderung über die aktuellen SiHis hinaus derzeit noch zu früh ist ...“

In Klammern: für den Landsleutebrief.

„Im Endeffekt ist es aber eine Frage, welches politische Signal wir wann senden wollen.

Die FRA Ausreiseaufforderung läuft ja bereits durch die Presse. Denkbar wäre aus meiner Sicht ein Hinweis auf den FRA Flug für den Fall, dass DEU StA das Land verlassen wollen. Unbedingt notwendig wäre es nicht, da es ja Linienflüge gibt. Jeder LLB würde sofort in der Presse zitiert“

- also Landsleutebrief -

„und ggf. auch mit dem OKV vermenget werden.“

Was meint ihr?

Grüße J“

Die Antwort von Krüger ist:

„... denke, ja, das sehe ich genau so.“

Und Sie sagen:

„Ok, dann raten wir der Botschaft erst mal vom LLB ab.“

Das heißt, Sie haben am 13.07. der Botschaft davon abgeraten, einen Landsleutebrief zu schreiben. Können Sie das einmal kurz erläutern, wie Sie zu der Anweisung gekommen sind?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau. Vielleicht kann ich da auch noch mal reingucken in die Mail. Ich kann dazu aber Folgendes sagen: Das Thema „Landsleutebrief“ mit einer verstärkten Aufforderung wurde - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

- Herzlichen Dank. - Ich lese das noch mal gerade. - Genau. Der Vorlauf dazu war - Sie wissen, was da steht, aber ich jetzt nicht -, dass die Franzosen unserer Botschaft angeboten hatten, dass sie jemanden mitnehmen von uns. Genau.

Gut, das sind dann zwei Sachen. Das eine ist das Thema „Landsleutebrief und Ausreiseaufforderung“. Also, erstens mal ist das Thema „Landsleutebrief“ eins, was auch immer von der Abteilung AP mitdiskutiert wurde, weil es eben - und das steht da ja auch drin - politische Auswirkungen gehabt hätte, die, sagen wir mal, als Signal gewertet werden, nach dem Motto: Oh, wir geben die Republik auf, wir glauben nicht mehr, dass das was wird. - Das ist jetzt der Beitrag der Abteilung AP immer gewesen, und das kommt ja auch hier zum Ausdruck. Und das hatte ich ja in meiner Mail anscheinend schon antizipiert - Das hatten die auch immer schon vorher gesagt -: Das „klingt nach ‚last chance‘“. Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In der Sache ist es so, dass wir für Afghanistan ja schon lange eine Reisewarnung hatten. Das heißt, die Deutschen, die da hingefahren sind, die wussten, es ist gefährlich. Eine Reisewarnung setzen wir nicht leichtfertig ein. Das ist gefährlich. Und die Reisewarnung, das ist, muss man sagen, auch der rechtliche Schritt. An die Reisewarnung knüpfen sich rechtliche Folgen. Rechtliche Folgen heißt Entfall von Versicherungsschutz etc. Und die Leute sind da dann trotzdem hingefahren.

Man kann über diese rechtlichen Fragen hinaus - rechtlichen Folgen - haben wir die Möglichkeit, auch mal eine Ausreiseaufforderung zu machen, um dem Ganzen noch mal Nachdruck zu verleihen. Das hatten wir schon mal gemacht im März 21 mit einer etwas zurückhaltenderen Formulierung, wo sinngemäß in den SiHis dann drinstand: „Wenn Sie nicht unbedingt da sein müssen, überlegen Sie, ob Sie ausreisen sollten“ oder so was. Also, ganz neu war das jetzt nicht.

Hier ging es jetzt um die Frage, ob man diese Regelungen ... (akustisch unverständlich), die es schon alle gab, ob man die noch mal unterstützt, was nichts Neues ist, ob man das noch mal wiederholt und anspricht und zuspitzt sozusagen. Und da hat die Abteilung AP - das war immer ein Beitrag der Abteilung AP - dann zu sagen: Nee, das sieht - politisch ist das ein ganz schwieriges Signal, weil sieht schwierig aus. - Das lesen natürlich auch die Taliban mit, nach dem Motto: Oh, die Deutschen werden auch nervös, geben die Republik auf. - Sinngemäß.

Die Anzahl der in ELEFAND Eingetragenen, die diesen Landsleuteprief dann erhalten hätten, muss man sagen, waren damals knapp 80. Also, es waren nicht viele. Und die da waren, da gingen wir auch davon aus, dass das Leute sind, die wussten, was sie da tun. Das sind GIZ-Mitarbeiter, die dienstlich da waren. Also, nach Afghanistan ist niemand hingefahren ohne das Bewusstsein, dass es dort sehr gefährlich ist. Also, das ist nichts grundsätzlich Neues, und das ist ja auch das, was in dem E-Mail-Wechsel zum Ausdruck kommt. Und das wäre dann vor allen Dingen als politisches Signal angekommen.

Noch ein Wort zu diesem französischen Flug. Da hatte ich auch - danach dann - mit dem Leiter des französischen Krisenzentrums gesprochen. Die hatten einen französischen Flug angeboten für ihre Landsleute - „appelle tous les Français qui se trouvent actuellement“ -, und das war eine ganz erstaunliche Erfahrung, was der französische Kollege mir gesagt hat. Der sagte nämlich, der Flug ist weitgehend leer zurückgefliegen, von den Franzosen ist dort kaum jemand eingestiegen. War für mich auch sehr überraschend. Mag daran gelegen haben, dass es noch Linienflüge gab, wie ja auch in dem Mailwechsel drinsteht. Mag auch daran gelegen haben, dass die Lage noch nicht so krisenhaft war, dass die Leute, die man ansprechen will - in der Regel Doppelstaatter, die da wohnen -, schon das Gefühl haben, sie müssen jetzt dringend ausreisen. - So viel von mir.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mich auch mal auf die ELEFAND-Liste eingetragen. Meine Erwartungshaltung war, dass ich dann darüber informiert werde, wenn sich die Sicherheitslage noch mal deutlich verändern wird. Jetzt haben Sie ja grade gesagt, die Abteilung AP hat da noch mal sozusagen auch ihre Perspektive eingebracht. Die E-Mail ist ja aber von Ihnen, und diese Einschätzung, die ich grade vorgetragen habe, die kam ja von Ihnen. Deswegen noch mal ganz konkret die Frage: In der Abwägung zwischen dem Schutz der Deutschen - und das ist ja der Auftrag des Krisenreaktionszentrums, wie man ihn auch heute noch nachlesen kann - auf der einen Seite und der außenpolitischen Perspektive auf der anderen, wie hat sich das in einem Verhältnis dargestellt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, das ist natürlich eine Sache, die wir gemeinsam machen. Und was ich da geschrieben habe, sind natürlich im Grunde Punkte der Abteilung AP: politisches Signal etc. Das hängt damit zusammen, dass wir eben sehr viel zusammengesessen haben, sehr viel die ganzen Fragen rauf und runter diskutiert haben. Und ich wollte mich - so lese ich das jetzt - nur noch mal versichern, ob die Haltung der Abteilung AP weiterhin so ist, wie sie auch vorher war. Und das hat mir dann der Andreas Krüger auch bestätigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wird das irgendwo kommuniziert in einem Landeutebrief, dass man vielleicht auch mal keinen bekommt, weil die politischen Abwägungen gewichtiger eingeschätzt werden?

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn man jetzt auch im Untersuchungszeitraum auf die Homepage des Auswärtigen Amtes guckt, die Reisewarnung Afghanistan zur Kenntnis nimmt oder der Aufforderung der Bundesregierung nachkommt, sich in die ELEFAND-Liste einzutragen, dann gibt es ja eine gewisse Erwartungshaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern, und die ist unter anderem, dass man über relevante Lageveränderungen - und Sie haben es ja vorhin auch in Ihren Ausführungen hier noch mal sehr deutlich dargestellt, dass sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert hatte seit Anfang August - auch in Kenntnis gesetzt wird, im Zweifelsfall auch mit einer Ausreiseaufforderung.

So, jetzt haben Sie hier sehr selbstverständlich davon gesprochen, wie wichtig auch außenpolitische Erwägungen waren damals. Und ich muss ehrlich sagen, das überrascht mich schon und das muss ich irgendwie begreifen, weil der Auftrag ist ja der Schutz der Deutschen im Ausland. Also, hätte das sozusagen dann für den Schutz der Deutschen was bedeutet? Was wäre denn der Schaden gewesen, eine Ausreiseaufforderung rauszuschicken?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, kann ich gerne noch mal was dazu sagen. Also noch mal: Die Reisewarnung ist eigentlich schon deutlich genug. Die Reisewarnung ist das schärfste Schwert, was wir haben, und das ist sehr deutlich: Bitte reist da nicht hin. - Das machen wir nur für Kriegsgebiete, extreme Krisengebiete. In Afghanistan hatten wir das aus guten Gründen auch schon lange. Also, niemand, der da gewesen ist, kann jetzt sagen, er wurde überrascht, dass die Sicherheitslage da schlecht war. Die Reisewarnung gab es schon. Da gab es im März, wie gesagt, schon mal eine Ausreiseaufforderung, die etwas zurückhaltender formuliert war. Und jetzt ging es hier

konkret um die Frage: Soll man das jetzt noch mal quasi wiederholen oder verschärft wiederholen? - Das ist also nichts grundsätzlich Neues; das muss man in der Sache dazusagen. Und, wie gesagt, es erreicht einen zweistelligen Empfängerkreis dann.

Die politischen Erwägungen - und das haben Sie bei allen diesen Fragen, um die es da geht - sind genau diese Abwägung. Sie erreichen relativ wenige Leute für ein Thema, das eigentlich schon sehr gut bekannt ist; da kann man von ausgehen. Gleichzeitig hat es politische Auswirkungen, und das hat die AP immer gesagt - das hat mir auch eingeleuchtet - - dass die AP immer gesagt hat: Unser Ziel ist es, die Republik zu stärken. - Die haben sich, glaube ich, auch keine Illusionen gemacht darüber, wie schlecht der Zustand der Republik ist. Aber sie sollte gestärkt werden, und dafür gab es auch entsprechende Gespräche mit den Taliban, um da möglichst eine friedliche Lösung herbeizuführen. Aber das Signal wäre dann - - oder es wäre ein Signal gewesen - nicht das Signal, aber ein Signal -: Wir geben der Republik eigentlich keine Chance mehr. Wir geben das auf. - Das hätten auch die Taliban mitgekriegt, es wären potenziell Sicherheitskräfte übergelaufen. Deswegen ist das eine schwierige - - Deswegen hat man das dann im Endeffekt nicht gemacht.

Aber noch mal in der Sache: Es war nichts völlig Neues. Es ging im Endeffekt um die Frage der Wiederholung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss ich jetzt trotzdem noch mal insistieren.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wenn Sie sagen: „Eigentlich war es nichts Neues“, und dann gleichzeitig beschreiben, dass diese Lage sich ja verändert hat, auch aus Sicht der Botschaft, auch aus Sicht Berlins, das passt nicht so ganz zusammen.

Und das Zweite ist ja: Wenn es eine Reisewarnung gibt und man dann sagt: „Ja gut, alle, die jetzt da sind, die wissen eh, was abgeht“, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

erübrigt sich ja der Zweck des Werkzeuges ELEFAND-Liste. Also, das müssen Sie mir noch mal erläutern. Was ist da noch der Sinn? Was ist noch der Sinn von der ELEFAND-Liste und dem Hinterlegen von Kontakten, mit denen man erreicht werden kann als deutsche Staatsbürgerin, wenn das Amt davon ausgeht, dass ich die wesentlichen Informationen zur Einschätzung meiner eigenen Sicherheitslage auf anderen Kanälen erfahre? Also, was war dann noch der Sinn von so einer Liste in Afghanistan?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die ELEFAND-Liste, die gab eben - - ich glaube, die hat einen sehr guten Sinn, weil damit haben wir konkrete Kontaktdaten. Und nur über die ELEFAND-Liste haben wir die Möglichkeit, zu wissen: „Wie viele Leute sind da überhaupt?“, und dann auch mit denen konkret in Kontakt zu treten. Das ist die einzige Möglichkeit.

Die Landsleutebriefe, um die es hier ging - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hatten alle den gleichen Empfängerkreis? Der Empfängerkreis - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau, es wäre der gleiche Empfängerkreis, aber über Landsleutebriefe - - Aber nur, wenn wir die ELEFAND-Liste haben, können wir denen auch sagen - so haben wir es im Sudan gemacht -: So, jetzt bitte. An dem und dem Flughafen steht das Flugzeug. Bitte begeben Sie sich morgen um 14 Uhr dahin. - Das würde ohne die ELEFAND-Liste nicht gehen.

Hier war es mehr so die Frage: Wiederholt man eine oder verstärkt man eine Einschätzung der Sicherheitslage in allgemeiner Form? Hier geht es nicht um konkrete Anweisungen oder konkrete Bitten, sondern in allgemeiner Form. Die Ausreiseaufforderung gab es ja auch schon. Und da fiel im Juli dann die Abwägung eben so aus, wie sie ausgefallen ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Befragung und wechseln zur AfD-Fraktion. Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Dr. Jokisch! Auch von mir noch Danke, dass Sie erneut zur Verfügung stehen. Und ich danke auch für die einleitenden Bemerkungen und möchte wirklich meinen großen Respekt Ihnen gegenüber und Ihrem Team ausdrücken. Das war ja nun sicherlich keine einfache Lage. Und wenn wir hier im Detail nachfragen, kritisch nachfragen, ist das keine Kritik jetzt an Ihrer Person. Das bitte ich noch mal zur Kenntnis zu nehmen.

Sie haben eben gesagt, dass Sie bis zum 09.08. im Urlaub waren. Ich möchte trotzdem nachfragen, ob Sie den Bericht der Botschafterin Emily Haber aus Washington am 6. August, also ein paar Tage vorher, zur Kenntnis bekommen haben. In diesem Bericht warnte sie davor, dass die USA Afghanistan bald verlassen würden und dass ein Zusammenbruch der Republik wahrscheinlich ist. Es wird berichtet, dass sich in Washington auf alle Szenarien vorbereitet wird. Und Emily Haber betonte auch - Zitat -: „Darauf müssen wir vorbereitet sein“ (?), und aus einem „Zeit Online“-Artikel - - „Wahnsinn. Eine Riesenscheiße“ - sorry -, aktualisiert am 6. Januar 2024. Fürs Sekretariat: Das ist Seite 2 in der Anlage 2.

Meine Frage an Sie ist: Wann schrillten denn bei Ihnen im Krisenreaktionszentrum und auch bei Ihnen persönlich die Alarmglocken? Wann wurde das offiziell jetzt als Krise geführt im Lagezentrum und ein Krisentagebuch geführt? Wer entscheidet formal über so einen Schritt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also, den Bericht von Emily Haber kenne ich natürlich. Der ist VS-Geheim, glaube ich. Deswegen habe ich ihn jetzt auch nicht dabei. Aber der war natürlich schon, sagen wir mal, ein alarmierendes Signal, gleichzeitig auch Ausdruck der vielgestaltigen Diskussionen, die es in Washington gab. Es kamen, glaube ich - ich habe den nicht mehr ganz genau im Kopf -, die unterschiedlichen Stimmen, wer was meint und denkt, ganz gut zum Ausdruck. Und dass man sich auf alles vorbereiten und einstellen muss, das hatten wir, soweit es möglich war, schon getan, und das lief dann ab dem 09. ja auch unter Hochdruck weiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Frage: „Wann haben wir eine Krise und wann haben wir nicht?“, das ist jetzt keine formelle Entscheidung. Da ist jetzt kein Schwarz-weiß-Schalter: „Gestern war noch alles ruhig, und heute ist Krise“, sondern das baut sich entsprechend auf. Und ich kann sagen, als ich dann aus dem - - 09. dann zurückkam, waren faktisch schon alle im Krisenmodus. Alle waren, sagen wir mal - ich suche jetzt ein positiveres Wort für „hektisch“ -, sehr aktiv im Bereich Afghanistan. Es drehte sich nur noch darum im Endeffekt.

Den Lageraum im technischen Sinne haben wir am Samstag, den 14., vorbereitet und am 15. aufgemacht. Den braucht man dann eben, wenn es um die akute Evakuierung geht. Das wurde dann - - im Nachgang zu der Krisenstabssitzung lief das dann eben an. So einen Lageraum, den kann man nicht Ewigkeiten betreiben. Das bindet sehr viel Personal, sehr viele Leute, der muss rund um die Uhr betrieben werden. Das haben wir dann nach der entsprechenden Krisenstabssitzung angefragt.

Aber noch mal: Es ist es keine formelle Entscheidung: „Krise ja/nein?“, sondern das baut sich auf, und so hat es sich dann auch hier aufgebaut. Dass Afghanistan ein Krisenland ist, war schon lange klar, und dass es immer schwieriger wird, war auch klar. Der, ich will mal sagen, ganz akute Krisenmodus, der war dann in dieser Woche.

Joachim Wundrak (AfD): Und wer entscheidet, das Krisentagebuch zu führen? Ab wann wird das geführt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das Krisentagebuch wird geführt, wenn wir den Lageraum eröffnen.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. Das ist verbunden?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Joachim Wundrak (AfD): Und wann wird der Krisenstab einberufen? Wir haben ja von Ihnen schon gehört, dass erst zehn Tage nach Emily Habers Warnung, also am 16., der Krisenstab einberufen werden sollte, dann aber aufgrund der

aktuellen Entwicklung schon am 13. einberufen wurde. Wer entscheidet das?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Die Einberufung eines Krisenstabes, sagen wir mal, darf man nicht damit verwechseln, dass nur dann ein krisenhaftes Land bearbeitet wird, sondern ganz im Gegenteil. Ich hatte es ja schon mal dargestellt: Es gab im März diese Krisenberatungsreise. Dann gab es dazu über Monate hinweg äußerst intensive Kontakte mit den zuständigen Referaten im Haus, mit der Botschaft Kabul, ständige Schalten, ständige Entscheidungsvorlagen zu allen möglichen Einzelthemen. Und in der Woche ab dem 9. nahm es noch mal richtig Fahrt auf. Da gab es mehrere Hausbesprechungen und dann am 13. einen Krisenstab. Das ist dann sozusagen ein formales Gremium, wo dann alle Ressorts entsprechend hochrangig bei Leitung durch die Staatssekretärin zusammensitzen, wo dann auch Punkte ressortübergreifend besprochen werden können. Aber es ist nicht so, dass vorher in dem Bereich Afghanistan nichts getan worden wäre. Ganz im Gegenteil.

Joachim Wundrak (AfD): Also noch mal: Zusammensetzung des Krisenstabes sind die beteiligten Ressorts auf Staatssekretärebene, weil ja Kritik - Sie hatten es ja eben angesprochen -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Joachim Wundrak (AfD): - aufkam, dass zum Beispiel kein Minister an diesem Krisenstab teilgenommen hat.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, der Krisenstab der Bundesregierung setzt sich zusammen aus den sozusagen einschlägigen und beteiligten Ressorts. Da gibt es manche, die immer dabei sind. Das ist Bundeskanzleramt, das ist der BND - kein Ressort, okay -, das ist die Bundeswehr, die natürlich die entsprechende Hardware für jegliche Art von Krisenreaktion hat, das ist das BMI immer, das für den Botschaftsschutz zuständig ist, und die Leitung erfolgt durch das Auswärtige Amt.

Die Ebene, auf der dieser Krisenstab dann stattfindet, hängt ab, ich will mal sagen, von der Bedeutung der jeweiligen Krise, von der politischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bedeutung. Als wir die Botschaft Haiti verlegt haben in die Dominikanische Republik - das war ein Krisenstab, den habe ich geleitet -, das war jetzt politisch nicht von so großer Bedeutung wie Afghanistan. Bei Afghanistan war es anfangs die Staatssekretärin und dann auch schnell der Minister, weil das einfach der politischen Bedeutung geschuldet war.

Joachim Wundrak (AfD): Ich möchte auch noch mal auf den Landsleutebrief oder die Landsleutebriefe und auch ELEFAND-Briefe eingehen. Aus dem Artikel auf „Zeit Online“ vom 6. Januar - ich hatte den schon erwähnt; das ist Seite 3 in der Anlage 2 fürs Sekretariat - - Ich zitiere:

„Nicht nur frühe Evakuierungen werden verpasst, sondern auch Warnungen, nach denen sich Menschen hätten in Sicherheit bringen können. ... Zweitens war der Entwurf für einen „Landsleutebrief“ - also Informationen für Deutsche, die im Ausland leben - mit verschärften Reise-richtlinien mehr als zwei Tage lang intern liegen geblieben. Er lag E-Mails zufolge am 9. August abends bereits vor, doch man hielt ihn zurück, auch weil man intern stritt, in welcher Sprache zu twittern sei. Am 11. August nennt ein Referat des Außenamts die Übernahme der Taliban bereits „eine sehr reale Möglichkeit“. Doch ausgerechnet der heutige deutsche Krisenbeauftragte, Jens Jokisch, sieht keinen dringenden Handlungsbedarf, man könnte das ja „auch in der Besprechung morgen diskutieren“. Tatsächlich wird der Landsleutebrief erst am 12. August um 8.02 Uhr publiziert („dringende Ausreiseforderung“). Zu spät für viele ...“

Wie können Sie die Verzögerungen in der Herausgabe des Landsleutebriefs vom 9. auf den 12. August erklären, der hier kritisiert wird?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, Herr Abgeordneter, vorab: Ich glaube, es geht hier um einen anderen Landsleutebrief als den von Frau Nanni. Da ging es um den Juli, und jetzt sind wir im August. Den Artikel in der „Zeit“ habe ich natürlich auch ge-

lesen und habe mich natürlich auch nicht gefreut, dass mein Name dort auftaucht. Darüber freut man sich eigentlich nicht als Beamter.

Dazu nur zwei Sachen. Also erst mal: Der heutige deutsche Krisenbeauftragte ist ... (akustisch unverständlich) Es gibt keinen deutschen Krisenbeauftragten. Ich bin der Krisenbeauftragte des Auswärtigen Amtes, nicht der deutsche; den gibt es nicht.

Dann habe ich auch versucht, dem nachzugehen, in der Tat, weil ich mich daran nicht mehr erinnert hatte, dass man etwas „morgen diskutiert“. Was ich gefunden habe, ist eine Sache, ein Vorgang dazu, den ... (akustisch unverständlich) - das kann ich auch sagen; das ist MAT A AA-9.53 VS-NfD, Blatt 82 -, was am ehesten noch dem entspricht. Das ist eine E-Mail von mir an das Büro Staatssekretäre am 11. August, und da hatte ich ehrlich gesagt keine Erinnerung mehr dran; das ist dann so teilweise wiedergekommen. Da habe ich ans Büro Staatssekretäre geschrieben:

„... anbei wie erbeten ...“

- also von der Staatssekretärin -

„angeschärfte SiHis ...“

mit Landsleutebrief etc. Und dann im zweiten Satz:

„013“

- unser Pressereferat -

„bat um Abstimmung vor Veröffentlichung aufgrund des anstehenden Asyllageberichts.“

Ich glaube, das sollte nach dem Asyllagebericht kommen, damit das koordiniert geht. Daran habe ich aber keine genaue Erinnerung mehr.

Und dann:

„Ggf. können wir das Thema SiHi auch in der Besprechung morgen diskutieren.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das wurde dann gebilligt von der Staatssekretärin, aber auch noch mal darauf hingewiesen, dass wir das mit dem Asyllagebericht koordinieren sollen.

Das sind die Verwaltungsabläufe, wie sie dauern, und es zeigt eben auch, dass die Landsleutbriefe eben eine Sache sind, die wir nicht mehr alleine entscheiden konnten. In der Regel machen wir das, wenn es um Landsleutbriefe, wie gesagt, Haiti, Tschad etc. - - Das machen wir selber. Aber bei Kabul hat sich die politische Ebene eben vorbehalten, diese Landsleutbriefe selber sich anzugucken und zu billigen, um die entsprechenden Abwägungen eben vornehmen zu können. Und genau das ist da passiert.

Joachim Wundrak (AfD): Noch mal, um das kurz zusammenzufassen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein, jetzt sind wir - - Wir sind ohnehin schon deutlich über der Zeit, was daran liegt, dass es eine lange Frage war und eine lange Antwort. Und dass die Zeugen jetzt MAT-Nummern vorlesen, das ist tatsächlich eine Premiere, aber es zeigt, wie das hier gut funktioniert.

Ich wechsele jetzt zur FDP-Fraktion, und die Frau Kollegin Dr. Jurisch hat das Fragerecht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Dr. Jokisch, auch von meiner Seite! Ich möchte mich auch sehr herzlich bei Ihnen und vor allem auch bei Ihren Teammitgliedern für Ihren Einsatz in der damaligen Zeit bedanken. Und ich danke Ihnen auch, dass Sie das am Anfang noch mal betont haben.

Ich würde gerne auch noch mal kurz beim Thema „Krisentagebücher“ nachhaken. Wir haben hier unter MAT A-AA 8.86 VS-NfD, Blatt 122 ff. eben das Krisentagebuch vorliegen, und mir ist da aufgefallen, dass da vor dem 14. August eigentlich nur zwei Einträge drin sind, nämlich vom 12. August eine Hausbesprechung mit Frau Staatssekretärin Leendertse ohne Uhrzeit und am 13. August, 11.30 Uhr, die Krisenstabssitzung. Ist

das üblich, dass Krisentagebücher so geführt werden und dass die dann eben an - - Wieso setzt das da erst ein? Was war denn davor? War da noch keine Krise? Vielleicht könnten Sie da einfach noch mal kurz drauf eingehen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja. Also, das Krisentagebuch - das habe ich jetzt nicht dabei - ist für uns ein sehr wichtiges Instrument, wo dann sehr engmaschig, wenn Sie es da haben, teilweise im Minutentakt, aufgeschrieben wird, was passiert ist. Das kann man in dieser Taktung nur machen, wenn wir tatsächlich, wie ich beim Abgeordneten Wundrak grade schon gesagt habe, den Lageraum geöffnet haben. Dann haben wir nämlich einen, der nichts anderes macht. Der sitzt im Lageraum und führt im Grunde nur dieses Krisentagebuch, muss alles mitkriegen und die wesentlichen Informationen dann da aufnehmen. Ist keine einfache Aufgabe, muss immer aufpassen, dass einem da nichts durchrutscht. Das ist das Krisentagebuch.

Bevor wir den Lageraum aufgemacht haben, heißt das aber natürlich nicht, dass nichts passiert ist im Bereich Afghanistan oder dass es kein Krisenland wäre, sondern da gelten dann sozusagen die allgemeinen Veraktungsregeln.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wann haben Sie das Signal abgesetzt, den Lageraum zu eröffnen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das wurde am Samstag vorbereitet, und ab Sonntagmorgen war dann im Vollzug.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, gut. - Ich komme jetzt auf den 14. August. Da haben Sie um 20.52 Uhr eine E-Mail geschrieben - das ist MAT A-AA 9.84 - an einen recht großen Verteiler, unter anderem aber auch an Staatssekretärin Leendertse und Staatssekretär Berger und den ehemaligen und auch den neuen Afghanistan-Beauftragten sowie verschiedene Abteilungsleiter. Und zwar haben Sie geschrieben:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Liebe Kolleg*innen, habe gerade mit Geschäftsträger Bo Kabul gesprochen. Lage hat sich verkompliziert.

- Anders als heute nachmittag angenommen ist die Verlegung nach HKIA doch schwieriger als gedacht.
- Derzeit melden sehr viele Nationen dort Wünsche an. Es ist unklar, wie viele Leute dort unterkommen können. Die derzeit ca. 60 Personen in der Botschaft sind unrealistisch. GBR/USA haben am HKIA weiter eigene Camps für ihr Militär, BW-Camps sind geräumt. Bei USA nichts mehr frei aufgrund zahlreicher Zusatzkräfte.
- Morgen gibt es eine multinationale Besprechung mit TUR, um die wenigen offenen Plätze zu verteilen. Realistischerweise läuft es auf eine einstellige Zahl raus (ca 5 Personen inkl. CPT. Also 1-2 Diplomaten).
- Weitere allerjüngste Lageverschärfung: USA haben ihre Botschaft bereits - jetzt - geschlossen. GZ damit nicht mehr gesichert. Petition der Botschaft für schnellstmögliche Evakuierung. Bis Montag hält Bo durch, Anschlaggefahr etc. steigt. Bo wird dazu noch berichten.“

Aus der Nachricht wird ja deutlich, dass man sich die Verlegung und die Unterbringung der Botschaft ursprünglich als nicht so schwer vorgestellt hat. Also, es heißt ja, ist „schwieriger als gedacht“ in dem Zitat. Können Sie uns vielleicht einmal schildern, was zu der ursprünglichen Annahme geführt hat, dass man dort problemlos Kapazitäten erhalten würde?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also, vielleicht erst mal zum Thema „Flughafen“. Also, ich glaube, allen war klar, der Flughafen ist einfach der mit Abstand wichtigste Punkt in Kabul. Ohne Flughafen kann man nicht mehr evakuieren, kann man nicht mehr ausreisen, kann man gar nichts

mehr machen. Also, Flughafen war mit Abstand das Wichtigste. Und dass wir auch in unserem Bericht vom März schon geschrieben haben - - Hier ganz wichtig: Immer Kontakt zu dem jeweiligen Flughafenbetreiber halten, damit man da irgendwie Zugriff hat und dort operieren kann. Es gab halt sehr, sehr viele Unsicherheiten, wer der Flughafenbetreiber sein würde. Das war alles mit sehr viel Unsicherheit verbunden, und unsere Bundeswehr ist dann ja irgendwann abgezogen.

Dass irgendwas einfach sein würde am Flughafen Kabul, das hat, glaube ich, nie jemand erwartet. Deswegen erging ja auch am Freitagabend in der Krisenstabssitzung - wo habe ich die denn? - der konkrete Auftrag, die Botschaft soll prüfen, wie es möglich ist, unter welchen Voraussetzungen man an den Flughafen verlegen kann, also so eine Art Eventualfallplanung, falls es nötig ist, falls man nicht mehr von der Botschaft betreiben kann, dass man an den Flughafen geht und von da aus arbeitet.

Die Lage war sehr unklar. Man wusste nicht, wie das alles war. Unklar, ob die Türken den Flughafen weiterbetreiben; haben sie im Endeffekt ja auch nicht. Das war alles mit vielen Unbekannten.

Diese Verlegung an den Flughafen ist jetzt nicht eine Sache, die man gerne macht. Weil natürlich kann die Botschaft viel besser arbeiten, wenn sie in ihren eigenen Räumlichkeiten ist. Da haben alle ihre Büros, da hat man die ganze Infrastruktur, da ist auch die Sicherheitslage im Endeffekt sehr viel besser, weil wir das nämlich dann selber gestalten können bei unserer Botschaft, als wenn man am Flughafen ist, wo man von anderen abhängig ist. Wir haben ja auch gesehen, der Flughafen wurde auch gestürmt von jungen afghanischen Männern am - weiß nicht - 16. oder 17. Also, Flughafen war immer eine Second-Best-Option, deren Prüfung aber trotzdem am Freitag dann in Auftrag gegeben worden ist.

Das hat jetzt die Botschaft dann im Laufe des Samstags auch gemacht, hat, soweit das eben ging - - Ich konnte da nicht hinfahren. Im Laufe des Samstags hat sich dann die Sachlage eben so verschlechtert aufgrund der Mails, die hier auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon besprochen worden sind, dass die Staatssekretärin dann am Samstagnachmittag entschieden hat: Okay, es nützt ja nichts. Flughafen ist lange nicht so gut wie die Botschaft, aber Botschaft ohne Amerikaner und Green Zone geht auch nicht. Also bitte zur nächsten Möglichkeit an den Flughafen verlegen. - Das habe ich dem Jan Hendrik van Thiel dann abends durchgegeben, und er hat dann eben genau diese Probleme dargestellt.

Im Endeffekt kam dann doch wieder alles anders und hat sich schnell entwickelt. Und natürlich haben die dann allein den Flughafen verlegt mit den Amerikanern, und dann hat er ja für die irgendwie auch Unterkünfte da organisiert gekriegt, für die Leute, für das Kernteam, das dann dageblieben ist. Hat er, muss man sagen, sehr gut gemacht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War denn diese Option, dass man die Botschaft an den Flughafen verlegt - Sie haben ja gerade gesagt: das ist nur die zweitbeste Möglichkeit, oder das will man nicht unbedingt -, auch Teil eines stufenweisen Evakuierungsplans? Sie waren ja damals mit der Kurzberatung da. War das dort auch Teil Ihrer Beratung, dass Sie sich überlegt haben, ob man da vielleicht so eine Zwischenlösung erst mal an den Flughafen geht?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, das hatten wir auch überlegt. Das ist halt mit sehr vielen Schwierigkeiten behaftet, weil wir eben anders als die Amerikaner und Briten keine Militärpräsenz mehr dort vor Ort hatten. Das heißt, es war völlig unklar, wie das mit dem Flughafen dann weitergeht.

Wir haben, wie gesagt, deswegen reingeschrieben: Immer Kontakt zu dem Flughafen halten oder zu den Flughafenbetreibern. Dass wir das immer mitgedacht hatten, sieht man ja schon daran, dass es am Freitagabend dann auch als Auftrag im Krisenstabsprotokoll gelandet ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben ja die zentrale Bedeutung des Flughafens betont. Also, Flughafen war mit Abstand das Wichtigste, haben Sie gerade gesagt. Sie haben ausweislich

der in MAT A AA-8.268 VS-NfD, Blatt 10 bis 21, die Ergebnisse der Krisenkurzberatung - - haben Sie auch mit dem Leiter des deutschen Nation-Entschuldigung, in dieser Krisenkurzberatung haben Sie auch mit dem Leiter des deutschen National-Support-Elements, des Resolute-Support-Einsatzkontingents, gesprochen. Und dieses Element war ja bis zum Abzug der Mission in Liegenschaften am militärischen Teil des HKIA untergebracht. Aber die Liegenschaft war durch den Abzug von Resolute Support zum Zeitpunkt Ihrer Mail ja bereits geräumt.

Gab es denn im Untersuchungszeitraum Überlegungen, die Bundeswehrliegenschaften am Flughafen zu übernehmen und als Ausweichliegenschaft für die Botschaft im Fall einer Lageverschärfung zu nutzen, also sprich: als die Bundeswehr weggegangen ist, dass man dann gesagt hat: „Es ist so wichtig, dass wir diesen Platz am Flughafen uns sichern, dann übernehmen wir das doch irgendwie von der Bundeswehr“?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das hatten wir mal diskutiert, aber dann als unrealistisch verworfen, weil man eben dafür so viele Leute braucht, wie die Bundeswehr das hatte, um das zu betreiben, um das zu sichern, um das ordnungsgemäß zu betreiben. Deswegen hatten wir das dann nicht weiterbetrieben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Runde und fangen jetzt wieder vorne an. - Herr Kollege Nürnberger für die SPD.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich darf zum Teil anschließen, was gerade besprochen wurde mit Kollegin Jurisch. Ich möchte mich beziehen auf das Telefonat am Abend des 14. August, das Sie mit Herrn van Thiel geführt haben. Herr van Thiel gibt den Verlauf des Gespräches wie folgt wieder - und ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/66, Seite 123 -:

„Sonntagabend: Ich kriege einen Anruf aus Berlin von dem Referatsleiter 040, der mich in Kenntnis setzt, dass eine Krisensitzung in Berlin stattgefunden hat. Das wusste ich ja gar nicht. Und dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat er mir die bereits referierten Inhalte mitgeteilt. Also, wir dürfen an den Flughafen verlegen, wenn alle verlegen und wenn alle voll arbeitsfähig sind am Flughafen, in Container. Dann kam es zu meiner“

- also van Thiels -

„flapsigen Antwort: Super Entscheidung. Wir können in Container umziehen, die wir nicht haben, und auch nur, wenn wir arbeitsfähig sind. - Da war ich dann schon ein bisschen sarkastisch, resigniert. Und dann kam auch noch hinterher: Und, ja, im Übrigen hast du ja auch die Botschaft ohne Weisung evakuierungsbereit gemacht.“

So weit die Aussage von Herrn van Thiel. - Wie war denn Ihr Bild von der Situation in Kabul zu dem Zeitpunkt dieses Gespräches, zum Beispiel im Hinblick auf die Frage, wie man denn in Container umziehen sollte, von denen Herr van Thiel zumindest behauptete, dass es sie gar nicht gab?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, am Freitagabend erging ja der Auftrag an die Botschaft, die Bitte an die Botschaft, zu prüfen: Wie wäre eine Verlegung an den Flughafen möglich? Das ist Samstag auch den Tag über passiert. Da gab es verschiedene Mails, die mir im Einzelnen nicht mehr vor Augen stehen. Da wurden verschiedene Optionen diskutiert. Das eine war die Containeroption. Da wurde auch diskutiert: Wie verlegen wir da Material hin? Wie verlegen wir da Personal hin? Wurde sogar noch von der Botschaft - -

Jörg Nürnberger (SPD): Darf ich Sie vielleicht an der Stelle nur ganz konkret fragen: Gingen Sie am Freitag zum Zeitpunkt des Telefonates davon aus, dass es am Flughafen in Kabul ausreichende Anzahl von funktionsfähigen Containern gab, um diese Maßnahme durchzuführen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Am Samstagabend, Herr Abgeordneter - - dazu hatte ich gerade kein klares Bild. Die Bitte war, die Botschaft - -

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage: War am Freitag in Bezug auf dieses Telefonat, das Sie geführt haben - - Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt, als Sie telefoniert haben, Kenntnis darüber, dass es ausreichend Container auf dem Flughafen in Kabul gegeben hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, am Samstag, das Telefonat meinen Sie, glaube ich, und da hatte ich kein klares - am 14. - Bild, wie sich die Lage am Flughafen darstellt, weder dass es - es geht nicht um Container, es geht ja um Unterkunftsmöglichkeiten - Unterkunftsmöglichkeiten gibt, aber auch nicht, dass es die nicht gibt, sondern ich hatte kein klares Bild, sondern meine Bitte war, von der Staatssekretärin weitergegeben: Umzug an den Flughafen, sobald wie möglich und unter den Umständen wie möglich, und dann, wenn es irgendwie geht, von dort aus weiterarbeiten. Das ist dann ja in irgendeiner Form auch so am Sonntag passiert, wenn auch anders als gedacht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können wir die Zeit einen Moment anhalten und fürs Protokoll feststellen, dass die Frage des Kollegen Nürnberger sich auf den Sonnabend bezieht? In der Tat ist das offenbar ein Irrtum.

Jörg Nürnberger (SPD): Also auf den 14. August, um präzise zu sein.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Sonnabend.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein weiterer Teil der Wiedergabe dieses Gesprächs von Herrn Thiel bezieht sich darauf, dass Sie ihm angeblich vorgeworfen hätten, er hätte die Botschaft ohne Weisung evakuierungsbereit gemacht. Stimmt dieser Vorwurf? Haben Sie ihm diesen Vorwurf gemacht?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, das ist eine Sache, die mir Jan Hendrik van Thiel auch in mehreren Gesprächen im Anschluss an die Evakuierungsaktion in Berlin auch genau so vorgehalten hat, nach dem Motto: Wie kannst du



Nur zur dienstlichen Verwendung

mir das sagen? Und ich mache alles, so gut ich kann, und du wirfst mir das vor.

Ich kann Ihnen das sagen, was ich ihm auch gesagt habe, nämlich dass ich an das Telefonat eigentlich noch relativ lebhaftere Erinnerungen ist, weil es ein wichtiges Telefonat war und auch ein emotional aufgeladenes. An konkret diesen Vorwurf habe ich allerdings keine aktive Erinnerung mehr.

Ich will nicht ausschließen - wir waren alle damals extrem unter Hochdruck -, dass ich irgendwie mich missverständlich ausgedrückt habe. Es gibt natürlich keinerlei Wortprotokoll. Gleichzeitig würde es eigentlich nicht dazu passen, dass wir alle schon ständig über die Evakuierung seit Tagen geredet haben, dass ja seit Tagen darüber geredet worden ist: Wann ist es jetzt genau? Haben wir noch ein paar Tage Zeit oder vielleicht noch eine Woche?

Also, dass ich ihm dazu Vorwürfe gemacht habe, würde eigentlich nicht dazu passen, wie wir damals alle eingestellt waren. Ganz im Gegenteil bin ich sehr froh, dass er das tatsächlich gemacht hat. Und ich finde, er hat das sehr gut gemacht. Das ist ja nicht selbstverständlich. Man merkt ihm da die Krisenerfahrung an, die er hatte aus dem Südsudan. - Noch mal: Ich will nicht ausschließen, dass ich mich missverständlich ausgedrückt habe. Wir waren alle damals sehr, sehr, sehr unter Druck.

Jörg Nürnberger (SPD): Das haben wir ja auch tatsächlich so wahrgenommen aus Ihren vorherigen Aussagen. - In dieser Situation: Wer ist denn dann innerhalb der Organisation des Auswärtigen Amtes zuständig, der Auslandsvertretung tatsächlich den Hinweis zu geben: „Und jetzt bitte bereitmachen für den Beginn einer Evakuierungsmaßnahme“ oder alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, um eine Evakuierung dann durchführen zu können?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, also, der formale Startschuss in den Einstieg für die Evakuierung erfolgte am Freitagabend mit dem Krisenstabsprotokoll; das steht ja auch genau so dadrin. Gleichzeitig ging es schon in den Tagen davor

immer darum, wie man die Evakuierung jetzt macht, wie man das genau macht. Und es gibt gewisse Protokolle dazu, wie man eine Botschaft für die Evakuierung vorbereitet, wie man mit den Datenträgern, Personalakten, Waffen, Munition etc. umgeht. Das wiederum war schon lange vorher. Da gibt es eine Besprechung im März, erinnere ich mich dran, wo unser Sicherheitsreferat aus der Abteilung 1 gesagt hat: Wie kann man denn den Compound so evakuieren und so verlassen, dass man ihn irgendwann wieder benutzen kann?

Also, das gab es schon sehr lange. Die entsprechenden Protokolle gab es dann da, und die hat der Jan Hendrik van Thiel dann abgespult. Natürlich hat er alles selber gemacht und hat er sehr gut gemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Genau das wäre nämlich die anschließende Frage gewesen: Hat Herr van Thiel dann Maßnahmen durchgeführt oder haben Sie Kenntnis von Maßnahmen, die Herr van Thiel durchgeführt hat, für die er eigentlich erst ein formales Okay gebraucht hätte, in der Zeit vor diesem ... (akustisch unverständlich), zum Beispiel um sensibles Material beiseitezubringen, zu vernichten, sicherzustellen, Personalakten? Sie haben jetzt ganz verschiedene Teilmaßnahmen angeführt. Gab es davon welche, die da durchgeführt worden sind, ohne dass man das vorher mit Berlin abgesprochen hatte?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ganz im Gegenteil: Ich finde, er hat das sehr gut gemacht. Und mir ist nicht bekannt, dass er irgendetwas sozusagen weisungswidrig gemacht hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Es geht nicht darum, ob es weisungswidrig war, sondern mir geht es darum, ob es solche Weisungen tatsächlich gegeben hat.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, in den Tagen vorher waren wir auf allen Ebenen schon zur Vorbereitung der Evakuierung mit der Botschaft in Kontakt, nicht nur wir als 040, sondern auch 107; das ist unser Sicherheitsreferat. Und mein Verständnis war immer, dass die alle diese Sachen schon besprochen hatten im Detail.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir halten noch mal die Zeit an, weil wir auch wieder in der Befragung manchmal die Schwierigkeit haben, dass sehr konkret gefragt wird, die Antwort sich aber nicht auf dem gleichen Konkretionsgrad bewegt. Sie haben manchmal auf die Frage: „Bedurfte es einer Weisung?“ geantwortet, wie die Abläufe waren. Aber die Frage war eigentlich in der Sache: Bedurfte es einer Weisung, als Sie gingen? - Wir tun uns schwer, und deswegen kommen wir -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - dann zu den Punkten auch immer mal wieder zurück. Es war eben schon mal bei dem Kollegen Röwekamp so. Die Kollegen geben sich Mühe, konkret zu fragen, sodass Sie bitte versuchen, auch genauso konkret zu antworten. Sonst landen wir nämlich immer in potenziellen Widersprüchen, weil man sich natürlich orientiert an der Frage und der konkreten Antwort.

Ich weiß, das ist immer eine Konzentrationsübung. Wir machen dann nachher auch irgendwann eine Pause zwischendrin. Aber meine Bitte wäre, dass wir versuchen, wirklich sehr konkret auf die Fragen zu antworten, die konkret gestellt werden.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Vorsitzender, ich gelobe Besserung und sage für das, was Herr van Thiel gemacht hat: Für die Vorbereitung der Evakuierung bedurfte es keiner Weisung.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Sprung noch mal zur ELEFAND-Liste. Der Oberstleutnant „Tobias“, der Führer der Spezialkräfte vor Ort, hat uns hier im Ausschuss berichtet, dass er immer wieder in der morgendlichen Lagebesprechung darum bitten musste, dass ihm die ELEFAND-Liste mit den registrierten deutschen Staatsbürgern gegeben wird, und dass diese ihm dann erst am 21. August, und zwar über das Einsatzführungskommando, übermittelt worden sei. Ich beziehe mich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/64 II, Seite 19. Die Liste sei zudem in einem katastrophalen Zustand gewesen. - War Ihnen bekannt, dass die Spezialkräfte der

Bundeswehr, die ja für das Screening der Schutzsuchenden zuständig waren, tatsächlich erst am 21. August Verfügung über diese Liste hatten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, mir war nicht bekannt, dass irgendjemandem in der Bundeswehr der Zugriff auf die ELEFAND-Liste verweigert wäre. Ganz im Gegenteil braucht ja die Bundeswehr diese Listen, damit sie ihre Tätigkeit durchführen kann. Deswegen, um Ihre Frage konkret zu beantworten: Nein, das war mir nicht bekannt.

Ergänzend möchte ich noch hinzufügen: Es ging ja nicht nur um die ELEFAND-Listen. Es ging ja auch um die Listen der Lokalbeschäftigten und schutzbedürftigen Personen, die noch sehr viel umfangreicher waren.

Aber um Ihre Frage - - Mir ist nicht bekannt, dass es irgendwie der Bundeswehr verweigert worden wäre oder Ähnliches.

Jörg Nürnberger (SPD): Da möchte ich Sie an der Stelle noch fragen, wie hier - und da geht es jetzt tatsächlich um das Verfahren - das von Ihrem Haus nach dem Konsulargesetz geführte Listensystem an die Bundeswehr weitergegeben wird. Sie sagten vorhin in Ihrer Aussage, dass es inzwischen offensichtlich auch elektronische Methoden gibt. Wie war es damals? Ist es dann so, dass diese Liste über den Verbindungsoffizier zur Bundeswehr an die Bundeswehr übertragen wird, oder hat die Bundeswehr einen eigenständigen Zugang dazu? Hatte damals die Bundeswehr einen eigenständigen Zugang dazu?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das kann ich im Detail leider nicht sagen. Das weiß ich nicht, wie das damals funktionierte. Was ich aber weiß, ist, dass wir Schwierigkeiten mit der Liste hatten. Das ist das, was der Oberstleutnant „Tobias“, glaube ich, meinte mit dem katastrophalen Zustand. Das alte ELEFAND-System, das geriet technisch bei Afghanistan sehr schnell an seine Grenzen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung. Okay, also, ich habe keine Kenntnis davon.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Tut mir leid.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es zumindest richtig, dass diese Liste, die bei Ihnen erstellt wird, dann an die Bundeswehr wie auch immer weitergegeben und zur Verfügung gestellt wird?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Absolut. Die sind in dem Fall der Hauptadressat der Liste dann.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Einer der Kritikpunkte, die wir immer hören, ist diese unzureichende - - diese Unzureichtheit der ELEFAND-Liste. Können Sie uns darstellen, wie diese Liste gegen Manipulationen gesichert wurde? Oder wurde diese Liste auch referenziert? Wurden die Eintragungen auf dieser Liste irgendwie überprüft, um sicherzustellen, dass ausschließlich deutsche Staatsbürger sich auf diese Liste eintragen konnten? Zum Zeitpunkt der Afghanistan-Situation, nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, das war der Punkt, den ich schon eben erwähnen wollte, obwohl Sie nicht danach gefragt hatten. Also, das alte ELEFAND-System hat sich in mehrfacher Hinsicht als unzureichend erwiesen von den Kapazitäten her. Und es hatte genau diese Funktion nicht, die Sie ansprechen, nämlich dass sich nur Deutsche eintragen konnten, was dazu geführt hat, dass sich auch viele, viele Leute eingetragen haben aus Verzweiflung, die für die Liste eigentlich nicht vorgesehen waren. Das ist ein Problem, was vorher uns noch nie untergekommen war; hat sich vorher als Problem noch nie dargestellt. Und deswegen war es ja auch noch nicht abgestellt. In Afghanistan war das ein massives Problem, dass wir jetzt mit der neuen ELEFAND-Version aber abgestellt haben, wo es einen Algorithmus gibt, dass man da die Passnummer eingeben muss.

Jörg Nürnberger (SPD): Wo man auch technisch nachvollziehen kann, dass die Passnummer dann auch zur Person passt.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau, genau.

Jörg Nürnberger (SPD): Das, was Sie jetzt darstellen, entspricht auch einem Zitat aus dem Einsatztagebuch, also nicht Ihrem Tagebuch, sondern dem der Bundeswehr; MAT A BMVg-4.882 VS-NfD, Blatt 764.

„Die ELEFAND-Liste wurde gehackt und ist inzwischen mit“

- und ich gebe das nur wieder -

„AFG die eine DEU-ID vorgeben“

- und insbesondere das Wort stammt nicht von mir -

„verseucht.“

Ist es tatsächlich so gewesen, dass diese Liste von außen von Dritten gehackt wurde? Oder ist es tatsächlich nur ein Ergebnis, dass sie einfach offen zugänglich war, dass sich jeder eintragen konnte, der das Interesse daran hatte, auf dieser Liste zu stehen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, Letzteres ist der Fall. Die wurde also nicht gehackt im Sinne von „technisch irgendwie übernommen“ oder so was, sondern es gab keine Filterfunktion, die überprüft hat, ob es wirklich deutsche Staatsangehörige sind, damals.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt ist ja diese ELEFAND-Liste nur eine der denkbaren Möglichkeiten, deutsche Staatsangehörige vor Ort über Lageveränderungen und steigende Risiken zu informieren. Hat man während Ihrer Tätigkeit im Krisenreaktionszentrum darüber nachgedacht, ob es alternative Kommunikationsmittel geben könnte, um mit den zu Evakuierenden in Kontakt zu treten? Und, wenn ja, welche Überlegungen hat man da angestellt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Alternative Kommunikationsmittel wären dann halt nicht zielgerichtet für deutsche Staatsangehörige gewesen. Das wäre dann in die Breite gegangen. Und das ist ein Phänomen, was wir auch in Afghanistan hatten, dass, sagen wir mal, viele Leute aus purer Verzweiflung raus Sachen so verstanden haben, als



Nur zur dienstlichen Verwendung

ob sie auch irgendwie zu dem deutschen Evakuierungspotenzial gehören würden. Deswegen: Im Endeffekt wären das nur Mittel gewesen, Twitter oder so was, die dann sehr breit gewesen wären, wo wir dann die Deutschen nicht zielgerichtet erreicht hätten.

Wir haben das dann versucht über verschiedene Mittel, mit Whatsapp-Gruppen. Das hat nicht funktioniert, die wurden dann tatsächlich gehackt oder übernommen etc. Angerufen haben wir die Leute dann teilweise, aber insgesamt war das ein sehr schwieriges Feld, diese Kommunikation, auch weil im Verhältnis die deutschen Staatsangehörigen zu den sonstigen schutzbedürftigen Personen ja relativ wenige nur waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Sehr ausdrücklich und eindrücklich hat diese Problematik des Listenchaos, insbesondere in Bezug auf die Ortskräfte und weitere Schutzsuchende, auch der Zeuge H. in seiner Befragung dargestellt. Hier ist mein Bezug auf das vorläufige Stenografische Protokoll, wieder 20/64 I, Seite 21 f. Er hat hier ausgesagt, dass die zur Verfügung gestellte Liste nur ganz eingeschränkt nutzbar gewesen sei, und das Zitat ist sehr ausdrücklich:

„Wir haben Listen bekommen vom Stab.“

Also von seinem militärischen Stab.

„Also, es war ja ein Stab vom General Arlt vor Ort; die haben uns Listen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Listen können Sie nur ganz, ganz bedingt arbeiten, und das ist sehr freundlich ausgedrückt.“

Ich habe täglich Listen bekommen mit 200 Namen zum Teil drauf, nicht alphabetisch sortiert, und das meine ich völlig wertungsfrei ... Ich hatte irgendwann einen Stapel von Listen. Und wenn ich diese Liste genutzt hätte ... dann würde ich vermutlich jetzt noch dastehen. Das war unheimlich

schwierig und für uns in dieser Situation so nicht durchführbar.“

Ist Ihnen nachvollziehbar, dass die Soldaten vor Ort mit diesen Listen tatsächlich sehr schwer arbeiten konnten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, ich will vielleicht, bevor ich auf Ihre Frage konkret antworte, noch einen Punkt zur Einleitung sagen: Wir als Krisenreaktionszentrum - ich habe unseren gesetzlichen Auftrag dargestellt - sind ja zuständig für deutsche Staatsangehörige. Die Krisenberatung und auch unsere ganze Evakuierungsmaßnahmen bezogen sich immer auf die deutschen Staatsangehörigen. Das war in einem Umfang von damals - ELEFAND-Liste, unter 100 mit einem gewissen Faktor - sagen wir: 300, also ein paar Hundert Leute. Und das war auch der Stand, mit dem wir bis Samstag, den 14., eigentlich umgegangen sind, oder, sagen wir, bis 13., weil dann war noch die Rede davon, dass das für die lokalbeschäftigten Ortskräfte gab. Und erst am 13. wurde klar, dass Lokalbeschäftigte auch ohne Visum einreisen können, dass die Sicherheitsüberprüfung erst in Deutschland erfolgen sollte. Also, das war immer noch getrennt. Das heißt, wir haben damals geredet über eine Evakuierung von ein paar Hundert Personen.

Dann, am 15., erfolgte, sagen wir mal, eine sehr große Mandatserweiterung für uns. Da wurde politisch entschieden: Nein, die Evakuierung soll sich nicht nur auf deutsche Staatsangehörige erstrecken, sondern auch auf Lokalbeschäftigte und schutzbedürftige Personen. Damit wurden in einem Tag aus 300 bis 400 Personen 10 000 bis 20 000 Personen. Das war eine politische Entscheidung, die für unseren Apparat, ich will mal ganz vorsichtig sagen, sehr, sehr anspruchsvoll war. Dafür war, um es noch deutlicher zu sagen, unser Apparat nicht ausgelegt, für eine Evakuierungsaktion von dieser Dimension: 10 000 bis 20 000 Personen.

Wir haben das dann gemacht, so gut wir das konnten, haben Freiwillige rangezogen, haben die Listen alle zusammengestellt. Mit diesen Listen: Das war ein sehr schwieriges Thema. Und insofern verstehe ich auch gut, um auf Ihre Frage



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu antworten, dass es für die Soldaten vor Ort nicht immer einfach war.

Die Listen: Da gab es deutsche Staatsangehörige, das waren ein paar Hundert. Das war relativ überschaubar, und die kann man ja auch relativ klar identifizieren: mit einem deutschen Pass, Familienangehörige etc.

Bei den Lokalbeschäftigten wurde das schon sehr viel schwieriger, weil zumindest mir die Kriterien nicht völlig klar waren. Das wurde im Laufe der Zeit auch noch so verändert. Ich glaube, da wurde auch noch gesagt, es sollen nicht nur die Lokalbeschäftigten mit soundso viel Jahren, sondern auch soundso viele Jahren noch zurück. Also, da gab es auch ... (akustisch unverständlich) Listen.

Bei den schutzbefohlenen Personen war es dann endgültig schwierig, weil da haben sich sehr, sehr viele Leute bei uns gemeldet; aber wir als Krisenzentrum hatten keinerlei Möglichkeit, zu überprüfen: Sind das jetzt wirklich Schutzbefohlene? Sind das Menschenrechtsverteidigerinnen? Haben die einen Deutschlandbezug, oder sind das Leute, die das nur behaupten? Dafür hatten wir keinerlei Expertise. Das mussten dann die entsprechenden Fachabteilungen in den jeweiligen Häusern machen.

Diese, sage ich mal, Welle an Anfragen, die ab dem 15.08. über uns hereinbrach - ich hatte vor einem Jahr gesagt, 500 000 E-Mails; es waren eher 600 000 -, das dann in den Griff zu kriegen, das war eine riesige Herausforderung, von der vor dem 15.08. eigentlich nicht die Rede war. - So viel von mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit sind wir am Ende dieser Runde und wechseln zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Dr. Jokisch, ich würde ganz gern mit Ihnen über die Umsetzung Ihrer Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der ressortgemeinsamen Krisenberatung in Kabul sprechen, und zwar über drei Punkte.

Der erste Punkt ist die von Ihnen in dem Bericht ausgesprochene Empfehlung - das ist MAT A AA-8.637 VS-NfD, Blatt 177 -, den Compound 1 als Sammelpunkt vorzubereiten, also die Nutzung des Compound 1 als Sammelpunkt vorzubereiten, insbesondere das Vorhalten von Notunterkünften usw. Uns liegt hierzu vor eine E-Mail des damaligen Botschafters, Herrn Zeidler - das ist MAT A AA-8.94 VS-NfD, Blatt 13 -, in der er darauf hinweist, dass dieser Compound ungeeignet ist als Sammelpunkt. Es heißt dort:

„Hier weist die Botschaft vorsorglich darauf hin, dass nach jetzigem Stand bis zum o.a. Datum lediglich bis zu 20 Personen notfallmäßig und ungeschützt auf dem Gartfeld untergebracht werden können.“

Zitat Ende. - Sie selbst schreiben dann später, im August, in einer Evakuierungsplanung, dass dieser Platz ungeeignet sei. Meine Frage ist jetzt: Wie sind Sie eigentlich mit dieser Kritik aus der Botschaft über die Eignung dieses Sammelpunktes umgegangen? Und was haben Sie konkret unternommen, um eine geschützte Möglichkeit für die deutschen Staatsangehörigen zu schaffen für eine Evakuierung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also noch mal zu der Kurzberatung. Bei der Kurzberatung selber war Botschafter Zeidler nicht da, und das ist eine Sache, an die ich mich erinnere vom letzten Jahr. Die Empfehlung aus der Kurzberatung haben wir mit der Vertretung ausgiebig besprochen. Ich hatte das dem Gregory Bledjian, dem damaligen Geschäftsträger, so auch noch mal geschickt, den Bericht, den Entwurf dazu, ob er dazu Anmerkungen hat, was wir ja normalerweise nicht tun, weil wir auch manchmal Empfehlungen machen, die der Botschaft nicht so in den Kram passen. Und als ich da abfuhr - oder auch danach -, waren eigentlich alle sehr zufrieden mit dem Ergebnis der Krisenberatungen und wurden ja Maßnahmen gestaffelt nach Zeiträumen jeweils gemacht, und dann ging es dann um die Umsetzung.

Insofern hat mich das dann gewundert, dass der Botschafter Zeidler das danach geschrieben hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil vorher war nicht die Rede davon. Aber man muss das natürlich ernst nehmen. Und die Frau K██████ - nicht ich selber, aber die Frau K██████ - hat das dann umgesetzt, die auch dabei war. Die war auch zu diesem Bereich dann immer mit der Botschaft in Kontakt.

Insgesamt ist das ein Riesenproblem mit den Sammelpunkten in Kabul gewesen, weil es eben nur sehr, sehr wenige Flächen gab, die den entsprechenden Anforderungen genügt haben. Und die Szenarien waren natürlich wie bei allen Krisenfragen unklar. Und ich glaube, die Erwägung, die damals dahinter stand, war, dass dieser Sammelpunkt natürlich nicht optimal ist.

Optimal ist Arbeiten zu Krisensituationen wenig, aber es ist zumindest mal bei der Botschaft. Dann sammelt man die Leute da, man hat sie schon mal in der Green Zone und wollte sie dann von dort zum Flughafen bringen. Das hat sich dann alles anders dargestellt. Und am Flughafen hatten wir eben dann keinen Sammelpunkt. Und das normale Konzept, wie es dann ging, ging dann nicht mehr.

Um jetzt auf Ihre Frage konkret zu antworten - - war, dass wir das natürlich ernst genommen haben, auch wenn die Botschaft das vorher nicht gesagt war und Frau K██████ mir auch mehrfach ein Update gegeben hat, wie es mit den Sammelpunkten ist. Ich muss jetzt allerdings zugeben, dass ich nicht mehr genau weiß, was sie im Detail besprochen hat mit der Botschaft.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, es ist dann so, dass Sie in Ihrem Krisenplan vom 9. August 2021 das wie folgt zusammenfassen - das ist MAT A AA-8.637 VS-NfD, Blatt 172 bis 193; Zitat -:

„Das Sammeln, Sichern und Versorgen von DEU StA wäre daher in jedem Fall mit einem sehr hohen personellen und organisatorischen Aufwand verbunden - verschärft durch weiterhin notwendige Covid-19 Schutzmaßnahmen. Im Falle eines Sammelpunktbetriebs wird der hohe Sicherheitsstandard nicht zu halten

sein; insbesondere bei fortwährendem Beschuss sind die bislang am Sammelpunkt (Gartfield) vorgeesehenen Zelte eine offensichtlich schlechte Lösung. Zudem mangelt es ohne eigene Hubschrauberfähigkeiten an den notwendigen Transportmitteln (sowohl einsatzbereite Fahrzeuge als auch geeignete Fahrer:innen, ohne das Sicherheitskonzept der Botschaft zu gefährden), um eine Großzahl an DEU StA zum Flughafen zu shuttlen.“

Zitat Ende. - Entschuldigung, das ist MAT A AA- 9.84 VS-NfD, Blatt 138 bis 146. Ich hatte eben eine falsche MAT-Nummer. Hier also Blatt 146. - Inwieweit kann ich aus dieser Aussage schließen, dass sich Ihre Einschätzung, dass Gartfield sich als Sammelpunkt für die deutschen Staatsangehörigen geeignet hat, geändert hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Darf ich das mal sehen?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gerne. Bringen wir Ihnen vor.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: War das eine E-Mail von mir? Da habe ich jetzt keine Erinnerung dran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Danke schön. - Okay. Und auf welcher Seite war das? Entschuldigung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Blatt 146 muss das sein.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Blatt 146. - Okay. Genau. Ich muss dazu was sagen. Dieses Dokument ist nicht von mir; das ist kein Dokument, das von mir ist. Das ist der Krisenplan der Botschaft Kabul. Vielleicht methodisch, auch wenn das nicht direkt Ihre Frage beantwortet: Jede Botschaft hat einen Krisenplan, in der Szenarien diskutiert werden, in der mögliche Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden. Unsere Aufgabe ist es als 040,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu überwachen, dass diese Krisenpläne auch halbwegs aktuell sind, und bei Krisenberatungen werden die genau angeguckt. Aber das ist der Krisenplan der Botschaft Kabul. Also, es ist nicht von mir. Und ich kannte jetzt diesen Aspekt des Krisenplans auch nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, ich frage nur deswegen, weil sozusagen Ende März gibt es diesen Disput zu Ihrem Bericht und den Empfehlungen, den Compound als Sammelpunkt einzurichten, und dem Botschafter Zeidler. Sie sagen eben in Ihrer Aussage, danach sei man im Gespräch geblieben. Und jetzt im Krisenplan, der dann offensichtlich auch aus der Botschaft kommt, vom 9. August wird nochmals darauf hingewiesen, dass dieser Sammelpunkt ungeeignet ist und die deutschen Staatsangehörigen, um es mal kurz zu sagen, gefährdet.

Meine Frage ist jetzt: Inwieweit haben Sie zum Zeitpunkt der Evakuierung im August 2021 den Compound, also den Sammelpunkt Gartfield, für die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger für sicher und geeignet gehalten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich habe keine aktive Erinnerung daran, Herr Abgeordneter, wie dieses Thema weitergegangen ist, muss ich zugeben. Das hat Frau K. gemacht, die Sachbearbeiterin. Wenn ich das jetzt hier lese im Krisenplan, scheinen die ja auch ein Ergebnis zu haben:

„In Ermangelung gangbarer Alternativen (Compound 2 ...) fällt Compound 1 ... bis auf weiteres die Rolle als möglicher Sammelpunkt im Evakuierungsfall zu. - Alternativen ... konnten noch nicht erschlossen werden.“

Hier schreibt er auch: Das ist nicht optimal, aber es gibt nichts anderes. Also, der Compound 1 - ich glaube, das ist Gartfield, ne? -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: - war dann auch nach Einschätzung der Botschaft mehrere Monate nach dem Krisenerwartungsfall weiterhin der einzig

mögliche Sammelpunkt, wenn er auch nicht optimal ist. Die Botschaft schreibt hier selber: Eine Alternative hat sie noch nicht gefunden dazu.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, dann frage ich noch mal anders. War Ihrer Ansicht nach der Compound, also Gartfield, geeignet als Sammelpunkt für die Evakuierung der deutschen Staatsangehörigen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, mangels Alternativen - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage nicht nach Alternativen. Ich frage: War er geeignet, ja oder nein?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Es ist - -

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung hat noch mal das Wort. Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, vielen Dank. - Also, der Zeuge hat zu diesem Sachverhalt widerspruchsfrei und auch erschöpfend ausgesagt. Jetzt sozusagen die Aussage verengen zu wollen und wiederholt dazu nachzufragen, halte ich in der Form für nicht zulässig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich muss Ihnen widersprechen, Herr Gloßner. Ich glaube, die Frage muss schon beantwortet werden können, ob aus der damaligen Sicht der Zeuge das für geeignet gehalten hat oder nicht. Und wenn er dann zur Begründung anfügt, womit er jetzt wieder begonnen hat, ist das was anderes. Aber die Frage, ob er das selbst für geeignet gehalten hat, ist noch nicht so beantwortet worden. Und ich finde, das gehört zu den Zuständigkeiten des Zeugen dazu, dass er auf die Frage antwortet. - Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Dann aber zumindest als offene Antwort. Ich glaube, es würde sozusagen im Widerspruch - - Man würde den Zeugen dazu zwingen, sich selbst zu widersprechen, wenn man ihn jetzt auf ein Ja oder Nein dazu festlegen würde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe den Fragesteller nicht so verstanden, dass er gesagt hat: „Antworten Sie mit Ja oder Nein, und fügen Sie kein Wort hinzu“, sondern er hat offen gefragt. Die Antwort kann durchaus „Ja, aber“ heißen oder wie auch immer. Ich will das nicht nahelegen, aber erst die Antwort und dann die - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich kann auch die Frage ändern: Inwieweit war zum Zeitpunkt 09.08.2021 der Compound als Sammelpunkt für die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger in der bekannten Höhe geeignet?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich lese diesen Aspekt des Krisenplans vom 09.08. jetzt zum ersten Mal, muss ich dazusagen. - Um auf Ihre Frage zu antworten: Ich schließe mich der Einschätzung der Botschaft hier voll an, die besagt: Der Compound 1 ist der einzig mögliche Compound trotz aller Mängel, die er hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche noch mal, weil ich noch einen Hinweis geben möchte, der, glaube ich, auch ein bisschen zu den Schwierigkeiten beiträgt.

Es ist noch besser, wenn Sie sozusagen gefragt werden, nach Ihrer Einschätzung und nach Ihrer Kenntnis und Ihrem Erinnerungsvermögen zu antworten und nicht im Lesen von Dokumenten, die Sie jetzt hier im Nachhinein interpretieren. Das ist nicht Sinn der Sache. Wir haben es bei allen Zeugen so. Das ist eine Weile her. Man kann das, was man kann. Und ich habe Sie ja vorhin noch mal belehrt. Sie kennen ja den Inhalt, dass man nach bestem Wissen und Gewissen antwortet, nicht spekuliert. Damit muss der Fragesteller leben und der Ausschuss auch, aber Sie dann eben auch. Wir kommen sonst in kurzes Gras, wenn wir das andersrum machen.

Also, meine Bitte wäre, nach eigener Kenntnis, in eigenem Erinnerungsvermögen zu antworten. Dann, glaube ich, passt es am besten. Wenn wir hier gemeinsam Papiere interpretieren, dann wird es schwierig, und dann entspricht es auch nicht den Gepflogenheiten, die wir hier haben. Wenn wir so verfahren, kommen wir, glaube ich, zurecht. - Bitte.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, Herr Vorsitzender, sehr gerne. - Also, um es noch mal zu sagen: Ich habe keinerlei Erinnerung mehr an das Thema „Sammelpunkte“, weil auch nach dem 09.08. ging es da um das Thema „Sammelpunkt“ an der Botschaft nicht mehr.

Der Krisenplan gibt im Endeffekt die Empfehlung der Krisenberatung wieder, was unserer damaligen Empfehlung entspricht, trotz aller Bedenken. Aber konkrete Erinnerungen, wie die Diskussion danach weiterging, habe ich tatsächlich nicht mehr.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Vielleicht erinnern Sie sich dann an den Einsatz geplanter Hubschrauber im Zuge der Evakuierung. Zumindest haben Sie in Ihrer Aussage beim letzten Mal, also in der letzten Befragung, über einen solchen Einsatz gesprochen. Was ist nach Ihrer Erinnerung im Nachgang zu den Empfehlungen aus Ihrer Krisenkurzberatung unternommen worden, um für den Evakuierungsfall auch solche Luftevakuierungskapazitäten vorzuhalten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau. Daran erinnere mich, gut sogar. Das war eine unserer Empfehlungen aus der Krisenkurzberatung, nämlich dass wir zusätzlich zum MoU, das wir mit den Amerikanern hatten über den Lufttransport, noch eigene Lufttransportkapazitäten bereitstellen wollten.

Das ist eine Empfehlung, die dann auch umgesetzt wurde. Die Botschaft hat vor Ort in enger Abstimmung mit der zuständigen Sachbearbeiterin - bei uns die Krisenoperateurin, die sogenannte - dann den Markt eruiert, ist dann bei der Firma ██████ gelandet, mit der, glaube ich, auch bei der Bundeswehr vorher zusammengearbeitet hatte, und das zog sich dann ein bisschen hin. Da war man sich aber einig vor Ort, und wir haben eine Entscheidungsvorlage gemacht. Das Ganze hat einige Millionen im Jahr gekostet, Bereitstellungskosten; hat unsere Leitung nach einer Rückfrage auch dann gebilligt.

Dann gab es aber ein Problem, nämlich dass die Firma ██████ - anscheinend hatte der Markt sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

verändert - die Preise auf einmal deutlich angehoben hat, deutlich sogar. Da waren wir nicht mehr im einstelligen Millionenbereich, sondern im zweistelligen Millionenbereich, mussten dafür unsere Leitungen dann auch befassen. Da gab es entsprechende Vorlagen dazu; wurde auch gebilligt und genehmigt. Wann das genau war, weiß ich nicht mehr. Aber was ich noch weiß - und das ist fast schon eine Ironie -: dass wir ab Montag, dem 16., diese Hubschrauber hätten haben können. Aber gut. Die kamen dann nicht zum Tragen. Das MoU mit den Amerikanern hat da ja zum Glück funktioniert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da muss ich noch mal nachfragen: Lagen zum Zeitpunkt 9. August, also über den wir eben gesprochen haben, überarbeitete Evakuierungsplanung der Botschaft - - Zu diesem Zeitpunkt, gab es da gebuchte oder reservierte Evakuierungsmöglichkeiten mit der von Ihnen genannten Firma?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da habe ich jetzt keine Erinnerung mehr, wann die Vorlage entsprechend hochgegangen ist an unsere Leitung. Das müsste irgendwann im August gewesen sein. Aber ich weiß, dass unsere Botschaft sehr eng in Kontakt mit der jeweiligen Firma gewesen ist und Vertragsschluss nach allen ausschreibungsrechtlichen Vorgaben und so was dann unmittelbar hätte erfolgen können. Das war aber nur meine grobe zeitliche Erinnerung. Ich glaube, das war gerade in diesen Augusttagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann noch mal die Nachfrage: Hat es einen solchen Vertrag nach Ihrer Kenntnis gegeben?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nee, den Vertrag hat es dann, glaube ich, nicht mehr gegeben, weil wir den nicht mehr gebraucht haben. Aber er war sozusagen von unserer Leitung gebilligt; er war abschlussreif. Ich meine, die Botschaft hat sogar noch mit der Firma gesprochen und hat gesagt, ja, die könnten die jetzt losschicken, und die hätten dann am Montag dann da sein können - was dann knapp zu spät war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, ich versuche, das nur für mich zu verstehen: Zu diesem

Zeitpunkt Evakuierung, Entscheidung der Evakuierung, gab es dort einen Vertrag über die Evakuierung aus der Luft oder nicht?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Es gab keinen Vertrag, Herr Abgeordneter. Gleichzeitig hat - und das möchte ich nur mal wiederholen; ich habe es in den Akten gefunden - die Botschaft gesagt: Könnt ihr Hubschrauber schicken? Die haben gesagt: Ja wohl, in 48 Stunden sind die da. - So weit waren sozusagen die Gespräche und Verhandlungen schon vorangeschritten; auch die Preise, das stand alles fest.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und ging es dabei um die Evakuierung aus der Botschaft zum Flughafen oder aus der Botschaft außer Landes?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nein, nein, es ging immer nur um den Flughafen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich als Drittes zu der Vorbereitung der Evakuierungsplanung über die Frage der Kapazitäten am Flughafen selbst in Kabul sprechen. Wir wissen aus unseren bisherigen Vernehmungen, dass es am Ende keine reservierten oder gebuchten Unterbringungen der Botschaft und auch der Spezialkräfte der Bundeswehr am Flughafen gegeben hat. Nun war aber ja von Anfang an die Evakuierung über den Flughafen Gegenstand der Notfallplanung und der Evakuierungsplanung. Was haben Sie konkret unternommen, um sicherzustellen, dass sowohl die Botschaft als auch die an der Evakuierung beteiligten Kräfte am Flughafen untergebracht werden können?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na, ja, das war ein Auftrag - - Die Lage am Flughafen war ja sehr fluide, wie alles in diesem Land. Am Freitagabend hat dann der Jan Hendrik van Thiel oder die Botschaft, sagen wir mal, die Bitte gekriegt, jetzt noch mal: Wir haben überhaupt keinen Überblick: Was ist da? Wie sind die Zustände? Wie sind die Kapazitäten? Unter welchen Voraussetzungen können wir dahin verlegen bei Bedarf? Wie wäre ein Transport etc.? Am Samstag gab es dann mehrere Mails von „Fisch“ und von Jan Hendrik - genau weiß ich es auch nicht mehr -, wo das dann ausbuchstabiert wurde. Da wurden



Nur zur dienstlichen Verwendung

verschiedene Möglichkeiten eruiert, einen Container dahin zu bringen, Lkws zu mieten, um das ganze Material dahin zu schicken etc. Es war im Kern aber unklar, weil man nicht wusste, wie die Lage da vor Ort ist, und sich das zuspitzte. Da war dann für Sonntag, nach meiner Erinnerung, eine Erkundungsfahrt geplant, um genau das dann entsprechend klarzuziehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun wissen wir auch, dass diese Erkundungsfahrt ja nicht mehr stattgefunden hat, und wir wissen aber auch, dass beispielsweise andere Nationen sich um entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten am Flughafen bereits gekümmert hatten und die auch in Anspruch genommen haben. Können Sie sich erklären, warum das für die deutsche Botschaft nicht der Fall gewesen ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich weiß, dass es - - Von Jan Hendrik weiß ich, dass es im Laufe dieser Tage sehr viele Anfragen gab bei dem jeweiligen Flughafenbetreiber, was damals noch die Türken waren nach meiner Erinnerung. Wer Kapazitäten dort hatte, waren natürlich die Amerikaner und die Briten, die ihr Militär noch dort hatten, wir eben nicht mehr. Und es gab nach meiner Erinnerung sehr viele Anfragen; es gab auch Überlegungen, ob man irgendwo stadtnah am Flughafen - - andere Nationen, ob die da untergebracht werden sollten. War für uns keine Option. Also bei uns ist das dann - - kam das als Option dann schon immer - - wurde das immer mitgedacht. Der konkrete Auftrag erging am Freitagabend dann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und hatten Sie Kenntnis davon, dass andere Nationen zu diesem Zeitpunkt bereits sehr konkrete Planungen und auch Unterbringungsmöglichkeiten am Flughafen gefunden hatten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, davon hatte ich keine Kenntnis. Soweit ich die Berichterstattung von Herrn Jan van Thiel erinnere, hat er schon gesagt: Es gibt jetzt einen gewissen Run auf den Flughafen. - Aber dass andere dort schon konkret, abgesehen von den Briten und Amerikanern, wären, hatte ich jetzt keine Kenntnis von.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich abschließend noch einmal gerne zusammenfassend fragen: Inwieweit sind die von Ihnen im Abschlussbericht der ressortgemeinsamen Krisenkurzberatung in Kabul von Ende März 2021 unterbreiteten Empfehlungen zum Zeitpunkt der Evakuierungsmission umgesetzt gewesen? Und welche sind nicht umgesetzt gewesen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da müsste ich da noch mal reingucken; das kann ich jetzt so aus der Erinnerung nicht mehr - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist dann MAT-A AA-8.637 VS-NfD. Das ist die Mail mit der Anlage, das ist bei uns 4.8.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest in diesen
Unterlagen)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau. Wo haben wir denn die Empfehlungen? - Hier. Die Empfehlungen sind ja nach zwei Bereichen aufgeteilt, einmal chronologisch und einmal inhaltlich, einmal hier „Kommunikation und Absprachen“, zweitens „Krisenplan“, drittens „Infrastruktur, Ausstattung und Bevorratung“ und viertens „Ausbildung“ noch.

Was ich vorwegschicken kann: Ich weiß, dass es einen sehr intensiven Austausch gab nach dem Bericht zwischen der zuständigen Krisenoperateurin, Frau K█████, mit der Botschaft und von mir einen sehr intensiven Austausch mit Frau K█████. Wir haben eigentlich jeden Tag dazu mindestens eine halbe Stunde gesprochen oder telefoniert, über einen sehr langen Zeitraum. Also, da ist sehr viel Energie reingeflossen.

Ich weiß nicht, ob wir jetzt jede einzelne Empfehlung da durchgehen wollen; das sind sehr viele. Wollen wir? - Okay, gut.

Die Schwerpunkte waren, glaube ich, vorweggestellt, erstens diese Hubschrauberplanungen, wo die Planungen dann anliefen. Der zweite Schwerpunkt war die Sicherung der Green Zone, das sogenannte KSP, Kabul Security Program. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

gab es so eine Arbeitsgruppe, von T ■■■ R ■■■ dann entsprechend benutzt.

Okay, wenn wir das genau durchgehen, dann würde ich jetzt hier auf Seite 10 des Berichts anfangen unter dem Bereich „Kommunikation und Absprachen“. Da steht: „Bis zum 30.04.“ - 30.04. deshalb, weil es damals das Abzugsdatum war, was im Raum stand, was dann anders kam; aber das war im März halt der Stand -: „Prüfung einer lageabhängigen ... Personalreduzierung/ Aussetzung der Präsenzphase einzelner Dienstposteninhaber“. Ich glaube, das ist erfolgt, nach meiner Erinnerung.

Dann: „Bis zum 30.04...: lageabhängige Prüfung einer Unterbrechung der Bauphase“. Das ist nach meiner Erinnerung auch erfolgt; da waren wir mit unserem Baureferat immer in Kontakt. Wie gesagt, alles nach meiner Erinnerung; das ist alles lange her.

Dann: „lageabhängige Empfehlung an DEU Projekte (GIZ, GPPT ... vorübergehende Personalreduzierung“ bis zum 30.04. Das ist meines Erachtens auch erfolgt; das schwang schon damals immer mit, dass die GIZ von Dubai aus arbeitet oder Abu Dhabi über den Zeitpunkt. Und das ist, glaube ich, auch erfolgt.

Der GPPT-Leiter, der sollte dableiben, als Bundespolizist. - Genau.

Dann: „Bis zum 30.04. ...: lageabhängige Prüfung einer Ausreiseempfehlung“. Ich weiß gar nicht, wann wir da den letzten Landsleutebrief - - Wir hatten jetzt einmal über den Landsleutebrief im Juli gesprochen, einmal im August. Wann es da vorher einen gab, entzieht sich meiner Erinnerung, ehrlich gesagt.

Dann: „Intensivierung der regelmäßigen Kontaktpflege zu aktuellen/zukünftigen Betreibern der EvakPkt“ Flugplatz. Das ist das, was ich meinte, dass man nicht wusste: Wer übernimmt jetzt den Flugplatz? Die Türken haben es ja auch nicht mehr ewig gemacht. Und die Kontaktpflege war eben der wichtigste Punkt für unter anderem dann die Verlegung, wie sie dann erfolgt ist.

Und dann: „Fortführung der engen Abstimmung mit EU- und partnerschaftlich verbundenen Nationen ... Lagebild“. Okay, das ist eigentlich jetzt eine Selbstverständlichkeit.

Dann: „Fortführung der engen Zusammenarbeit mit dem GIZ RMO“ - „RMO“ heißt „Risk Management Office“ - „bei Sicherheitsfragen“. Da ging es, glaube ich, um die Frage, ob der verlängert werden sollte, der Dienstposten oder so. Aber das ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit. Gut.

„Kontaktpflege mit AFG Regierung“. Ja, geschenkt.

Dann: „RSM“, solange sie noch da sind. Genau.

Der nächste Punkt ist schon wichtiger: „Substantielle DEU Beiträge in der GZ-“ - Green Zone - „Checkpoint-Architektur“. Und das ist eine Sache, wo viel Energie reingeflossen ist, nämlich wurden auch Gelder dafür in die Hand genommen.

„Finanzierung von Umbaumaßnahmen, Finanzierung zusätzlicher Sicherheitsinfrastruktur“. Da gab es so eine Arbeitsgruppe wöchentlich oder ich weiß nicht, was. Also, das ist ja sehr intensiv erfolgt dann.

Dann: „Nach möglichem RSM-Abzug: Weiterführung des GIZ RMO“. Ich glaube, das ist im Endeffekt nicht erfolgt, weil die GIZ das nicht wollte. Weiß ich aber nicht so genau. Aber ist diskutiert worden, zumindest im Nachhinein.

So, und dann: „Nachbesetzung des vakanten Militärattaché-Dienstpostens“: Das ist jetzt - - hat sich jetzt eher ans BMVg gerichtet. Es gab keinen Militärattaché, ich meine, mit der Begründung, dass ja die Bundeswehr sonst so stark da vertreten ist. Hätte man das natürlich folgerichtig dann nach Abzug der Bundeswehr - - einen Militärattaché da hinsetzen müssen. Das, glaube ich, hat sich dann nicht mehr realisiert. Aber es ist auch - - haben wir auch mit dem BMVg drüber gesprochen. Nur, Inhalt weiß ich aber auch nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, dann kommen wir jetzt zum Bereich hier „Krisenplan“. Genau.

„Einstellen dieses ...Berichts als Anlage ... und Beibehaltung des Erkundungsberichtes von 2016“. Genau, 2016 gab es schon mal eine ähnliche Ergänzung.

Dann: „Abschluss eines MoU mit USA ... zur Nutzung der US-Helikopter“. Das ist ja auch erfolgt.

„... geeigneter Instrumente zur permanenten Evaluierung der Sicherheitslage“. Das schließt hier das an.

„Leiter[s] GPPT als Mitglied des Krisenstabs“. Genau.

Und dann hier: „Nach dem RSM-Abzug: Abschluss eines Vertrags“ - -

(Zuruf des Abg. Thomas Röwekamp (CDU/CSU))

- Bitte? Ich glaube, die sind irgendwann ausgereist. Wir hätten die gerne dabehalten noch ganz bis zum Schluss, den Leiter davon. Da hatte das BMI Bedenken gegen. Die haben den dann rausgezogen. Das war ein Bundespolizist, ein hochrangiger, den wir gerne dabehalten - - Aber irgendwie hat das doch nicht geklappt dann. Das war eine BMI-Entscheidung.

„Nach dem RSM-Abzug: Abschluss eines Vertrags zur Anmietung ... (Weiße Flotte) ..., z. B. mit Firma ██████“. Das waren genau diese Vertragsverhandlungen, von denen eben schon die Rede war, die dann sich hingezogen haben, auch deutlich teurer waren. Genau.

Und dann: „Aufbau einer medizinischen Einrichtung innerhalb der GZ“ - Green Zone - mit Role-2-Krankenhaus. Das ist so ein Standard irgendwie. Ich glaube, das fiel zusammen mit dem KSP, mit der Checkpoint-Architektur. Da hatten wir eine gewisse Fähigkeitslücke, weil wir hatten keinen Arzt da, sondern „nur“ - in Anführungsstrichen - Sanitäter. Also da hätte sich dann potenziell eine Lücke aufgetan. Genau.

Und dann: „Formalisierung der Vereinbarung mit dem CHE“ - Schweizer - „Kooperationsbüro“. Die sind ja dann auch zu uns gezogen meines Erachtens, später.

Und dann haben wir noch: der Sammelpunkt Compound 1. Das findet sich dann auch so im Krisenplan wieder mit den entsprechenden Bedenken. Aber, wie gesagt, alles eine Frage der Alternativen immer. Immerhin ist der ja schon mal in der Green Zone. Und der Sammelpunkt muss natürlich auch entsprechend vorbereitet werden. Ob das erfolgt ist, habe ich jetzt auch keine Erinnerung dran. So.

Erdbebencontainer: Bei dem Helipad auf dem Gartfield außerhalb des Perimeter, da gab es zumindest bauliche Planungen und Begehungen dazu, wo unser Baurechtsreferat [sic!] da auch gewesen ist, um das technisch noch besser zu machen. Das war aber auch eine Diskussion, die schon vorher gelaufen war.

Und dann auf jeden Fall „Freihalten einer zusätzlichen Hubschrauberlandezone im Perimeterbereich“, solange der noch nicht gebaut ist, dass man das zumindest freihält und da nicht Autos parkt oder irgend so was.

So, was haben wir jetzt hier noch? „Planung einer möglichen zukünftigen Visastelle in erster Priorität auf dem GARTFIELD“. Gut, die Visastelle, das hat sich dann eben auch nicht mehr realisiert. Genau.

„Kauf oder (langfristige) Pachtung des sogenannten SAUDI-...FELDES“. Und das war eins der angrenzenden Grundstücke, was leerstand, wo über Jahre unklar war, was damit passiert, ob wir das kaufen können oder nicht. Das wäre aus Sicherheitsgründen sehr gut gewesen, dass man das kauft, um da entsprechende Abstände zu haben.

„WHISKEY-GATES in eigener Verantwortung“.

Und dann für die GIZ, das „Camp EGGERS“. Das ist, glaube ich, hier nicht so für relevant.

„Als AKZ (außerhalb des Compound 1) kann nur der Compound 2 genutzt werden“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gut, Ausweichkrisenzelle, das ist im Grunde ein Standardverfahren.

Dann letzter Punkt noch: Fortführung HEAT-Ausbildung. Das ist eigentlich auch ein Standard.

Belehrung der Entsandten.

Was jetzt hier nicht drinsteht unter diesen Maßnahmen - ich weiß jetzt gar nicht genau, warum -, ist, dass wir auch das BMVg gebeten haben, eine sogenannte Eventualfallplanung anzustoßen, Eventualfallplanung für Afghanistan. Das klingt jetzt so harmlos, dass das BMVg das planen muss; ist allerdings ein Riesenaufwand. Sie haben ja, wie gesagt, den General Faust nachher da; der kann das mit Sicherheit besser erklären. Eine Eventualfallplanung für Afghanistan gibt es nur für wenige Länder, weil das eine höchst ausdifferenzierte Planung ist, VS-Geheim eingestuft, wo sehr, sehr detailliert und kleinteilig im positiven Sinne ausgeplant wird, welche Flugzeuge wann wohin und welche Truppen dafür verantwortlich sind. Das gibt es deswegen auch nur für sehr wenige Krisenorte auf der Welt, so eine Eventualfallplanung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe jetzt diese Frage und die Antwort so zugelassen; das mache ich aber nicht noch mal. Wir können nicht ein Verfahren wählen, wo die Antwort zehn Minuten dauert, damit die Zeit sich um zehn Minuten verlängert und dann in Teilen auch nicht mehr nachvollziehbar, auch für das Publikum hier bei einer öffentlichen Anhörung, ist. Wir müssen das anders handhaben.

Es ist übrigens natürlich auch in der Regel nicht Sinn der Sache - ich sage das noch mal -, dass hier aus längeren Dokumenten - - dass die sozusagen abgearbeitet werden von den Zeugen, weder in der interpretierenden Weise, aber letztlich dann auch nicht in der Frage. Ich habe es jetzt aber einmal zugelassen. Das machen wir so nicht mehr, sondern ich bitte darum, konkrete Fragen zu stellen, die nachvollziehbar sind, und dann konkret zu antworten. Das waren hier in Teilen auch nicht Antworten, sondern eher kommentierende Bemerkungen, und die hatten teilweise

auch mit dem eigenen Erinnerungsvermögen nichts mehr zu tun.

Ich wollte jetzt nicht unterbrechen, aber künftig werde ich darauf achten, dass die Fragen so gestellt und auch beantwortet werden, dass es in der Zeit funktioniert. Und bitte darum, sich daran zu erinnern: Die Zeugen sollen antworten mit Blick darauf, was sie aus ihrer eigenen Erinnerung nach bestem Wissen und Gewissen wissen.

Und wir müssen das nachher auch noch mal, was die Vorbereitung angeht, mit der Bundesregierung vertiefen. - Das ist ein anderer Punkt.

Ich gebe jetzt das Fragerecht weiter an die Frau Kollegin Nanni von den Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sich immer über kurze Antworten freut. - Bevor ich einen neuen Themenblock eröffne, Herr Jokisch, würde ich ein paar Schnipsel noch mal aufgreifen. Deswegen verzeihen Sie mir, wenn ich jetzt hin- und herspringe. Dann gerne den Kontext, den Sie auch schon genannt haben, nicht noch mal wiederholen, sondern nur auf die Frage antworten.

Sie hatten gesagt: Wer wann die Liste wie an die Bundeswehr weitergegeben hat, ist Ihnen nicht bekannt, also, ich sage mal: die eine Liste mit den deutschen Staatsbürger/-innen, aber auch die Listen, die ja nachher auch entstanden sind. Wer kann das denn wissen? Also, wer in dieser ganzen Situation kann uns denn sagen, über welchen Weg diese Liste aus dem Auswärtigen Amt zur Bundeswehr gekommen ist? Weil das hat uns bisher noch niemand beantworten können.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich würde gerne, Herr Vorsitzender, noch einmal was sagen. Ich weiß nicht, ob das jetzt eine Kritik an mir war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee. Nicht in meiner Redezeit, bitte.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich habe die Frage so beantwortet, wie ich sie verstanden hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir können das gerne nachher noch vertiefen. Beantworten Sie mal die Frage.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Okay, gut. - Die Listen waren bei uns ein Riesenthema, und es gab auch nie *die* eine Liste. Muss man auch sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich. Deswegen gerade die Bitte, nicht noch mal den Kontext aufzurollen. Der ist bekannt.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer kann mir in diesem Untersuchungsausschuss sagen - wenn Sie es nicht sind, was ja okay ist -, -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber wer kann mir denn sagen, wie damals diese Liste aus dem Auswärtigen Amt in der Rechtsabteilung, wo ja sie hergestellt werden muss, jetzt die Liste der Deutschen - da wird sie ja hergestellt; das haben Sie ja selber auch noch mal ausgeführt -, wie die den Weg gegangen ist sozusagen bis zur Bundeswehr vor Ort? Weil das konnten wir bisher nicht rekonstruieren. Und es ist ja die Frage: Wer kann es mir denn sagen, wenn Sie es mir nicht sagen können?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Wie gesagt: Es gab die Liste vor Ort, die haben im Endeffekt dann wir kompiliert. Die Rechtsabteilung zieht bei uns ein in so einem Lageraumfall, ja?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Dazu gab es noch die Listen von Lokalbeschäftigten. Das will ich jetzt nicht alles wiederholen. Da haben ganze Listenteams dran gearbeitet. Wie das jetzt nach Kabul übermittelt wird, damit habe ich mich ehrlich gesagt nicht befasst, sondern - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen auch nicht - - Komm, wir kriegen noch ein paar Zeugen. Wen kann ich das fragen? Habe ich Hoffnung auf eine Antwort dann?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir unterbrechen mal einen Moment. Die Bundesregierung wünscht das Wort.

Und vielleicht, bevor Sie antworten, Herr Gloßner: Die Schwierigkeit liegt auch hier wieder darin: Es ist ein paar Mal danach gefragt worden: Wie ist das gewesen? Und es ist das erläutert worden, was die technischen Möglichkeiten waren, auch nicht immer konkret. Die Frage war aber gar nicht so sehr nach den technischen Möglichkeiten bisher immer, sondern nach Ihrer Kenntnis, wie das erfolgt ist. Das war die Frage. Und da müssten Sie antworten, indem Sie Kenntnis haben oder nicht. Aber das ist die Frage, die Frau Nanni gestellt hat und die auch vorher zwei-, dreimal gestellt, aber noch nicht beantwortet worden ist. Es war immer nur eine Antwort, die sich auf technische Möglichkeiten bezogen hat, was aber gar nicht gefragt wird, sondern gefragt wird: Wie ist das erfolgt? Wie ist das zur Bundeswehr gelangt? Haben Sie darüber Kenntnisse und, wenn ja, welche? Oder wen kann ich fragen? So hat eben die Frau Kollegin Nanni nachgefragt und vorher auch Herr Nürnberger gefragt. Und da warten wir noch auf eine Antwort, die diese Frage beantwortet.

Herr Gloßner, jetzt können Sie gerne sagen, was die Bundesregierung wünscht.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie haben es, glaube ich, teilweise jetzt selber schon gesagt. Die Frage: „Wie ist das damals erfolgt, bzw. wer hat das damals gemacht?“, ist natürlich zulässig. Die Frage allerdings: „Wer kann mir dazu etwas sagen, insbesondere wer von den künftigen Zeugen?“, würde ich nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt sehen. Aber das - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, vielleicht hat die Frau Kollegin auch eher gemeint - - das Ganze nicht auf zukünftige Zeugen bezogen, aber wir wollen die Frage wissen als Ausschuss. Und der Zeuge war zuständig für diese Fragen, und insofern: Das kann er schon beantworten. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

ziehen die Schlüsse daraus. Ob wir jemanden laden oder nicht, das ist eine ganz andere Frage.

Aber vielleicht können Sie versuchen, in der Konkretheit die Frage der Kollegin Nanni, die auch Herr Nürnberger vorhin schon mal gestellt hat, zu beantworten.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, sehr gerne. - Wir hatten einen Riesenlageraum von, ich habe ja gesagt, bis zu 200 Leuten. Ich habe keine Kenntnis darüber, wer die Liste dann wie an die Bundeswehr geschickt hat. Ich weiß, sie ist angekommen; die Listen waren vor Ort. Manchmal habe ich eigene, besondere Fälle selber an unser KUT-Team geschickt, aber nicht grundsätzlich die Listen selber. Wer das da wie hingeschickt hat, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß aber, dass sie angekommen sind. Aber ich kann aus diesem Riesenapparat Lageraum jetzt nicht sagen, wer das gemacht hat. Es tut mir leid.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bedeutung ist ja recht zentral. - Ich habe noch einen anderen Schnipsel. Sie haben vorhin gesagt, dass der Gesandte in Kabul keine Weisung für die Evakuierung gebraucht hat und somit auch rechtmäßigerweise selbst evakuieren durfte. In den Tagen zwischen dem 9., wo Sie aus dem Urlaub wiederkamen, und der tatsächlichen Evakuierung ohne explizite Weisung, war das Gesprächsthema zwischen Ihnen und dem Gesandten, dass er im Zweifelsfall auf eigene Faust evakuieren darf?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Frau Abgeordnete, ich glaube, es geht hier ja nicht um die Evakuierung selber, sondern um die Vorbereitung der Evakuierung. Meinen Sie das, also Dokumente schredern und so was? Meinen Sie das?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das ist ja nicht die Evakuierung selber. - Nach meiner Erinnerung habe ich mit ihm darüber nicht gesprochen. Das war aber - auch wiederum nach meiner Erinnerung - immer wieder Thema zwischen 107 bei uns im Haus und der Krisenoperateurin und den zustän-

digen Referenten vor Ort. Nach meiner Erinnerung habe ich mit ihm diese Woche nicht darüber gesprochen, ging aber ehrlich gesagt immer davon aus, dass er das macht. Und er hat es auch gemacht, weil die Evakuierung schon die ganze Zeit im Raum stand.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben vorhin - noch mal zum gleichen Themenkomplex - mit Blick auf die Krisenstabssitzung vom 13. gesagt, dass sich dann für Sie in Ihrer Funktion in Berlin sehr viel in Gang gesetzt hat. Wenn ich mir jetzt das noch mal anschau, das Protokoll, wo die Punkte ja auch aufgelistet sind, was jetzt passieren soll, dann sehe ich im Prinzip theoretische Folgen dessen, dass man Krisenstufe hochsetzt von 3a auf 3b, aber operativ nichts, was sich daraus de facto ausdifferenziert, also die weitere Ausdünnung der Botschaft zum Beispiel. Also, was hätte man da noch ausdünnen wollen? Das war ja schon aufs schmalste Grad zurechtgeschnitten. Und einige andere Sachen auch. In Ihrer Erinnerung: Was war die konkrete Erwartung, was sich jetzt nach der Krisenstabssitzung mit der Heraufsetzung der Krisenstufe, nicht für Sie in Berlin, sondern für die Kolleg/-innen in Kabul, ändert?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die Heraufsetzung der Krisenstufe, das war in der Tat eher eine Formalie. Krisenstufe 2b [sic!] ist einerseits, dass man die Vertretung weiter ausdünn, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist bekannt.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: - dass aber auch alle Mitarbeiter von Mittlerorganisationen ausreisen. Es hatte Auswirkungen dann gehabt auf die GIZ. Ich glaube, da gab es auch noch welche, die dann ausgereist sind. Also, ganz ohne Auswirkungen war es dann auch nicht.

Für die Botschaft selber hingegen nicht viel. Die konkreten Auswirkungen für uns waren dann, wie gesagt, dass es da in eine äußerst konkrete Evakuierungs- nicht nur -planung, sondern -umsetzung gegangen ist, und die Botschaft auch. Dazu gehörte dann auch, dass - was wir schon besprochen hatten - man die Vorbereitung fortsetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit den Dokumenten und IT-Sachen und all diesen Geschichten dann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch mal kurz zurückkommen. Durch die Befragung, die wir gemacht haben mit „Fisch“, die wir gemacht haben mit Jan Hendrik van Thiel - Sie haben ja zu Recht keinen Zugriff auf die Protokolle; aber ich kann es Ihnen kurz erzählen -, da ist schon der Eindruck entstanden, dass die sich am Ende der Krisenstabssitzung so ein bisschen haben hängen gelassen gefühlt, weil eben keine konkrete Weisung zur Evakuierung oder zur Evakuierungsvorbereitung gegeben wurde. So. Das wurde insbesondere sichtbar, weil ihr Eindruck war jeweils, also von den beiden Kollegen, die vor Ort ja waren, dass eigentlich die ganze Krisenstabssitzung über eine Lagebeschreibung in großer Einigkeit gemacht wurde und am Ende aber durch die Einschätzung des BNDs die Schlussfolgerungen, die die beiden vor Ort machen, nämlich „Jetzt kriegen wir gleich die Weisung, dass wir evakuieren sollen“, dann eben nicht kam. - Wie haben Sie das in Erinnerung, was die Erwartungshaltung gegenüber den Kolleg/-innen in Kabul angeht?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, meine Erinnerung geht nicht sehr weit über das Protokoll hinaus.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ja, gut. - Dann habe ich noch eine andere Frage. Die Krisenstabssitzung, die dann am 14. stattgefunden hat, über deren Ergebnisse Sie Herrn van Thiel dann informiert haben, telefonisch: Inwiefern wurde da diskutiert, warum die Botschaft diesmal nicht Teil der Krisenstabssitzung sein soll? Das ist ja eine Änderung zum Vortag.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das war keine Krisenstabssitzung - Krisenstabssitzung ist ressortübergreifend, mit allen dabei -, sondern das war eine AA-interne Telefonschalte unter Leitung der Staatssekretärin. Insofern haben wir da auch nicht den Teilnehmerkreis diskutiert. Da kam irgendwann, nachdem die Mails kamen - ich hatte die auch weitergeschickt - von dem Hendrik van Thiel - das wird alles schwieriger, die Amerikaner ziehen ab, 72 Stunden etc. -, eine Mail von

der Staatssekretärin oder vom Büro der Staatssekretärin, so, die Staatssekretärin würde sich gerne mal da zusammenschalten. Und das wurde dann gemacht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer mit Blick auf die Schalte: Weil wenn Sie da zusammen Dinge besprechen, deren Umsetzung überwiegend in der Hand von anderen liegt, dann drängt sich ja die Idee auf, vielleicht dann noch mal mit denen zu reden, bevor man eine Entscheidung der Staatssekretärin herbeiführt. Das war aber nicht der Fall, oder?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich war schon den ganzen Tag mit der Botschaft in Kontakt. Wie die Beratung der Staatssekretärin unmittelbar erfolgt ist, weiß ich jetzt nicht. Das hat ja der Krisenbeauftragte - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war auch ein bisschen suggestiv, die Frage, Frau Kollegin.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es ist nicht so einfach, so zu antworten oder zu fragen, dass es passt. - Ich habe noch mal einen ganz anderen Bereich, den ich gern ansprechen wollte. Wir haben ja gesehen, dass es eine große personelle Diskontinuität gab, ich sage jetzt mal, im Frühjahr/Sommer und dann Herbst bei Ihrem direkten Vorgesetzten und gerade in der Krisenphase selbst dann auch noch mal von Herrn Diehl zu Herrn Zahneisen die Position des Krisenbeauftragten geändert wurde. Inwiefern hat das Einfluss auf Ihre Arbeit seit dem 9. August gehabt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, das war natürlich nicht optimal, dass der Ole Diehl dann aus ■■■■■ auf dem Höhepunkt der Evakuierung weggehen musste. Natürlich ist das nicht gut. Bei ihm liefen vorher alle Fäden zusammen, und er hatte auch viel Erfahrung. Aber das war natürlich nicht hilfreich. Wir konnten es aber auch nicht ändern. Wie gesagt, dahinter stehen ■■■■■. Und dann kam der Thomas Zahneisen. Also, warum die Staatssekretäre den als Krisenbeauftragten da hingesetzt haben, weiß ich nicht - aber er ist ja gleich dann bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen -; aber er hat auf jeden Fall sehr viel Afghanistan-Erfahrung mitgebracht und hat auch dann mit sehr großem Feuereifer auch mitgemacht. Aber natürlich war es nicht gut; da haben Sie völlig recht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das Ihre Rolle noch mal verändert im Vergleich zu anderen Lagen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nee, das hat meine Rolle insofern verändert, als dass der Thomas Zahn-eisen ja neu im Krisenbereich war. Insofern gab es da einige Sachen, die ich ihm noch erklären musste, die vorher gelaufen waren, die er nicht kennen konnte. Das kam noch ergänzend dazu. Aber sonst, meine Rolle ist - - Er war da der Krisenbeauftragte; das hat sich jetzt nicht geändert. - War das das, was Sie meinten?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Es gab ja noch eine zweite personelle besondere Situation, nämlich dass Staatssekretär Berger, der eigentlich ja zuständig ist für den Bereich, im Urlaub war, im August auch, und dann erst nach der Krisenstabssitzung vom 13. wieder an Bord war, Frau Leendertse bis dahin übernommen hat. Aus Ihrer Perspektive: Hat das Einfluss gehabt auf Zeitpläne, Abstimmungen, Absprachen oder Ihre Rolle?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also der Staatssekretär Berger, der war im Urlaub, war aber in Berlin. Ich weiß nicht genau, wann. Die ganze Woche ab dem 9. hatten wir immer mit Staatssekretärin Leendertse zu tun gehabt. Ich weiß nicht, ob er da war. Aber er war dann da. Ich glaube, ihm brannte das so unter den Nägeln, er wollte da gerne mitmachen und helfen und sich einbringen. Das hat die Staatssekretärin dann aber weitergemacht, weil sie es ja auch angefangen hatte und schon seit längerer Zeit gemacht hat, ich glaube, bis sie das dann am Montag an ihn übergeben hat. Und dann war er zuständig, wie er auch vorher eigentlich zuständig war. Sie hat das aber auch noch weitergemacht. Dass das jetzt Einflüsse auf Abstimmungen gehabt hat, weiß ich nicht. Unsere Ansprechpartnerin war bis Freitag und bis Samstag dann Frau Leendertse. Am Sonntag hat ja dann der Minister den Krisenstab

geleitet, und, ich glaube, da hat auch Frau Leendertse das noch entsprechend - - ihn da dann beraten. Und am Montag war dann Herr Berger im Amt. Einflüsse auf Abstimmungen sind mir jetzt nicht in Erinnerung, erinnerlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht wieder. AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich muss leider Ihre Flexibilität noch weiter testen. Ich springe noch mal zurück auf das ELEFAND-System. Sie haben ja eben geschildert, dass das zu dem Zeitpunkt mit Schwächen behaftet war. Und Sie haben ja auch ausgeführt, dass statt deutscher Staatsbürger dann eben in der Phase, über die wir gerade reden, auch vermehrt Ausländer bzw. afghanische Staatsbürger auf der Liste auftauchten. Wann genau ist diese Schwäche bekannt geworden, dass hier vermehrt dann Afghanen auf der Liste standen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das war so schrittweise. Das war so schrittweise, dass das Problem immer größer wurde. Ich kann aber jetzt kein Datum dazu benennen, leider, also wann man sagt: So, jetzt haben wir ein Problem. - Das ging so schrittweise.

Joachim Wundrak (AfD): Dann versuche ich, Ihnen zu helfen. Sie sind am 09.08. aus dem Urlaub zurückgekommen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da war es noch kein Problem.

Joachim Wundrak (AfD): Da war es noch kein Problem.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da war es noch kein Problem. Da war die Zahl nach meiner Erinnerung noch unter 100 bei den ELEFAND-Anträgen. Da war das noch kein Problem. Das ging erst dann los, also als richtiges Problem, nachdem die eigentliche Evakuierung angefangen hatte.

Joachim Wundrak (AfD): Also mit Beginn der Evakuierung.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nach meiner Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Wurden da Gegenmaßnahmen diskutiert, was man tun könnte, um den Missbrauch der Listen - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, die ELEFAND - - Mas-
siv haben wir das diskutiert. Wir haben verschie-
dene Wege probiert, haben eine extra E-Mail-
Adresse freigeschaltet für deutsche Staatsange-
hörige, an die sie sich dann wenden können etc.
Aber es blieb schwierig, weil wir keinen klaren,
eindeutigen Algorithmus hatten, den wir jetzt mit
ELEFAND 2.0 haben. Aber wir haben versucht,
das aufzufangen, ja.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Themen-
wechsel. Uns liegt eine E-Mail aus der Botschaft
Kabul an Frau S. K. - das ist eine Mitarbeiterin
von Ihnen im Krisenreaktionszentrum - vom
13. August vor - das ist MAT A AA-8.36 VS-NfD,
Blatt 44 - mit dem ersten Satz, erweiterter Betreff:
„das war ... für die Füße“. Ich zitiere:

„Ich kenne die Krisensitzungen
so, dass die Botschaft um Ein-
schätzung gebeten wird, gefragt
wird, ob es allen gut geht, wie die
Versorgungslage ist und was wir
brauchen.“

Antworten:

Es geht uns sehr gut. Niemand hat
Panik, wir haben heute früh drei
Stunden besprochen, wer welche
Abwicklungsaufgaben übernimmt,
und haben ... auch schon angefan-
gen abzuwickeln und zu vernich-
ten.“

Und jetzt kommt der Punkt:

„Wir gehen nicht wegen des TLB-
Vormarsches, sondern weil nach
Abzug GBR, CND und JPN unser
äußerer Schutzring undicht wird
und auf Dauer nicht gesichert wer-
den kann.“

Hatten Sie in den Tagen, über die wir jetzt reden,
persönlich direkten Kontakt zur Botschaft in
Kabul? Können Sie diese Stimmung, die hier be-
schrieben wird, bestätigen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich kenne diese
Mail, auch wenn sie nicht an mich ging; aber die
Kollegin hat sie mir gezeigt. Ich hatte persönlich
Kontakt mit der Botschaft Kabul, und zwar stän-
dig, mit dem Jan Hendrik van Thiel in der Regel.
Die Mail ist, glaube ich, Ausdruck einer sehr an-
gespannten Stimmung. Allgemein, man sah da
was auf sich zurollen, und man merkte, alle wa-
ren bis aufs Höchste angespannt, manche emotio-
nal, manche weniger emotional. Das kommt,
glaube ich, dann in dieser Mail zum Ausdruck.

Joachim Wundrak (AfD): In der E-Mail steht
auch: „Wir gehen nicht wegen des TLB-Vormar-
sches ...“ Teilen Sie die Begründung, warum die
Botschaft zu schließen wäre?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, zwei Sachen. Erst
mal, der Talibanvormarsch ist natürlich der
Grund gewesen, dass wir die Botschaft nicht
aufrechterhalten konnten, weil der Taliban-
vormarsch - - Und insofern ist die Mail in sich
auch nicht ganz schlüssig. Der Talibanvormarsch,
der ist ja gerade das Problem, weil, wenn die an-
deren Botsch- - weil sonst brauchten wir auch
keine Green - - weil die Green Zone eben nicht
mehr gesichert war. Sondern wir hatten eine er-
höhte Gefährdungslage durch den Gefährdungs-
durch den Talibanvormarsch und gleichzeitig
keine Sicherung der Green Zone mehr und der
umliegenden Botschaften. Die Japaner waren di-
rekt bei uns nebendran.

Also, uns war klar: Wenn die Taliban Kabul ein-
nehmen, dann müssen wir unsere Botschaft - -
wollen wir die Botschaft nicht mehr aufrecht-
erhalten. Es gab irgendwelche Zusicherungen;
aber denen hat, glaube ich, bei uns auf der poli-
tischen Leitungsebene niemand getraut. Uns war
auch klar: Wenn die umliegenden Botschaften
und/oder die Amerikaner nicht mehr da sind,
dann können wir unsere Botschaft auch nicht
mehr aufrechterhalten.

Joachim Wundrak (AfD): Ich habe eben Ihrer
Antwort so in einem Halbsatz entnommen, dass
Sie Kenntnis von den Angeboten der Taliban hat-
ten, die Sicherheit der Botschaften zu gewährleis-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten. Wie wurde das genau zur Kenntnis genommen? Gab es da eine Debatte im Auswärtigen Amt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, da habe ich mal eine E-Mail von Markus Potzel mitgelesen, der ja in Doha immer mit den Taliban in Kontakt war. Und der hat den Punkt gemacht, der mir auch eingeleuchtet hat, nach dem Motto: Nein, die Taliban, wenn die das Land erobern, wenn sie alleinige Herrscher werden, haben die ein Interesse am Bestand der internationalen Gemeinschaft. Die wollen mit der zusammenarbeiten, die wollen anerkannt werden, die wollen auch humanitäre Hilfsgelder oder irgendwas kriegen. Deswegen haben die zugesagt, dass sie den Botschaften nichts tun werden. Der erste Teil hat mir noch irgendwie eingeleuchtet, dass die Taliban Interesse haben, wenn sie Afghanistan übernehmen, dass die internationale Gemeinschaft da bleibt. Dem zweiten Teil habe ich persönlich nie getraut, dass sie sagen, sie tun den Botschaften nichts. Dafür waren die Erfahrungen aus den 90er-Jahren eben andere.

Joachim Wundrak (AfD): Gab es nach Ihrer Kenntnis vor Ort in Kabul Kontakte der deutschen Botschaft bzw. derjenigen, die dort arbeiteten, mit den Taliban?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Soweit ich weiß, nicht, nee.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Dann komme ich zu einem anderen Thema. Eine weitere Stelle aus der oben genannten Nachricht aus der Botschaft Kabul. Ich zitiere - das ist auch noch mal MAT A AA-8.36 VS-NfD, Blatt 45 -:

„Räumlich sind wir extrem beengt. Das KUT (es war von 10 die Rede - jetzt sind es 14???) muss vermutlich auch irgendwo schlafen?“

Zitat Ende. - In einer weiteren Nachricht - immer noch MAT A AA-8.36 VS-NfD, jetzt Blatt 50 - von der Botschaft, Sicherungskräfte - das war wahrscheinlich „Fisch“, Kabul -, an Herrn van Thiel

mit dem Betreff „Evakuierungsszenario“ vom 14. August 2021 heißt es - ich zitiere -:

„Weiterhin umfasst das MoU mit der US Botschaft bis zu 60 Diplomaten. Diese Zahl überschreiten wir, insbesondere dann, wenn das KUT einreist. Ich denke, wir müssen weiter ausdünnen. Die GIZ soll mit 2 weiteren MA vor Ort bleiben und auf Botschaftsgelände untergebracht werden. Für uns als Sicherungskräfte wird es dann immer schwieriger, die Sicherheit für diese Personenanzahl zu gewährleisten.“

Meine Frage dazu: War das KUT-Team, von dem hier die Rede ist, Ihrer Wahrnehmung nach überhaupt in Kabul noch erforderlich nach dem Stand der Vorbereitungen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Von wann war diese Mail? Darf ich da noch mal fragen?

Joachim Wundrak (AfD): Die Mail war vom 14. August.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das KUT-Team, das war ja ein Ausfluss von der Krisenstabssitzung am Freitag, dass man aktiv die Evakuierung angeht jetzt und dafür ein KUT-Team entsendet. Am - ich weiß jetzt nicht genau - Samstag hat sich dann die Stimmung gedreht, so im Laufe des Tages, und ich vermute mal, dass diese Mail im früheren Laufe des Samstags gewesen ist. Im späteren Verlauf des Samstags war es dann ja klar, dass die Botschaft zum schnellstmöglichen Zeitpunkt an den Flughafen umziehen soll. Insofern: Das KUT haben wir dann ja trotzdem da hingeschickt, und das war auch wichtig, und das ist für die Evakuierung auch - - geht auch gar nicht ohne. Das ist dann zum Flughafen gekommen. Also, dass wir ein KUT-Team schicken wollten, war gut. Das wäre auch irgendwie noch untergekommen da an der Botschaft. Aber, ja, es kam dann zum Flughafen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht und geht zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Jurisch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Ich möchte eigentlich da auch ziemlich direkt anknüpfen: MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 50 bis 51. Ich beziehe mich auf eine E-Mail vom 14. August gegen 17 Uhr. Da haben Sie in Vorbereitung auf eine um 17.30 Uhr stattfindende Schalte an den PersRef von Staatssekretärin Leendertse und die Leiterin des Referats 030 Folgendes geschrieben - ich zitiere -:

„- US hat Bo Kabul mitgeteilt, dass die US-Bo in GZ“

- Green Zone -

„bis Dienstag, 17.08. geräumt wird. Damit ist GZ nicht mehr international gesichert. Dies bedarf noch der Verifizierung, AP ist dran. ... Wichtig auch die Frage, wie lange US Seite den Flughafen vss. sichert.

- BPol (Präs. Romann) hält Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unseres Compounds unter diesen Bedingungen nicht mehr für verantwortbar.“

Dann heißt es da weiter:

„- Mit Verlegung wäre kein KUT mehr möglich, auch Einreise Bo Potzel schwierig aus Platzgründen.“

Und weiter unten heißt es:

„- Für OKV Charterflüge ist personelle Unterstützung der Botschaft vor Ort notwendig. Ohne KUT und mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit am Flughafen wäre vss. nur noch ein zeitnaher symbolischer Flug möglich. Problem Auftrag des Kabinetts, so viele Flüge wie möglich zu machen.“

Jetzt wäre meine ganz konkrete Frage: Könnten Sie vielleicht einmal näher erläutern, wie die Abwägung, also praktisch das aufgezeigte Dilemma, was Sie da gesagt haben, nämlich einerseits die

politischen Ziele des Kabinetts, möglichst viele Flüge zu machen, und die Sicherheit der Botschaft - - wie Sie das Dilemma damals gesehen haben?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, sehr gerne. - Erst mal vorab: Dass kein KUT am Flughafen möglich ist, damit habe ich offensichtlich falsch gelegen. Das war dann ja möglich. Zu dem Dilemma ist es - - gingen wir am Samstag immer noch davon aus, dass ein Charterflug am Montag, der ja da stand, möglich gewesen wäre. Und das hat sich dann auch als falsch herausgestellt. Das wäre natürlich vom Flughafen aus sehr viel schwieriger zu betreuen gewesen als aus der Botschaft. Und daher auch diese Mail, dass man sagt: Okay - der Präsident Romann hatte völlig recht -, wenn das nicht mehr gesichert werden kann, dann müssen wir an den Flughafen verlegen und müssen gucken, dass wir von da aus noch möglichst viele Charterflüge dann machen können.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ab wann war Ihnen denn klar, dass man auch die Ortskräfte alle ausfliegen müsste, also dass man da wirklich auch viel Unterstützung braucht, auch letztlich vom Flughafen aus?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, der Auftrag, dass wir Charterflüge machen, das ging ja an uns als 040 in der Woche vorher, zwischen 9., 10., 11. irgendwann. Da kam die Bitte an uns, wir sollen jetzt Charterflüge organisieren für die Lokalbeschäftigten, nicht weil wir für die zuständig wären, aber weil wir eben so eine Charterflugexpertise haben bei uns. War das Hintergrund - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das haben wir dann umgesetzt. Und das muss natürlich von der Botschaft betreut werden. Die müssen kontaktiert werden, die müssen da hinbestellt werden etc. Die ganzen Listen, die waren damals auch noch nicht bei uns, weil wir das ja sozusagen in Amtshilfe für die Rechtsabteilung gemacht haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Inwieweit hat es denn für die Evakuierungsentscheidung eine Rolle gespielt, dass man das KUT eigentlich vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ort am Flughafen - - also dass man Platz für das KUT am Flughafen haben sollte, damit man evakuieren kann, dass man dann gesagt hat: „Okay, das hat Primat, dass das KUT dort sein kann, damit man eben evakuieren kann, und deswegen können wir die Botschaft nicht auch gleichzeitig da rausverlegen“? War das auch ein Teil der Entscheidungsfindung, dass man deswegen die Botschaftsevakuierung eher nach hinten geschoben hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung, mit dem „Primat“, das habe ich nicht ganz verstanden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Na ja, man hat ja nicht für - - Also, ex ante war ja die Vorstellung, man kann ja nicht für beides dort Platz haben, KUT und Botschaft - ist das richtig? - am Flughafen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nee, das KUT ist eine Unterstützung, eine Verstärkung der Botschaft. Die können nicht unabhängig von der Botschaft sein. Das muss man zusammen denken.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, genau, ich meinte es vom Personal her, das zusätzliche Personal, also dass man nicht beides, das Grundpersonal Botschaft am Flughafen plus noch on top die KUT-Leute - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das hat der Jan Hendrik van Thiel beschrieben, dass das eng wird. Also, unsere Vorstellung war ja eigentlich, die gehen - - das KUT geht an die Botschaft und organisiert da die Evakuierung der Botschaft, der Deutschen und auch der Lokalbeschäftigten. Das ging dann nicht mehr. Dann musste die Botschaft an den Flughafen gehen; die Lokalbeschäftigten - - hat dann auch nicht mehr funktioniert, weil keine Charterflüge mehr möglich waren. Aber das KUT hat ja trotzdem Unterschlupf gefunden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Genau. Aber meine Frage war - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Entschuldigung, habe ich die Frage nicht richtig verstanden? Ich will Ihnen nicht ausweichen. Verzeihung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, Sie haben die Frage schon richtig verstanden; aber wir kommen noch nicht so ganz zu dem Punkt. Die Frage war: Hat es die Entscheidung, die Botschaftsverlegung erst zu einem bestimmten Zeitpunkt zu machen, beeinflusst, dass man sich überlegt hat: Okay, wenn wir jetzt noch zusätzliches Personal -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nein, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): - fürs KUT dort am Flughafen brauchen, das dann dort die Charterflüge und so betreut - - dass man dann lieber die Botschaft noch zurückhält?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nein, nein. Die Entscheidung zur Verlegung der Botschaft hatte mit dem KUT nichts zu tun. Die hat man getroffen, als die Botschaft nicht mehr haltbar war in ihrer eigenen Liegenschaft. Habe ich gesagt, das tut man ungerne, weil man hat Einbußen an vielfältiger Sache; aber das hat man dann gemacht. Die KUT-Frage war unabhängig von der Verlegung der Botschaft.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, gut. - Dann hätte ich persönlich noch eine Frage. Was sind denn jetzt für Sie nach dem, was Sie dort in der Zeit erlebt haben, Ihre persönliche Lessons learned aus dieser Afghanistan-Situation? Was würden Sie heute, oder - - Nee, das frage ich jetzt nicht. Was sind Ihre Lessons learned?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich glaube, es geht da nicht um mich persönlich. - Doch?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich spreche jetzt von Ihnen. Sie können ja nur für sich sprechen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich kann für mich sprechen, aber ich kann auch fürs Krisenreaktionszentrum sprechen. Meinen Sie das? - Genau. Also, fürs Krisenreaktionszentrum: In Kabul, die Evakuierungsaktion war die größte Evakuierungsaktion, die in irgendeinem kollektiven Gedächtnis verhaftet ist. Alle, die auch sehr lange im Krisenbereich arbeiten - - das hatte noch nie jemand irgendwo erlebt. Das hat deswegen persönlich, wenn Sie sagen - - eigentlich bei allen Spuren

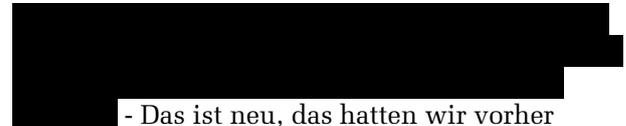
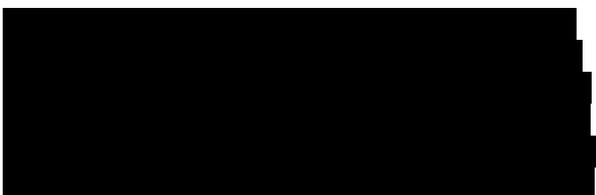


Nur zur dienstlichen Verwendung

hinterlassen. Das hat sich bei allen eingebrannt. Das hat niemanden unberührt belassen. Auch Jahre später merkt man, merke ich es bei mir, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen: Es treibt die Leute immer noch um.

Es hat aber auch fachlich, inhaltlich doch massiven Verbesserungsbedarf aufgezeigt bei uns im Krisenreaktionszentrum, einfach weil wir für eine Evakuierung von diesem Ausmaß - - dafür waren wir nicht aufgestellt. Unsere Aufstellung ist immer ein paar Hundert Leute, 300, 400; aber 10 000, 20 000, dafür waren wir nicht aufgestellt. Der General Arlt hat ausweislich einer Presseerklärung gesagt, die Evakuierung sei eine unmögliche Aktion gewesen, oder irgendwie so was. So will ich das nicht sagen, aber es hat jeder getan, was er konnte und was er erreichen konnte.

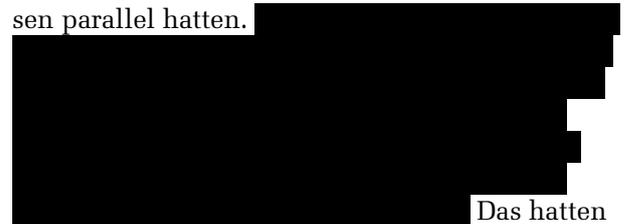
Wir haben gemerkt, wir haben in ganz, ganz vielen Bereichen Verbesserungsbedarf. Und mit dem damaligen Krisenbeauftragten Christian Buck, also dem Nachfolger von Thomas Zahneisen, haben wir dann so eine Art - ja, das muss man sagen - Krisenzentrum 2.0, umfassenden Erneuerungsprozess, wie auch immer, angestoßen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Auf technischer Ebene, haben wir gemerkt, müssen wir mehr tun: ELEFAND 2.0. Das alte ELEFAND war völlig veraltet, ist jetzt abgelöst. Wir haben dann eigentlich von Krise zu Krise, die danach kamen, versucht, immer noch mal ein bisschen mehr - - Es gab ja leider einige Krisen. Bei Sudan zum Beispiel hat man das erste Mal so ein technisches Alarmierungssystem gemacht, dass man Leute auf Knopfdruck alle gleichzeitig anrufen kann und denen einen Anruftext vorsprechen kann, dass man ihnen sagt: So, jetzt bitte zu dem und dem Flughafen um soundsoviel Uhr; gehen Sie jetzt da bitte hin. - Und wir wissen auch, ob der Anruf dann angekommen ist. - Das auf technischer Seite.



- Das ist neu, das hatten wir vorher nicht, hätten wir auch gerne gehabt. Das ist der technische Bereich.

Was unsere Ausstattung angeht, habe ich mit dem Christian Buck das gemacht, was man landläufig Lageraumtourismus nennt, und zwar sind wir beide rumgefahren und haben uns die Lägeräume verschiedener Sicherheitsbehörden angeguckt, Bundeswehr, BKA, was nicht alles, um daraus was zu lernen und zu sagen: Okay, vielleicht müssen wir unsere Abläufe doch noch besser machen mit diesen Teams, flexibler und so. - Wir haben uns das angeguckt. Am besten fanden wir den von der Bundespolizei, ehrlich gesagt. Den haben wir dann versucht - - für unsere Zwecke zumindest. Bei der Bundeswehr ist der viel größer; das passt nicht so gut. Aber für die Bundespolizei - - Wir haben jetzt einen Ausweichlageraum in der Bibliothek nach diesem Modell gemacht, den wir bei den Rhodos-Waldbränden das erste Mal benutzt haben.

Und in personeller Hinsicht haben wir auch was gelernt, nämlich dass wir gemerkt haben, dass wir nicht eine hinreichend starke Durchhaltefähigkeit haben auf allen Ebenen. Wir haben gemerkt - - Wir haben ganz viele Freiwillige aus dem Haus. Die kann man für vieles verwenden; aber man kann nicht einen Freiwilligen, der noch nie da war, in die Leitung des Krisenraums oder auch mal als stellver- - oder amtierenden Krisenbeauftragten oder so was wahrnehmen. Das hat sich dann - - Das wiederum haben wir dann genutzt, nutzen müssen bei der Gazakrise, Israel-Gaza, eine Krise, die ja seit Monaten im Endeffekt andauert, wo wir auch im Endeffekt mehrere Krisen parallel hatten.



Das hatten wir vorher nicht. Das haben wir als Problem erkannt und, ja, hoffentlich dann abgestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich könnte noch viel mehr sagen. Ich höre aber jetzt auf.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ja schon deutlich über das hinaus, worüber wir reden.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber es war natürlich hilfreich, weil diese letzten Geschichten wir immer abfragen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für 20 Minuten und bitte die Obleute kurz zu Beginn raus auf den Balkon. Mit Herrn Gloßner hätte ich gern danach auch noch mal kurz gesprochen, ganz kurz.

(Unterbrechung von
14.53 bis 15.19 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie haben sich wieder gestärkt; auch ein bisschen frische Luft, die tut uns gelegentlich zwischendrin auch ganz gut. Der Zeuge ist auch versorgt mit Getränken usw., hoffe ich.

Dann fahren wir fort mit der nächsten Runde, und es beginnt der Kollege Nürnberger für die SPD. Je konkreter die Fragen, desto konkreter die Antworten, desto besser die Nutzung unserer Zeit. - Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch für den einleitenden Hinweis. - Wir haben uns ja schon öfter aus verschiedenen Richtungen dieser ELEFAND-Liste genähert, und ich habe gerade noch mal nachgeschaut: Das Konsulargesetz ist tatsächlich kein vorkonstitutionelles Recht, sondern stammt in seiner Urfassung aus dem Jahr 1974, entspricht den damaligen Vorstellungen und ist natürlich seitdem mehrfach, zuletzt 2021, geändert worden.

Ich würde jetzt fragen im Zusammenhang mit dieser ELEFAND-Liste: Gab es ein übliches Verfahren zu dem Zeitpunkt August 2021 - militärische Evakuierungsaktion steht bevor - oder -

lassen Sie es mich anders ausdrücken - eine Art Checkliste, wo es eine Box gab: Weitergabe der ELEFAND-Liste an das Verteidigungsministerium, Person A gibt an Person B die Liste weiter? Gab es so eine übliche Vorgehensweise, die man aus der Praxis, aus vorhergehenden Fällen regelmäßig angewendet hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Herr Abgeordneter, ich habe leider keine Erinnerung an diesen Detailgrad, wie dieses Detail im Lagezentrum ablief. Ich weiß, dass die Listen angekommen sind. Aber wie oft die übermittelt worden sind, wer sie konkret übermittelte und konkret an wen, kann ich leider nicht mehr sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann die abschließende und ergänzende Frage: Wann wurden Sie zum ersten Mal mit Nachfragen konfrontiert, was diese ELEFAND-Liste und ihre Verfügbarkeit bei anderen Behörden als dem Auswärtigen Amt betrifft? Oder etwas einfacher und weniger umständlich formuliert: Hat Sie die Bundeswehr jemals nach dieser Liste gefragt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Auch dazu kann ich nur sagen: Mir war das als Problem nicht bewusst, dass die Bundeswehr nicht hinreichend mit Listen versorgt ist. Das stand mir nicht vor Augen. Wenn ich das gewusst hätte, hätte man das natürlich sofort abstellen müssen, weil, wie gesagt, die Bundeswehr, das ist in der Evakuierungssituation der Hauptadressat. Das sind die, die das alles brauchen, weil das sind die, die den Einlass im Endeffekt kontrollieren. Also, wenn ich gewusst hätte, dass es da ein Problem gegeben hätte, dem hätte ich schon abgeholfen. Aber es stand mir nicht vor Augen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine Bitte wäre aber schon, dass Sie die Frage beantworten. Die hieß nämlich: Sind Sie jemals von der Bundeswehr danach gefragt worden? So habe ich den Kollegen Nürnberger verstanden. Die Anfrage sollten Sie bitte noch beantworten.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Die Antwort ist Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann können Sie ja die Frage sogar noch weiter konkretisieren. Es gab ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

damals einen Verbindungsoffizier aus der Bundeswehr in diesem Krisenstab. Hat dieser Verbindungsoffizier jemals Sie nach dieser Liste gefragt, Sie oder, soweit Sie es selber wissen, andere Mitarbeiter im Krisenstab?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, wir hatten sogar ein ganzes Team von der Bundeswehr unten bei uns sitzen. Normalerweise haben wir einen Offizier und einen Stabsfeldwebel. Die haben mich nicht danach gefragt und, wie gesagt, soweit mir bekannt, auch niemand anderen. Mir war nicht geläufig - und ich wäre auch gar nicht auf den Gedanken gekommen -, dass das ein Problem ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich stelle die Frage und rechne vielleicht mit einer Intervention:

(Abg. Jörg Nürnberger
(SPD) blickt zu VLR
Andreas Gloßner (AA))

Gab es bei anderen Einsätzen vorher ein übliches Verfahren, dass diese Liste automatisch weitergegeben wurde an die Bundeswehr?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) nickt)

- Danke. Ich ziehe die Frage zurück.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

- Entschuldigung.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein, nein. Es war eine bestätigende Bewegung der Bundesregierung.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, auch dazu kann ich sagen, das genaue Verfahren ist mir nicht bekannt. Aber ich habe auch bei anderen Verfahren, sei es Sudan - wo hatten wir denn noch die Bundeswehr? -, sei es Israel - - Es gab da nie ein Problem, was mir irgendwie zu Ohren gekommen ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann danke ich Ihnen sehr herzlich auch für Ihre Ausdauer, und für die SPD-Fraktion wäre das die letzte Frage gewesen, es sei denn - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Vorsitzende ergänzt das noch mit ganz wenigen, zwei, drei Fragen. Ich bleibe aber noch mal da, wo der Kollege Nürnberger war, nämlich Sie hatten eben in der Antwort gesagt, Sie wussten aber, dass es bei der Bundeswehr angekommen ist. Dann frage ich Sie, woher Sie das wussten, dass es da angekommen ist. Und was bedeutet das? Also, wenn Sie sagen, das war Ihnen das Problem nicht bewusst zu dem damaligen Zeitpunkt, ist ja nicht damit gleichzeitig gesagt, dass es kein Problem gab. Also, meine Frage ist zunächst mal: Woher wussten Sie, dass es bei der Bundeswehr angekommen ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich habe zu diesem konkreten Thema nach meiner Erinnerung nicht mit einem Bundeswehrangehörigen jemals gesprochen. Was ich aber aus dem Lageraum gehört habe, war, dass es schon Beschwerden gab bei der Bundeswehr nach dem Motto: „Die Listen, könntet ihr das nicht irgendwie handhabbarer machen?“ oder so was. Also, daraus habe ich dann dem entnommen: Okay, die haben die Listen, die sind nur nicht so zufrieden damit. Mal gucken, was wir da tun können mit unserem Listenteam.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Worin bestand denn die Aufgabe der Bundeswehrvertreterinnen und -vertreter, die da bei Ihnen waren, und woher haben Sie mit denen kommuniziert?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, wir haben immer einen Verbindungsoffizier bei uns und, wie gesagt, einen Stabsfeldwebel. Die sind immer bei uns im Krisenreaktionszentrum. Die kommen aus dem Bereich Spezialkräfte, wo auch die Krisenvorsorge mit angedockt ist in der Bundeswehr, also dieser Evakuierungsbereich. Das heißt, die halten da ständig die Drähte. Die sind das Bindeglied. Die wurden dann massiv verstärkt. Da kamen noch mehr Leute dann dazu, auch um die Schichtfähigkeit sicherzustellen. Die sind das Bindeglied für alle Fragen, die mit dem Militär



Nur zur dienstlichen Verwendung

zusammenhängen, und das sind in diesen Zusammenhängen sehr viele. Da geht es um Flugzeiten, um Flugkapazitäten, da geht es um Personalfragen - wie viele Leute brauchen wir noch für unser KUT? - etc. Also, die haben einen sehr, sehr breiten Anwendungsspielraum. Ob die jetzt auch konkret die Listenübermittler waren, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben uns ja durchaus lebhaft geschildert die Erinnerungen gerade an diese Tage und was sich da konkret zugetragen hat. Wenn Sie in Ihrer Erinnerung kramend sagen sollten, was aus Ihrer Sicht die Hauptprobleme für die Bundeswehr da gewesen sind, welche waren das denn?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, jetzt muss ich erst mal vorab was Positives über die Bundeswehr sagen. Die Zusammenarbeit mit der lief sehr, sehr gut. Und das war extrem eindrucksvoll, wie schnell die Bundeswehr in die Gänge gekommen ist, wie schnell die die Truppen da verlegt haben etc. Also, die Zusammenarbeit war gut - ich glaube, sowohl von dem Jan van Thiel vor Ort mit dem General Arlt als auch bei uns mit der entsprechenden Ministerialebene. Da hat man gemerkt, man zieht da schon am gleichen Strang und versucht eben, möglich zu machen, was dann geht.

Die Bundeswehr - ich weiß nicht, ob das Ihre Frage ist - in Kabul hat es natürlich sehr, sehr schwer gehabt; ich weiß nicht, ob das Ihre Frage war. Davor habe ich höchsten Respekt. Die Unterkunftssituation war schwierig, die Sicherheits-situation war schwierig und die Situation an den Gates für die einzelnen Feldjäger: Das sind sehr, sehr schwerwiegende Entscheidungen, die die da treffen müssen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist mir sehr bewusst. Dazu haben wir ja auch viel gefragt. Ich meinte jetzt ja eigentlich mehr die - - Ich versuche, herauszufinden, wie es sein kann, dass das Problem bei Ihnen nicht angelandet ist, und dem versuchte ich mich daher zu nähern, indem ich gefragt habe: Worüber hat denn die Bundeswehr mit Ihnen da gesprochen, oder was waren die Probleme, die die Bundeswehr dort in Ihrem

Bereich, die Verbindungsleute dort, geäußert haben? Aber das haben Sie ja jetzt versucht zu beantworten.

Das Letzte, was ich gern noch fragen möchte, ist: Wir hatten den Gesandten van Thiel hier als Zeugen - interessanter Zeuge - und haben uns ja mehrmals jetzt bezogen auch auf Kommunikation, die Sie miteinander hatten, und auf Einschätzungen, die andere haben. Sind die Einschätzungen, die Herr van Thiel Ihnen übermittelt hat, in Ihrem Berliner Umfeld sozusagen als realistisch wahrgenommen worden, oder hat es da eine andere Beurteilung dieser Einschätzung gegeben?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, der Jan Hendrik van Thiel hat ja sehr pointiert geschrieben. Er hat sehr viel geschrieben - wovor ich viel Respekt habe, weil er hat wirklich sehr, sehr viele Aufgaben - und hat das dann sehr pointiert geschrieben. Das war, wie eigentlich immer, Ausgangspunkt aller Überlegungen, aller Lageeinschätzungen, und ich habe auch versucht ... (akustisch unverständlich) zu sagen - - eben auch nicht die einzige. Und die AP hat dann vor allen Dingen ihre Kontakte zu den USA genutzt, BND etc., um dann ein komplettes Lagebild zusammenzustellen. Insofern hatte ich immer den Eindruck, unsere Politische Abteilung, AP, stimmt jetzt nicht hundert Prozent mit der häufig düsteren Lageeinschätzung von Herrn van Thiel überein, aufgrund anderer Erkenntnisquellen, es war aber immer, wie gesagt, sehr, sehr wichtig. Und wie er das gemacht hat, diese vielen, vielen Mails zu schreiben, neben seinen zahlreichen Aufgaben, frage ich mich. Der muss kaum geschlafen haben über Wochen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bemühe mich, das nicht suggestiv zu formulieren: Aus den Befragungen, die wir hatten, aus den Zeugenbefragungen, changierte das, was wir an Reaktionen gehört haben, zwischen: „Es gibt unterschiedliche Einschätzungen der Sicherheitslage“ bis zu der Frage „Die Einschätzungen von Herrn van Thiel werden für alarmistisch gehalten.“ Das kann man, glaube ich, in der Interpretation von Zeugenaussagen so zusammenfassen. Wenn Sie Ihren Eindruck zusammenfassen sollten aus der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zusammenarbeit, wie Sie das beurteilt haben, würde uns das helfen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, vielen Dank. - Also, das Wort „alarmistisch“ stammt, glaube ich, hoffentlich nicht von mir, und ich würde es mir auch nicht zu eigen machen. Was der Jan Hendrik geschrieben hat, war, wie gesagt, sehr, sehr deutlich. Das ist ein direkter, unmittelbarer Kommunikationsstil, den im Auswärtigen Amt nicht alle beherrschen, um es mal so zu sagen. Das war schon sehr, sehr gut und sehr, sehr hilfreich und hat auch bei den Kollegen - ich weiß nicht genau, wen Sie damit meinen in Richtung „alarmistisch“, aber ich habe so eine Idee -, die das vielleicht nicht ganz so gut fanden, zum Nachdenken geführt und auch zu erheblichen, sagen wir mal, Follow-up-Maßnahmen. Als Maßnahmen nach dem, was der Jan Hendrik dann aufgeschrieben hatte, habe ich mehrmals erlebt nach dem Motto: Oha, das ist ja doch ziemlich heftig, da rufe ich direkt mal meinen US-Counterpart an, oder ich rufe mal im afghanischen Apparat jemanden an: Kann das denn sein? Stimmt das dann so wirklich? - Ich fand das sehr hilfreich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das finde ich für die Einordnung noch mal ganz hilfreich. Das waren meine Fragen. Dann geht das Fragerecht jetzt zur Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Jokisch, ich würde da noch ein bisschen nachfragen. Sie haben die E-Mails von Herrn van Thiel dann in der entscheidenden Phase direkt an den Herrn Staatssekretär Berger weitergeleitet und auch kommentiert und auf Fehler und Unstimmigkeiten da hingewiesen. Warum haben Sie die E-Mails weitergeleitet? Wurden Sie dazu direkt aufgefordert, oder was war der Hintergrund?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das war eine Bitte von Staatssekretär Berger, der etwas später dann erst wieder übernommen hat, meiner Erinnerung nach am 15., und der deswegen den Vorlauf nicht kannte und der eben explizit darum gebeten hat, diese Einschätzungen von Herrn van

Thiel unmittelbar zu erhalten. Der hat das natürlich an größere Verteiler geschrieben, der Jan Hendrik. An den Staatssekretär direkt schreibt man in unserem System eigentlich eher nicht; da sind so verschiedene Hierarchiestufen zwischen gelagert. Deswegen war die Bitte von Herrn Berger an mich, dass ich ihm das jeweils unmittelbar weiterleite, damit er dann eben die Stimme von vor Ort direkt hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Warum haben Sie dann an diversen Stellen eben die vermeintlichen Fehler und Unstimmigkeiten in den E-Mails kommentiert und darauf hingewiesen? War das auch eine Bitte vom Herrn Staatssekretär, sozusagen die E-Mails nicht unkommentiert einfach weiterzuleiten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Daran kann ich mich jetzt nicht konkret erinnern. Also, ich kann mich weder an diese E-Mails erinnern und auch nicht, ob es da eine konkrete Bitte gegeben hat. Aber das würde ich dann auch, sagen wir mal, aus eigenem Antrieb machen, das entsprechend zu kommentieren. Ich weiß, wie gesagt, nicht mehr, was ich geschrieben habe; denn ich habe gesagt: Was der Jan Hendrik geschrieben hat, war sehr wichtig. - Aber das heißt ja nicht, dass ich in allem mit ihm übereinstimmen muss oder dass er immer recht hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich kann mich aber nicht konkret an diese E-Mails erinnern.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Am 15. August sollten Sie nach der Staatssekretärsrunde in das Büro von Staatssekretär Berger kommen. Fand dieses Treffen statt? Und was war der Inhalt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Am 15. August?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. Das war der Sonntag. Und da gab es die Bitte des Herrn Staatssekretär, dass Sie nach der Besprechung kurz in sein Büro kommen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nach dem Krisenstab, oder?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da habe ich keine Erinnerung dran, aber wenn er mich gebeten hat - - also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich - - Also, wenn der Staatssekretär mich um was bittet, ist es ja schwer, Nein zu sagen, sagen wir mal so. Ich habe aber keine konkrete Erinnerung dran. Ich weiß, dass ich an dem Sonntag mehrfach bei Frau Leendertse war. Und ich weiß, dass Herr Berger auch bei Frau Leendertse dabei war. Vielleicht - - Dass ich bei Herrn Berger im Büro war, erinnere ich jetzt gerade nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Wir bleiben noch mal bei E-Mails: Und zwar wurden Ende September auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes die E-Mails mit der „Kabul Luftbrücke“ angefordert. Und Sie haben da auch eine E-Mail kommentiert mit dem Satz - also, in der E-Mail steht dann von Ihnen drin -:

„Er

- der E-Mail-Verkehr -

soll auch E-Mails von C [REDACTED]
H [REDACTED] enthalten.“

Und Sie haben das mit einem „Ups.....“ kommentiert. Das Ganze findet sich auf MAT A AA-8.112, VS-NfD, Blatt 243 und 244. Was war der Hintergrund dieser Kommentierung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, meine E-Mail bestand aus einem „Ups“?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Okay, da habe ich jetzt - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Können wir auch gern auf Verlangen vorlegen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, habe ich jetzt auch - - Wann war diese IFG-Anfrage?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die war Ende September. Wir legen es Ihnen kurz vor, -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ah ja, danke schön.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - den Überblick.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ah, jetzt sehe ich das, das „Ups“. Genau, meine E-Mail war, er soll auch die E-Mails von C [REDACTED] H [REDACTED] erhalten. Mein „Ups“, glaube ich - es steht mir nicht mehr vor Augen -, war, dass ich mich gefragt habe: Wie kommen die in dieser IFG-Anfrage in so Details rein, dass die wissen, dass der C [REDACTED] H [REDACTED] so viel mit der Luftbrücke gemacht hat? Wie kann denn der C [REDACTED] H [REDACTED], der hat das in weiten Teilen gemacht zusammen mit - - den hat der Thomas Zahneisen mitgebracht aus der Abteilung S. Meine Interpretation - meine E-Mails, Erinnerung habe ich jetzt nicht mehr so wirklich - ist, dass ich mich fragte: Wie kann das eigentlich sein?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. - Sie und alle an dem Vorgang „Luftbrücke“ beteiligten Kollegen äußerten sich äußerst negativ zum Verhalten dieser NGO. Können Sie mal kurz die größten Probleme zusammenfassen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich habe mich negativ geäußert?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Zum Verhalten dieser NGO.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Wo habe ich das getan? Entschuldigen Sie, das weiß ich jetzt gerade nicht mehr.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das ist jetzt sozusagen ein allgemeinerer Vorhalt, aber findet sich - - Na, da haben wir jetzt - - Also, es gibt ja Kommunikation und Austausch zum Thema „Kabul Luftbrücke“ und entsprechende Einschätzungen. Ich würde es jetzt mal ganz allgemein halten und Sie fragen, was Sie zum Vorgehen dieser NGO sagen, und wie Sie das damals beurteilt haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die Kabul Luftbrücke war eine NGO, die sehr idealistisch an dieses Afghanistan-Thema rangegangen ist und möglichst viele Leute ranholen wollten, und darüber dann auf Spendenbasis - oder ich weiß nicht, wie - haben die ein Flugzeug gechartert, was ja sehr teuer ist. Die haben dieses Flugzeug dann auch nach Kabul geschickt. Das Problem war, dass der Engpass in Kabul nicht die Flugkapazitäten waren. Flugkapazitäten gab es eigentlich genug. Diese Militärflieger, das muss da im Minutentakt rein- und rausgegangen sein. Man brauchte eigentlich keinen zusätzlichen Flieger. Der Engpass war der Zugang zum Flughafen. Und das ist eine Sache, wo auch die Kabul Luftbrücke natürlich nichts ändern konnte. Wie gesagt, ich weiß nicht genau, was ich da in irgendeiner Weise abfällig gemeint habe, aber meine Erinnerung ist, dass wir alle gesagt haben: Jetzt schicken die noch einen Flieger und wollen damit was Gutes bewirken und was Gutes tun, aber eigentlich brauchen wir konkret diesen Flieger nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. Okay. - Dann würde ich noch mal kurz ein bisschen zurückspringen auf den 24. August. Dort wurden Sie über den Missbrauch einer Whatsapp-Gruppe informiert - die eingerichtet wurde auf einem Diensthandy - mit der Bezeichnung „Evakuierungsplan Kabul“. Haben Sie da noch Erinnerungen, was da genau passiert ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich erinnere mich, dass die Whatsapp-Gruppen eine von zahlreichen Maßnahmen waren, wo wir versucht haben, mit den Leuten zu kommunizieren und mit denen in Kontakt zu kommen. Whatsapp hat sich unterm Strich nicht bewährt. Dieser Missbrauch war da, dass wir merkten, in der Whatsapp-Gruppe kursierten plötzlich Whatsapp so, wo man sagt, das wäre gekapert worden, wo die Leute zu irgendwas aufgefordert hatten, was nicht von uns kam. Irgendwie war, glaube ich, von Geldzahlungen die Rede. Das konnten wir nicht wirklich abstellen, und deswegen haben wir die Whatsapp-Kommunikation dann irgendwann eingestellt, weil das eben übernommen wurde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Gut, dann bleiben wir beim Thema „Kommunikation“. Sie haben das vorhin auch schon bei der Frage von der Frau Kollegin nach den Lessons learned ein bisschen angesprochen. Es sind ja sehr, sehr viele E-Mails aufgelaufen im Krisenreaktionszentrum, und es blieben da ja auch sechsstellige E-Mails sozusagen unbeantwortet und unbearbeitet. Und auch die Anzahl der Anrufe ist sehr beeindruckend, aber es konnte ja nur wirklich ein kleiner Bruchteil überhaupt da angenommen werden. Erste Frage: Der Betrieb dieser Postfächer und der Hotline fiel in Ihren Zuständigkeitsbereich?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, das hat unser Technikteam gemacht - also technisch.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Mhm. - Dann gab es noch mal eine Frage an den Herrn Außenminister zur Einrichtung einer Hotline für Leute, die aus Afghanistan gerettet werden wollen. Ab wann wurde das eingerichtet, und warum war überhaupt diese Aufforderung notwendig? War das nicht standardmäßig schon in den Kontaktkanälen enthalten?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, wann diese Ankündigung des damaligen Außenministers erfolgt ist, kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern; aber das muss in der Woche nach dem 15. dann gewesen sein. Wir haben dann eine entsprechende Hotline eingerichtet mit Freiwilligen aus dem Haus. Das Problem war dabei, dass diese Hotline nach kürzester Zeit völlig überrannt war, weil viele Leute aus der Verzweiflung raus die Aussage des Außenministers so interpretieren wollten, dass sie sagen: Okay, wer immer nach Deutschland kommen möchte, rufe bitte diese Nummer an. - Und so waren dann auch viele Anrufe. Dem war natürlich nie so. Es ging immer um schutzbefohlene Lokalbeschäftigte, also enge Kriterien, die auch rechtlich vorgegeben sind. Deswegen hatten wir mit dieser Hotline, die überrannt wurde, ein Riesenproblem. Lessons learned daraus - das habe ich vorhin vergessen -: Wir haben während des Türkei-Erdbebens das erste Mal ein kommerzielles Callcenter eingeschaltet, was sehr, sehr teuer ist - das kostet wahnsinnig viel, wusste ich gar nicht -; aber das ist eben mit Geld dann beliebig nach oben skalierbar. Vorher hatte sich die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Notwendigkeit noch nicht gestellt. So eine überlastete Hotline hatten wir auch noch nie.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber dann in der Phase August 21 wurden da auch Sprachmittler dazugezogen? Also, konnten Sie auch afghanische Gesprächspartner bedienen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich meine schon, dass wir die auch rangezogen haben. Aber da habe ich keine, also nur noch eine sehr vage Erinnerung daran.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie wurde in dieser zentralen Woche, nachdem das ja wahrscheinlich am ersten oder zweiten Tag schon absehbar war, wie die Entwicklung ist, die Personalsituation besprochen? Haben Sie konkret auch zusätzliches Personal angefordert oder auch mit zum Beispiel dem BMVg darüber gesprochen, wie man jetzt diese Situation bewältigen kann?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, wir hatten - ich habe es ja eingangs gesagt - im Endeffekt über 300 Freiwillige im Einsatz. Wir haben im Auswärtigen Amt - bei allem, was man sagen kann - aber eine tolle Freiwilligenkultur. Bei jeder Krise haben wir genug Freiwillige für den Telefonpool, für die Schichtdienste, auch am Wochenende. Und das war da auch so. Problem war - dann wieder Bereich „Lessons learned“; ich versuche mich da ... (akustisch unverständlich) -, dass wir viele Leute hatten, die zu uns kommen wollten, die aber von ihren jeweiligen Abteilungsleitern oder Referatsleitern nicht gelassen worden, nach dem Motto: Wir haben so viel Arbeit, du kannst da jetzt nicht hin. - Das ist eine Sache, an der wir arbeiten, dass - - Im Krisenfall muss man halt alles darauf konzentrieren und das dann auch später machen. Insofern haben wir nicht zusätzliches Personal aus anderen Ressorts angefordert, sondern haben Freiwillige aus dem Haus genommen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber haben Sie das dann auch an die Leitungsebene signalisiert, dass andere Abteilungen ihr Personal nicht freigeben, obwohl hier Zehntausende E-Mails am Tag auflaufen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, ja. Das war ein großes Thema und ist bis heute ein Thema. Wir sind da aber sehr viel weitergekommen; ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber was war dann in der konkreten Situation die Rückmeldung der Leitungsebene?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Die Leitungsebene hat sehr klare Ansagen gemacht, hat gesagt: So, Krise ist Krise. Wenn ihr eine Ressortbesprechung in drei Wochen habt, dann muss die halt in zwei Wochen vorbereitet werden. - Also, die Leitungsebene, das war überhaupt kein Problem. Es ist aber so, dass nicht alle - - dass auch klare Ansagen der Leitungsebene nicht immer zu 100 Prozent umgesetzt werden. Aber die Leitungsebene hat das wirklich sehr deutlich gemacht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Trotzdem blieben ja am Ende eines Tages dann Tausende, Zehntausende E-Mails in den Postfächern. Haben Sie eine Strategie entwickelt sozusagen, da das Wichtigste irgendwie zu extrahieren -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - in diesen Tagen? Wie war da die Vorgehensweise?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Genau, das war gegen Ende der Evakuierungssituation eigentlich das Hauptproblem. Das war ein Ausfluss davon, wie gesagt, dass wir auf eine Evakuierung in diesem Szenario eben nicht vorbereitet waren, was auch nicht unserem gesetzlichen Auftrag entspricht, und dass wir, wie gesagt, nicht 400, 500 Leute hatten, sondern 10 000 bis 20 000.

Das wäre schon schwierig genug gewesen. Zusammen mit diesen missverständlichen Äußerungen hatten wir irgendwas zwischen 500 000 und 600 000 E-Mails. Die kann man natürlich nicht alle einzeln lesen und einzeln durchgehen. Viele waren auch doppelt, und viele waren auch - -

Wir haben dann versucht - genau das, was Sie sagen -, mit Suchbegriffen, mit bestimmten Kriterien, mit Absendern, mit Namen, die wir schon hatten, da durchzugehen, und haben da unser - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es gab auch deutsche Staatsangehörige, die haben das irgendwann nicht mehr über ELEFAND probiert, sondern haben das dahin geschickt. Das haben wir alles versucht rauszufiltern. Und das war das Listenteam, die da nächtelang durch diese ganzen Listen nach diversen Kriterien dann durchgegangen sind.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die Referatsleiterin 508, die hier auch als Zeugin schon mal aufgetreten ist, hat die Auswahl der bedrohten Afghanen als willkürlich kritisiert und vor allem eine Benachteiligung bei denen gesehen, die sich zu früh dann an das Krisenreaktionszentrum gewandt hatten.

War das sozusagen eine Frage in diesen Tagen, wie die Auswahl, wie die Übernahme auf die Listen erfolgte? Und wie viele Afghanen wurden denn tatsächlich aufgrund des Anrufs, aufgrund der E-Mails dann tatsächlich auf die Listen übernommen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, diese E-Mail von der - war das die Annette Weerth wahrscheinlich damals - - Diese E-Mail ist mir jetzt nicht bekannt. Richtig ist aber, dass die konkrete Auswahl, wen man jetzt aus diesem großen E-Mail-Wust da rauszieht - - Das ist ja eine inhaltliche Entscheidung: Wer ist jetzt wirklich Menschenrechtsverteidigerin, und wer behauptet das nur, weil die Gelegenheit gerade günstig ist? Und das ist eine Entscheidung, für die wir im Krisenzentrum keine Fachkompetenz hatten, weil wir eben keine Afghanistan-Spezialisten sind.

Das heißt, wir haben dann - - Diese inhaltlichen Entscheidungen, die wurden dann getroffen entweder vom Länderreferat, die das natürlich am besten kannten, teilweise aber auch von der Kulturabteilung, die mit den entsprechenden Mittlern in Kontakt waren, teilweise von unserer Abteilung OR; da gibt es das Menschenrechtsreferat drin für internationale Menschenrechtspolitik. Und das musste dann von denen geprüft werden.

Also, nicht nur wir haben viel gearbeitet, sondern alle eigentlich, um das mal zu sagen. Und von denen kam dann irgendwas zurück nach dem

Motto „Ja, das kennen wir oder kennen wir nicht“. Das war also nicht nur eine Aufgabe, die nur bei uns im Keller gemacht werden konnte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Bezog sich sozusagen das Problem der Prioritätensetzung dann nur auf die Ortskräfte oder auch auf deutsche Staatsbürger? Also, konnten Anfragen deutscher Staatsbürger aus diesen Zehntausenden E-Mails und Anrufen herausgefiltert werden?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, bei den deutschen Staatsangehörigen muss man keine Prioritäten setzen, sondern - - Deutsche Staatsangehörige: Da muss man keine inhaltliche Entscheidung treffen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das ist mir schon klar.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Insofern haben wir versucht - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber hat es technisch funktioniert, dass Sie alle Anfragen deutscher Staatsangehöriger auch rausfiltern konnten und die auch entsprechend bearbeitet wurden?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das haben wir zumindest probiert und haben gesucht nach allem Möglichen: Passnummern, was nicht alles. Ob wir alles immer richtig rausdestilliert haben, kann ich Ihnen natürlich nicht sagen. Aber wir haben es probiert.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihen Sie mir - danke erst mal, Herr Vorsitzender -, Herr Jokisch, wenn ich jetzt noch mal so springe; aber ich habe noch so viele kleine Sachen. Wir müssen mal gucken, wie weit wir kommen.

Das Erste bezieht sich auf die Eventualfallplanung der Bundeswehr, und zwar hier als Hintergrund: Es gibt im vorläufigen Stenografischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll der Befragung von „Fisch“ ein Zitat auf Seite 52:

„Also, ich kann dazu nur sagen: Ich habe mehrfach eingefordert, dass ich in die Evakuierungspläne der deutschen Botschaft seitens des Militärs eingebunden werde. Das habe ich nie erhalten. Es gab da keine Pläne.“

Können Sie das mal erläutern, ob das irgendwann in der Phase, wo Sie dann mit zuständig waren, noch mal ein Thema war?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, das hat „Fisch“ mir auch gesagt bei einem der Gespräche, die ich mit ihm nach der Afghanistan-Evakuierung hatte. Ich muss dazu folg- -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war vorher kein Thema?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, mir war es nicht als Thema bekannt und - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich gerne weitermachen, weil ich noch so viele Sachen habe.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung. Aber ich hätte - - Es ist natürlich absolut sinnvoll.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Dann die andere Frage. Sie hatten ja vorhin ausgeführt, dass es quasi einen Übergang in den Zuständigkeiten gab von Staatssekretärin Leendertse zu Herrn Berger. Dazu die erste Frage: Als die beiden sozusagen beide da waren und sich beteiligt haben, haben Sie da inhaltliche Differenzen zwischen den Staatssekretären wahrgenommen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nö.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wussten Sie zu jedem Zeitpunkt, wer gerade formell/fachlich Ihr Vorgesetzter ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, absolut. Absolut. Also, das war so: Grundsätzlich ist ja Staatssekretär

Berger für Afghanistan zuständig und auch für uns als Krisenzentrum. Also, das war immer mein Ansprechpartner. Der war im Urlaub nach meiner Erinnerung - aber das wusste ich damals genauer - bis Sonntag einschließlich. Auch wenn er da war, war trotzdem Frau Leendertse in charge, wie sie das vorher gemacht hat. Und ab Montag nach meiner Erinnerung hat dann Herr Berger übernommen; aber Frau Leendertse war natürlich trotzdem da.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Uns ist nämlich auch in der Vorbereitung gar nicht aufgefallen, dass er Urlaub hatte, weil die Dokumentenlage sich nicht wirklich sozusagen - - Aber das ist jetzt nur ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, er war auch da und wollte sich auch einbringen und - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Da Herr Berger ja normalerweise zuständig ist sowohl für Sie als auch für Afghanistan, würden Sie sagen, dass jenseits der formalen Zuständigkeit von Frau Leendertse es bei der Frage „Wer hat sozusagen tatsächlich das letzte Wort inhaltlich da?“ eher bei Herrn Berger lag? Die Vermutung ist ja naheliegend. Die Stellvertreterin ist acting, aber der eigentlich Zuständige ist auch da. Das Vertrauen ist ja groß wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das letzte Wort lag dann relativ schnell beim Minister, aber ich habe da zwischen den beiden jetzt auch keine - - Also, ich habe die da nicht streiten sehen. Ich habe das Gefühl, die stimmen sich schon ab und haben auch beide eine Meinung. Aber auf mich hat das jetzt keine Probleme, keine Auswirkungen gehabt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sorry fürs gedankliche Springen; für mich auch eine Herausforderung. Ich beziehe mich jetzt auf das Krisentagebuch vom 18.08. - das ist MAT A AA-8.84 VS-NfD, Blatt 19 -, und da finden sich zwei Einträge. Das erste ist:

„Telefonnummer LZ wurde veröffentlicht, Nummer LZ dadurch komplett durch Außenstehende



Nur zur dienstlichen Verwendung

blockiert und für AA nicht mehr erreichbar

...

Nummer“

- ich schwärze das jetzt mal hier, weil der Name, glaube ich, ausgeschrieben ist -

„L... wurde auf Social Media veröffentlicht“

Das ist eine Kollegin von Ihnen, wenn ich es richtig sehe, vor Ort im KUT-Team. Können Sie sich an diesen Eintrag erinnern und uns vielleicht erläutern, was Ihnen dazu bekannt ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, also, das war für uns ein Riesenproblem. Die Nummer von unserem Lagezentrum ist keine öffentliche Nummer. Die haben wir nicht weltweit geschaltet. Die ist für unsere Botschaften als Ansprechpartner. Und am Wochenende ist da eine andere Nummer vorgeschaltet, die sogenannte Telefonzentrale, die, ich sage mal, schwierige Einzelfälle an das Lagezentrum durchschaltet. Wenn es öffentlich wäre, würde die ganze Welt da ständig anrufen realistischere Weise. Deswegen ist das keine öffentliche Nummer.

Die wurde dann während Afghanistan öffentlich gemacht; hatte irgendjemand da mitgekriegt. Ich weiß allerdings nicht mehr, von wem, ehrlich gesagt; ist auch egal im Endeffekt. Das führte dann dazu, dass das Lagezentrum, das wirklich bei uns die Schaltstelle von allem ist - wenn irgendwas passiert, die müssen immer operativ sein - dass die lahmgelegt waren.

Und wir mussten dann die Nummer des Lagezentrums, 2911, die, glaube ich, seit Bestehen der Bundesrepublik besteht, umändern innerhalb von einem Tag auf eine andere Nummer. War ein Riesenproblem und hat auch zu Folgewirkungen geführt, dass wir dann nicht erreichbar waren; das wussten dann nicht alle und so.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Telefonnummer der Kollegin L., die auch auf Social Media veröffentlicht wurde?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Daran habe ich jetzt keine Erinnerung. Die kann ihr Telefon ja abstellen dann. Aber unser Lagezentrum kann man eben nicht so einfach abstellen. Aber ich habe keine Erinnerung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ist ja nicht mehr erreichbar als KUT-Mitglied.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Sozusagen, wir haben auch immer Vorratshandys. Also, man muss die Nummer halt umswitchen dann. Und das ist immer ein gewisses Risiko, dass das nicht alle mitkriegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch mal ein anderer Sprung, und zwar jetzt zum 26.08. Die Bundesregierung hat einen Anschlag durch einen Selbstmordattentäter am Flughafen in Kabul für sehr wahrscheinlich gehalten. Und tatsächlich ereignete sich dann auch ein solcher Anschlag am Nachmittag des 26.08., bei dem 13 US-Soldaten und auch eine dreistellige Zahl von Afghan/-innen ermordet wurden. Was war Ihnen zu welchem Zeitpunkt über die möglichen Anschlagspläne bekannt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, das ist eine Sache - - Die Sicherheitslage hat sich im Laufe dieser Phase von 15. bis 26. immer verschlechtert eigentlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber können Sie mir sagen, ob Ihnen die Anschlagspläne vor dem Anschlag oder die möglichen - die Hinweise auf diesen Anschlag bekannt waren und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, das war mir bekannt. Das hat der BND berichtet. Einmal hat mich sogar jemand vom BND angerufen, was äußerst ungewöhnlich ist, deswegen. Zu welchem Zeitpunkt das jetzt war, das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Aber wir wussten, dass es dieses Anschlagsrisiko gibt, und haben deswegen ja auch ein oder zwei Tage vorher die Operationen einstellen müssen nach meiner Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein oder zwei Tage vorher die was einstellen müssen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da haben wir da - - Da hatten wir doch keine Leute am Gate oder irgendwas, oder? So habe ich es in meiner Erinnerung zumindest. Vielleicht kriege ich jetzt was durcheinander, aber - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich muss *Sie* ja fragen. Sie wissen es dann besser. - Haben Sie denn konkret in Ihrer Rolle was angeordnet, nachdem der BND Sie angerufen hat und Sie auf die Anschlagpläne hingewiesen hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, nach meiner Erinnerung war das sogar Thema im Krisenstab nach dem Motto „Es gibt immer mehr Anschlagswarnungen, wir können das jetzt nicht weitermachen, wir müssen Vorkehrungen treffen“. Und die genauen - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Bitte?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: An welchem Tag das jetzt war, das kann ich nicht - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber welche Vorkehrungen dann getroffen worden sind - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, man muss halt die - - Also sozusagen, das war für uns dann halt wichtig: Da können wir kein KUT und keine Bundeswehr mehr an den Außenbereichen des Flughafens stehen haben. Und es stellte sich auch noch die Frage, ob man überhaupt noch weiter fliegen kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Haben Sie persönlich das deutsche Personal vor Ort gewarnt, oder lief das dann über eine andere

Schiene? Oder haben die das sowieso quasi selber mitbekommen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, nach meiner Erinnerung, die mich täuschen mag, war das auch einmal oder mehrfach Thema im Krisenstab und was diese Anschlagswarnungen bedeuten. Das habe ich jetzt aber - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da ist jemand vom KUT-Team immer dabei gewesen dann.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, der Jan Hendrik van Thiel war ja immer zugeschaltet, absolut, und der General Arlt auch.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Dann springen wir noch mal. Bitte verzeihen Sie, aber es sind immer die kleinen Sachen, die noch übrigbleiben, und ein drittes Mal kommen Sie sicher nicht; wünsche ich Ihnen sehr.

Im Einsatztagebuch vom 23.08. geht es um den sogenannten Talibanexpress. Da wird ein Gespräch festgehalten zwischen der Nachtschicht mit dem Verbindungs- - also Leiter des Einsatzstabs Nachtschicht mit dem Verbindungselement Ortskräfte. Und da heißt es - das ist MAT A BMVg-4.392 VS-Nfd_Austausch, Blatt 160 -:

- „• OK kommen nur über AA KRZ ... auf die Liste für die Option TLB-Express.
- VerbEIm OK soll sicherstellen, dass OK auf die TLB-Express Listen kommen.“

Können Sie uns zu dem Thema Talibanexpress ausführen, was Ihnen dazu bekannt ist?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, gerne. Also, der Begriff „Talibanexpress“ war ein Begriff, den wir alle nie mochten, weil er klingt so verharmlosend irgendwie. Dass der im Krisentagebuch steht, wusste ich jetzt gar nicht; aber hat irgendjemand dann da reingeschrieben. Das ist das, was - - Das war die sogenannte Busaktion.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir hatten ja das Problem, dass man die Leute nicht sammeln konnte, dass man sie nicht gezielt reinholen konnte. Deswegen haben wir einen Versuch unternommen, die Leute auswärts zu sammeln, die dort von Bussen abholen zu lassen und die dann zum Flughafen zu bringen. Es ist kein richtiger Sammelpunkt, weil ein normaler Sammelpunkt wäre von unserer Bundeswehr gesichert. Da hat man eine volle Zugangskontrolle, und man weiß, wer da reinkommt, und man weiß, wer da ... (akustisch unverständlich)

Das hat bei dieser Busaktion leider nicht - - Das war einen Versuch wert, aber der Versuch hat nicht wirklich funktioniert, hauptsächlich weil auf den Bussen dann Leute drauf saßen, die wir da nicht haben wollten, die auch teilweise wieder rausgeleitet werden mussten, weil wir eben nicht selber kontrollieren konnten. Unser eigenes Landespersonal konnte nicht entscheiden: Du steigst in den Bus ein und du nicht. - Das wurde alles vor Ort gemacht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurze Nachfrage dazu.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An welchem Punkt ist denn dann den Deutschen klar geworden, dass - - Also, welcher Deutsche hat quasi festgestellt: „Die Person, die mir mit dem Bus gebracht wurde, ist gar nicht berechtigt, hier zu sein“?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, die hatte Jan Hendrik van Thiel - und das hat er großartig gemacht -, in den Flughafen reingelotst. Und erst dann wusste man, wer dadrin ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber wissen Sie, wer diese Überprüfung dann gemacht hat?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das KUT. Also, welche Person, jetzt nicht. Aber das haben unsere Leute vor Ort gemacht, unser KUT; das ist so deren zentrale Aufgabe eigentlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch ein anderer Vorhalt zum gleichen Komplex: MAT A BMVg-4.392 VS-NfD_Austausch, Blatt 164/165. Das ist ebenfalls das Einsatztagebuch. Da heißt es dann:

„... ABBEY Gate voraussichtlich ab 24.08. ... geschlossen.“

Und unter drittens:

„Evakuierungslisten mit Unterstützung TLB (Express) werden durch AA 040 priorisiert.“

Mir ist das schon semantisch nicht ganz klar, was mit „priorisiert“ gemeint wurde. Also, war das - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Können Sie das noch mal vorlesen? Das habe ich nicht ganz mitgekriegt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Also, der Punkt ist - das ist der Eintrag -:

„Evakuierungslisten mit Unterstützung TLB (Express) werden durch AA 040 priorisiert.“

Also, da kann man - - Ich sage mal, das eine semantische Verständnis ist: Es gibt eine Prio der Leute, die raus sollen. Und das andere ist: Das ist der priorisierte Weg, um die Leute rauszuholen. Also, gab es eine Priorisierung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, es ist mir jetzt so auch nicht nachvollziehbar. Was ich nach meiner Erinnerung noch weiß, ist, dass - dieser Begriff „Talibanexpress“ hält sich hartnäckig leider, auch in unserem Krisentagebuch offensichtlich - wir für diese Busaktion - so haben wir das genannt - - dass dafür natürlich extra Listen erstellt werden mussten. Das war alles sehr kurzfristig. Da gab es eine bestimmte Anzahl von Bussen, eine bestimmte Anzahl von Plätzen. Und da mussten dann Listen zusammengestellt werden, damit - - Die Idee war, dass unsere Lokalbeschäftigten dann kontrollieren, wer da draufkommt oder nicht. Wurden aber teilweise gestürmt. Vielleicht sind diese Listen gemeint. Das ist das Einzige, was ich mir vorstellen könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese Listen für die Busaktion - das war in der Zeit, wo der Thomas Zahneisen da war als Krisenbeauftragter - - Der hat für diese, ich sage mal, Sonderaktion ein Team aus seiner Abteilung mitgebracht, der Abteilung S, die ja auch sprachkundig waren und alles, die in so einer Nachtaktion die Listen durchgeforstet haben, spezielle so eine Art Passierscheine erstellt haben für diese Aktion und die Listen erstellt haben. Also, ich könnte mir vorstellen, dass diese Listen dann irgendwie priorisiert werden sollen. Aber das ist eine Interpretation.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir dann ja gleich noch mal selber mit ihm - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wollen ja auch nicht spekulieren und sind jetzt am Ende der - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann muss ich leider noch mal. - Bis gleich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlichen Dank, Herr Dr. Jokisch, für die konzentrierte Zusammenarbeit bis jetzt. Ich habe noch zwei, drei Fragen.

Am 16. August 2021 schrieb Frau K. J., stellvertretende Leiterin in Ihrem Krisenreaktionszentrum, eine E-Mail mit dem Betreff „VS-NfD_Evakuierung AFG_Aktueller Sachstand“ unter anderem auch an Sie. In dieser E-Mail äußert sie sich wie folgt - ich zitiere aus MAT A BKAmT-3.37 VS-NfD, Blatt 189 f. -:

- Lage am Flughafen immer schwieriger, immer mehr Personen versuchen zum Flughafen und dann ggf. auf das Rollfeld zu gelangen. Aufrufe in den sozialen Medien, DEU mit großzügigen Evakuierungsangebot ohne Nachweis von Papieren bewegt Leute, sich auf den Weg zu machen. Die von uns kontaktierten Perso-

nen werden aufgefordert, derzeit nicht an den Flughafen zu kommen und auf weitere Informationen von uns zu warten.“

Wie haben Sie diese Lagebeschreibung persönlich wahrgenommen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich glaube, der 16. war doch der Tag, wo das Flugfeld tatsächlich gestürmt wurde, ne? Das kann ich mir gut vorstellen. Und was Sie - -Also, diese E-Mail habe ich jetzt nicht konkret vor Augen. Aber diese Fake News, die da kursierten - Deutschland nimmt alle auf; kommt dahin! Deutschland nimmt alle -, das war ein Riesenproblem für uns; das war sehr weitgehend.

Das Flugfeld war gestürmt. Das heißt, es war kein Flugbetrieb auch möglich. Ich weiß gar nicht, wann das dann irgendwann wieder geräumt war. Und da gab es diese schrecklichen Bilder, wo die Leute von den Flugzeugen gefallen sind und so. Das heißt, das war eine Situation, in der man dann wirklich niemandem sagen könnte: Okay, jetzt geht mal zum Flughafen, und wir versuchen, euch dann mitzunehmen.

Joachim Wundrak (AfD): Diese E-Mail ist auch der Leitung vorgelegt worden, ist an die Leitungsebene gegangen. Können Sie erinnern: Hat es eine Reaktion der Leitung auf diese Situation gegeben, also konkrete Konsequenzen, wie zum Beispiel eine Weisung, diese, Sie haben das genannt, Fake News oder Fake-Kommunikation zu konterkarieren, also eine Richtigstellung auf dem Kommunikationsweg vorzunehmen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da habe ich keine Erinnerungen mehr dran. Aber ich weiß, wir hatten ja jeden Tag einen Krisenstab auf Ministerebene.

Joachim Wundrak (AfD): Noch mal, ich habe es akustisch nicht verstanden.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung. - Ich habe keine Erinnerung daran, ob es auf diese E-Mail eine Reaktion unserer Leitungsebene gegeben hat. Ich weiß, wir hatten ja jeden Tag einen Krisenstab, und die Situation am Flughafen war dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich das beherrschende Thema. Ich vermute, das wird da besprochen worden sein, habe aber daran auch keine aktive Erinnerung mehr.

Joachim Wundrak (AfD): Aber Sie haben erwähnt diese von Ihnen so wahrgenommene Fake News. Hat es denn überhaupt eine Reaktion darauf gegeben oder man erkennt, dass man dagegen was tun muss?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Da erinnere - - Ich glaube, darüber haben wir gesprochen mit unserer Presseabteilung auch. Und es kam dann sehr schnell zu dem Problem, wie man auf Fake News reagiert. Und wenn man sagt: „Nein, nicht jeder kann nach Deutschland“, muss man im Grunde gleichzeitig auch öffentlich sagen, wer denn eigentlich. Das wird dann auch wieder falsch verstanden.

Unser Ziel war dann, konkret die Leute zu definieren, die wir auf unseren Listen haben wollen, und mit denen dann, so gut es eben ging, in Kontakt zu treten. Aber eine öffentliche Kommunikation sozusagen gegen Fake News, das, haben unsere Öffentlichkeitsarbeitsleute gesagt, geht dann eher nach hinten los; das befeuert das eher noch.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Sie haben eben den Einsatz von Spezialkräften auch erwähnt. Da habe ich eine Nachfrage oder zwei Nachfragen. Der Referatsleiter im BMVg, SE I 5, Oberst i. G. Rapp, hat am 17. Juni 21 einen Sachverhalt an seine Ministerin vorgelegt. Aus dieser Fundstelle geht hervor - und ich zitiere aus MAT A BMVg-5.125 VS-NfD, Blatt 70 -:

„Der vielfältige Mehrwert, der aus einer temporären Entsendung eines UstgElm SpezKr“

- Unterstützungselements Spezialkräfte -

„an DEU AV nach Kabul resultiert, ist unverändert. Die durch AA unbeabsichtigte negative Konnotation basiert auf einem AA-internen Abstimmungsfehler. Die Einschätzung des AA ist weiterhin

kongruent zur Einschätzung BMVg.“

Zitat Ende.

Im Auswärtigen Amt wird die Situation jedoch anders gesehen. Markus Potzel schrieb in seiner E-Mail an Simone Stemmler und Andreas Krüger - das ist ein Zitat aus MAT A AA-8.13 VS-NfD, Blatt 212 -:

„Es ist eben schwer zu deuten, wenn bei den Telefonaten niemand mithört. Offenbar hat das BMVg mal wieder ganz was anderes verstanden.“

Meine Fragen dazu. Sie selbst haben im endgültigen Stenografischen Protokoll 20/30 I auf Seite 68, also bei ihrer ersten Vernehmung hier, erwähnt, dass Sie die Entscheidungsfindung innerhalb des BMVg nicht nachvollziehen konnten. Wie sind Sie zu dieser Schlussfolgerung gelangt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, Herr Abgeordneter, an diesem Vorgang erinnere ich mich noch sehr gut, weil ich sehr intensiv mit ihm befasst war. Der Oberst Rapp war damals als Referatsleiter mein Counterpart im BMVg sozusagen. Der hat den Vorschlag gehabt, dass man zur Unterstützung der Botschaft [REDACTED] Soldaten - [REDACTED]; weiß nicht mehr, wie viele - da hinschickt. Das habe ich kurz gecheckt mit der Botschaft und dem Länderreferat, ob die das auch eine gute Idee fanden. Ich fand es eine gute Idee; das fanden die auch.

Die Probleme waren manchmal etwas, ich sage mal, kleinteilig. Wir hatten noch Coronazeiten. Es gab beschränkte UnterkunftsKapazitäten, also auch logistische Fragen. Aber waren alle einverstanden. Man muss das abgrenzen: Was sollen wir da genau machen und so? Da waren alle einverstanden. Das habe ich dem Oberst Rapp dann auch relativ zügig so zurückgemeldet.

Dann passierte eine ganze Weile nichts. Wir haben dann irgendwann noch mal nachgefragt, was jetzt mit denen dann ist. Und dann kam, glaube ich, der Vorgang, auf den Sie eben angesprochen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben. Dann hatte der Oberst Rapp von seiner Ministerin die Rückmeldung erhalten: Nee, die werden jetzt doch nicht geschickt, weil BM Maas das nicht wolle. - Dann haben wir nachgefragt bei unserem Ministerbüro, was denn da das Problem ist; den hatten wir vorher nicht befasst; muss man meines Erachtens auch nicht bei dieser Frage. Und die Rückmeldung, die wir dann erhalten hatten vom BM Maas, war: Nee, da konnte er sich nicht erinnern, dass er darüber mit der Bundesverteidigungsministerin gesprochen hatte. - Also, es scheint irgendein Missverständnis gegeben zu haben. Und deswegen ging es im BMVg dann aber nicht weiter.

Wir haben dann im BMVg noch mal nachgefragt, sowohl der Markus Potzel als auch ich, wie es denn jetzt ist, wenn wir das jetzt aufgelöst haben, dass es irgendwie da ein Missverständnis gegeben hat, und ob man die nicht doch schicken kann. - Ja, das kam irgendwie nicht zustande. Ich weiß nicht mehr genau, warum. Aber wir hätten das eigentlich gut gefunden, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Jokisch, ich möchte gern noch mal unter dem Stichwort „Lessons learned“ auf verschiedene Punkte zurückkommen. Sie haben ganz am Anfang heute gesagt zum Thema „Berichterstattung/Lagebilder“: Es gab sehr viele Berichte, sehr viele Szenarien. - Und Sie haben dann noch mal betont: Es gab sehr viele Szenarien eben von den verschiedenen beteiligten Behörden und Ressorts. - Haben Sie damals in der Situation gedacht, dass es sinnvoll wäre, dass man ein geeintes Lagebild der Behörden - - dass es Ihnen das einfacher gemacht hätte? Oder was war Ihr Blick darauf im Untersuchungszeitraum?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, zwei Bemerkungen dazu erst mal. Das Lagebild war ja bei der Abteilung AP; das war nicht bei uns. Das sind die Afghanistan-Experten. Die können beurteilen, welche Fraktion da jetzt gerade auf dem Vormarsch ist oder auch nicht. Wir sind da dann insoweit Abnehmer.

Natürlich hätte ich mir ein klares Lagebild gewünscht. Aber ich glaube, das war damals nicht realistisch, weil das Lagebild eben sehr unklar war mit sehr vielen verschiedenen Aspekten, die man einbeziehen soll, und sich auch sehr stark verändert hat. Das sieht man ja auch: Im Laufe der Tage war das leider - - Es verlief nicht irgendwie so linear nach dem Motto „Erst passiert hier das, dann das“, sondern es war sehr dynamisch, so schubweise, muss man sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War denn aus Ihrer Sicht das Lagebild zwischen den Ressorts geeint?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Na ja, dafür dient ja der Krisenstab, das Lagebild dann zu koordinieren und auf der Grundlage dann entsprechende Schlussfolgerungen zu treffen. Und das ist dann auch nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben vorher gesagt, Sie seien im Nachgang eben - - hätten Sie sich verschiedene auch Lagezentren angeschaut. Es gibt eben verschiedene Lagezentren. Jedes Ressort hat Krisenstäbe. Haben Sie damals im Untersuchungszeitraum auch gedacht, es wäre sinnvoll, wenn die Bundesregierung *einen* Krisenstab hätte oder *ein* Krisenzentrum hätte? Vielleicht könnten Sie da noch mal schildern, wie aus Ihrer Sicht damals die - - inwieweit sich da durch die Koordination zwischen den einzelnen Krisen- und Lagezentren für Sie da Reibungsverluste ergeben haben oder auch nicht; vielleicht könnten Sie darauf noch mal eingehen.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, die Frage ist, ob man einen Krisenbeauftragten der Bundesregierung oder einen - - Ich glaube, das ist eine hochpolitische, die schon mal beim Thema der Nationalen Sicherheitsstrategie diskutiert worden ist; da will ich jetzt nicht einhaken. Was aber - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dürfen Sie aber gerne.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Aber was - - Die beteiligten Akteure, die sind relativ klar. Wenn es ums Ausland geht, ist immer das Auswärtige Amt, das Kanzleramt ist immer dabei bei allen Fragen. Wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

das dann tagt - ob das jetzt im Kanzleramt tagt oder im Auswärtigen Amt -, ich glaube, das macht nicht den Unterschied, weil die Akteure die gleichen sind.

Vielleicht macht es den Unterschied, wer den Vorsitz hat. Das ist jetzt, weil es immer um Ausland geht, das Auswärtige Amt immer. Das hat sich - - eigentlich eine Sache, die nach meinem Verständnis bewährt wird. Aber dass wir jetzt durch ein zusätzliches Gremium oder eine andere Struktur ein besseres Lagebild gehabt hätten, das - ich weiß nicht - kann ich mir jetzt schwer vorstellen. Wie gesagt, die Akteure sind immer die gleichen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann möchte ich gerne auch noch mal ein bisschen sozusagen mehr auf der operativen Ebene zu Lessons learned fragen. Das ist jetzt sozusagen eine ganz andere Baustelle. Die Diplo Clearances, die man immer braucht, wenn man eben woanders dann auch landen möchte: Vielleicht können Sie da noch mal schildern, wie da für Sie sich die Situation damals dargestellt hat. War das ein Problem, war das kein Problem? Könnten Sie darauf noch mal bitte eingehen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja. Also, die Diplo Clearances, das ist immer ein Problem, weil die haben gewisse Vorlaufzeiten, die im Krisenfall eigentlich nie eingehalten werden können. Zuständig für die Einholung der Diplo Clearances sind die Mil-Attachéstäbe der jeweiligen Botschaften, die aber dann im Grundeffekt in den normalen Verfahren verhaftet sind. Und deswegen muss gerade bei so Krisen, eilbedürftigen Sachen - - muss man da sehr schnell hochpolitisch rangehen, und das ist dann auch erfolgt. Für Usbekistan konkret wurde da, ich glaube, bis auf Ministerebene dann gesprochen, und das hat dann auch funktioniert.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War das damals rechtzeitig?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ich glaube, die Verlegungsplanung der Bundeswehr wurde nicht durch fehlende Diplo Clearances beeinträchtigt.

Die sollten am Montag losfliegen; das haben sie getan.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich zitiere mal MAT A AA-9.84. Das ist ein Schreiben, wo die persönliche Referentin von Staatssekretärin Leendertse am 15. August um 19.20 Uhr eine E-Mail an das Krisenreferat 040 geschrieben hat. Ich zitiere:

„... aus vorherigen Erfahrungen (z.B. Clearance Moskau bei Wuhan Evak) wissen wir, dass ein Zuwarten bis kurz vor Schluss mit großen Risiken behaftet ist.

Da die bisherigen Gespräche schon sehr hochrangig waren, wir aber nach jetzigem Stand noch nichts Belastbares vorweisen können, plädiere ich dringend dafür, dass BM auch Telefonate mit AZE und UZB (ARM wohl nicht (mehr) relevant?) führt.“

Und so weiter.

„Das blame game hat bereits begonnen, so häufig wie BMVg im Krisenstab die Frage der noch fehlenden clearances erwähnt hat. Wir dürfen uns nicht vorwerfen lassen, wir hätten nicht alles versucht.

Auch StS Berger steht bereit, falls dies seitens Abt. 2 für sinnvoll erachtet wird. Viel Zeit zur häppchenweisen Eskalation haben wir aber - auch aufgrund der Zeitverschiebung - nicht.“

Können Sie vielleicht noch mal darauf eingehen, wo damals das Problem bei der Beschaffung der Clearances bestand?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das Problem der Clearances bestand hauptsächlich in dem zeitlichen Druck. Die haben normalerweise einen Vorlauf von - ich weiß nicht genau, wie viel, je nach Land - Tagen, teilweise sogar bis zu zwei Wochen. Und hier hatten wir ja von Samstag bis Montag, zwei Tage realistischerweise. Und dafür muss man - - Verzeihung, Sie wollten was sagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Kann man das nicht länger im Voraus auch schon sich besorgen, also wenn sich so eine Situation hochschaukelt, dass man dann einfach schon ein paar Wochen vorher oder so sich so was auf Vorrat besorgt?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Diese Diplo Clearances auf Vorrat, die gibt es eigentlich nicht, weil man muss sehr konkret anmelden: Was für Flugzeuge sind das? Sind die bewaffnet? Wie viele Leute sind da drin? Da sind sehr viele Länder sehr schmallippig. Und deswegen - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber eine Woche vorher hätte man es schon besorgen können oder zehn Tage vorher?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

- Einfach bloß eine technische Frage, Herr Gloßner. Das ist jetzt keine suggestive Frage.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das weiß ich nicht, ob Usbekistan das mitgemacht hätte. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht trotzdem das Wort. Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Hat sich schon erledigt. Das war in der Tat keine Suggestivfrage; aber der Zeuge wurde zum Spekulieren verleitet. Aber er hat sich ja fachlich geäußert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Zeuge hat nach seinen Möglichkeiten und seinem Wissen geantwortet, und damit lassen wir das jetzt auf sich beruhen bei der Frage.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Gut. - Dann noch als letzte Frage von meiner Seite: Sie hatten vorher das Thema „Skalierbarkeit Ihrer Arbeit“ ja auch mehrfach angesprochen. Vielleicht könnten Sie da auch noch mal auf Lessons learned eingehen in dem Zusammenhang. Das würde mich noch interessieren abschließend.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja, vielen Dank. - Also, ich habe das Thema Skalierbarkeit angesprochen

konkret beim Telefonpool. Da kann man auf ein Callcenter zurückgreifen, aber auch da nur in beschränkten Bereichen, weil zum Beispiel persönliche Daten - - Wir haben so ein - „Krisis“ heißt das - anderes Tool - das gilt vor allen Dingen bei Vermisstenfällen -, wo das BKA direkt Zugriff drauf hat unter anderem, wo wir das da reinschreiben. Das kann man nicht an den Telefonpool geben. Aber in weiten Teilen kann man das schon und haben wir das auch gemacht.

Weiterhin haben wir gemerkt, dass auch, sagen wir mal, das Krisen-Mindset im Auswärtigen Amt, in der Zentrale und auch im Ausland - - dass das häufig so ein Thema ist, weil viele Leute lassen sich ungern aus ihrer Routine rausreißen. Die machen - - haben so ihre Aufgaben - und die will man auch gar nicht kleinreden -, und viele haben ein Problem damit, umzuschalten, nach dem Motto: Oh, jetzt ist aber wirklich alles anders. Wir schieben alles beiseite.

Das ist eine Sache, die wir verstärkt jetzt thematisieren wollen. Wir machen dazu Fortbildungen, haben unseren Freiwilligenpool versucht deutlich auszuweiten, machen dazu Schulungen. Das wird ein ganz großes Thema auf der Botschafterkonferenz auch dieses Jahr werden, ein Krisen-Mindset, weil im Endeffekt ist unser eigenes Personal die wichtigste Ressource. Und wir müssen da relativ schnell, auf Knopfdruck, in manchmal erstaunlich großen Maßstäben handlungsfähig sein, und das waren wir - - Das mussten wir da ein bisschen lernen und haben wir jetzt versucht nachzuschärfen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann sind wir am Ende dieser Runde, und ich habe verstanden: Es gibt nur noch wenige Restfragen. - Bei der SPD nicht. Bei der Union?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich könnte noch eine machen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, es ist eine Möglichkeit, keine Pflicht sozusagen. So habe ich das jetzt nicht verstanden wissen wollen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, ich frage eine, und zwar - einen kurzen Moment - - Krisenstabssitzungen, eine Frage zu Krisenstabssitzungen. Herr Jokisch, wie oft haben Sie Vorbereitungen für den Krisenstab mitbetreut in Ihrer Funktion?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Während des Zeitraums, meinen Sie? Also, -

Thomas Erndl (CDU/CSU): In der entscheidenden Phase, ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: - die unmittelbare Beratung des Staatssekretärs erfolgte durch den Krisenbeauftragten. Das ist auch der, der dann die jeweiligen vorbereitenden Unterlagen geschrieben hat, hochgegeben hat oder zumindest gebilligt hat. Bei welchen ich jetzt formal beteiligt war - im Sinne von irgendwelchen E-Mails -, weiß ich nicht. Aber ich habe mich - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn wir uns mal ganz konkret auf die Krisenstabssitzung am 13. August beziehen: -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - Haben Sie da an der Vorbereitung mitgewirkt oder Regieanweisungen verfasst?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nach meiner Erinnerung habe ich daran mitgewirkt, mit Ole Diehl zusammen - - haben wir da einen Text erstellt, den natürlich er verantwortet hat und gebilligt hat. Wer den dann hochgegeben hat, weiß ich jetzt nicht mehr. Aber für den 13. - - Ja, ja, das war für uns so eine Wegmarke: Einstieg in Evakuierungsvorbereitungen. Da haben wir uns sehr intensiv vorher ausgetauscht, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und im Rahmen dieser Vorbereitungen wurden auch schon Beschlüsse oder mögliche Beschlüsse des Krisenstabs vorformuliert? Wie detailliert hat diese Vorbereitung ausgesehen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, der Ole Diehl - - Ich weiß noch: An diesem Freitag - das war wirklich sehr intensiv -, da war der Ole Diehl die ganze

Zeit bei der Staatssekretärin rauf- und runtergelaufen irgendwie. Da war ich auch nicht immer dabei; muss ich auch nicht. Und da haben die natürlich schon besprochen, bei diesem Krisenstab, wie in jeder Sitzung: Was können wir uns denn vorstellen? In welche Richtung sollen wir denn gehen? Was wollen wir denn da machen? - Also, man muss schon - - Der Anspruch war schon, dass man nicht nur sozusagen Sachstand hat, sondern auch operative Vorschläge dann macht. Was davon dann umgesetzt wird, das ergibt sich dann meistens aus der Diskussion.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich frage deshalb so genau, weil am 13. August wurde ja entschieden, dass man erst mal nicht die Evakuierung der Botschaft einleitet. War dieser Vorschlag, dieser Entschluss auch schon Teil der Entschlussempfehlungen in der Vorbereitung?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das weiß ich jetzt nicht mehr so genau. Also, ich weiß: Was beschlossen worden ist, ist, dass man sehr konkret den Einstieg in die Vorberei- - in die Evakuierung macht, aber noch nicht evakuiert, weil das Lagebild sich noch nicht so dargestellt hat. Was genau der Vorschlag war, kann ich jetzt nicht mehr erinnern.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ich würde Ihnen kurz vorhalten MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 5 und 6.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Okay, das habe ich hier gerade. - Okay, das war eine Mail von mir an Ole Diehl, genau, mit der operativen Schlussfolgerung: „Krisenstufe 3b ... konkretem Einstieg in Vorbereitung einer Schließung“. Genau, das habe ich an Ole Diehl geschickt, und - also, das ist jetzt dann wieder im Bereich der Spekulation - der wird es dann - - der wird irgendwas an die Staatssekretärin weitergegeben haben. Sie ging ja mit einer Vorbereitung da rein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Aber ich sehe daraus jetzt nicht und habe auch keine Erinnerung, ob er das so weitergegeben hat oder ob er das noch modifiziert hat. Aber das war mein Vorschlag an Ole Diehl. Wie gesagt, die operativen Schlussfolgerungen hängen natürlich immer davon ab, wie sich die Sitzung entwickelt, wie sich das dann darstellt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Was war die Grundlage für die Empfehlung an dem 13. August, die Botschaft noch nicht zu evakuieren?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das Lagebild, so wie es sich uns dargestellt hat, war, dass wir noch ein paar Tage Zeit hatten und die - aber wenn ich sage: „Tage“, meine ich auch Tage - - und dass wir die Botschaft noch weiter betreiben können, um die politischen Anliegen, die es noch weiter gab, zu betreuen, unter anderem eben die lokal Beschäftigten. Aber es sollte eben dann sehr - wo steht das hier? - - „konkretem Einstieg in Vorbereitung einer Schließung“, sprich: Evakuierung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann, habe ich verstanden, gibt es Restfragen jetzt nur noch bei Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl ich mich gegen den Begriff „Restfragen“ irgendwie verwehre. Das ist so ähnlich wie der - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Verbleibende Fragen, hervorragende verbleibende Fragen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): The rest and the best. - Herr Jokisch, ich habe noch einen Fall, den ich gerne mit Ihnen besprechen würde, wenn Ihnen der bekannt ist, und zwar den der ehemaligen Ortskraft Ahmad Samim Jabari, der auch hier als Zeuge schon geladen war. Ist Ihnen der Fall bekannt? Ist das mal aufgeschlagen bei Ihnen?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Nee, ist mir nicht aktiv bekannt, dieser Fall. Ich will nicht ausschließen, dass ich dazu eine Mail gekriegt habe - ich habe sehr viel Mails gekriegt -, aber da klingelt bei mir jetzt gerade nichts.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass das irgendwie von oben noch mal sozusagen reingesteuert wurde ins Krisenreaktionszentrum, da können Sie sich jetzt nicht dran erinnern?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Zu diesem Fall, oder - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, diese zwei Wochen muss man sich so vorstellen, dass von allen Seiten Einzelfälle auf uns zukamen von unserer Hausleitung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß ich. Das ist so ein bisschen weit.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Verzeihung. Also, ich kann mich aber an diesen Fall nicht -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das ist nur die Frage, genau, weil wir den - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: - konkret erinnern, schließe es aber explizit nicht aus. Wie gesagt, ich habe viele Mails mit Einzelfällen gekriegt, kann mich an diesen aber nicht erinnern.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann muss ich jetzt vielleicht doch noch mal nach ein bisschen Kontext fragen. Wenn jetzt ein Einzelfall an Sie herangetragen wurde in dieser Zeit: Wurde das ausschließlich per E-Mail gemacht oder auch im persönlichen Gespräch, dass dann zum Beispiel Herr Zahneisen gesagt hat: „Du, guck mal, hier ist noch der sowieso. Da sagt jetzt die Ministerin, dass ...“, also dass man das auch einfach, wenn man sich eh den ganzen Tag sieht - -

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Also, ich erinnere mich nur an E-Mails, weil nur die kann man ja auch entsprechend weiterprozedieren dann -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: - und mit den entsprechenden Teams klären.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Ist nachvollziehbar. Das mache ich auch so.

Dann letzter Fragenbereich noch mal: Wir haben ja in der ersten Befragung mit Ihnen versucht, ein bisschen auszuloten: Wann ist eigentlich von normaler Lage zu Krisenlage dieser Switch, so dass Sie dann auch zuständig sind und der Krisenbeauftragte dann auch zuständig ist? Jetzt interessiert uns auch: Wie kommen Sie aus der Nummer wieder raus? Also, wie wurde im Fall Afghanistan - - Wie und wann wurde entschieden: „Ab jetzt ist nicht mehr das Krisenreaktionszentrum zuständig, sondern wir sind in Phase zwei“?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Frau Abgeordnete, Sie sprechen ein wirklich sehr, sehr wichtiges Thema aus: „Wie kommen wir eigentlich aus der Nummer wieder raus?“, weil das ist ein riesiges Problem, weil Krisen manchmal sehr lange andauern können: Gaza, Ukraine etc. Wir haben aber für uns so die interne Maßgabe: Wir versuchen, dass wir nicht länger als, sagen wir mal, wochenweise mit einer Krise befasst sind, einfach weil wir dort immer sehr viele Ressourcen verbrennen müssen - und das ist auch richtig und wichtig -, und man weiß nicht, wann die nächste Krise kommt. Das ist ein Riesenproblem.

Bei Sudan zum Beispiel war es relativ einfach: Da waren die Deutschen dann raus, Evakuierungssituation abgeschlossen, und dann ging das Thema zurück ins Länderreferat. Bei Afghanistan war das natürlich ganz anders, weil die politische Bedeutung von Afghanistan nach dem Ende des Evakuierungszeitraums nicht beendet war. Da war es dann so: Da wurde eine neue Struktur geschaffen unter der Leitung des dann bestehenden Krisenbeauftragten Christian Buck, wo man gesagt hat: Okay, das ist jetzt - - Wie schaffen wir ein Verfahren, dass wir die lokal beschäftigten, schutzbedürftigen Personen, die es nicht mit der Evakuierung rausgeschafft haben - - wie wir die außer Landes kriegen können.

Das ist eine Matrixstruktur, wurde das genannt, also aus mehreren Abteilungen zusammengesetzt, sodass da Fachexpertise, Rechtsexpertise und operative Expertise zusammenkommen, aber keine Evakuierungsaktion. Das hat nichts mit Bundeswehr zu tun. Das ist dann das, was im Endeffekt jetzt lange über Islamabad gelaufen ist oder immer noch läuft, glaube ich: dass man dafür ein Verfahren schafft. Da gab es ganz viel zu besprechen: Wie kommen die raus? Passersatzpapiere: Riesenproblem. - Also, so waren wir als reines Krisenzentrum dann da wieder raus.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das? Können Sie sich noch erinnern?

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Das war im September. Genaue Daten weiß ich nicht mehr. Das hat sich dann so Stück für Stück entwickelt im Laufe des Septembers.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wäre es das von mir. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann sind wir sozusagen am Ende der heutigen Befragung angekommen. Sie wissen, dass die Befragung formell noch nicht abgeschlossen ist, weil Sie das Protokoll bekommen, 14 Tage Zeit haben, eventuelle Fehler zu korrigieren, und dann erst endgültig festgestellt wird, dass die Befragung abgeschlossen ist.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie so lange ausgeharrt haben und ja auch noch mal wiedergekommen sind in den Ausschuss, und wünsche Ihnen alles Gute.

Zeuge Dr. Jens Jokisch: Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten, und dann setzen wir mit dem nächsten Zeugen fort.

(Unterbrechung von
16.31 bis 16.36 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Thomas Zahneisen

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße jetzt unseren zweiten Zeugen, Herrn Dr. Zahneisen, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Zahneisen, Sie haben den Erhalt der Ladung am 22. Dezember 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt gegeben worden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor endgültiger Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. Es handelt sich dabei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssten also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Ich werde Sie zunächst zu Ihrer Person befragen. Aber zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Fragen zum Ablauf?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nunmehr bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Thomas Zahneisen. Ich bin 61 Jahre alt. Meine Anschrift ist Werderscher Markt 1, 10117 Berlin. Und ich bin Beamter des Auswärtigen Amtes.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich will vielleicht noch sagen, dass, wenn Ihnen nachher Vorhalte aus Akten gemacht werden, die Fragestellerinnen und die Fragesteller auf Wunsch Ihnen die entsprechenden Unterlagen auch vorlegen, sodass Sie das einsehen können.

Dann will ich Sie fragen, ob Sie wünschen, von dem Recht Gebrauch zu machen, vorab etwas im Zusammenhang darzulegen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Herr Vorsitzender, wenn Sie mir die Gelegenheit geben, nehme ich die gerne an.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bevor ich das tue, würde ich dann die Sitzungsleitung an den Kollegen Erndl übergeben, und Sie haben dann das Wort.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Fahren Sie fort.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie hatten ja jetzt hier gerade ein längeres Gespräch mit Herrn Jokisch. Insofern würde ich mein Eingangsstatement nutzen, um die Hintergründe kurz zu erläutern, warum ich den Posten des Krisenbeauftragten wirklich für eine sehr kurze Zeit, genau genommen nur vom 17.08. bis zum 01.09. und dann noch mal kommissarisch im Übergang bis zum 4. September, ausgefüllt habe.

Bis zum Ende des Monats Juli war ich Beauftragter für Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt,

bin dann Anfang August in die Postenvorbereitung für meine nächste Verwendung - das war Botschafter in Rabat, Marokko - gegangen, war dann Anfang August im Urlaub - - Ende August im Urlaub und habe dann im Urlaub, am 11. Oder - - nee, am 12. oder 13. August - so genau weiß ich das nicht mehr - einen Anruf von der Personalabteilung bekommen, ob ich mir vorstellen könnte, kurzfristig den Posten des Krisenbeauftragten zu übernehmen.

Der Hintergrund war, dass der damalige Krisenbeauftragte sich kurzfristig einer längeren medizinischen Behandlung unterwerfen musste und Ersatz gesucht wurde, und sie suchten spezifisch jemand mit Afghanistan-Hintergrund. Ich habe in meiner Laufbahn wiederholt in und über Afghanistan gearbeitet. Ich war 2007/2008 ziviler Leiter des Wiederaufbauteams in Faizabad, dann 2010 bis 12 Gesandter an der Botschaft in Kabul. Ich war stellvertretender Leiter des Arbeitsstabes Afghanistan/Pakistan und später auch der Leiter des Arbeitsstabes.

Ich war zuletzt in Afghanistan eingesetzt im Sommer 2017, nach dem Anschlag auf die Botschaft in Kabul, als die gesamte Botschaft evakuiert werden musste. Und ich bin dann mit einem Sicherheitsbeamten alleine und einem Schutzteam runter und habe die ersten Aufräumarbeiten gemacht: das Sicherheitskonzept, dass wir zunächst das Gebäude sichern können und dann schrittweise den Betrieb wieder einleiten können.

Mit dem Hintergrund habe ich die Frage bejaht, dass ich den Posten übernehmen würde, habe das dann auch gemacht, bin dann am 16., also dem Tag nach der Evakuierung der Botschaft, das erste Mal im Krisenreaktionszentrum gewesen, habe dort Herrn Diehl getroffen. Der ursprüngliche Plan war eigentlich, dass Herr Diehl die gesamte Evakuierungsphase - also spricht: zum 27. oder 31. - noch komplett leitet, ich ihm assistiere und mich auf die afghanistanspezifischen Aufgaben konzentriere. Ich habe dann am Dienstag meinen Posten oder meine Aufgabe angetreten. Aber es war im Laufe des Tages klar, dass Herr Diehl gesundheitlich nicht in der Lage war, weiterzumachen, sodass er mich schon am Abend



Nur zur dienstlichen Verwendung

gebeten hat, sofort zu übernehmen, was ich natürlich gemacht habe, sodass formal die Übergabe am 18. August stattfand.

Ich habe dann die gesamte „heiße Phase“, will ich es mal nennen, der militärischen Evakuierung verantwortet. Ungefähr am Midpoint, also ungefähr um den 22., 23. August, war uns eigentlich allen klar, dass es nicht zu einer Verlängerung der militärischen Evakuierung mehr kommen wird, dass die Amerikaner nicht länger als den 31. am Flughafen bleiben konnten, insofern wir relativ früh uns überlegen mussten: Was ist eigentlich jetzt die Zeit danach, nach der Flugoperation? - Wir nannten das die Phase zwei, und uns war allen klar, dass es Möglichkeiten geben wird, auf jeden Fall den Landweg, vielleicht auch noch Möglichkeiten, zivile Flüge aus Kabul raus zu organisieren, zu einem späteren Zeitpunkt aber, dass das Zeitfenster für die Phase zwei ein sehr langes sein würde - ein bis zwei Jahre - und dass wir auf den zentralen Posten eine personelle Kontinuität hinbekommen müssen.

Und am 31. hat mich dann Staatssekretärin Leendertse zum Gespräch gebeten und mir mitgeteilt, dass ab dem 1. September die zweite Phase eingeleitet wird und ab dem Zeitpunkt dann auch Herr Buck langfristig den Posten des Krisenbeauftragten übernimmt. Meine persönliche Empfehlung damals war, exakt das zu machen - eine langfristige Lösung zu finden -, auch aus persönlichen Gründen, weil ich wirklich sehr gerne Botschafter in Marokko werden wollte. Und ich bin dann zurück in die Postenvorbereitung gegangen.

Wenn Sie mir erlauben, würde ich noch einen zweiten Punkt kurz anfügen. Ich bin jetzt seit letzter Woche exakt 30 Jahre im Auswärtigen Amt tätig. Und meine erste Tätigkeit war wirklich eine ganz kleine Nebenrolle in dem damaligen Krisenreaktionszentrum in Bonn: Genozid Ruanda. Das sind genau 30 Jahre. Ich habe sehr viele Posten gemacht, sehr viele unterschiedliche, auch viele Krisenposten. Aber ich muss sagen: Diese drei Wochen im Krisenreaktionszentrum für mich waren die schwierigste Aufgabe, die ich hatte. Ich fand sie physisch unglaublich anstrengend. Wir haben fast nicht geschlafen, und ich rede von mir; aber ich könnte

für Herrn Jokisch und alle anderen auch mitreden. Es war physisch sehr anstrengend.

Es war organisatorisch herausfordernd. Am Tag, als ich angefangen habe, haben wir 184 000 Anrufe bekommen, 55 000 Mails, glaube ich - - oder 35 000 Mails, Entschuldigung. Und ich fand es vor allem psychisch belastend. Ich habe oft die Listen aufgemacht, habe mir die Listen angeguckt, und ich kannte sehr viele Leute darauf: Deutsche, die auf den Listen waren, Ortskräfte, die wir kannten, und sehr, sehr viele Afghaninnen und Afghanen, die ich persönlich kannte, die gefährdet waren. Und ich kannte eben auch durch meine früheren Tätigkeiten all die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland in der Zivilgesellschaft, die wirklich engagiert versucht haben, Lösungen zu finden. Ich fand diesen Spagat - Erwartungsmanagement und helfen zu wollen - eine sehr herausfordernde Aufgabe für uns alle.

Ich sage eben „für uns alle“, weil ich war eigentlich von Anfang an von einem extrem guten Team umgeben. Das waren zuerst mal die beiden Kernreferate, die mir als Krisenbeauftragtem unterstellt waren: Das waren 040 und 041 - also 040 von Herrn Jokisch, der gerade hier war, und 041 von Herrn G■■■■, die dann sehr schnell, innerhalb von 36 Stunden, verstärkt wurden durch ehemalige Kollegen, die eingeflogen sind, sodass wir innerhalb von 24 bis 36 Stunden eigentlich alle zentralen Posten der Steuerung im Krisenteam doppeln konnten, sodass wir eine Durchhaltefähigkeit im Schichtdienst gewährleisten konnten.

Und darüber hinaus haben wir dann natürlich sehr viele Freiwillige aus dem Auswärtigen Amt bekommen. Es waren am Ende Hunderte; ich weiß gar nicht, wie viele es waren, vielleicht 400. Das waren Leute aus allen Laufbahnen und aus allen Rängen, verstärkt auch von vielen Leuten, die ich angerufen habe, zum Beispiel aus der GIZ, die einschlägige Paschtu-, Dari-, Afghanistan-Erfahrung haben, die uns verstärkt haben. Wir waren am Ende eine sehr, sehr große Gruppe.

Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen ja auch das Krisenreaktionszentrum mal besucht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist eigentlich eher ein kleiner Raum. Wir haben da zum Teil in und rund um dieses Gebäude, in diesem Raum, mit bis zu 100 Leuten gearbeitet. Es war eng, es war laut, es war stickig, und wir waren immer noch unter Covid-Bedingungen. Ich habe immer gehofft, dass wir nicht irgendwie am Ende lahmgelegt werden durch eine Epidemie. Das ist übrigens nicht eingetreten.

Ich sage das nur, weil dieses Team Extremes, Gutes geleistet hat. Und ich hätte, wenn ich unter normalen Bedingungen - - hätte ich viele von den Kolleginnen und Kollegen nach Hause geschickt, dass sie eine Pause haben. Aber ich hatte keinen Ersatz, und ich weiß genau, dass diese Kolleginnen und Kollegen auch nicht gegangen wären, solange es keinen Ersatz gibt.

Entschuldigung, dass ich ein bisschen abweiche. Aber für mich war das wirklich wichtig, dass ich an dieser Stelle das mal sagen kann, weil ich finde, es ist auch wichtig, zu sehen, dass sehr, sehr viele im Amt sich da mit sehr viel Elan in diese Aufgabe reingestürzt haben. Und ich fand das am Ende doch ein großes Privileg, so eine Gruppe führen zu dürfen. - Vielen Dank für die Möglichkeit.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Vielen Dank, Herr Dr. Zahneisen. - Ich glaube, wir wissen um den Einsatz natürlich und wissen das sehr zu schätzen, mit welcher Energie die Aufgaben angegangen wurden. Trotzdem haben wir als Untersuchungsausschuss die Aufgabe, politische Fragen auch zu klären, und deswegen: Danke schön, dass Sie uns als Zeuge zur Verfügung stehen.

Die Mitglieder des Ausschusses haben nun die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Und - ich glaube, das hat der Vorsitzende schon gesagt - wenn Ihnen Vorhalte als Akten gemacht werden, dann kann Ihnen das auf Ihren Wunsch vorgelegt werden. Dann können Sie das auch in aller Ruhe begutachten und dann erst die Fragen beantworten.

Dann legen wir los, und die SPD mit dem Kollegen Nürnberger hat das Wort. Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch Ihnen vielen Dank, Herr Dr. Zahneisen, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Und Sie haben gerade sehr eindrücklich geschildert, dass Sie quasi von null auf hundert in diese Funktion im Krisendienst des Auswärtigen Amtes bestellt worden sind. Jetzt stellt sich mir die Frage: Kann man dann tatsächlich in diesen beiden Tagen, 16. und 17. August, von einer Art Einarbeitungsphase reden, oder ist dieser Begriff wirklich blasphemisch? Wie würden Sie diese Situation aus Ihrer Sicht beschreiben? Konnten Sie sich zumindest rudimentär mit den Verhältnissen vertraut machen, oder wie sind diese beiden Tage aus Ihrer Sicht jetzt abgelaufen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Am 16. war ich ja nur sehr kurz da, also vielleicht ein, zwei Stunden. Und wir hatten uns ja geeinigt, dass ich am 17. erst ernsthaft anfrage. Insofern kann ich zum 16. keine Aussage machen. Am 17. bin ich natürlich die meiste Zeit bei Herrn Diehl gewesen und habe versucht, mich zu orientieren. Nun muss ich als Krisenbeauftragter nicht alle Abläufe kennen; dafür ist das Team um Herrn Jokisch sehr eingespielt. Und das, glaube ich, war jetzt nicht das große Problem.

Das Problem, das dann wirklich auftrat, war eher am frühen Morgen des 18., als wir Schwierigkeiten mit der Kommunikation bekommen haben. Die meisten Nummern wurden natürlich immer weitergereicht, auch vertrauliche Nummern, an Dritte, die dann wieder angerufen haben, sodass zu einem gewissen Zeitpunkt am 18. - das war ja mein erster wirklicher Arbeitstag - wir fast keine Kommunikationsmöglichkeiten mehr hatten, weil alle Telefonnummern rausgegeben wurden. Das heißt, wir mussten erst mal alle Nummern neu aufsetzen.

Die zweite Herausforderung hatten wir mit der Mail. Wir hatten ja diese bekannten Krisenpostfächer 15, 16, 20, wo je nach Bedrohungskategorie sich also Deutsche, Ortskräfte, afghanische gefährdete Personen melden konnten. Diese Server sind übergelaufen. Wir mussten wiederholt über die IT versuchen, die Serverkapazitäten hochzu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fahren, dass uns nicht das gesamte System zusammenbricht. Und in der Zeit, wo das kritisch war, hatten wir eben auch keine Zugriffe mehr auf die einzelnen Mailteile.

Das heißt, am ersten Tag war ich wirklich fast nur beschäftigt damit, dass das System nicht implodiert. Und dann haben wir halt schrittweise eine Matrixstruktur aufgebaut, wie wir die verschiedenen Aufgaben angehen können. Ich glaube, vieles ist in so einer Situation Improvisation. Und ich bin ja auch nicht so, dass ich alles alleine machen muss. Ich bin ja von einem Team umgeben. Und natürlich hat im Kern Herr Jokisch und sein Team die Matrixstruktur aufgebaut. Ich habe das nur unterstützt.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wenn Sie jetzt ein bisschen abstrahieren: Wie würden Sie Ihre zentralen Aufgaben als Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes beschreiben?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist eine Frage - - Den Normalfall habe ich ja nie kennengelernt. Ich kenne ja nur die Extremsituation. Ich war ja nur die 14 Tage, wo es ausschließlich um die Evakuierung ging - -* Deswegen kann ich Ihnen * sagen, was normalerweise ein Krisenbeauftragter macht. Er bewertet Sicherheitslagen für die Botschaften, er leitet Krisenstäbe, er koordiniert die Antworten. Im Sonderfall, in dem ich war - und ich habe den Normalfall ja nicht erlebt -, war das halt weitgehend, das zu übernehmen, was schon eingeloggt war in den Tagen zuvor, und das fortzuführen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt beziehe ich mich auf die Aussage von Herrn Jokisch - nicht heute, sondern in seiner ersten Vernehmung vor einem Jahr, und zwar gemäß dem Stenografischen Protokoll 20/30 I, Seite 61. Der hat über die Aufteilung der Funktionen zwischen ihm und Ihnen und über Ihre Funktion als Krisenbeauftragter gesagt - ich zitiere -:

„Der Krisenbeauftragte ist im ständigen Kontakt mit der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes. Er ist sozusagen der oberste Berater in Krisenfragen und bereitet

die häufig politischen Entscheidungen vor.“

Gibt das Ihre Aufgabe einigermaßen richtig wieder, oder würden Sie dazu Ergänzungen vornehmen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist sehr korrekt.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt dann in der Folge: Sie waren die Schnittstelle zur Leitungsebene. Erinnern Sie sich, in welchen Situationen Sie für bestimmte operative Entscheidungen in Bezug auf den Evakuierungsprozess das Einverständnis der Leitungsebene einholen mussten? Oder etwas allgemeiner: Können Sie uns darstellen, wie hier in diesen Fragen die Kommunikation mit der Leitungsebene abgelaufen ist? Weil die Situation war ja zum Teil schon eskaliert an dem Wochenende vorher.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich war eigentlich im ständigen Kontakt, also primär mit meinem unmittelbaren Vorgesetzten, Staatssekretär Berger. Der war eigentlich rund um die Uhr für mich erreichbar. Ich habe natürlich gewisse Punkte zur Entscheidung vorgelegt. Ich habe auch Kontakt zu meinem Minister gehabt. Den habe ich meistens rund um die Krisenstabssitzungen gesehen. Aber entscheidungskritische Sachen habe ich in der Regel mit dem - - nein, ich habe sie ausschließlich mit dem Staatssekretär gelöst.

Beispiele: Zum Beispiel die Entscheidung am 25., am Mittag, als wir in Abstimmung mit dem Team in Kabul entschieden haben, keine weiteren Personen mehr zu den Gates aktiv aufzurufen, weil uns die Anschlaggefahr am Abbey Gate zu groß war. Das habe ich vorbereitet, habe das dann natürlich meiner politischen Leitung zur Entscheidung vorgelegt und habe die auch in wenigen Minuten bekommen.

Es gab immer wieder ähnliche Fragen; aber ich sage das nur an einem Beispiel. Aber es war auch nicht so, dass ich ständig Sachen vorlegen musste. Herr Berger hat alles mitgelesen, die kritischen Sachen. Ich habe ihn über alles informiert. Er hat natürlich auch aktiv mir auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weisungen gegeben. Das heißt, ich muss nicht abstrakt was vorlegen, was nicht bekannt war. Also, es war auch ein Pingpongspiel in vielen Punkten.

Jörg Nürnberger (SPD): In diesem Pingpongspiel: Hatten Sie auch einen eigenen Handlungsspielraum, und wenn ja, welche Art von Entscheidungen konnten Sie eigenverantwortlich treffen? Wo war Absprache eher angesagt? Ich weiß, es ist eine schwierige Situation, eine sehr volatile Situation, wo sich viel auch im Minutentakt ändern kann. Aber wenn Sie das vielleicht etwas beschreiben könnten.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: In der Tat, ich habe viele Entscheidungen selber treffen müssen, zum Beispiel bei Fragen, die immer wieder fast stündlich auftraten: „Gibt es kritische Situationen an den Gates? Informieren wir jetzt zum Beispiel sofort das KUT, also unsere Leute, ans Tor zu gehen, Leute reinzuziehen?“, zu sagen: „Das ist mir jetzt nicht überzeugend genug, weil ich nicht genug Informationen habe.“

Wir hatten nur [REDACTED] Leute dort, [REDACTED] am Gate. Also, die Abwägung „Was ist jetzt wichtig? Was muss sofort an das Team gegeben werden? Was kann man - - nicht depriorisieren, aber was ist jetzt nicht so zeitkritisch?“, solche Fragen habe ich natürlich selber entschieden. Die grundsätzlichen Sachen haben wir natürlich abgesprochen. Beispiel: Fordern wir Leute, Deutsche, auf, zum Tor zu kommen? Fordern wir Ortskräfte auf, sich zum Flughafen zu bewegen? Das ist ja alles mit Risiken verbunden gewesen. Und diese Sachen habe ich natürlich mit der Leitung abgeklärt. Aber, wenn Sie so wollen, die operativen Fragen, die habe ich selber entschieden.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben wir auch aus der vorherigen Befragung, auch heute von Herrn Jokisch, sehr eindrucksvoll geschildert bekommen die Situation - und Sie haben es ja auch jetzt wiedergegeben - in dem Krisenreaktionsstab da in dem Lagezentrum und dass dort eben auch die Informationen aus ganz verschiedenen Häusern zusammengelaufen sind mit den jeweiligen Verbindungselementen. War dieser Kontakt tatsäch-

lich nur auf dieser Ebene so intensiv? Oder hatten auch Sie persönlich, praktisch auf der darüberliegenden Ebene, auch selber Kontakt mit den beteiligten Ressorts und dort bestimmte Sachen mit dem BMI, mit dem BMVg vor allen Dingen natürlich abgestimmt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich hatte gelegentlich Kontakt; aber ich bin der festen Überzeugung, dass man diese Kontakte nutzen sollte, wenn man sie braucht. Es kommt so viel Information rein, und ich bin ein Verfechter von Delegieren. Ich habe sehr konsequent delegiert. Also, wenn meine Verbindungsbeamten gesagt haben: „Da ist ein Problem“, dann hätte ich das gemacht. Vieles ist ja da auch noch mal auf der politischen Ebene angesprochen worden im Rahmen der Krisenstäbesitzungen. Das heißt, ich habe natürlich meine Counterparts gekannt, so gut das ging nach wenigen Tagen. Wir kennen uns ja alle aus früheren Afghanistan-Einsätzen zum Beispiel in der Bundeswehr. Natürlich kannten wir uns; aber ich hatte jetzt nicht ständigen Abstimmungsbedarf auf meiner Ebene. Und das war, glaube ich, vonseiten des BMVg ähnlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur eine Detailnachfrage: Mit wem standen Sie zum Beispiel im BMVg in Kontakt? War das die Abteilung SE? War das der General Arlt, der unterwegs war? Oder - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, es war der Stab in Potsdam. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das weiß ich jetzt nicht mehr, wer das im Einzelnen war. Mit General Arlt hatte ich natürlich ein-, zweimal, glaube ich, Kontakt in Gesprächen zusammen mit Herrn van Thiel, aber immer im Team. Und ich habe ihn natürlich erlebt in den Krisenstabssitzungen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben wir uns auf diese nationale Struktur fokussiert. Gab es auch Kontakte im Bereich internationaler Zusammenarbeit, die für Sie in Ihrer Krisenbeauftragtenfunktion relevant waren?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Sehr punktuell. Ich hatte wiederholt Austausch mit einigen europäischen Kollegen. Mit Kanada habe ich, glaube ich, gesprochen. Es waren meistens aber sehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

operative Fragen, also: Könnt ihr uns helfen? Wisst ihr das? Also, es war nicht - - Ich hatte jetzt keinen grundsätzlichen Austausch mit meinen Counterparts zu längerfristigen Analysen; das hatte ich nicht. Es hat sich, ehrlich gesagt, auch herausgestellt, dass es teilweise über die Botschaften besser läuft als über die Krisenstäbe, weil es waren eben oftmals eher politische Fragen, die da besprochen wurden, zum Beispiel Verlängerung der Einsatzzeit, Evakuierung am Flughafen. Das haben wir dann über die Botschaft versucht zu klären unter anderem.

Jörg Nürnberger (SPD): Das Stichwort „Flughafen“ ist gerade gefallen. Wir wissen ja aus unseren Beschreibungen, dass die Lage am Flughafen äußerst kritisch war, dass Menschen da auch zu Schaden gekommen sind. Mich würde an der Stelle interessieren: Wie wurden Sie bzw. das Team des Krisenbeauftragten über die Lageentwicklung, Versorgungssituation, über die Bedingungen allgemein am Flughafen in Kabul informiert? Gab es da telefonische Informationen? Wurden Videokonferenzen abgehalten? Wenn Sie uns das bitte beschreiben können.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja. Also, ich fange mal in Kabul an. Wir hatten sechs Leute, Herr van Thiel und das KUT. Die haben natürlich - - Die Hälfte von denen hat sich nonstop in den Tagen, wo viel los war, darum gekümmert, die zivilen - - die Passagiere ordnungsgemäß in die Flieger zu bringen. Und dann hatten wir - -* Die anderen drei konnten sich im Raum bewegen, die waren sehr viel an den Gates, um eben zu versuchen, so gut wie möglich die Leute reinzubringen und die Einschleusung zu koordinieren und in irgendeiner Weise positiv zu beeinflussen.

Wir hatten eine Kolleg- - Die Kollegen in Kabul haben sich dann abgelöst und haben ungefähr - und ich glaube, das ist auch in den Unterlagen, die Ihnen vorliegen, drin - doch es sich zur Routine gemacht, alle drei bis vier Stunden ein Update zu geben. Die Updates waren teilweise von ihnen selber geschrieben und wurden dann gemailt. Oder wenn es wirklich sehr zeitkritisch war, hat das Team von Herrn Jokisch telefonisch die Situation abgefragt, das veraktet und dann an alle weitergegeben. Also, wir waren eigentlich im

Drei- bis Vierstundenrhythmus - -* hatten wir ein sehr präzises Update von dem, was das KUT dort wusste.

Jörg Nürnberger (SPD): Waren diese Informationen für Sie dann ausreichend und gleichzeitig auch Anlass dafür, zum Beispiel bei bestimmten Versorgungsengpässen Maßnahmen zu ergreifen, um dort Abhilfe zu leisten - Wasser, Nahrungsmittel, Kinderkleidung, was auch in den vorherigen Befragungen von Zeugen, die vor Ort waren, angesprochen wurde?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Die Versorgungslage war ein Problem. Ich glaube, ab dem 19. Es war dann ein Thema des Krisenstabes, wo Herr van Thiel und Herr Arlt das Thema angesprochen haben. Es wurde dann umgesetzt, und die Bundeswehr hat auch sehr schnell reagiert und hat Unterstützung aus - -* also humanitäre Unterstützung eingeflogen. Ich glaube, aus Taschkent war das. Und danach hat sich die humanitäre Lage deutlich entspannt. Ob das jetzt für den gesamten Flughafen gilt, das kann ich nicht sagen. Sie wissen ja, dass in der Zeit bis zu 7 000 Leute sich auf dem Flughafen aufgehalten haben. Aber der Eindruck, den uns die Kollegen aus Kabul vermittelt haben, war, dass die humanitäre Lage sich nach der Intervention der Bundeswehr deutlich verbessert hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte in den letzten Minuten in dieser ersten Runde ein Thema ansprechen, das auch vorhin eine relativ ausführliche Rolle gespielt hat, und zwar die vielfach bereits zitierte ELEFAND-Liste, die vielfach zitierte ELEFAND-Liste der zu evakuierenden Deutschen, die sich hier eintragen konnten. Wenn Sie vielleicht - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Gerne.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe ja noch gar keine Frage gestellt.

(Heiterkeit)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ach so, ich dachte, ich sollte zum ELEFAND Stellung nehmen. Entschuldigung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Meine Frage würde sich darauf beziehen: Wie haben Sie die Verlässlichkeit dieser ELEFAND-Liste wahrgenommen? War das ein Hilfsmittel, das Ihnen eher Probleme bereitet hat, oder war es ein Hilfsmittel, das tatsächlich gut funktioniert hat? Und die zweite Frage ist - die ist nämlich vorhin völlig im Unklaren geblieben -: Wissen Sie, auf welchem Wege diese ELEFAND-Liste das Bundesministerium der Verteidigung erreicht hat und wann?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das generelle Problem mit ELEFAND ist, dass es auf der Freiwilligkeit der deutschen Staatsbürger beruht. Also, man trägt sich ein, oder man trägt sich nicht ein. Ich bin ja jetzt in New York. Ich glaube, 99 oder 95 Prozent der Deutschen haben sich dort nicht eingetragen. In Kabul ist das ein Problem. In vielen Krisenposten ist das ein großes Problem. Botschaften: Als ich dort auf Posten war,* habe ich auch immer versucht, die Leute zu überzeugen, sich einzutragen. Ich kann ihnen nicht die Hand führen.

Die ELEFAND-Liste war geführt. Wir hatten 90 Leute, glaube ich, damals geführt. Es war ganz klar, dass das nicht alle sind, als die Krise dann losging. Die Schwierigkeit, die wir mit ELEFAND dann bekommen haben, ist, wie Wasser sich immer einen Weg sucht. Wenn Leute verzweifelt sind: Leute tragen sich überall ein. Das heißt, die ELEFAND-Liste war dann so, dass auch Afghanen dann natürlich auch Verwandte eingetragen haben. Afghaninnen und Afghanen, die verzweifelt waren und Freunde hatten, haben sich da eingetragen. Das heißt, die ELEFAND-Liste war nicht wirklich mehr nutzbar.

Das heißt, der Großteil der Einträge waren keine deutschen Staatsbürger mehr. Das hat uns ja dazu gebracht - entschuldigen Sie, wenn ich das kurz noch dazwischenwerfe -, die schwierige Aufgabe anzugehen, die etwa 55 000 Mails, die in Krise 16 aufgelaufen waren, zu sichten. Da haben wir etwa zwei, drei Tage für gebraucht. Das war auch Beschluss des Krisenstabes, glaube ich, am 20. oder 21. Ich weiß nicht mehr genau das Datum.

Wir haben jedenfalls auch mit Blick auf die Busaktion, weil wir die Leute rausbringen wollten - -*

Wir haben es dann geschafft mit Aufwand von Dutzenden von Kolleginnen und Kollegen und Suchprogrammen, etwa 300 Deutsche mit Familien, also insgesamt etwa 500 Personen, zu identifizieren und zu lokalisieren und mit ihnen Kontakt aufzunehmen über Whatsapp oder Telefon. Wir haben diese Liste dann an die Bundeswehr gegeben, dass sie gegebenenfalls aus eigenen Möglichkeiten heraus bei Evakuierungen helfen können. Aber die ELEFAND-Liste - - Da kann ich Ihnen keine Auskunft zu sagen, ob die ELEFAND-Liste, so wie sie stand, an die Bundeswehr weitergegeben wurde oder an das BMVg; das weiß ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Das war, glaube ich, sehr hilfreich. - Können Sie sich nur noch erinnern, an welchem Tag dann diese überarbeitete Liste an die Bundeswehr weitergegeben worden ist?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, das weiß ich. Das war am 22., weil wir am 23. die Busaktion machen wollten.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Weil es gab nämlich auch aus der Bundeswehr heraus - - und der Oberstleutnant „Tobias“ als Führer der Spezialkräfte hat es uns auch berichtet, dass sie ihm am 21. August - also, das wäre sogar noch ein bisschen vorher - übermittelt worden ist. Ich beziehe mich auf das Stenografische Protokoll 20/64 II, Seite 19. Und da wirft er eben der Bundesdem, der die Liste erstellt hat, auch vor, dass die in einem katastrophalen Zustand gewesen sei und dass dort die Identifizierung von Personen quasi sehr schwierig gewesen sei. Aber jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wenn es am 21. August war, war das dann diese allgemeine ELEFAND-Liste? Und dann gab es aber eine Überarbeitung, die dann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, eine gewisse - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: In der Tat. Zu Ihrer Aussage zum 21. kann ich nichts sagen; das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass wir am 22. diese Abfrage gemacht haben. Wir haben, wie gesagt, die Krisenfächer gefiltert. Wir haben Hunderte von Namen herausgefunden. Wir haben die Leute kontaktiert mit Position. Es war nicht nur, dass wir die Namen wussten; wir wussten, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Leute waren und wie sie erreichbar waren. Und diese Liste haben wir ans BMVg weitergegeben. Aber das war nicht am 21., weil da haben wir gerade angefangen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, aber ich kann Ihnen - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:

Damit sind wir für die Runde durch. Wir kehren ja dann in der nächsten wieder zurück. - Und das Wort hat der Kollege Nicolas Zippelius für die Unionsfraktion.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Ja, sehr geehrter Herr Dr. Zahn-eisen, danke, dass wir heute die Befragung hier durchführen können. Ich will beginnen mit einer Frage zum 19. August 2021. Ich beziehe mich auf MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 515. Und da wünscht Ihnen die Abteilungsleiterin AP - Zitat - „alles Gute auf dem heißen Stuhl des Leiters 04“. Und deswegen einfach mal ganz generell die Frage, was sie damit gemeint hat.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe nicht nachgefragt; aber ich vermute, es hat mich keiner um die Aufgabe beneidet.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Hat das auch damit zu tun, dass Herr Diehl frühzeitig an Sie übergeben hat?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, wie gesagt, das hatte ich ja gerade - - Deswegen wollte ich auch dieses Eingangsstatement machen. Es gab keinerlei Ablösungen. Es war wirklich so - -* Das war ja noch am 12., als ich gefragt wurde, ob ich übernehme. Das hatte überhaupt nichts mit irgendwelchen politischen Entscheidungen zu tun. Herr Diehl war krank, und deswegen habe ich übernommen. Und alle wussten, dass das eine schwierige Aufgabe ist für jemanden, der den Posten noch nicht innehatte. Ich glaube, so habe ich das interpretiert, und ich glaube, so hat sie es auch gemeint.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): In der gleichen Mail - also auch gleiche MAT-Nummer wie gerade eben - forderte die Abteilungsleiterin AP,

dass der Referatsleiter AP 05 an allen Krisenstabssitzungen teilnehmen könne. Denn - ich zitiere - ein „Strömungsabriss“ - Zitat Ende - wäre ganz schlecht. War die Teilnahme des fachlich zuständigen Referatsleiters AP 05 an den Krisenstabssitzungen zu Afghanistan tatsächlich nicht sichergestellt zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Es war, glaube ich, die Vorgabe, weil der Rahmen eben relativ klein ist, sich auf die Abteilungsleiter zu beschränken. Aber ich habe in Erinnerung, dass ich dem sofort stattgegeben habe und dass der AP-05-Referatsleiter dann teilnehmen konnte, weil mir das natürlich vollkommen eingeleuchtet hat.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Und wer war sonst noch für die fachliche Einordnung der Lage in den Sitzungen zuständig?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Entschuldigung?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Die fachliche Einordnung der Lage in diesen Sitzungen. Weil wenn es ja heißt, dass der Referatsleiter an allen Sitzungen teilnehmen könne oder solle: Wer war noch zusätzlich für die fachliche Einordnung zuständig in diesen Sitzungen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Da muss ich passen. Ich weiß jetzt nicht genau, wer alles teilgenommen hat. Aber in der Regel, wenn Sie die Protokolle anschauen, haben ja meistens die Minister gesprochen, die Staatssekretäre, das Einsatzführungs- - SE IV, also SE, BMVg. Die Abteilung AP hat in der Regel nicht gesprochen. Teilgenommen ja, aber nicht - -* Sie haben meiner Erinnerung nach nicht gesprochen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Ich möchte einen weiteren Vorhalt machen. Am 27. August 2021 schreiben Sie einen Brandbrief an den Personalbereich. Und zwar geht es hierbei um MAT A AA-8.62 VS-NfD, Blatt 20 bis 21. Ich zitiere:

„Ohne Verstärkung werden wir spätestens am WE“

- also Wochenende -



Nur zur dienstlichen Verwendung

„arbeitsunfähig sein.“

Zitat Ende. - Für mich, also mit rudimentärem Wissen - im Gegensatz zu Ihnen natürlich -, ist das nicht das, was man an verantwortlicher Stelle an der Stelle hören möchte im Krisenbereich. Beschreiben Sie uns bitte die Situation, wie es dazu kommen konnte. Also, war der Bereich 040 zu diesem Zeitpunkt nicht eigentlich oberste Priorität für eine kurzfristige Personalführung?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Der 27. war ein anderer Tag als der 23. Am 27. war das Gros der Operation ja durch das Ende der für uns relevanten Lufttransporte nicht mehr gegeben. Das heißt, wir brauchten - -* wir sind abgeschmolzen. Aber wir hatten - -* In dem Kernbereich, die die klassische Arbeit bei 040 machen, sind halt die Kolleginnen und Kollegen, die von außerhalb angereist sind, wieder zurückgekehrt. Ich habe das geschrieben eher als Warnung, aufzupassen. Und mir wurde auch geantwortet, dass Ersatz unterwegs ist. Und so war es dann auch.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Genau, aber darauf zu sprechen - - Sie hatten es auch gesagt: Der 27. ist ein anderer Zeitpunkt als der 23. - Das heißt, am - - Sie haben nämlich das Problem am 23. bereits thematisiert. Und da hat Ihnen Staatssekretär Berger geantwortet - das ist MAT A AA-8.43 VS-NfD, Blatt 200 bis 201; Zitat -:

„Sie haben unsere volle Unterstützung. Wir müssen in dieser kritischen Phase die Personalressourcen bündeln.“

Zitat Ende. - Genau, und die vorige Mail von Ihnen, die war ja vom 27. August. Und deswegen noch mal die Frage einfach an der Stelle nach so einer deutlichen Aussage von Staatssekretär Berger am 23. August: Wie kann da die Arbeitsunfähigkeit am 27. August drohen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich hatte in der Mail ziemlich klar gesagt, wo das Problem liegt: dass die Verstärkungen, die von außen reinkamen, die ich auch in meinem Eingangsthema

erwähnt habe - - Die Kollegen, die aus den Botschaften kamen, die waren für diese Zeit eingesetzt. Ich glaube - und das hat sich dann auch gelöst -, es war die Frage: Wollen wir diese Kollegen, die bereit waren, länger zu bleiben, halten, oder haben wir Ersatz?

Ich habe nur die Situation beschrieben, wie sie ist, dass alle sehr, sehr müde sind, ich inklusive - das mag vielleicht auch ein Teil der Mail sein; das habe ich, glaube ich, auch geschrieben -, dass ich auch müde bin und dass wir auf jeden Fall sicherstellen müssen, dass wir nicht in ein Loch fallen. Und da sind zwei Optionen. Ich habe natürlich danach mit den Kolleginnen von der Personalabteilung geredet. Das ist ja nicht in ein Nichts gefallen, sondern es gab ja ein Follow-up. Und wir haben eine Lösung gefunden, dass die Kolleginnen und Kollegen in die Auslandsvertretung zurückkehren konnten und ein adäquater Ersatz da war, sodass auch die Kollegen von 040 eine Pause hatten; das war gewährleistet.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Der 23., nur um das zu sagen, war eine ganz andere Situation. Am 23. ging es darum, die Busaktion hinzubekommen. Wir hatten ja die Liste fertig.* Wir hatten alle lokalisiert, und wir hatten die Möglichkeit, über diese Absprachen der Amerikaner mit Bussen deutsche Staatsbürger reinzubringen. Und dazu haben wir eben in der ersten Phase schon sehr viel Personal bekommen, um diese ganzen Abfragen machen zu können und darauf aufbauend alle deutschen Staatsbürger zu kontaktieren. Wir hatten dann über 100 Einheiten - 500 Leute insgesamt, glaube ich, waren es - lokalisiert und waren in Kontakt.

Und in der zweiten Phase mussten wir für alle individuelle Pässe herstellen, fälschungssichere Modelle. Und wir mussten die Leute ansprechen und zu Sammelpunkten von Berlin aus steuern. Dazu brauchte ich ganz viele Leute, weil ich brauchte immer ein Doppelteam, und ich musste ganz viele Leute haben, die Dari und Paschtu können, dass wir die Leute zusteuern konnten. Da brauchte ich ganz, ganz schnell Hilfe. Und deswegen habe ich diese Mail, ich glaube, um



Nur zur dienstlichen Verwendung

2.26 Uhr geschrieben. Ich habe um 8 Uhr morgens eine Antwort vom Staatssekretär bekommen, ein paar Minuten später von der Leitung der Personalabteilung, und um 9 Uhr waren die Attachés, die ich angefordert habe, unterwegs.

Also, das habe ich - - Wenn die was gemacht haben, haben sie sich - - Also, ich kann nur sagen: Ich habe alle Unterstützung von der Personalabteilung bekommen, die ich wollte. Dass man oft Fachkräfte nicht so leicht findet wie jemanden, der einen Telefondienst macht, ist, glaube ich, auch klar. Aber in der Regel waren sie für alle meine Bitten offen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Die unzureichende Personalausstattung hat auch dazu geführt, dass von den aufgelaufenen Mails nur ein kleiner Teil bearbeitet werden konnte. Ich gehe darauf ein, auf MAT A AA-8.62 VS-NfD, Blatt 39 bis 40.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Sie können es sich gerne vorlegen lassen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Herr Abgeordneter, Entschuldigung, das muss ich mir anschauen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, gerne.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Die anderen sind mir bekannt; aber das kenne ich nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wann haben Sie erfahren, dass über 50 000 Anfragen von Menschen aus Afghanistan erst nach dem Ende der Evakuierungsoperation bearbeitet wurden?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Können Sie das bitte noch mal wiederholen? Ich habe das nicht - - Was habe ich erfahren?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wann Sie erfahren haben, dass über 50 000 Anfragen von Menschen aus Afghanistan erst nach dem Ende der Evakuierungsoperation bearbeitet wurden.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Mir war immer klar, dass wir den Berg der Mails - das sind ja hier 200 000; es waren, glaube ich, eher 300 000 am Ende - nicht alle abarbeiten können.

Wir hatten verschiedene Krisenfächer. Es gab eine Priorisierung, und die lautete, erst das Krisenpostfach 16 - deutsche Staatsbürger - zu durchforsten und dann die anderen. Wir haben zu jedem Zeitpunkt alle drei angeguckt; aber der Schwerpunkt lag auf 16. Insofern überrascht mich nicht, dass wir nicht alle sichten konnten bis zum Ende der militärischen Evakuierung. Ehrlich gesagt war uns auch klar, dass wir ja auch nicht alle rausbringen können, aber dass wir alle aufarbeiten müssen und gucken, ob da noch gefährdete Personen drin sind, die wir dann eventuell in der Phase zwei dann noch aus dem Land bringen können.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wie viele Leute waren für die Bearbeitung eingesetzt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist unterschiedlich gewesen, aber, ich glaube, es waren im Durchschnitt mindestens zehn Personen pro Tag, die gesichtet haben. Und meine Erfahrung war, dass jemand, der sich sehr stark anstrengt und sehr konzentriert ist und keine Pausen macht - - schafft ungefähr 800 bis 1 000 Mails pro Tag.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Können Sie noch mal was zur Priorisierung sagen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Es war Priorität, die deutschen Staatsbürger ausfindig zu machen, nachdem uns klar war, dass sie im ELEFAND nicht drin waren, und wir natürlich auf unterschiedlichen Wegen gehört haben, dass sehr viele Deutsche noch im Land sind. Unsere Vermutung war am Anfang 200, vielleicht sogar 300. Wir haben dann eben angefangen - - * Das war wirklich die Leistung der Attachés vor allem, die unglaublich IT-affin waren, die da mit Suchprogrammen angefangen haben, diese 55 000 Mails in dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

16er-Postfach aufzuarbeiten. Wir haben dann zunehmend mehr gefunden, sodass wir dann eine kritische Masse hatten und dann komplett durchgesucht haben, um die deutsche Liste schon mal abzuarbeiten. Aber wir haben immer auch die anderen Fächer gesichtet, vor allem dann auch aktuellere Teile von den Postfächern, also nicht die, die vielleicht am 16. waren, aber die, die neu eingelaufen sind.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wurde auch im Nachgang bezüglich Mails deutscher Staatsbürger gesichtet?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass wir am 23., 24. ein - - nee, war es am 23. - - jedenfalls um den Dreh ein Rückholprogramm, also praktisch eine neue Registrierungssoftware von SAP hatten, wo sich dann Deutsche neu registrieren konnten. Das haben wir natürlich über alle Kanäle noch mal bekannt gemacht. Sie funken ja so ein bisschen in ein Nichts rein. Wir haben das natürlich auf den Mails*, wo wir erwarteten, dass Deutsche in Afghanistan draufschauen könnten, diese Sachen gepostet, in dem Verständnis, dass dann Leute sehen: Aha, da ist das neue Modell SAP, wo man sich registrieren lassen kann.

Und das war anders aufgebaut. Also, man konnte praktisch gar nicht mehr*, eben aus Erfahrung mit dem ELEFAND, dass man erst mal mit einer Passnummer anfangen musste und dann erst die Registrierung fortsetzen konnte - - Das ist auch sehr gut angenommen worden. Da haben wir natürlich noch mal eine ganze Menge Leute mehr gefunden. Wir haben dann irgendwann die Entscheidung getroffen: Was ist jetzt wichtiger: Das neue Modell, das sicher ist, oder weiter die 16 zu durchforsten, wo mit jedem Tag weniger relevante Mails auftauchten? Das ist ja auch eine Frage: Wie wollen Sie Ressourcen einsetzen?

Wir sind zum Schluss gekommen: Wir gehen in das Rückholprogramm jetzt rein mit SAP. Das hat auch im Großen und Ganzen gut funktioniert. Auch da gab es natürlich Missbrauch. Wir haben natürlich auch entdeckt, dass da bei der Passnummer, die eingegeben wurde, natürlich dann oft auch Deutsche die Passnummer eingegeben

haben, um dann am Ende das Schicksal eines Nichtdeutschen darzustellen. Aber das war verhältnismäßig gering, vielleicht, ich weiß nicht, 20 Prozent. Das heißt, die konnte man relativ gut rausfiltern. Das System ist gut angenommen worden. Deswegen haben wir an irgendeinem Punkt gesagt: Jetzt ist bei der Vielzahl der Aufgaben die weitere Sichtung von *krise16* für Deutsche nicht mehr zwingend, weil wir eben die Alternativen hatten.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Können Sie genau zu dem, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, präzisieren, zu welchem Zeitpunkt das war und wer das genau entschieden hatte, -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Die Entscheidung, dass wir das SAP-Programm - -

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): - also die Entscheidung zu *krise16*?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das muss um den 22. oder 23., glaube ich, gewesen sein, dass wir das Programm so weit fertig hatten. Das kann ich jetzt nicht mit Sicherheit sagen. Aber natürlich war das ein Thema, das besprochen wurde mit der Leitung, natürlich. In den Morgenbriefings haben wir das natürlich angekündigt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, gut. - Und im Endeffekt - - Also, Sie können jetzt im Nachhinein nicht den genauen Zeitpunkt bestimmen, aber vom Verlauf: Man ging dann weg von 016 [sic!], nicht von jetzt auf gleich, aber Stück für Stück?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Genau, die liefen parallel. Und an einem Punkt dann gegen Ende der Operation, wo es halt nicht mehr so zeitkritisch war, weil wir eh keine Möglichkeit hatten, jetzt Leute rauszubringen, an dem Punkt haben wir dann irgendwann mal ein Cut-off-Date beschlossen, wo einfach - -* Ich sage mal: Es ist ein abnehmender Grenznutzen gewesen von 16, weil fast nichts mehr auftauchte. Wir haben dann gesagt: Jetzt ist der Punkt da. Das ist sehr gut angenommen, Leute schauen nach.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es ist ja nicht so, wenn man 16 angeschrieben hat, dass da ein Blank war. Da stand: Bitte, jetzt das nicht mehr benutzen. Bitte das Rückholprogramm SAP nutzen. - Also, der Übergang war schon gesichert. Also, wer sich über 16 versuchte, auch nachdem wir es abgeschaltet haben - - Da waren immer Optionen angegeben: Hotline, das neue Programm, „Sie sind kein Deutscher, Sie brauchen Unterstützung: da an“. Also, diese Orientierung haben wir natürlich auch gegeben an dem Punkt, wo wir das Postfach nicht mehr benutzt haben.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. - Noch eine weitere Frage von meiner Seite. Da geht es um die schiere Vorbereitung. Also, warum bereitet man nicht vor, dass ein Kommunikationsmanagement für so eine Größenordnung - - Warum bereitet man das nicht dementsprechend vor? Also, gibt es da keine Verträge für Back-up-Optionen, für ein eigenes Callcenter oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Vielleicht außerhalb meiner Zeit da. Ich kann nur so viel sagen: Wir hatten sehr viele Anfragen von Organisationen, Unternehmen, die uns pro bono Personal zur Verfügung stellen wollten. Das ist natürlich nicht so einfach, wenn Sie mit personenkritischen, sensiblen Daten umgehen müssen. Es ist halt nicht so ganz banal, aus datenrechtlichen Gründen, solche Sachen auszusourcen. Aber, wie gesagt, ich bin da kein Spezialist.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Die Zeit ist vorbei, und es geht mit Bündnis 90/Die Grünen weiter. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zahneisen, ich möchte das mit den Fächern noch mal verstehen. Sie haben gesagt: Das waren drei Fächer. Eines davon war das 16er; das war das Deutschenkrisenpostfach. - Jetzt habe ich Sie in Ihrem Vortrag so verstanden: Das war auch das Postfach, was bearbeitet wurde. - Können Sie mir bitte sagen, was die anderen beiden Postfächer waren und was das Schicksal dieser Postfächer war?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Jetzt bin ich froh, dass ich die Unterlage habe; da steht es nämlich drin. Also, es gab drei. Meiner Erinnerung nach gab es drei wichtige. Das eine war 16, das war für Deutsche. 15 war für die Ortskräfte und afghanische Schutzbedürftige. Und 19 war das allgemeine Krisenpostfach, das natürlich auch gesichtet wurde. Also, in die drei wurde dann eingetragen, oft auch an alle drei, um sicherzugehen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das Eingetragene ist ja das eine. Und bearbeitet mit den Kapazitäten, also mit den Ressourcen, die Ihnen zur Verfügung standen - korrigieren Sie mich, wenn ich es falsch verstanden habe -, habe ich jetzt im Moment verstanden, wurde 16.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Ich habe gesagt: In der Priorität war es 16. - Aber wir haben vor allem - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie es gleich konkret ins Verhältnis setzen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei dem einen haben Sie gesagt: zehn Personen, so und so viele Mails. - Das ist noch mal, dass ich eine konkrete Vorstellung habe. Das wäre - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich fürchte, das weiß ich nicht, wie das war. Aber es war immer mein Verständnis, dass wir - das war auch die Vorgabe - mit Priorität deutsche Staatsbürger suchen sollen. Das haben wir auch getan. Aber wir haben zu jedem Zeitpunkt auch die anderen Krisenfächer natürlich bearbeitet. Aber das Verhältnis weiß ich nicht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Dann wäre noch mal meine Frage: Vom KUT waren vor Ort halt auch Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes. Waren die auch - wissen Sie das? - an den Gates eingesetzt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja. Also, Herr van Thiel - -*

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie da auch mit denen Austausch gehabt? Also, können Sie vielleicht noch mal schildern, was so als Feedback kam von den Gates?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich hatte ständig sehr, sehr - - Erstens mal - ich fange mal anders an, wenn Sie erlauben -: Wir sind ein kleiner Laden. Wir kennen uns alle sehr, sehr gut. Also, ich kenne jeden, der dort unten war, persönlich über teilweise 10, 20 Jahre: Herrn van Thiel, Herrn R██████, die anderen Kollegen, A██████ L██████. Ich kenne die, und ich weiß ungefähr, wie die reagieren.

Ich fand das sehr drastisch, wie sie beschrieben haben die Situation an den Gates. Ich fand, sie waren sehr, sehr engagiert. Also, ich war - -* Ich weiß, was sie tun. Deswegen habe ich nichts gesagt; aber ich fand, die sind sehr, sehr große Risiken zusammen mit den Bundeswehrsoldaten eingegangen, Leute reinzuziehen. Aber sie wussten eben auch, zu kontrollieren, wann gut ist, ja?

Ich habe mit Herrn van Thiel nicht alle fünf Minuten geredet. Dazu war gar nicht die Möglichkeit; er hatte auch Wichtigeres zu tun. Aber wir haben regelmäßig geredet, und wir haben sehr, sehr präzise Beschreibungen bekommen, wie das an den Gates aussieht.

Wir haben versucht, zwei Dinge zu machen: Wenn wir Informationen bekommen haben von Leuten aus Deutschland, die die Möglichkeit sahen, jemanden reinzubringen, wenn wir was gesehen haben in den Mail-Eingängen - und wir haben natürlich versucht, möglichst die laufenden Eingänge - -* da à jour zu bleiben -, wenn wir da zeitkritische Sachen gesehen haben, wo wir glauben: „Oh, da ist jemand am Gate; da kann man helfen“ - und wir wussten ja ungefähr, wo die Kollegen waren; es gab ja mehrere Gates, und es waren ██████████ -, dann haben wir das, was wir nannten

(Der Zeuge deutet mit den Fingern Anführungszeichen an)

„eingesteuert“ - - Das heißt, in dem Moment haben wir die Kollegen unten informiert, dass da eine Option besteht, jemanden reinzuholen: Da ist jemand. - Ob die das dann hinbekommen oder nicht, das war letztendlich deren Entscheidung.

Um zum Anfang der Frage zurückzukommen, was ich selber entschieden habe: Ich habe öfters entschieden, ob das jetzt eine realistische Situation ist, weil ich die Leute nicht überlasten kann.

Es ist eben auch noch ein Problem gewesen, dass natürlich - -* wenn Sie wie Herr van Thiel, Herr R██████ und die anderen an den Gates sind, sind Sie in einer Bubble. Das heißt, Sie werden da geschützt durch Jammer. Das heißt, Sie können telefonisch kaum erreicht werden, weil Sie eben geschützt werden gegen Selbstmordattentäter, die Telefone benutzen. Das heißt, wir mussten halt immer gucken: Ja, wo sind die? - Wir haben dann teilweise auf Whatsapp gesagt: Kannst du mal zurückrufen? Wir haben eine Information. - Also, wir haben versucht, das so zu dosieren, dass sie nicht komplett überlastet werden, und überlegt: Wo können wir wirklich jemanden rausholen?

Das war für mich immer die höchste Priorität. Für mich war natürlich wichtig, dass wir alle gut dokumentieren, die bedroht sind. Aber wichtig war mir, dass wir die Informationen runterbringen. Ich glaube, viel Frustration, die entstanden ist mit Partnern hier, ist: Jemand ist am Gate, oder die sind auf dem Weg - - Es ist halt sehr schwer, wenn sie, sagen wir mal, einen Schuss frei haben pro halbe Stunde, und wir wissen, er ist an dem Gate, dann kann man manchmal nichts machen. Und das haben wir dann halt auch nicht weitergeben können und gesagt: Das geht nicht. - Das ist so ein bisschen - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich versuche, das eben auch zu verstehen. Und da sind halt noch Lücken in dem Bild, was ich brauche, um mir das so vorzustellen. Da spielen eben diese Listen eine Rolle.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, es gibt halt verschiedene Aussagen von militärischer Seite oder vom Auswärtigen Amt über die Listen. Haben Sie eine Idee davon, was Ihre Kollegen vor Ort zur Hand hatten an Liste?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, das Wort „Liste“ ist ein Problem, weil das heißt ganz viel. Also, es gab die - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin für Aufklärung, was „Liste“ alles heißen kann, offen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, genau. Wenn Sie erlauben, muss ich sie halt durchdeklinieren. Also, wir hatten eine Liste, mit der - - * Von Anfang an: Wenn Deutsche kommen, war das ja kein Problem. Die hatten ihren Pass; das war kein Problem. Die Ortskräfte, dafür gab es eine Liste. Die waren eigentlich auch definiert. Es gab eine dritte Gruppe - das war ja ein dynamischer Prozess -, das waren die besonders gefährdeten Afghaninnen und Afghanen mit Deutschlandbezug. Diese Liste war ein sehr dynamischer Prozess, weil ständig Informationen kamen und wir mussten die prüfen.

Die Listen wählen wir - - für den dann am Ende eine Aufnahmeerklärung nach § 22 2 gemacht wurde. Die war letztendlich erst wirklich entscheidend beim Beladen der Flugzeuge. Die Liste war nicht entscheidend am Tor. Wir haben im Gegenteil nie die Listen benutzt. Das ist, glaube ich, auch in der Presse so oft dargestellt worden, als würde da einer eine 2 000-Seiten-Liste durchgehen und gucken, ob Raoul mit „au“ oder „ou“ da reinkommt. Das war nie der Fall. So haben wir die Listen nicht benutzt. Es war immer die Logik, dass am Tor die Person sich ausweisen muss, überzeugend. Das konnte etwas sein, das ihr die jeweilige Organisation mitgegeben hat. Es konnte ein Ausweis sein. Es konnte eine Info von uns sein - wir haben teilweise Bilder gefaxt über Partner -, irgendwas, das die Leute erkennen können.

Wo wir immer skeptisch waren, waren Laissezpasser oder irgendwelche Dokumente, die wir rumschicken, weil alles hat sich vervielfältigt in kürzester Zeit. Die Amerikaner haben es versucht. Es ist in einem Chaos geendet, weil alle

plötzlich diese - - * Und keiner konnte mehr sehen: Was ist das jetzt?

Für uns war es immer wichtig, dass die Leute am Tor wenig Informationen bekommen, aber spezifische Informationen und darauf entscheiden können: Ist da jetzt einer, den wir unbedingt reinholen müssen oder nicht? - Die Diskussion, die wir oft haben, die auch in den Unterlagen vorkommt: „Wir müssen jetzt sofort die Liste an das Tor bringen“, das war für uns nicht wirklich wichtig. Es war wichtig, dass die Leute sich ausweisen können. Und das haben auch letztendlich die Kollegen am Tor gemacht. Da kommt die Verwirrung her. Die Liste brauchten wir zum Abgleichen in dem Moment, wo wir das Boarding angefangen haben. Da brauchten wir die. Aber da war ja noch viel Zeit. Und das ging auch gut.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. - Jetzt hätte ich noch mal eine Frage zu dem Thema „unterschiedliche Signale zur Dauer der US-Präsenz“. Können Sie das noch mal ausführen? Das war ja wahrscheinlich auch ein Kriterium, was man nicht beeinflussen konnte, was aber letztlich, ja, das Tor war, was eben auf- oder zugeht und was halt wahrscheinlich auch unheimlichen Druck ausgelöst hat. Können Sie den Komplex noch mal so ein bisschen darstellen? - Danke schön.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Gerne. - Wir waren, glaube ich, alle von oben bis unten, vom Minister bis zu mir runter und dem Team - - Wir wollten jede Minute nutzen, um Leute rauszuholen. Es war eigentlich vom ersten Tag klar, dass für uns um den 25., 26., sagen wir mal - - wenn man die ganzen Abzugspläne, die verschiedenen Phasen sich anguckt, dass wir am 25., spätestens am 26. unsere Flüge einstellen müssen. Der Abzug war am 31.

Deswegen haben wir zwei Dinge versucht: erstens mal mit den Amerikanern zu thematisieren, ob es nicht vielleicht doch möglich wäre, über den 31. hinaus zu bleiben, weil die humanitäre Situation war, wie sie war, oder ob es eine Möglichkeit gab, sagen wir mal, die Möglichkeit, dass wir noch aktiv bleiben können, um ein oder zwei Tage zu verlängern. Das haben wir wiederholt



Nur zur dienstlichen Verwendung

versucht. Ich habe mir davon - - Ich glaube, wir haben alle nicht wirklich erwartet, dass uns das so leicht gelingt. Wir haben es versucht, auf allen Ebenen. Ich habe deswegen auch noch mit General Arlt und Herrn van Thiel gesprochen, dass sie das auch in Kabul noch mal sagen. Wir haben es auf der politischen Ebene versucht zu thematisieren. Aber ehrlich gesagt, war uns allen ziemlich klar, dass das wahrscheinlich nicht funktionieren wird; aber wir haben es trotzdem versucht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte ich noch mal eine Frage, weil das fand ich bei Herrn van Thiel auch so interessant, dass er zum Beispiel so herausgestellt hat, dass wir diesen Bus in dieser Reihe hatten und dass das eben so eine Anzahl von Menschen war, die wir retten konnten.

Also, ich denke, in so einer Situation, wo es ja verschiedene Ziele gibt, die dann auch miteinander in Konflikt sind - Sie haben es gerade, glaube ich, so ein bisschen mit dem Bild beschrieben „der Fluss des Wassers“ -, können Sie da vielleicht noch mal herausstellen, worauf Sie sich dann konzentriert haben in diesem Dilemma, dass man eben vielleicht nicht alle Ziele erreichen kann? Das wäre interessant für mich.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich habe eine Aufgabe. Für mich ist das Hauptproblem als Krisenbeauftragter, der dann letztendlich die Entscheidung treffen muss - -* Letztendlich muss ich vier Komponenten mir angucken. Ich muss mir die Bedrohungslage für die Personen angucken: Also, gehen jetzt die Taliban von Tür zu Tür? Wie imminent gefährlich ist es? Das Zweite ist: Wie sind die Chancen, an das Gate heil ranzukommen? Und da macht es einen großen Unterschied, ob sie Ortskraft sind, Afghanin oder Deutscher. Ich muss das Risiko irgendwie abwägen am Gate. Und in dem Komplex muss ich mir dann einfach überlegen: Lohnt es sich jetzt, Leute zu holen oder nicht? Und das Anschlagrisiko, also die Situation am Gate und das Anschlagrisiko. Und das hat sich halt über die Tage immer weiter verschlimmert.

Deswegen habe ich am 22., als der Vorschlag von Herrn Thiel kam, die Busse zu be- - Da war uns

allen schon bewusst, dass es schwierig wird. Aber wir fanden: Es ist das Risiko wert. Und am Ende haben wir ja fast 200 Leute rausbekommen, mit allen Schwierigkeiten. Ich möchte so eine Nacht nicht noch mal erleben. Aber wir haben das geschafft. Das haben wir letztendlich vielen im Amt, die viel gemacht haben - - Meine Paschtu- und Darisprecher, die haben auf dem Weg telefoniert mit den Taliban, dass wir die Busse da durchbekommen, bis zu Herrn Thiel, der da wirklich heldenhaft die reingeholt hat. Aber es waren eben 18 Stunden, glaube ich, wo die Leute teilweise am Morgen schon unterwegs waren. Da waren Frauen und Kinder drin. Da muss man sich überlegen: Ist es das wert, wenn eventuell eine andere Option sich auftut? Das sind halt so Sachen, die müssen Sie alle untereinander bringen.

Das heißt, 22., 23., 24. waren wir der Meinung: alles versuchen. 25. kamen wir zu dem Schluss - und das war die Sache, die ich auch dem Minister vorgelegt habe und dem Staatssekretär - -* fand ich es zu riskant, die Leute zum Flughafen, zum Abbey, zu bringen. Busse haben wir weiter versucht, wenn möglich, aber nicht mehr individuelles Zuführen.

Das sind so die Situationen. Aber für uns war das alles - - Wir haben schon eine lange Analyse danach gemacht, van Thiel, ich und einige andere mehr, woran diese Bussituation nicht gescheitert ist, aber wo das Nadelöhr war. Wir hätten das be7hoben, glaube ich. Aber uns lief ja die Zeit weg. Das war dann - -* 24., 25. waren die letzten Evakuierungsflüge am Abend, und dann war Schluss. Das heißt, wir haben dann am 25. beschlossen, aufgrund der Lage an den Gates, es jetzt nicht noch mal zu versuchen.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Das Fragerecht geht an die AfD. Herr Kollege Wundrak.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Dr. Zahneisen, auch von mir! Herzlichen Dank für Ihr eindrucksstarkes Statement und großen Respekt auch für Ihre Arbeit und Leistung und Engagement in den



Nur zur dienstlichen Verwendung

14 Tagen oder ein paar Stunden mehr. Gleichwohl werden wir natürlich kritisch nachfragen, um ein klares Bild zu bekommen.

Ich fange an mit der Hubschrauberproblematik. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen. Am 19. August 21 gab es um 14.40 Uhr einen Anruf von Herrn van Thiel aus Kabul, in welchem dieser äußerte - das ist MAT A AA-8.84 VS-NfD, Blatt 22; Zitat -:

„Aus NATO Koordinierungsrunde: Klare Botschaft TLB: Einfliegen von ...“

- Hubschraubern -

„würde als ‚act of war‘ wahrgenommen lt. USA. USA plant daher auf Hubschrauber zu verzichten. **Dringende Bitte von Botschaft, auf Hubschraubertransport zu verzichten.**“

Zitat Ende. - Sie schrieben dann wenige Minuten später an den Referatsleiter Jens Jokisch:

„Das muss schnell nach oben, was meinst Du?“

Das ist MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 134. Vielleicht können Sie kurz mal die Situation aus Ihrer Sicht beschreiben.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, Herr van Thiel hat das mitgeteilt. „Nach oben“ heißt natürlich: Ich habe meine Leitung befasst, dass es da einen Dissens zwischen den beiden gibt, Herrn A. und Herrn van Thiel. Das war dann - - Beide haben das auch noch mal im Krisenstab am nächsten Tag thematisiert. Aber ich - - Die Leitung war befasst, und ich habe - - Dazu kann ich nicht weiter was sagen.

Joachim Wundrak (AfD): Aufgrund dieser Information wurde eine Entscheidung hinsichtlich des Einsatzes der Hubschrauber getroffen. Wo wurde die getroffen, im AA oder im BMVg? Was ist Ihre - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich war damit nicht befasst. Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten, wer die Entscheidung getroffen hat, die Hubschrauber einzusetzen.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Dann hatten wir ja doch im Verlauf der Evakuierungsoperation den Transport einer deutschen Familie auf dem Flughafen - das waren 24 Personen -, bei dem aber dann Hubschrauber der USA-Streitkräfte zum Einsatz kamen. Inwieweit war der Krisenstab hier eingebunden, und warum wurden diese Hubschrauber dann doch im Rahmen der Operation Gripping Eagle genutzt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich war nicht befasst damit. Kann ich keine Aussage dazu machen.

Joachim Wundrak (AfD): Sie waren nicht befasst, okay. Klare Aussage.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich war nicht befasst.

Joachim Wundrak (AfD): Am 24. August 2021 um 0.09 Uhr notiert das Krisentagebuch - MAT A AA-8.84 VS-NfD, Blatt 33 -:

„Anruf 013-9-5 zu AP“

- das ist Associated Press -

„Hilfsgesuch- AP habe bereits StS kontaktiert“

Um 13.16 Uhr hält das Krisentagebuch fest - jetzt auf Blatt 35 -:

„Anfrage ZEIT bzgl. Evak von Hr. Jabari“

Am 25. August 2021 um 8.50 Uhr wird - jetzt auf Blatt 37 - festgehalten:

„BILD-Journalist ...“

- der Name ist geschwärzt -

„in Kabul gelandet“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und vor diesem Hintergrund habe ich folgende Frage: Welche Rolle spielten die Medien und die Öffentlichkeit für Ihre Arbeit im Krisenstab?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich hatte keinen Kontakt, keinen einzigen Kontakt zu irgendeinem Journalisten in den drei Wochen. Das lief komplett über die Pressestelle. Es hat auch keiner versucht, bei mir zu intervenieren. Wir hatten natürlich Kontakt mit Journalisten, aber die bezogen sich immer auf Evakuierungsfragen. Also, es gab ja verschiedene Initiativen - von der ARD, von der Deutschen Welle -, gefährdete Journalistinnen und Journalisten, die auf unseren Listen standen, zu evakuieren. Da gab es natürlich Kontakte, nicht mit mir direkt, aber mit meinem Team. Aber ich habe keinen Journalisten in der Zeit gesprochen.

Joachim Wundrak (AfD): Also Sie persönlich nicht. Aber es gab eine Stelle im Krisenstab, die sich mit Medien befasst hat?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, das hat 013 gemacht, die Pressestelle.

Joachim Wundrak (AfD): Nur die Pressestelle.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, ja. Nee, wir haben keine Pressekommunikation gemacht.

Joachim Wundrak (AfD): Ich habe eben den Anruf der „Zeit“, eines Journalisten erwähnt. Wie konnte trotz Überlastung der Telefonleitung - Sie haben das ja eben auch dargestellt - hier durchtelefoniert werden? Waren das Extranummern, private Nummern? Oder wie ist das?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das muss ich mir erst mal angucken, was der Vorgang ist. Kann ich den mal haben?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Können Sie das vorlegen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Weil, ehrlich gesagt, kann ich mich nicht erinnern an den Fall.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Herr Abgeordneter, wann war der Anruf, an welchem Tag?

Joachim Wundrak (AfD): 13.16 Uhr am 24.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich natürlich im Detail nicht beantworten, weil ich da nicht gesessen bin. Es ist so, dass durchaus Anrufe natürlich weitergeleitet wurden, die im Haus ankamen. Also, normalerweise war die Praxis: Wenn konkrete Anfragen kamen, die sich nicht auf Operationen bezogen - „Bitte helfen Sie einem Journalisten, der am Tor steht!“ -, haben wir die eigentlich konsequent an die Presseabteilung weitergegeben. Und die haben von dort aus nachgefragt zur Beantwortung, was da los ist. Aber Presseanfragen zu konkreten Operationen, was da gelaufen ist, also diesen Informationsteil, das hat ausschließlich die Presseabteilung gemacht.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Ich habe den „Bild“-Journalisten erwähnt, der in Kabul gelandet ist nach dieser Message. Wissen Sie, wie dieser „Bild“-Journalist nach Kabul am 25. kommen konnte? Mit einem Flug der Bundeswehr? Wer hat das - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, der war auf dem Flug der Luftbrücke e.V.

Joachim Wundrak (AfD): Also, das war ein Luftbrücke-e.V.-Flug, okay.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Am 8. September 2021 erhielt 040 in cc eine Mail von der deutschen Botschaft in Taschkent an die Referatsleiterin 511; das ist Frau M■■■■ K■■■■. Es ging dabei um einen deutschen Staatsangehörigen mit vermutlich afghanischen Wurzeln, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hilfe bei der Ausreise seiner Familie aus Afghanistan beehrte. Er hatte anscheinend eine Beschwerde an das Büro von MdB Röttgen geschrieben, die dann über Staatssekretärin Leendertse an 040-KRISE02 weitergeleitet wurde. So wurde auf MAT A AA-8.164 VS-NfD, Blatt 185 - - Da ist das nachzuvollziehen. Die Botschaft Taschkent bat - Zitat Anfang -:

„Da dieser Fall politisch sehr hoch angehängt wurde ... um Weisung zum weiteren Vorgehen.“

Zitat Ende. - Was sind nach Ihrer Kenntnis politisch sehr hoch aufgehängte Fälle oder sehr hoch angehängte Fälle? Wie oft kam das nach Ihrer Beobachtung in Ihrer Zeit im Krisenstab vor?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich beantworte jetzt nicht die spezifische Frage zu dem Fall in Taschkent; den kann ich nicht beurteilen. Aber Ihre Frage war: Gab es politisch wichtige Fälle?

Joachim Wundrak (AfD): Ja.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Für uns war entscheidend, ob jemand aufgenommen wurde und eine Zusage war nach § 22 2. Es war für uns nie ein Problem, Leute auszuflogen. Wir hatten immer mehr Flugkapazität als Passagiere. Insofern gab es zu keinem Zeitpunkt eine Priorisierung von Leuten in der Zuführung. Also, jeder, der es geschafft hat, ist auch ausgeflogen worden, der auf unseren Listen stand. Die Priorisierung in dem Sinne gab es nicht von Leuten. Also, Leute, für die wir eine Erklärung abgegeben hatten, die waren alle gleich priorisiert. Das Problem war ja eben, dass wir nicht entscheiden konnten, wer reinkommt oder nicht, sondern das war eben so schwierig, dass also - - Wer durchgekommen ist, kam dann auch durch, den haben wir dann auch natürlich aufnehmen können.

Joachim Wundrak (AfD): Ich frage da noch mal weiter - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Dann sind wir schon am Ende der Zeit für diese Runde, und das Fragerecht geht zur FDP. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Dr. Zahneisen! Vielen Dank, dass Sie heute uns zur Verfügung stehen. Uns würde so bisschen etwas Grundsätzliches interessieren. Bei der Ernennung, wie waren Sie zu diesem Zeitpunkt über die Situation in Afghanistan informiert? Und als Krisenbeauftragter sind Sie ja nicht nur für Afghanistan zuständig, sondern eigentlich für die ganze Welt. Gab es da irgendwie eine Gewichtung, oder hat zu dem damaligen Zeitpunkt nur Afghanistan eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich muss zugeben, dass ich an den Tagen, bevor ich - - also, als ich den Anruf bekommen habe, das natürlich nur cursorisch mitgelesen habe. Ich habe natürlich persönlich - - Über so viele Jahre Kontakt mit Afghanistan habe ich das natürlich wahrgenommen; aber ich war nicht vernetzt in der Zeit. Ich habe relativ wenig andere Fälle zu bearbeiten gehabt. Wir hatten natürlich weiterhin laufende Entführungen und solche Sachen. Aber im Großen und Ganzen war mein Geschäft fast ausschließlich die Krise.

Wir hatten, glaube ich, ein oder zwei andere Fälle größerer Natur, die dann - - Wir haben das dann aufgeteilt. Wir hatten ein Subteam gemacht, das sich dann weiter um diese Covid-Koordinierung kümmerte; das war ja auch noch bei uns. Und die anderen Krisen - - Also, das hatten wir abgespalten. Das war eine kleine Einheit, die praktisch das Dauergeschäft gemacht hat, dass wir das nicht vermischen.

Peter Heidt (FDP): Vielleicht können Sie dann noch ein bisschen was sagen. Wie viele Personen waren Ihnen unterstellt? Wie waren sie in die Organisation des AA eingegliedert? Und wie waren sie in die Organisation innerhalb der Bundesregierung eingegliedert? Wenn Sie das vielleicht noch ein bisschen darstellen können.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Können Sie das bitte noch mal wiederholen?

Peter Heidt (FDP): Also, mich würde interessieren, wie viele Personen Sie hatten insgesamt. Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja gesagt, Sie haben Subteams zum Beispiel gemacht. Und wie waren sie in der Organisation vom AA eingegliedert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist schwierig. Also, ich kann mich wirklich mit dem Abstand nicht mehr erinnern, wie die Personalstärke in jeder einzelnen Untergruppe war. Ich kann jetzt nicht aus dem Stegreif sagen, wie viele Leute normalerweise bei 040 arbeiten. Wir haben letztendlich die Struktur, die ja 040 hat, die ja im Leitungsbereich liegt - wir unterstehen ja dem Leitungsbereich bei 040 -, aufgebaut zu einer Matrix, die die verschiedenen Probleme abdecken sollte, die wir hatten.

Für mich zentral war, dass wir erst mal den Kern - - * dass der läuft. Das ist praktisch das klassische Krisenzentrum, also wo die Operation läuft, über die dann die Listen abgeglichen wurden, die dann nach Kabul gingen - - dass wir die Passagiere weiterführen können. Wir haben ja Dutzende von Flügen organisieren müssen. Diese Telefonlisten, Hot- - * das lief. Und das wollte ich, dass das verdoppelt oder idealerweise verdreifacht wird, dass jeder Posten dreimal mit erfahrenen Leuten besetzt wird. Aber das ist wie Sanitäter: Das muss man können, da kann man keine Freiwilligen für nehmen. Das war nach 36 Stunden, glaube ich, sichergestellt. Und dann haben wir angefangen, mit den ganzen Freiwilligen-Gruppen zu arbeiten, die verschiedene Aufgaben hatten - einige habe ich schon beschrieben -, also Telefondienst, Listen auswerten, Kontaktpunkte herstellen, Leute informieren, weil ich konnte ja auch nicht mit jedem sprechen.

Das heißt: Wir hatten einen Point of Contact in den Abteilungen. Da haben Kollegen - - die haben sich dann nur gebriefelt, dass die dann wieder Informationen weitergeben können. Dann haben wir die Auswahl der Deutschen - - Sukzessive haben wir diese Gruppen noch mal umgebaut. Und das war eine Matrixstruktur, die natürlich nicht ich gemacht habe, sondern Herr Jokisch und sein Team, die viel erfahrener waren. Und so ist das entstanden in Reaktion auf das, was wir brauchten. Also, das war nichts vom Reißbrett. Das haben wir auf der Grundlage von Krisen dieser Art,

die immer wieder mal vorkommen, dann halt angepasst.

Peter Heidt (FDP): Uns würden noch mal ein bisschen interessieren Ihre E-Mail-Adressen. Wir haben zwei E-Mail-Adressen gefunden; das ist 312-gast2@auswaertiges-amt.de sowie thomas.zahneisen@auswaertiges-amt.de. Wie haben sich diese beiden E-Mail-Adressen unterschieden?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, 312-gast war - - * Ich hatte ja gesagt, dass ich - - * Wir haben ja eine funktionelle Mail. Zum Beispiel, als ich Beauftragter für Humanitäre Hilfe war, war meine Mail: s-b-1. Ich bin dann in die Postenvorbereitung gegangen. 312 ist das Nordafrika-Referat. Und „g“ bedeutet Gast. Ich hatte eine Gastrolle, weil ich wegen der Krise mit Marokko noch mein* Beglaubigungsschreiben für Marokko hatte. Das heißt, ich war dort funktional aufgehängt, bis ich dann nach Marokko kommen konnte. Und jeder im Auswärtigen Amt hat eine personalisierte, also thomas.zahneisen, klaus.müller. Und dann gibt es noch eine dritte, die heißt dann thomas.zahneisen@privat- -

Und natürlich sind zum Beispiel - - * Ich weiß: Die Mail, auf die Sie, glaube ich, ansprechen, ich glaube, die kam - - war eine Mail, die ich von dem Abgeordneten Hempel [sic!]* von den Linken [sic!] bekommen habe, der mich angeschrieben hat - da war ich noch gar nicht Beauftragter -, weil er Hilfe brauchte. Also, wir haben natürlich auf allen Wegen Mails bekommen. Da war ich noch gar nicht „in charge“ bei 312. Das war in der Zeit, bevor ich ernannt wurde, als ich diese Mail bekommen habe, die 312-gast.

Und natürlich haben Leute - - * hat sich herumgesprochen: Er ist der Krisenbeauftragte geworden. - Die Leute kennen mich, die meisten, mit denen wir Kontakt hatten. Die haben ja dann versucht, über die Privatmail an mich ranzukommen, weil sie sich da mehr versprochen haben, als über die Hotline zu gehen; das ist ja auch verständlich. Deswegen sind verschiedene Mails benutzt worden, auch Telefonnummern. Was ja unser Problem war: dass damit das gesamte System



Nur zur dienstlichen Verwendung

lahmgelegt wurde, weil jede private Nummer, alles wurde raus- - *Ich konnte meine Handys nicht mehr anmachen während der Zeit, weil es - - Ich konnte es nicht machen.

Also, auch meine Privatmail, die nichtdienstliche, war auch voll - - die ich dann natürlich auch weitergeleitet habe, aber - - Die Leute haben alle Möglichkeiten gesucht, Kontakt aufzunehmen, und da wurden auch alle E-Mail-Adressen benutzt.

Peter Heidt (FDP): Ja, wir haben jetzt in unseren Unterlagen nur zwei E-Mails von Ihnen von dieser E-Mail-Adresse 312-gast- -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Wir müssen, glaube ich, nicht sozusagen alle E-Mail-Adressdetails nennen, wenn es ohne geht.

Peter Heidt (FDP): Ich würde die MAT danach vorlesen. Soll ich sie erst vorlesen?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: MAT-Nummer ist immer gut, aber - -

Peter Heidt (FDP): Gut, dann lese ich sie erst vor.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Aber wenn wir auf die Detail-E-Mail-Adresse verzichten können, glaube ich, wäre es besser.

Peter Heidt (FDP): Ach so, ja. - Also: MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 612, und MAT A AA-4.47 VS-NfD, Blatt 71 f. Uns würde interessieren: Da gibt es irgendwie relativ wenig E-Mail-Verkehr. Haben Sie noch andere E-Mails genutzt, oder haben Sie vor dem offiziellen Amtsantritt keine E-Mails zu Afghanistan geschrieben?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich war im Urlaub. Wenn ich 312-g- - * hatte, war ich noch gar nicht „in charge“. Mit der Übernahme - das war am 18. - hatte ich 04-L. Das heißt, wenn ich eine Mail an 312-g- - bekommen habe - - Und ich kann mich eigentlich nur an die E-Mail von einem Abgeordneten der Linken [sic!]* erinnern, der mir geschrieben hat, den ich kannte. Die habe ich weitergeleitet aus dem Urlaub; also, da war ich schon auf dem Weg zurück. Aber sonst kann ich

mich nicht erinnern, dass ich irgendwie großartig Mails geschickt habe, bevor ich da angefangen habe. Wüsste ich nicht.

Peter Heidt (FDP): War für Sie die Einarbeitung am 18. August abgeschlossen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, wenn ich Ja sage, würden Sie das nicht glauben. Das ist nicht denkbar, dass man sich da so einarbeitet. Das ist ad hoc. Das ist situativ. Ich habe ja gesagt: An dem ersten Tag, am 18., war ich hauptsächlich damit beschäftigt mit dem Team, dass uns das Krisenzentrum nicht implodiert, weil wir so viele technische Probleme haben. Und bei solchen Aufgaben lernen Sie dann auch den Rest kennen.

Aber meine Aufgabe war ja, unterstützend die Liaison zur Leitung zu machen, die Sachen zu lösen, die unten in meinem Team nicht gelöst werden konnten. Die waren ja nicht auf mich angewiesen, um sich zu organisieren. Das ist ein hochprofessionelles Team um Herrn Jokisch rum. Das heißt, es hing jetzt nicht an meiner Fachkenntnis am ersten Tag, wie die Kernoperation läuft; die stand ja auch schon. Ich habe dann schrittweise versucht, mich von Thema zu Thema einzuarbeiten. Aber natürlich: Ein tieferes Verständnis von der Operation eines Krisenreaktionszentrums bekommen Sie natürlich erst nach ein paar Tagen.

Peter Heidt (FDP): Ja, das ist nachvollziehbar. - Wissen Sie noch, über welche Verteiler denn informiert wurde, dass Sie als Krisenbeauftragter das übernehmen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht, ob es eine gesonderte Mail gegeben hat. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind, glaube ich, am Ende der Fragezeit angekommen von Ihnen - das ist so; das kehrt immer wieder -, und die Runde ist damit zu Ende. - Wir beginnen mit der nächsten, und das Wort hat der Herr Kollege Nürnberger.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wenn wir uns Richtung Situation um die Evakuierungsflüge bewegen, dann ist es ja ein bekanntes Faktum, dass auf diesem ersten Evakuierungsflug aus bestimmten Gründen nur sieben Personen ausgeflogen werden konnten. Wir wissen auch aus den bisherigen Vernehmungen, dass das Zeitfenster, das jeweils zur Verfügung stand - Flieger kommt runter, Flieger steht bereit, Flieger muss wieder raus -, sehr kurz war. Erinnern Sie sich an Situationen, in denen die Kapazität der Flugzeuge nicht ausgenutzt werden konnte?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, die Situation am ersten Tag mit den sieben war natürlich ein bisschen ein Sonderfall, erstens, weil wir da gerade erst angefangen hatten. Die Bundeswehr kam gerade erst rein; das heißt, wir konnten noch nicht richtig zuführen am 16. Und es war auch noch relativ wenig Bewegung. Es kamen auch noch relativ wenige Deutsche rein.

Wir hatten eigentlich nie - und das lag ja an der Eingangsproblematik - einen Mangel an Transport. Es waren immer genug Flugkapazitäten da. Und es gab einige Fälle, wo es mal voller wurde; ich glaube, das war der 19., da war ein bisschen mehr. Dann wurden natürlich, weil die Flüge ja sehr eng getaktet waren - - Also, normalerweise war das ja: Rein - die haben ja teilweise gar nicht abgeschaltet; die mussten die Gruppen vorbereiten -, schnell rein und ab, sodass Sie ja - - Ich glaube, es waren ja 80 bis 100 Flüge pro Tag. Das muss man ganz eng takten. Die hatten ja auch nicht den ganzen Flughafen zur Verfügung. Das heißt: Es wurde dann einfach eingepackt, wenn ich das mal ganz salopp sage.

Wenn dann zu viele da waren - zum Beispiel: es waren Deutsche da, die jetzt gerade nicht in den Flieger kamen -, dann wurden die in die nächstmögliche Bestoption - - * Die Amerikaner wollten halt, dass so wenig Leute wie möglich auf dem Flughafen sind, aus humanitären Gründen; aber es ist ja auch anstrengend. Das heißt: Wir hatten dann, glaube ich, ein halbes Dutzend oder vielleicht am Ende zehn Flüge, wo Deutsche dann aber auch auf niederländischen Flügen kamen und in Islamabad gelandet sind oder in Doha

oder irgendwo in Holland, die wir dann wieder abholen mussten. Also, das war für uns, sagen wir mal, ein größeres Problem im Krisenreaktionszentrum, weil wir natürlich alle abholen mussten, und das war so ein bisschen ein Puzzle-spiel. Aber, ich sage mal, vor Ort waren die Flugkapazitäten wirklich kein Problem.

Jörg Nürnberger (SPD): Das habe ich verstanden. - Im Einsatztagebuch - ich beziehe mich auf MAT A BMVg-4.882 VS-NfD, das Blatt 757 und 758 - ist hierzu für den Abend des 20. August - also auch noch relativ früh - Folgendes unter dem Stichwort

„TelCom Ltr JOC mit AA KRZ
(OTL M [REDACTED])“

- Telefonkonferenz, Leiter JOC mit AA, Krisenreaktionszentrum, Oberstleutnant M [REDACTED] - vermerkt:

„• Da DEU Flieger sonst leer fliegen würden und DEU viele Slots aber wenig «E» hat“

- „E“ ist auch so eine Abkürzung; ich nehme an, es handelt sich um die Personen, die auszufliegen sind -

„wurde beantragt, dass
- DEU Lfz“

- Luftfahrzeuge -

„mit US «E»/ int «E» aufgefüllt werden, wenn DEU Lfz noch Kapazitäten haben.

• AA prüft und führt Entscheidung herbei.“

Und kurz danach ist vermerkt, an der gleichen Stelle:

**„Entscheidung Ltr EinsStab
EvakOp Nachtschicht**

• Aufgrund der Dringlichkeit und kurzfristigen Zeitlinie wurde trotz ausbleibender Entscheidung AA



Nur zur dienstlichen Verwendung

entschieden, dass die «US-E» aufgenommen werden.“

Können Sie sich erinnern an diese Situation? Gab es auch noch ähnliche Konstellationen zu späteren Zeitpunkten, wo es eben um diese Auffüllung der von Ihnen ja als ausreichend beschriebenen Kapazitäten ging? Und ist Ihnen erinnerlich, ob und wann es dann zu einer Entscheidung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage gekommen ist?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Dürfte ich kurz für den spezifischen Fall mir das noch mal anschauen? Weil das ist mir jetzt nicht mehr erinnerlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Es steht auf Blatt 758 unter der Zulu-Zeit 2250.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert in diesen
Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Herr Abgeordneter, können Sie mir noch mal sagen, wo das steht? Ich habe es noch nicht gefunden. Nach „M [REDACTED]“ und „2319“?

Jörg Nürnberger (SPD): Auf Englisch steht es auf Page 755 und auf Deutsch auf Blatt 758. Und dann gibt es die Zeitlinie links, und da ist es 2250 Zulu-Zeit.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Sagten Sie 758? Ich habe nur 757 und 768.

Jörg Nürnberger (SPD): Es ist noch eine Seitennummer drauf, die heißt Seite 120.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: 120.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, es gibt drei Seitennummern auf diesem Blatt.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ah, da ist 120.

(Der Zeuge liest in den ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Und das war an welchem Tag? Das geht nicht ganz draus hervor.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist, soweit ich mich entsinne, das Einsatztagebuch für den 21.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich muss passen. An den Fall kann ich mich nicht erinnern. Aber ich kann prinzipiell sagen, dass wir ein Grundverständnis hatten - das war auch thematisiert in den Krisenstäben -, dass wir, wo immer möglich, den Amerikanern helfen. Also, wenn klargestellt war, wie der Verbleib und der Weitertransport gesichert waren, waren wir im Prinzip dazu bereit, das zu tun. Aber an den Fall - tut mir leid - kann ich mich nicht erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Die allgemeine Frage war ja von mir: Gab es eine Entscheidung - und gegebenenfalls: wann gab es die Entscheidung? - des Auswärtigen Amtes, ausländische Staatsbürger tatsächlich auf deutschen Evakuierungsflügen mitzunehmen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ach, ausländische, generell. Das gab es von vornherein.

Jörg Nürnberger (SPD): Also US/international.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, das gab es. Die Bereitschaft, Kapazitäten für Dritte zu nutzen, die bestand immer. Es musste nur eben abgestimmt werden, wenn sich solche Fälle entwickeln, dass wir einen Kontakt mit dem jeweiligen Land hatten. In der Praxis haben wir die Bereitschaft immer angeboten. Die Niederlande hat das ja auch für uns gemacht.

Jörg Nürnberger (SPD): Darf ich Sie aber noch mit einer Aussage, ebenfalls aus dem Einsatztagebuch, konfrontieren? Hier beziehe ich mich auf MAT A BMVg-4.882 VS-NfD, Blatt 758 noch mal. Da geht es nämlich um einen Eintrag vom 20. August, wo auch eine Telefonkonferenz zwischen der Nachtschicht mit dem Krisenreaktionszentrum stattgefunden hat. Dort wird ausdrücklich formuliert:



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Krisenbeauftragter hat entschieden, dass „E“ die nicht von DEU AV oder dem KUT“

- Krisenunterstützungsteam -

„registriert wurden nicht transportiert werden.

- Eine schriftliche Bestätigung für EinsFüKdoBw wurde von AA angefordert.“

Da ist ausdrücklich auf eine Entscheidung von Ihnen als Institution, vielleicht auch als Person referenziert. Die Frage stellt sich: Haben Sie diese Entscheidung persönlich getroffen? Wenn ja, nach interner Abstimmung? Oder wenn nein: Wer hat denn dann diese Entscheidung getroffen? Oder ist die Referenz falsch?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Herr Abgeordneter, beziehen Sie sich auf 2323z: „Krisenstab AA hat entschieden“?

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie dieses Blatt vor sich haben, ist links wieder in der Zeitspalte, wenn ich es richtig sehe, 2319, die Zulu-Zeit, und da ist dieses Zitat.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ah, da.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Ich kann mich an den Fall beim besten Willen nicht erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann ja noch einen Schritt weitergehen. Dieser Sachverhalt wird dann im Einsatztagebuch auf den Blättern 759 und auch 771 bis 772 festgehalten; ich beziehe mich auf die gleiche MAT-Nummer, wenn das reicht. Da ist zum Beispiel auf Blatt 771 vermerkt:

- Gleichzeitig wurde deutlich, dass die bestehenden Restkapazitäten A400M auf Grund der bestehenden Vorgaben des AA nicht genutzt werden

können, um kurzfristig und unbürokratisch EP anderer Nationen auszufliegen. Dies resultierte in einer deutlich geringeren Auslastung der Flüge, zu Flugabsagen oder zu Leerflügen.“

Noch einmal weiter, auf Blatt 772, heißt es dann:

- Insgesamt wurden an diesem Tag Kapazitäten für etwa 500 EP nicht genutzt.“

Und da stellt sich für mich die Frage: Gab es eine Weisung, die das herbeigeführt hat, oder wie kam es zu dieser Nichtausnutzung von Kapazitäten?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das weiß ich wirklich nicht. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass es eine solche Weisung gegeben hat, das komplett auszuschließen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann lassen Sie mich die Frage noch ein bisschen anders formulieren: Hatten Sie Erkenntnisse darüber, dass es derartige freie Kapazitäten auf einzelnen Flügen gab, die tatsächlich nicht genutzt worden sind?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Da muss ich die Antwort geben: Nein, das habe ich nicht gewusst.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurde Ihnen jemals von der Bundeswehr oder dem Bundesverteidigungsministerium an Sie herangetragen, dass solche freie Kapazitäten vorhanden sind, und Sie gebeten, darüber zu entscheiden, solche freien Kapazitäten unbürokratisch nutzen zu können?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass das BMVg das an mich persönlich herangetragen hat. Ich kann mich wirklich nicht daran erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn man den Text ein bisschen bürokratisch-deutsch genau analysiert, dann geht es ja auch möglicherweise nicht darum, dass diese Personen nicht als ausländische, zum Beispiel EU-Staatsbürger identifiziert waren, sondern dass sie nur nicht vom deutschen Krisenunterstützungsteam und von der deutschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Auslandsvertretung ausreichend identifiziert waren. Also, ich stelle mir da eine Situation vor: Es kommt ein Niederländer, es kommt ein Tscheche, es kommt ein Rumäne durch glückliche Fügung oder durch seine eigenen Anstrengungen auf das Flughafengelände und wird dann vielleicht von einer anderen Nation überprüft, registriert und durchleuchtet, und dann sagt man: Okay, jetzt hätte ich da noch am Ende der Linie der USA 15 Leute, die ich auf den deutschen Flieger noch nehmen könnte, ohne dass das deutsche Krisenunterstützungsteam - - Können Sie sich erinnern, dass es solche Situationen gegeben hat, oder wurde Ihnen davon berichtet?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich hatte den Eindruck, dass das die Praxis war, dass man das im Rahmen des Möglichen macht, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. Dann hätte ich, wenn die Zeit es noch hergibt - wunderbar -, noch zwei abschließende Fragen. Mit einem kleinen Blick nach vorne in Ihrer Perspektive aus der damaligen Erkenntnislage: Was haben Sie im Anschluss an Ihre Entbindung aus dieser Aufgabe heraus für sich selber, aus Ihren eigenen Erfahrungen als Lessons learned identifiziert für die zukünftige Gestaltung einer derartigen Krisenplanung? Und haben Sie die auch im Rahmen Ihrer Tätigkeit gegenüber dem Auswärtigen Amt kommuniziert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe jetzt in meiner Laufbahn drei, vier solcher Großerlebnisse miterlebt, persönlich. Also, ich lasse mal Ruanda weg. Ich war bei 9/11 in New York. Ich habe den Flugzeugabsturz der Concorde erlebt. Ich war eine Woche nonstop damals beim Tsunami, habe Telefondienst gemacht, und ich habe jetzt diesen gemacht. Ich glaube, es gibt gewisse Sachen, die können Sie nur bedingt steuern. Also, wenn Sie Sachen anbieten wie eine Hotline, dann ist das für normale Bedingungen. Sie können überlegen, ob Sie das doppelt - - verdreifachen. Aber es ist genauso - ich bin mal flapsig -, als würden Sie über den Sanitätsdienst nachdenken, wenn es hier einen Mass-Casualty-Fall gibt. Das ist eine andere Dimension, und da müssen Sie anders arbeiten. Das heißt, an gewissen Sachen - das Kommunikationsproblem, die

Informationsüberflut -, das zu filtern, glaube ich, da gibt es keine einfachen Antworten, was man machen kann.

Also, was ich gelernt habe daraus, ist, dass man gewisse technische Sachen besser machen kann. Und ich glaube, da waren wir damals noch nicht so weit, und ich persönlich meine, das sollte man heute machen. Ich glaube, wenn wir heute AI-Methoden - - also, wenn wir damals AI-Methoden gehabt hätten, dann hätten wir sehr viel schneller zum Beispiel die Mails durcharbeiten können. Wir hätten prüfen können: Haben wir die schon? Sind die schon benannt? Was sagen die? - Dieses Suchprogramm damals war so rudimentär. Ich glaube, da in dem Bereich, sagen wir mal, in der Informationsbearbeitung, da gibt es, glaube ich, viele Sachen, die man, glaube ich, einfach technisch heute besser machen kann als noch vor drei Jahren.

Der zweite Punkt ist halt eine Sache - aber ich glaube, da sind auch alle dran -, und das ist halt, zu überlegen, wie man also diesen Spagat hinkommt zwischen Durchhaltefähigkeit, einem Anstieg, ohne sich auf eine Situation vorbereiten zu können, die trotzdem das Maß übersteigt. Und so was wird wiederkommen. Covid ist auch so ein Fall gewesen, den wir aber ganz gut hinkommen haben; ich glaube, da war ich aber nicht beteiligt. Ich will nur sagen: Ich glaube, das sind für mich so die Lektionen, die ich daraus gezogen habe.

Ich glaube, intern die Kommunikation zwischen mir und meinem Team mit der Leitung, das hat sehr gut geklappt. Ich habe eigentlich alles zu jedem Zeitpunkt bekommen, was ich brauchte. Also, das hat funktioniert. Aber, wie gesagt, die massive Informationsflut, das war, glaube ich, das Hauptproblem, das wir haben. War ich eingebunden? - Nein. Ich weiß, dass es Meetings gegeben hat im Oktober und November, da war ich aber nicht da.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist ja offensichtlich eine Erkenntnis, die wir hier in den vergangenen Monaten auch gewonnen haben, dass es eben in krisenhaften Situationen keine vorgegebenen



Nur zur dienstlichen Verwendung

bürokratischen Muster gibt, wie solche Situationen anhand von Checklisten abzuarbeiten sind, sondern dass es sehr um individuellen Einsatz, die Übernahme von Verantwortung und die Kompetenz und auch die menschlichen Fähigkeiten der eingesetzten Personen geht.

Noch eine Frage zum Abschluss. Der Zeuge „Fisch“, der Sicherheitsberater an der Botschaft, hat in seiner Vernehmung - ich beziehe mich auf das Stenografische Protokoll, vorläufig, 20/62 I, Seite 58 - einen Satz gesagt, dass die Krisenvorsorge insbesondere „ressortübergreifender gestaltet werden“ müsse. Diese Einschätzung ist zwar ein bisschen allgemein formuliert. Aber darf ich Sie danach fragen, ob sie nach Ihren Erfahrungen, die Sie in diesen vielen Krisensituationen, aber insbesondere in der, um die es hier in dem Untersuchungsausschuss geht, gemacht haben, von Ihnen geteilt wird?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, ich kenne „Fisch“ sehr gut. Ich glaube, das generelle Problem der Zusammenarbeit zwischen Ressorts ist, dass wir nicht unbedingt die gleiche Sprache sprechen. Ich glaube, wir sehen sehr unterschiedliche Sachen. Mir ist das so aufgefallen, als ich im Einsatz war in Afghanistan: Ein Bundespolizist redet nicht wie ein Soldat und ein Soldat nicht wie ein Diplomat, und ein Entwicklungshelfer redet noch mal anders.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Erfahrung haben wir im Untersuchungsausschuss übrigens auch gemacht.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich glaube, die Zusammenarbeit ist das Entscheidende. Und ich glaube, da kann man wirklich mehr machen. Ich glaube, wir gucken auch nicht immer nach dem Gleichen. Es ist, wie wenn Sie drei Fachärzte haben und die haben einen kranken Patienten: Nicht jeder guckt auf das Gleiche. - Und ich glaube, in der Vorbereitung sich besser zu vernetzen und dass wir nach dem Gleichen suchen und dann auch das Gleiche machen, parallel, ich glaube, das ist eine große Herausforderung. Aber ich glaube, in der Tat, da könnte man mehr machen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Zahneisen, die Entwicklungen am Flughafen haben damals die Bilder dominiert. Jedoch war das nur ein Teil der Fluchtrouten oder der vorhandenen Fluchtrouten aus Afghanistan heraus. Deswegen von meiner Seite die Frage: Welche anderen Fluchtrouten versuchte das Auswärtige Amt gerade für im Norden verbliebene Ortskräfte zu öffnen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, also wir haben, glaube ich, so ziemlich jede Option durchgespielt, die denkbar war. Wir hatten ein-, zweimal einen Hinweis von Organisationen, die glaubten - ich betone: „glaubten“ -, aus Masar heraus fliegen zu können. Das haben wir sofort geprüft. Das hat sich als Fehlmeldung erwiesen. Dann hatten wir Informationen über die GIZ, dass es vielleicht doch einen Weg über die Grenze nach Usbekistan gab. Tadschikistan, die haben uns kategorisch gesagt, sie wollen nicht. Wir haben das sofort geprüft, aber das war auch eine Fehlmeldung. Also, die Usbeken waren nicht bereit, die Grenze zu Bedingungen aufzumachen, die für uns eine praktikable - -* also, zumindest in der ersten Woche, als wir das - -* Das war dann Gegenstand der Verhandlungen. Zum späteren Zeitpunkt, als ich dann wegging, haben wir immer noch über Landweg verhandelt mit den Usbeken, aber ohne großen Erfolg.

Aber in der ersten Woche stand natürlich absolut im Mittelpunkt, dass wir erst mal das KUT und den Zwischenlandungsort Taschkent bekommen. Und da waren die Usbeken sehr, sehr restriktiv. Und Landweg war für die kein Thema.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Können Sie noch mal genauer darauf eingehen, welche Rolle Sie und Ihr Bereich für diese Bemühungen gespielt haben?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe einen Kollegen dafür speziell abgestellt, der sich so ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

bisschen - - auch afghanistanerfahren, sodass wir die verschiedenen Optionen, die wir haben, durchspielen. Wir hatten ja natürlich für den Norden fast keine Einflussmöglichkeiten mehr. Da haben wir wirklich die beiden - - Da hatten wir nicht so furchtbar viele Optionen. Aber wir haben natürlich auch viele unterschiedliche Modelle durchgespielt, die theoretisch infrage kämen, um in Kabul Leute besser durchzuführen.

Wir haben natürlich gecheckt: Gibt es noch irgendwie Möglichkeiten, Sicherheits-Companies, also -gesellschaften, die dann tätig waren? Die waren alle zerbrochen; die waren weg. Die internationalen waren weg, die internationalen waren nicht mehr da. Dann haben wir versucht verschiedene Modelle der Zuführung mit Scouts, also mit ausgewählten Ortskräften. Auch das haben wir immer wieder versucht - nicht sehr erfolgreich. Wir haben versucht die Busoptionen; da haben wir ja schon drüber geredet.

Wir haben natürlich vom ersten Tag an, noch lange, bevor einige Nichtregierungsorganisationen das versucht haben - - mit den Kataris ins Geschäft zu kommen und dass die uns die Konvois begleiten. Aber die Kataris haben uns eben auch gesagt: Wir haben ein winziges Team; die sind jetzt schon am Rande der Erschöpfung. Wir wissen gar nicht, wie viele Konvois wir organisieren können, wir haben auch Hunderte von Anfragen.

Also, wir haben Sammelpunkte überlegt. Ein-, zweimal haben Sammelpunkte geklappt. Aber auch da: Sobald man einen Sammelpunkt hat und er spricht sich rum, ist er schon wieder verbrannt, es sei denn, Sie können ihn wirklich sichern, was wir nicht konnten. Also, wir haben so ziemlich jede Option durchgespielt - Landweg natürlich zu jedem Zeitpunkt -, und dann muss man eben eine Abwägung treffen.

Wir hatten das Gerücht - am Ende war es auch ein Gerücht -, eine Ortskraft wäre durchgekommen nach Usbekistan. Aber das Risiko, in der Situation von Masar, wenn keine akute Lebensgefahr besteht, zumindest wir Informationen hatten aus Masar, Leute auf den Weg mit Familien zu schicken, die dann irgendwie an der Grenze

steckenbleiben, ohne Option, rüberzukommen - das fanden wir nicht verantwortlich. Also, ich habe das jedenfalls nicht - - Aber wir waren eigentlich nie an dem Punkt, dass wir das entscheiden mussten, weil das waren alles nur Überlegungen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Können Sie einschätzen, wie viele Personen das Auswärtige Amt über die Landgrenzen evakuieren konnte?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil das fing ja erst an, als ich ging. Also, die letzten Tage, bevor ich ging, hatten wir die ersten erfolgreichen Fälle. Das war das Deutsche Archäologische Institut, an die kann ich mich erinnern; die sind zwar zweimal gescheitert, aber dann durch. Die Pakistanis waren ja sehr, sehr kooperativ von Anfang an, uns da zu helfen, mit aller Bürokratie, die auch dort ist. Aber das hat schon geklappt. Und dann kam ja dann recht schnell die Gruppe von der KAS und der FES. Und dann, glaube ich, hatten wir noch eine weitere Gruppe, aber da kann ich mich nicht mehr erinnern, von wem. Aber das war dann schon so um den Ersten rum. Das ging dann relativ schnell.

Und dann hatten wir ja - - * Und da waren wir auch sehr stark auch auf die Erfahrungen - wir hatten ja keine Augen mehr im Land - von Organisationen angewiesen, die da selber schon irgendwie das eruiert hatten. Und das wurde zunehmend eine Option, aber es musste dann halt auch das von den Afghanen abgesegnet werden. Und da macht es halt auch einen großen Unterschied, was Sie machen wollen: ob Sie Deutsche durchbringen wollen oder ob Sie Konvois mit Ortskräften oder Gruppen von schutzbedürftigen Afghaninnen und Afghanen durchlotsen wollen. Das macht einen Riesenunterschied.

Einzelreisen, das war, glaube ich, am Anfang das, was wir für das Realistischste hielten, also eine Abschätzung des Risikos. Aber Afghanen wissen schon auch sich zu bewegen in ihrem Land, und die haben ihre Kontakte. Wenn die das einschätzen können, dass sie zur Grenze kommen, dann war unser Ziel halt, möglichst in Torkan halt so



Nur zur dienstlichen Verwendung

weit über die Botschaft Islamabad die pakistanischen Behörden vorzuwarnen, dass jemand kommt und dass wir den unbedingt haben wollen und nach Islamabad bringen und ihn dann möglichst schnell ausfliegen. Das lief in der dritten Woche an. Wie gesagt, die Organisation ist nie das Problem, das Problem ist der Weg. Das war die ganze Zeit das Problem. Also, das logistisch mit den Pakistanis zu besprechen, war immer nicht das Problem. Es war halt: Was geschieht auf dem Weg, und welche Rolle spielen hier die Taliban?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich möchte Sie weiterhin über die Rolle von Evakuierungsflügen durch NGOs und andere Gruppen befragen oder mit Ihnen darüber sprechen. In den Akten fallen da vor allem DHL und der Verein Luftbrücke auf. Kennen Sie das Zitat von Herrn van Thiel? Das ist MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 78. - Zitat Beginn:

„Zunehmendes Problem sind un-
abgestimmt freihändig agierende
NGOs, die Verfahren gefährden
und Abläufe blockieren.“

Zitat Ende. - Ist Ihnen das Zitat bekannt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Bezieht sich das da auf die Buskonvois? - Sonst müsste ich es mir kurz angucken.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, schauen Sie es sich gerne kurz an.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Aber es geht eigentlich um den Bereich der Evakuierungsflüge. Aber gerne anschauen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das bezieht sich auf die Busse. Das Problem war, dass die Amerikaner mit den Taliban eine Absprache hatten, dass Busse reinfahren durften. Und es gab eine sehr enge Verteilung von Slots. Also, deswegen haben wir auch einen Tag verzögern müssen. Wir haben unsere Slots zugewiesen bekommen und

konnten dann Leute aufnehmen und wieder reinfahren. Und die waren halt extrem knapp sequenziert. Und es haben sich eine ganze Reihe erst Staaten nicht daran gehalten, und zunehmend, als sich rumsprach: „Es gibt Konvois, die über diese amerikanische Initiative über das South Gate reinkommen“, haben ganz viele Organisationen den Versuch gestartet, auch Busse, unabgestimmt mit den Amerikanern, zum Gate zu bringen. Und das hat zu dieser enormen *- wie gesagt, es waren nicht nur NGOs, es waren auch Länder - -* dazu geführt, dass die Taliban gesagt haben: Jetzt kommt gar keiner mehr rein. - Das musste wieder verhandelt werden, und so wurde es halt von Tag zu Tag schwieriger. Aber es war in der Tat - - Das ist halt so ein Moral-Hazard-Problem, ja, also, man sagt: Okay, wenn ich es versuche, dann geht das schon gut. - Aber wenn das dann halt 30 oder 40 Organisationen machen, dann ist der gesamte Plan zusammengebrochen. Und das ist de facto passiert.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wurde dieses Problem auch gegenüber der Leitung kommuniziert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Alles, was da drinsteht, haben wir vorgetragen in den Morgenrunden, ja natürlich.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wissen Sie noch, wie die Reaktion darauf war?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ehrlich gesagt, nicht mehr. Aber ich könnte mir vorstellen, was sie war.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gab es im Auswärtigen Amt eine Stelle, welche die Koordination mit den NGOs weitgehend in der Hand gehalten hat und die halt Ansprechpartner sein konnte?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Wir haben uns das lange überlegt, ob wir einen designated NGO-Kontaktpunkt einrichten. Wir sind am Ende davon abgekommen, aus zwei Gründen: erstens, weil die Fragen sehr unterschiedlich waren. Und letztendlich gab es sehr viele Anfragen, die sich bezogen auf Listen, und es gab sehr viele Fragen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die sich bezogen auf unmittelbare Rettungsversuche oder Konvoifragen.

Ich bin zu dem Schluss gekommen - und deswegen habe ich auch mit kaum jemandem in der Zeit direkt geredet -: Ich belasse es bei der Delegation der primären Kontakte bei den Abteilungen, die genuin mit den Organisationen zusammengearbeitet haben - medica mondiale zum Beispiel oder die KAS -, einfach weil ich fand es besser, diese Kolleginnen und Kollegen in der Abteilungsleitung, wie Frau Sigmund, AP, oder die Abteilung S, dass die hören, was los ist und es dann zu uns spielen, wenn es dann wirklich kritisch und operativ wird. Weil ich hätte es nicht abdecken können. Es hätte Mehrfacharbeit gemacht. Und ich fand es besser, die entscheiden: Oh, jetzt ist es wirklich operativ! Schickt es zu uns, und wir machen das! - Und das hat dann am Ende auch geklappt.

Es gab zwei, drei Tage, kann ich nicht - - gab es wirklich Missstimmung gegen uns, weil Leute gesagt haben: Wir sind eine Blackbox. - Aber muss man fairerweise auch sagen: Alle, die ein Anliegen haben, sind am Ende doch zu uns gekommen, weil sie über andere Wege als über die, sagen wir mal, die Krisennummer dann ihre Position eben klarmachen konnten, sei es bei ihrem Ansprechpartner im Amt oder über jemanden im Bundestag, der uns die Informationen gegeben hat. Wir haben es dann bekommen, und dann wurde es auch nach den nächsten Tagen besser.

Aber, wie gesagt: Nicht jede Frage, die wir bekommen haben, ist genuin eine Frage gewesen, die jetzt das Krisenreaktionszentrum betraf. Da wurde gesagt: Ist unsere Liste eingespeist? Wir haben diese Listen nicht betreut. Die waren in anderen Abteilungen, und wir hätten das eh nur weiterleiten müssen. Deswegen fanden wir es besser, wir leiten es erst mal draußen zu den Partnern, und dann geht es operativ zu uns, und nicht umgekehrt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay. - Am 21. August 2021 wurden Sie über die Pläne des Mitglieds des Europaparlaments, Herrn Marquardt, informiert, rund 250 Personen zu evakuieren. Ich beziehe mich da auf MAT A AA-8.83

VS-NfD, Blatt 312: Charterflüge und Landeerlaubnis habe er, und vom Auswärtigen Amt sei nur noch die Zustimmung erforderlich. - So einfach war es dann aber leider doch nicht. Können Sie uns bitte den Ablauf dieser Zusammenarbeit und die dadurch entstandenen Probleme darstellen und bitte vor allem dabei noch mal genauer auf die Zufahrt der Busse zum Flughafen und die Problematik mit dem Flugzeug eingehen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Für den ersten Teil der Frage müsste ich das Dokument sehen. - Er bat um Genehmigung von was? Das habe ich nicht ganz verstanden.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Okay. Also, mit dem Abgeordneten des Europaparlaments Herrn Marquardt haben, glaube ich, Dutzende im Auswärtigen Amt gesprochen in der Zeit. Das war auch ein Teil des Problems der Zusammenarbeit, dass wir wirklich Schwierigkeiten hatten, eine geordnete Kommunikation hinzubekommen. Das muss ich ehrlich so sagen.

Das Hauptproblem mit der Luftbrücke war der Ansatz. Der Ansatz, das war die Überlegung, ein Flugzeug zielgenau nach Kabul zu fliegen. Die Realität war ja: Die Rotoren bleiben an, die Leute werden zugeführt, und das Flugzeug fährt zurück. Wir waren nie überzeugt - und wir haben das auch auf Dutzenden von Kanälen den Kolleginnen und Kollegen von der Luftbrücke und Herrn Marquardt gesagt - - dass wir nicht glauben, dass das funktionieren kann. Und es wurde von Tag zu Tag schlimmer.

Die Frage: „Warum sind unsere Flüge nicht ausgebucht gewesen?“, die wir routinemäßig - -* Das war kein deutsches Problem. Die Amerikaner haben ihre auch nicht voll bekommen. Die haben einige Zeiten noch von diesen 5 000 bis 7 000 Leuten gelebt, die da noch auf dem Flugplatz waren, aber die haben auch die Leute nicht mehr reinbekommen. Das war an dem 25., als der Flug kam, eigentlich nicht realistisch. Das haben wir bei jeder Gelegenheit ihm gesagt. Wir haben uns für das - -*ich nicht persönlich, aber er hat seinen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Flug organisiert bekommen. Wir haben ihm alle Unterstützung, die er angefordert hat, auch zugesagt im Rahmen des Möglichen. Insofern, glaube ich, war der Ansatz, ein Flugzeug reinzubringen und zu beladen, nicht realistisch. Und das haben wir von Anfang an gesagt, und das hat sich leider bewahrheitet.

Wenn ich das sage, möchte ich aber wirklich auch zur Luftbrücke auch sagen, dass sie eine wirklich gute Arbeit gemacht haben, uns unterstützt haben bei der Identifizierung von wirklich Schutzbedürftigen, die gefunden haben, die auch auf unseren Listen waren. Die ersten Listen, die wir von denen bekommen haben, da waren 80 Prozent von Leuten, die wir auch haben wollten, als Schutzbedürftige. Und da haben die wirklich gute Arbeit geleistet. Und dass die Listen sich ständig verändert haben, das ist ein bisschen auch der Situation geschuldet vor Ort. Das kann ich mir gut vorstellen, wie das ist: Macht viel Arbeit, dann immer wieder Listen à jour zu bringen. Die müssen ja auch ordentlich sein, dass wir dann einfliegen können nach Deutschland. Also, da haben die auch wirklich viel geleistet.

Das spezielle Beispiel da: 250 Personen mit Paramilitärs am Gate. Das ist halt bei uns das Problem gewesen. Diese Sachen kamen dann - - * Das kommt jetzt vom Referatsleiter in der E-Abteilung, den er angerufen hat, uns das mitteilt. Und ich habe Ihnen ja geschildert: Wir hatten drei Leute. Die mussten auch mal schlafen. Das kommt dann - - Gut, das war Tageszeit. Aber teilweise haben wir Aufforderungen bekommen - nicht nur die Luftbrücke übrigens -, wir sollen jetzt sofort Kabul informieren: Da ist jemand am Tor. - Das war um drei Uhr morgens. Die Leute müssen irgendwann auch mal schlafen. Ich meine, die sind drei Leute, die sind von früh bis spät beschäftigt. Also, es gab mal so Momente - - Das Problem, das wir ganz ehrlich mit der Luftbrücke hatten, war, dass ständig neue Überlegungen kamen, die wir ja auch alle versucht haben, die wir teilweise verworfen haben als nicht realistisch, dann als Aufforderung zur sofortigen Hilfe. Und vieles von dem hat sich natürlich dann als nicht realistisch herausgestellt an den Toren und hat zu der Frustration geführt.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gerade dazu, weil also in der Mail - ich zitiere - steht auch der Satz:

„Anfrage sei schon über StM-A und StM-A-0 gelaufen und sei presserelevant.“

Welchen Effekt hatte das?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich glaube, das ist die einzige Mail, an die ich mich erinnern kann, wo drinstand: Das ist presserelevant. - Ehrlich gesagt: Alles, was wir da gemacht haben, war presserelevant. Und ich habe das jetzt wirklich überhaupt nicht wahrgenommen.

Aber ich möchte noch mal betonen bei der Luftbrücke: Die Luftbrücke hat uns gegenüber nie gedroht mit irgendwelchen Sachen. Also, das habe ich nicht erlebt, dass sie irgendwie gedroht hätten, sie gehen an die Öffentlichkeit oder solche Sachen. Habe ich - - * Ich habe mit denen direkt keinen Kontakt gehabt. Aber es hat mir keiner berichtet, dass sie praktisch diese Art von Druck ausüben wollten.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Haben die Forderungen der Luftbrücke oder von Herrn Marquardt zur Anpassung der Priorisierung von Ausreisen oder der Listen besonders gefährdeter Afghanen geführt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Bitte, die Priorisierung? Können Sie das noch mal bitte wiederholen?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Also, führten die Forderungen der Luftbrücke oder von Herrn Marquardt zur Anpassung der Priorisierung von Ausreisen oder der Listen besonders gefährdeter Afghanen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Das habe ich auch versucht vorhin darzustellen. Wir haben Listen geführt von Leuten, die wir in der Einzelprüfung für besonders schutzbedürftig hielten. Die Kategorien waren festgelegt und mussten einen Deutschlandbezug haben. Wir haben die Listen bekommen von Partnern - und da war die Luftbrücke ein guter Partner für uns -, die wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich im Einzelfall geprüft haben. Und die waren auch nicht priorisiert. Ich habe ja gesagt, dass das Problem nicht war, sie rausfliegen zu können, sondern das Problem war, sie reinzubekommen.

Das heißt, wir hatten mit der Liste selber überhaupt kein Problem, im Gegenteil: Die, die auf der Liste standen, hätten wir auch draufgenommen; sonst wären sie ja nicht auf der Liste. Und die Herausforderung war halt, in so einem dynamischen Prozess, wo man immer wieder vor Ort ist, immer neue Leute hat, die Listen so à jour zu halten, dass dann am Ende wirklich die Listen von denen, die ausfliegen sollen, identisch sind mit denen, die dann auch geliefert wurden. Das war gerade in der Interaktion mit den Kataris eine nicht leichte Aufgabe. Aber das ist halt Teil von solchen Arbeiten vor Ort über Telefon, dass solche Sachen dann passieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zahneisen, ich will noch mal ansetzen beim Thema Listen. Und dafür würde ich gerne Ihnen etwas, eine E-Mail, vorlegen, und zwar ist das MAT A AA-8.143 VS-NfD, Blatt 169 ff. Das ist eine Mail von Ihnen an Herrn P [REDACTED], und da steht:

„Bitte weitergeben an KUT KBL“

Und in der Mail werden Sie darum gebeten, die „... Masterliste, wie sie Anfang der Woche via 508 ... AP05 an 040 ging“. Und dann heißt es dort:

„Wir wissen nicht, ob diese jemals nach Kabul weitergeleitet wurde.

Aktuell befindet sich nach unserer Kenntnis neben den DW Leute vor dem Tor noch

Frau ...“

- geschwärzt der Name -

„im Reiter von 606 am ABBEY-GATE auf dem Flughafen. Sie ist hochgefährdet, heute ein ...“

- geschwärzt -

„Artikel zu ihr.

Melden Sie sich, wann Sie können?“

Können Sie das vielleicht mal einordnen, damit wir verstehen, was das mit dieser Liste auf sich hatte und was sozusagen aus dieser Mail sich dann entwickelt hat? - Vielen Dank.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist ein gutes Beispiel; vielen Dank. Da kommen zwei Sachen zusammen. Das eine ist die unmittelbare Gefährdung von einer Person, und das andere ist die Frage nach der Liste. Die Liste hatte nicht die Funktion, sicherzustellen, dass jemand, wie ich Ihnen ja auch in der ersten Runde schon beantwortet habe - -* war keine Voraussetzung, reinzukommen. Die mussten sich ausweisen, und wir haben die Leute darauf hingewiesen. Die Liste war insofern wichtig dann, wenn es zur Beladung der Flugzeuge geht, dass dann die Listen so perfekt wie möglich sind, wo wir Aufnahmeerklärungen gemacht haben, dass wir das schon mal abgleichen konnten. Wir hatten ja die zweite Phase noch mal in Taschkent, wo wir auch noch mal draufgucken konnten - hier war ja der Zwischenstopp -, sodass wir notfalls auch noch mal einen Fall heilen konnten. Wenn wir den jetzt nicht gefunden haben in Kabul, konnte man das in Taschkent dann auch noch mal gucken.

Das heißt, die Liste war nicht maßgeblich für die Frage, was an den Gates passierte. Das ist eine andere Geschichte. Deswegen kann ich Ihnen nicht beantworten, ob die Liste, die Masterliste, am Anfang der Woche in Kabul vorlag. Ich gehe fest davon aus, dass sie es war, weil das war die Arbeitsgrundlage, und die wurde regelmäßig rübergeschickt. Also, die Antwort, würde ich meinem Gefühl nach sagen: Ja, die ist natürlich dort. - Und das „Bitte weitergeben an Kabul“ bezog sich nicht auf die Liste, sondern auf den Fall, dass da jemand am Gate steht und bedroht ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. - Dann habe ich noch mal die Situation, dass wir ja hier den Zeugen H [REDACTED] gehört haben. Das ist Deutscher Bundestag, 1. Untersuchungsausschuss, vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/64, Seite 21. Da hat der Zeuge H [REDACTED] gesagt:

„Wir haben Listen bekommen vom Stab. Also, es war ja ein Stab vom General Arlt vor Ort; die haben uns Listen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Listen können Sie nur ganz, ganz bedingt arbeiten, und das ist sehr freundlich ausgedrückt.“

Ich habe täglich Listen bekommen mit 200 Namen zum Teil drauf, nicht alphabetisch sortiert ... Und wenn ich die Liste genutzt hätte und jeden, der da stand, der mir gesagt hat: „Ja, ich darf mit“, auf dieser Liste gesucht hätte, dann würde ich vermutlich jetzt noch da stehen.“

Können Sie das vielleicht auch noch mal einordnen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist ja genau das, was ich gesagt habe: dass die Listen nicht die Grundlage vor Ort waren. Es war uns doch vollkommen klar, dass kein Mensch auf der Liste umblättern kann und die Namen finden kann. Die Frage war - - Die Listen waren primär dazu da, sicherzustellen, dass der Weiterflug nach Deutschland vonstattengehen kann. Dass die Listen - - Ich kann nicht kommentieren, wie in Kabul die Listen verteilt wurden zwischen denen. Letztendlich waren das Referenzpunkte. Am Ende muss man einen Plan haben, um Leute reinzubringen, und da muss man sagen: „Da sind welche; das ist möglich“ usw. Und dann arbeitet man mit der Liste rundum.“

Also, es ist letztendlich - - Wir wissen: Das ist eine Gruppe. - Klar muss da jemand draufgucken: Sind das auch die Richtigen? Aber das war wirklich nicht so, dass wir gesagt haben: Bitte jetzt Name 27 auf Seite 34 - wenn man ein Handy

dabei hat -; der ist es. - So haben wir nicht kommuniziert, und das war auch nie das Verständnis der Liste.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann habe ich nur noch mal eine Nachfrage: Welche Rolle spielten eigentlich Anfragen aus den MdB-Büros? Also, können Sie das noch mal so einordnen? Gab es da viele? Wurden die bearbeitet oder auch an die Abteilungsleitung delegiert? Vielleicht können Sie das noch mal einordnen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe schon einige bekommen. Ich habe sicherlich auch nicht alle gesehen. Ich fand die in den meisten Fällen - - Die meisten haben sich wirklich bezogen auf die Frühphase, also vor allem Helfen bei der Kontaktaufnahme: Wir kommen nicht ans Krisenreaktionszentrum ran. - Man kriegt ja immer erst einen Schreck; aber ich fand sie am Ende doch hilfreich, weil man wusste: „Da ist eine Organisation, die was macht“, und es hat uns schon geholfen. Ich habe wenig - - Ich kann mich eigentlich nicht erinnern, dass ich wirklich irgendwas bekommen habe, wo ich gesagt habe: Das geht doch nicht. - Also, nicht alles war realistisch.“

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das reicht mir schon als Antwort. Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Aber nicht alles war eben realistisch. Aber, ich glaube, es waren oft auch einfach nur Nachfragen, Hilfestellungen usw.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wäre auch ein Wunder, wenn alle Wünsche von MdBs realistisch wären.

(Heiterkeit)

Ich habe noch mal eine Nachfrage zu dem ganz anderen Vorgang. Und zwar gab es vom Patenschaftsnetzwerk eine Initiative, die auch vom Bundesverteidigungsministerium unterstützt wurde, 1 000 Ortskräfte des Patenschaftsnetzwerks außer Landes zu bringen. Sagt Ihnen das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stichwort schon was, oder können Sie dazu vielleicht was sagen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich kann mich nur an eine einzige Mail vom BMVg an uns erinnern von Herrn Grotian und seiner Organisation; aber das ist vielleicht nicht das gleiche Dokument, das Sie haben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben eine Mail vom Einsatzführungskommando, von Herrn Oberst Krah. Wenn es das ist, was Sie meinen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich fürchte, das muss ich mir anschauen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Dann sage ich die MAT-Nummer für die Kollegen: MAT A AA-8.250 VS-NfD, Blatt 254. Und die wird Ihnen jetzt auch vorgelegt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Es geht darum, dass mit Kleinbussen circa 1 000 Ortskräfte direkt bis vor das Gate zum Flughafen verbracht werden sollten. Mich interessiert bei dieser Mail, was denn daraus geworden ist.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist mir bekannt, und ich habe das auch gelesen. Das Problem, das wir mit dem Vorschlag hatten, war die Forderung, dass wir 107 Familienmitgliedern des Clans für den Transport - „Clan“ in Anführungszeichen - eine Zusage geben sollten, eine Aufnahme in Deutschland zu bekommen, wenn sie den Transport hinbekommen. Das habe ich nicht selber entscheiden können. Wir haben dann noch mal nachgefragt beim BMVg, ob sie denn da mehr wissen, bevor wir unsere Leitung befragen; weil so kann ich das eigentlich kaum vorlegen. Worauf das BMVg, glaube ich, in dem Gespräch mit Herrn P [REDACTED] - glaube ich, hat das Gespräch geführt - dann gesagt hat, sie können das nicht weiter kommentieren. - Ach, da ist auch eine Antwort dann gekommen, ja. Da steht es wahrscheinlich sinngemäß auch so drin. - Also, ich habe das natürlich nicht genehmigt, sondern ich habe das

dann zur politischen Bewertung an die Abteilung AP weitergegeben. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, was aus der Bewertung geworden ist.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann vielen Dank so weit dazu. - Also, über das hinaus, was in der Mail steht, können Sie nicht sagen, was da - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Also, ich weiß nicht, ob wir - -* Ich habe nicht wieder davon gehört, dass wir in Betracht gezogen hätten, 107 Familienmitglieder eines uns nicht bekannten Clans einen Auftrag* als Vorbedingung für den Transport von 1 000 Personen über Busse zu einem Zeitpunkt, wo wir nicht wissen, ob die Busse funktionieren - - Ich glaube, das war die Frage. Das ist eine politische Bewertung, ob wir so was machen, und die liegt nicht bei mir.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die Frage ist aber: Sie haben es mit der politischen Leitung diskutiert, und es wurde dort auch abgelehnt.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Ich habe gesagt, dass wir das abgegeben haben an die Abteilung AP, die für politische Fragen zuständig geworden - - Und ich weiß nicht, was dann rausgekommen ist. Ich habe davon nichts mehr gehört.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Dann haben wir es jetzt vollständig auch im Protokoll. - Dann komme ich zu einem anderen Komplex, und zwar geht es darum, dass am 22.08. der Staatssekretär Berger wünscht, die Mails von Herrn van Thiel zu sehen. Auch da habe ich eine MAT-Nummer: MAT A AA-8.157 VS-NfD, Blatt 16. Vielleicht können Sie diesen Komplex - Sie nicken schon - für mich erhellen. Das wäre sehr freundlich, danke schön.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist, glaube ich, recht banal. Also, viele Vorgesetzte wollen mehr mitlesen, und weiter unten glaubt man, man soll nicht so viele weitergeben. Er hatte den expliziten Wunsch, das direkt zu sehen und nicht von



Nur zur dienstlichen Verwendung

seinen Kolleginnen und seiner Büroleiterin weitergeleitet zu bekommen. Das war die Anfrage. Das hat er mir auch am Rande gesagt und dann noch mal schriftlich gemacht, dass die Kollegen das dann wissen. Es war nur, dass er sagte, er möchte direkt mitlesen, dass das nicht über ein Relais geht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht wieder zu Ihnen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Ich muss mal nachfragen: Sie haben eben in einem Nebensatz die Taliban oder die Zusammenarbeit mit den Taliban erwähnt. Gab es nach Ihrer Kenntnis Kontakte, Zusammenarbeit mit den Taliban ab dem 16., als sie die Kontrolle über die Stadt übernommen haben, vor Ort oder auch über Pakistan, über Katar, Doha?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich glaube, da kann ich wenig zu sagen, weil das lief nicht bei mir. Das war Herr Potzel, der für solche Kontakte zuständig war. Ich kann mich nur beziehen auf das, was im Operationsgeschäft passieren konnte. Wir hatten als Krisenzentrum - ich oder mein Team - zu keinem Zeitpunkt Kontakte zu den Taliban. Herr van Thiel hatte Kontakte mit den Taliban, aber nur im Kontext von Gate-Problemen an den Toren, insbesondere die Stunden rund um die Busse, die wir nicht reinbekommen haben. Aber wir haben keine autonomen Gespräche mit den Taliban geführt.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Themenwechsel. Mit einer Mail wandte sich der Staatssekretär im BMI, Hans-Georg Engelke, am 21. August 2021 an den Staatssekretär Berger im Auswärtigen Amt - das ist MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 586 - und fragte nach, wieso denn im AA - und ich zitiere - „etablierten Verbindungskräfte[n] von Bundeskriminalamt und Bundespolizei ... ebenso wie auch ... Verbindungskräften von BMVg und BND - die sonst übliche Zuschaltung zum Krisenstab Afghanistan ohne Begründung erstmals verwehrt [wurde].“ Können Sie erklären, wieso?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Können Sie mir noch mal das Datum sagen? War das am 18.?

Joachim Wundrak (AfD): 21. August. Wieso wollte Staatssekretär Berger nach Ihrer Kenntnisnahme den Teilnehmerkreis - ich zitiere - „auf ein absolutes Minimum“ - so nachzulesen auf Blatt 585 der genannten MAT-Nummer - beschränken?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Kann ich nicht beantworten. Ich weiß, dass wir die Zahl reduziert haben; aber das kann ich Ihnen nicht beantworten. Also, wenn Herr Berger die Anweisung gegeben hat, kann ich das im Moment nicht kommentieren.

Joachim Wundrak (AfD): Mhm. - Laut den Vermerken der Krisenstabssitzungen bis zum 19.08.2021 nahm an den Sitzungen ein bestimmter und vermutlich eingespielter Kreis teil. Laut MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 45 wünschte Außenminister Maas am Sonntag, den 22.08., und dann an den folgenden Tagen aufgrund der Vertraulichkeit der Sitzungen den Kreis grundsätzlich auf die Abteilungsleitererebene zu begrenzen. Können Sie sagen, was die Gründe dafür waren?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich kann das nicht anders kommentieren als das, was da steht: aus Gründen der Vertraulichkeit. - Ich bin mir mehr nicht bewusst.

Joachim Wundrak (AfD): Gab es denn unerwünschte Informationsabflüsse?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, kann ich mich an keinen Fall erinnern.

Joachim Wundrak (AfD): Welche Wahrnehmung hatten Sie denn als Leiter des Krisenstabes hinsichtlich der Konsequenzen dieser Begrenzung des Teilnehmerkreises nur auf die Abteilungsleitererebene? Das hat ja sicherlich dann andere Kommunikationskanäle erfordert.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir war das nicht als großes Problem bewusst. Ich habe allerdings auch nicht die organisatorische Vorbereitung der Krisenstabssitzung selber gemacht, sondern das war, glaube ich, das Team um Herrn Jokisch - ja, Herr Jokisch hat das



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorbereitet, glaube ich. Ich habe das nicht als größeres Problem wahrgenommen, ehrlich gesagt.

Joachim Wundrak (AfD): Blieb es bei dieser Begrenzung des Teilnehmerkreises, oder wurde das wieder geändert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Da kann ich mich nicht daran erinnern. Da müssten wir die Teilnehmerlisten durchgehen. Da kann ich mich jetzt nicht mehr dran erinnern.

Joachim Wundrak (AfD): Laut MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 498 bot Staatssekretär Berger nach einem bereits zuvor erfolgten Telefonat mit der Arbeitsgruppe Außen der SPD-Fraktion dieser am 20. August eine weitere Sitzung zur Lageentwicklung in Afghanistan an. Wissen Sie, ob diese persönliche Unterrichtung durch den Staatssekretär oder jemand anders tatsächlich stattgefunden hat?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Weiß ich nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Wie oft kamen nach Ihrer Kenntnis solche Unterrichtungen für Arbeitsgruppen der Fraktionen im Bundestag vor, und welche AGs von welchen Fraktionen wurden unterrichtet?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe keine Kenntnis davon, dass es solche - - * Wie gesagt, ich war nicht informiert über diese Sitzungen. Ich weiß nicht, ob es welche gegeben hat.

Joachim Wundrak (AfD): Ja. Damit beende ich meine Befragung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Als Krisenbeauftragter des AA sollen Sie ja grundsätzlich auch Austausch haben mit anderen Krisenbeauftragten oder Lagezentren aus anderen Ressorts. Wie war das grundsätzlich? Mit welchen Lagezentren, Krisenbeauftragten anderer Ressorts standen Sie denn im Austausch?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich persönlich: in relativ wenig Kontakt mit den anderen Leitern. Ich hätte das, ehrlich gesagt, anlassbezogen gemacht. Ich war sehr stark im operativen Geschäft; aber natürlich waren die Einheiten rund um Herrn Jokisch natürlich im ständigen Kontakt mit den anderen Lagezentren. Also, das bestand ja. Ich hatte jetzt keinen zwingenden Anlass, längere Austausche ohne einen spezifischen Anlass zu führen. Dazu war einfach keine Zeit.

Peter Heidt (FDP): Hatten Sie zu irgendeinem auch mal längeren Kontakt oder generell eigentlich nicht?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe ja gesagt, dass wir punktuell - ich natürlich auch persönlich - Kontakte hatten, weil es etwas zu besprechen gab. Das war meistens Hilfe um Unterstützung oder Anfragen von kleineren Lagezentren an mich, wie ich die Lage einschätze. Aber ich habe relativ selten - oder, ich glaube, gar nicht - aktiv jetzt zum Beispiel den Kontakt nach Frankreich oder nach Großbritannien gesucht. Aber ich weiß, dass ich einmal Kontakt mit den Briten hatte.

Peter Heidt (FDP): Und innerhalb der Bundesregierung? Es gibt ja auch andere Krisenbeauftragte innerhalb der Bundesregierung.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe sicherlich das eine oder andere Mal mit den Kollegen gesprochen; aber ich kann mich nicht mehr erinnern, wie oft und wie regelmäßig.

Peter Heidt (FDP): Mhm. - Wissen Sie noch, ob es grundsätzlich da so eine Art Schema gibt? Oder wenn es da Meinungsverschiedenheiten gibt, gibt es dann irgendjemand, der das dann entscheidet? Oder - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, aber selbstverständlich. Ich meine, erstens mal haben wir im Krisenreaktionszentrum aus jedem Ressort sehr, sehr gute Verbindungsbeamte, also aus dem BMI, aus dem BMVg, BMZ, glaube ich, auch. Und wenn es Probleme gab, wird das erst mal auf der Ebene gelöst. Die haben die Probleme rangetragen, wenn es Missverständnisse gab. Und ich bin



Nur zur dienstlichen Verwendung

halt weiterhin der Meinung, dass Arbeit delegiert wird und nicht jede Sache eine Chefsache ist. Selbstverständlich, wenn wir uns nicht mehr hätten einigen können, bevor das natürlich die politische Ebene betrifft, hätte ich selbstverständlich mit meinen Kollegen in den anderen Ressorts gesprochen, um das zu lösen, bevor es dann in die politische Ebene geht. Aber ich kann mich an keinen Fall erinnern, wo ich die Notwendigkeit sah, jetzt ganz dringend meinen Counterpart anzurufen, also zur Problemlösung.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Wir haben ja festgestellt: Es gibt ein Krisentagebuch vom AA, und es gibt aber auch ein Einsatztagebuch des BMVg. Wir haben da festgestellt, dass das Einsatztagebuch vom BMVg sehr viel detaillierter ist als das Krisentagebuch vom AA. Können Sie uns vielleicht mal kurz erklären: Das Krisentagebuch vom AA, was für eine Funktion hat das bei Ihnen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich fürchte, da war ich zu kurz da, um das wirklich abschließend bewerten zu können. Ich glaube, das sollten Sie wirklich die Krisenbeauftragten fragen, die das länger gemacht haben. Ich war da einfach zu kurz da, um die Funktion von dem Wachbuch wirklich bewerten zu können.

Peter Heidt (FDP): Wussten Sie, dass es beim BMVg so ein Einsatztagebuch gibt? Haben Sie das gewusst?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, da bin ich fest von ausgegangen. Ich war auch im Militäreinsatz. Die sind natürlich sehr viel personalstärker; die arbeiten auch anders. Sie haben auch andere operative Ziele wie wir. Das ist ja das, was ich oft gesagt habe am Anfang: dass wir nicht unbedingt die gleichen Ziele verfolgen, ja? Es ist nicht immer die - - Gewisse Sachen erfordern eine hohe Informationsdichte beim Vermerken, andere Sachen sind nicht so intensiv in der Darstellung. Deswegen richtet sich, glaube ich, die Beschreibung des Sachverhaltes nach dem Thema. Und die sind zwischen dem BMVg und dem AA nicht identisch. Wir schreiben andere Berichte. Wenn ich einen politischen Bericht schreibe, dann schreibe ich über die Politik. Das BMVg muss oft

eine ganze Operation beschreiben: Logistik usw. Das ist eine ganz andere Art von Aufgaben, die nicht zwingend die gleiche Informationsdichte hervorsetzen. Ob uns das nicht ausreicht, wie gesagt, kann ich nicht beurteilen, bin ich nicht lange genug da gewesen. Aber dass die nicht identisch aussehen, ergibt sich, glaube ich, aus dem Auftrag.

Peter Heidt (FDP): Vielleicht noch abschließend: Hätten Sie die Möglichkeit gehabt, in das Einsatztagebuch vom BMVg Einsicht zu nehmen? Oder wahrscheinlich das nicht, ne?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, wir hatten ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu dem BMVg. Ich kenne auch dort die meisten aus dem Einsatz. Wenn da was war, dann haben wir uns sofort verstanden. Ich zögere, das Wort „kameradschaftlich“ zu nennen; aber es war kameradschaftlich. Also, wir haben ein sehr gutes Verhältnis zum BMVg auf allen Ebenen gehabt. Und dass wir nicht immer Sachen gleich sehen, weil wir eben unterschiedliche Aufträge haben, das, glaube ich, ist normal; aber das hat nie zu Reibereien oder so geführt. Das haben wir immer sehr gut ausge- -* Wenn es ein Problem gab, haben wir das immer sehr gut behoben.

Peter Heidt (FDP): Ich kann mit dem Begriff „kameradschaftlich“ was anfangen; ich war auch mal bei der Bundeswehr. Insofern völlig in Ordnung. - Anderes Thema. Am 22. August haben Sie eine E-Mail von Herrn van Thiel bekommen; MAT A AA-8.157 VS-NfD, Blatt 42. In dieser Mail bittet Herr van Thiel Sie, dass Sie darauf hinwirken sollen, dass Informationen über Vorgänge am Flughafen Kabul vertraulicher behandelt werden - Zitat -:

„wäre es möglich, dass daraufhin gewirkt wird, die Infos zu „weiteren Optionen“, wozu Pakete, die Bus Fahrten mit Taliban screening und Begleitung, Vögel etc., die höchst sensibel und völlig ungeeignet für öff. Diskussionen sind, cofintlieller zu behandeln. Leaks gefährden die Aktionen selbst und können zu Opfern führen.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr van Thiel weist auch darauf hin, dass die Botschaft sich in größerem Personenkreis bewusst vage und weniger äußert - Zitat -:

„Wenn wir aus Kabul und in diesen großen Runden zurückhaltend, kryptisch bis zur Unwissenheit etc. geben, dann, weil wir Menschenleben nicht gefährden wollen.“

Wie haben Sie die Bitte von Herrn van Thiel aufgenommen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Herr van Thiel bezog sich auf die Vorbereitung der Busoperation. Es ging ja darum, dass wir an dem Punkt waren, dass wir die Sammelpunkte festlegen. Wenn die Sammelpunkte bekannt geworden wären, hätten wir die Operation nicht mehr durchführen können. Das heißt, es musste wirklich geheim bleiben. Und da hat er einen Punkt. Ich habe, ehrlich gesagt - -* Ich weiß nicht, ob ich das kommentiert habe; aber ich hätte gesagt: Recht hat er. - Wir haben den Verteiler auch dann sehr klein gehalten.

Aber, ich glaube, es war auch gar keine Kritik an irgendwas, dass es zu breit war, sondern, ich glaube, es war die Sorge - ich habe auch mit ihm darüber geredet -, dass es zu breit verteilt wird, ab jetzt. Er hat selber - unter uns - auch einmal einen Verteiler genommen, der ganz schön breit war. Da haben wir das dann selber gestoppt und eingezogen und gesagt: Das jetzt aber bitte dann auch nicht machen. - Ich glaube, das war die Sorge, dass das nicht bekannt wurde. Ich glaube, wir haben insgesamt recht gut die Verteiler hinkommen. Ich stimme da Herrn Thiel vollkommen zu. Ich habe sie auch sofort weitergeleitet, auch an den Staatssekretär, dass wir auch in breiterem Kreise nicht darüber reden, also dass da keiner anfängt zu plappern und so.

Peter Heidt (FDP): Also, Sie haben dann schon gewisse Maßnahmen ergriffen, wie jetzt den Staatssekretär darüber zu informieren und das so ein bisschen zu begrenzen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe die Bitte zeitgleich, also mit Ankunft, glaube ich, direkt

weitergeleitet an den Staatssekretär mit dem Petition - was er natürlich auch weiß -, dass wir jetzt dieses Ding wirklich - -* Ich habe das auch mit ihm mündlich besprochen, diese Operation; die ist ja auch nicht ohne Risiko. Ich habe das mit ihm durchgesprochen; also, ich habe es schriftlich vermerkt. Er hat dann zugestimmt. Ich habe es aber noch mal mündlich erklärt: dass dann mit der Operation auch große Risiken verbunden sind. Sie hätte ja auch schiefgehen können, und dann hätten wir viele Tote gehabt oder was weiß ich. Deswegen war er vollkommen auf meiner Linie und hat gesagt: Wir dürfen das jetzt auch nicht in größeren Runden im Amt besprechen, sondern das ist jetzt wirklich geheim die nächsten Stunden.

Aber wir mussten natürlich im Krisenstab die Positionen schon verteilen. Wir haben ja zehn Teams à zwei Leute gehabt, die die Deutschen anschreiben mussten, anrufen mussten, denen mitteilen - -*Wir mussten ja für jeden fälschungssichere Ausweise drucken, dass wir die identifizieren können. Also, es ist ein sehr komplizierter Ablauf gewesen. An der Operation waren auf unserer Seite fast 100 Leute beteiligt. Dazu brauchte ich natürlich im Krisenreaktionszentrum bei 040 einen großen Verteiler; weil die Leute mussten mitlesen, was jetzt los ist. „Groß“ heißt: ein paar Leute. Aber da habe ich mit ihm auch drüber geredet, und das sah er genauso wie ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir wieder am Ende der Fragezeit, Herr Kollege.

Peter Heidt (FDP): Ach so. Ich hätte eine letzte Frage gehabt dann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann man tau.

Peter Heidt (FDP): Also, wissen Sie, ob irgendwann mal solche sensiblen Informationen in die Öffentlichkeit geraten sind?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich kann mich nicht dran erinnern.

Peter Heidt (FDP): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann sind wir am Ende dieser Runde und beginnen mit dem Kollegen Nürnberger. - Keine Fragen?

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben es bei der letzten Runde als letzte Fragen deklariert, und dabei bleibt es.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Wie ist es bei der Union? - Herr Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Zahneisen, ich schließe einfach daran an, wo wir das letzte Mal, in der letzten Runde, aufgehört haben: Thema Luftbrücke. Ich gehe gleich ein auf MAT A AA-8.137 VS-NfD_Austausch, Blatt 144 bis 145. Am 26. August 2021 schrieb einer Ihrer Kollegen - ich zitiere -:

„Um die Mittagszeit Info von Luftbrücke ...“

- in Klammer „M...“ Klammer zu -

„dass man eine selbständige Bewegung plane um unangemeldet zum Flughafen zu fahren.“

Zitat Ende. - Und später - Zitat Beginn -:

„... Anrufe von Luftbrücke über alle denkbaren Kanäle (BM, Potzel, H■■■■), man nähere sich dem South Gate und es müsse ein deutscher Vertreter mit den Amerikanern am Gate sprechen, damit sie durch dürften.“

Zitat Ende. - War die Luftbrücke über den deutschen Abzug und den Abschluss der deutschen Evakuierungsoperationen informiert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Kam der Transport auf das Flughafengelände - - Oder wurde, wie anderen unangekündigten Bussen, die Einfahrt aus Sicherheitsgründen verweigert?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Können Sie das bitte noch mal wiederholen? Welche Busse?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja. Also, kam der Transport auf das Flughafengelände oder nicht?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein, am 26. mit Sicherheit nicht.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Hat Ihrer Meinung nach die Luftbrücke damit die Probleme am Südtor verstärkt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Schreibt er denn, dass er zum Südtor gefahren ist? Sonst würde ich mir die Unterlage angucken.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich hatte es zitiert:

„... man nähere sich dem South Gate und es müsse ein deutscher Vertreter mit den Amerikanern am Gate sprechen, damit sie durch dürften.“

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich kann nur das sagen, was Herr van Thiel gesagt hat: Die vielen Busse, die nicht abgestimmt mit den Amerikanern dorthin gefahren sind, waren ein Problem. Am 26. hat sich ja kaum noch was bewegt an dem Gate. Wie gesagt, wir haben immer wieder in jedem Gespräch darauf hingewiesen, dass das gefährlich ist. Ich hatte am 25. die Entscheidung getroffen, dass wir keine Personen mehr an die Gates ranführen - das haben wir auch mitgeteilt -, und nach dem Abbey-Gate-Zwischenfall, den wir erwartet hatten, schon recht. Also, ich weiß jetzt nicht, um welche Uhrzeit das stattgefunden hat.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich würde auf eine weitere Mail von Ihnen eingehen. Das ist dann auch die letzte Mail, die ich zu diesem, ich sage mal, Bereich zitieren würde; aber weil es dann ein Bild ergibt oder einen gewissen Kausalverlauf. Und zwar beziehe ich mich hier auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

MAT A AA-8.59 VS-NfD, Blatt 132. 27. August 2021, und da schreiben Sie - ich zitiere -:

„In der Tat, keine Laissez passers, wenn Afghanen nicht mehr reinkommen, dann bringen wir sie nur in Lebensgefahr“

- und dann fett geschrieben -

„FÜR NICHTS!

Was die Luftbrücke macht ist ein Skandal!“

Zitat Ende. - Können Sie die Aussage für mich und für uns bitte einordnen? Was war passiert, und wieso riskierte die Luftbrücke Menschenleben Ihrer Meinung nach?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, das mache ich gerne. Es ging darum: Am 26. abends, kurz nachdem die Bundeswehr - „kurz“ ist um 3 Uhr so was - abgeflogen - - Um 5 Uhr, 6 Uhr war der Anschlag am Abbey Gate mit, ich weiß nicht, 150 Toten oder so was. Danach gab es eine schwere Explosion in Kabul. Und ich hatte Informationen von unseren Leuten, dass bis zu sieben Suicide-Bomber auf dem Weg sind zum verbliebenen Gate. Wir haben dann die Mitteilung bekommen von den Kataris, dass sie ihre Transporte einstellen, aber überlegen, eventuell noch weiterhin Ausländer zum Gate zu bringen. Ich habe das bis über die Nacht zurückgestellt, weil ich das einfach noch einmal überlegen wollte, ob wir das in der Nacht wollen. Wir haben dann den Kataris gesagt, dass wir glauben, dass sie das einschätzen können.

Was aber dann die Luftbrücke gemacht hat: Die Kataris waren nicht - -* haben keine Transporte mehr gemacht für Afghanen. Und dann haben sie es selber gemacht und wollten dann diesen Laissez-passier für die Nacht. Und den habe ich verweigert, weil mir das Risiko zu groß war. Ich fand, in dem Moment, wo ein Laissez-passier rausgegeben wird, ist es ja eigentlich für die

Leute, die dann einsteigen, ein Beweis, dass wir, Bundesregierung, das für sicher erhalten. Und das fand ich in dem Moment nicht richtig. Deswegen habe ich den verweigert. Wir haben das auch Herrn Marquard* mitgeteilt; ich nicht persönlich, sondern unser Point of Contact. Der* war dann auch auf dem Punkt, dass er empfiehlt, das abzubrechen. Ob sie dann am Ende losgefahren sind, weiß ich gar nicht so genau.

Aber ich habe immer betont - und das hat auch Herr H. dann zu Herrn Marquard* gesagt -, dass das nicht heißt, dass wir nicht mit der Luftbrücke weiter die Transporte machen wollen. Ich wäre auch bereit gewesen, die Laissez-passiers zu einer anderen Situation auszustellen; idealerweise zusammen mit den Kataris, aber notfalls auch ohne die Kataris. Aber nicht zu dem Zeitpunkt. Und darauf bezieht sich das. Das hat mich geärgert; das muss ich wirklich sagen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gut. Danke Ihnen. - Dann hierzu noch abschließend, weil Sie auch vorhin sagen - - Also, meine Frage wäre jetzt gewesen, ob Sie das der Leitung berichteten; aber Sie sagen ja, man ist im ständigen Austausch und berichtet darüber. Also, wenn Sie den Vorfall der Leitung damals berichtet haben, können Sie sich an die Reaktion erinnern? Gab es darauf eine Reaktion?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Sie sehen es: Im Verteiler, wo ich geschrieben habe, das „ist ein Skandal“, ist cc der persönliche Referent des Staatssekretärs, die Leiterin des Staatssekretärsbüros und die persönliche Referentin des Bundesministers. Also ich habe da mit meiner Meinung nicht zurückgehalten. Die wussten alle Bescheid, dass ich das gemacht habe.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Gab es da eine Reaktion?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Okay, danke Ihnen. - Dann möchte ich noch einen weiteren Vorhalt machen, und zwar: Herr Dr. Zahneisen, Sie und Ihre Kollegen entwarfen täglich einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herausforderungskasten für die Morgenunterrichtung des Ministers. Wie habe ich mir das vorzustellen? Wer sucht da die Themen heraus? Wie funktioniert das?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, das war an dem ersten Tag, als ich ankam, am 18. oder am 17., einer von beiden Tagen. Der Minister wollte eine speziell auf die Operation zugeschnittene Unterlage haben. Und, ich sage mal, das Format war letztendlich mir überlassen. Ich habe dieses Format dann gewählt mit meinem Team, weil wir wollten halt sagen: „Das sind die Herausforderungen, das müssen wir machen“, dass wir so aus dem Deskriptiven rauskommen. Das ist da los, und das war da letzte Woche. - Deswegen haben wir mit diesem Aufgabenkatalog angefangen, der mir, ehrlich gesagt, auch geholfen hat, für Teambesprechungen. Aber ich glaube, der Minister wollte es auch so haben, also so eine To-do-Liste vornedran.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wurden da in der heißen Phase besondere Schwerpunkte gesetzt? Haben Sie da Schwerpunkte gesetzt in der heißen Phase?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Na ja, es gab Schwerpunkte, die natürlich aus den Krisenstabssitzungen herauskamen. Es gab ja gewisse Aufgaben. Die haben ja immer wieder überlegt, verschiedene Ansätze zu prüfen, wie wir die Ortskräfte besser ranführen können. Da gab es verschiedene Überlegungen; die mussten wir natürlich nachverfolgen. Es gab dann den Auftrag zum Beispiel, jetzt verstärkt an die Deutschenliste ranzugehen, eben, was ich ja am Anfang geschildert habe, also Post-ELEFAND und Krisenfach 16. Solche Aufgaben, die waren zum Teil uns natürlich auch vorgegeben. Und dann waren es eben die Sachen, die wir aus dem operativen Geschäft mit Kabul identifiziert haben, was wichtig ist. Also eine Mischung aus Aufträgen, die wir bekommen haben, und Aufträgen, die sich aus der Operation selber ergeben haben.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wurden dem Minister täglich die aktuellen Zahlen zu deutschen Staatsbürgern zur Verfügung gestellt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Die Zahl der deutschen Staatsbürger, die ausgeflogen sind, oder, die vor Ort waren?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Beides.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Na ja, also ausfliegen war jetzt nicht so schwierig. Ich glaube, die waren in der Regel immer da. Wer dort ist, war ja das Problem: Wir wussten ja nicht, wie wir - - * Wir hatten das Gefühl, das sind viele. Und wir hatten dann erst nach dieser Auswertungs- und Kontaktaufnahme, wo wir dann natürlich - - Als wir dann welche identifiziert haben - das waren ja, glaube ich, 10, 15 Teams, die das gemacht haben -, haben wir natürlich dann wieder Neue gefunden, die die Leute kannten und so. So kamen wir dann ja relativ schnell auf eine hohe Zahl. Ich habe es leider vergessen; ich bin ein bisschen müde. Ich glaube, wenn man - - Zusammen 300 oder 400 oder 500, irgend so was waren das am Ende, also schon eine ziemlich hohe Zahl, die wir durch diese zweite Aktion dann gefunden hatten, die sich nie gemeldet hatten.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Sie erstellten darüber hinaus oder Ihr Bereich erstellte darüber hinaus auch Sprechzettel für Minister und Staatssekretäre als Vorbereitung für Krisenstabssitzungen. Können Sie mir kurz darlegen, wie das abgelaufen ist? Wer war dafür zuständig, und welchen Umfang hatte das?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Wir hatten ja bei 04 zwei Referate: das Referat 040 von Herrn Jokisch, das wirklich die operativen Sachen des Krisenreaktionszentrums durchgeführt hat, und wir hatten 041, das so eine Lageberichterstattung gemacht hat über Entwicklungen; das hat Herr G. geleitet. Und wir haben im Schwerpunkt natürlich das - - Wir haben morgens eine Lageunterrichtung für die Bundesregierung gemacht zur politischen - nee, nachmittags war es, glaube ich, abends war das bei uns; BND war morgens - - nachmittags eine Unterrichtung gemacht, die hat so Schwerpunktthemen, Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik oder so, aufgearbeitet für Leitungsebene. Und dieses Team - - Als die Krise losging, haben wir natürlich sofort diese Art von Berichterstattung eingestellt. Und in dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Team liefen eben diese Ministerunterrichtungen, aber die weitgehend dann doch bei mir liefen, weil ich da operativer war. Und dieses Team hat dann auch alle Unterrichtungen, alle Sprechzettel usw. im Schwerpunkt vorbereitet. Aber die liefen natürlich dann am Ende bei mir über den Tisch.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Genau. Und es gab ja noch AP.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Die AP gab es auch, ja.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Genau. - Die hatte ja die inhaltliche Federführung zu Afghanistan. Wie lief da die Aufgabenverteilung ab?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich sage mal, das operative Geschäft lief ausschließlich bei uns. Und die AP, beginnend mit der Abteilungsleiterin Frau Sigmund, war uns eine große Unterstützung, also die uns wirklich zugearbeitet hat, uns Kontakte abgenommen hat. Also die waren für uns ein wichtiger unterstützender Faktor. Aber die haben natürlich weiterhin die politische Lage bewertet, die haben die Gespräche geführt mit den Amerikanern zu größeren Themen, und das hatte jetzt nicht immer Berührungspunkte mit uns. Und die waren natürlich auch mit der Listenführung, den Bewertungen der Gefährdungslagen beschäftigt.

Insofern haben die eine andere Aufgabe gehabt. Sie waren nicht in dem operativen Geschäft der Evakuierung federführend involviert, aber sie waren da für uns ein wichtiger Partner. Auch politische Bewertungen von Personen, die, sagen wir mal, besonders gefährdet waren aufgrund ihrer politischen Rolle in Afghanistan, diese Listen haben die komplett weitergemacht. Und ja, da gab es ja auch außerhalb der Evakuierung noch viele politische Sachen zu machen.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Wir wissen aus den Unterlagen: Ihr Vorgänger hat Regieanweisungen für Krisenstabssitzungen geschrieben. Haben Sie das auch getan?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Zum Teil, wenn ich Zeit hatte. Das war wirklich sehr hektisch, und manchmal war ich auch ein bisschen müde. Also, ich habe schon versucht, gelegentlich aufzuschreiben für den Minister, was drankommen kann. Es ist ja auch letztendlich Teil der Gesprächsunterlagen. Also Sie bereiten ja den Minister nicht nur vor, dass er was sagt, sondern auch, was kommt. Also, ich sehe da jetzt keinen großen Unterschied zwischen der klassischen Ge- -* Ich würde das eher eine gute Gesprächsunterlage nennen, nicht eine Regieanweisung. Oder haben Sie da was anderes?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich glaube, das liegt im Rahmen, wie man das interpretiert, wahrscheinlich. - Also, Sie würden das als ständige Übung erachten, dass man Regieanweisungen für die Leitungsebene schreibt.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Also, ich mache keine Regieanweisungen. Also, ich schreibe eine gute Unterlage, in der drinsteht, was als Nächstes kommt. Also, eine Leitungsperson ist ja kein Lautsprecher. Der soll ja sich vorbereiten und dann auch wissen, was kommt. Deswegen muss natürlich ich ihn darauf hinweisen, dass wahrscheinlich vom BMVg das kommt, vom BMI das, und das könnte aus Kabul kommen. Und: Wie können wir darauf reagieren? Das sind mögliche Schlussfolgerungen. - Das schreiben wir ihm natürlich auf. Das würde ich, ehrlich gesagt, von meinem Team auch erwarten, wenn ich in die Sitzung gehe und leite. Also, ich nenne das nur nicht Regieanweisung; das ist für mich eine Gesprächsunterlage.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Alles klar. Bedanke mich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Wir wechseln zu den Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich muss auch noch mal so ein bisschen drum herum, so in die Richtung fragen, und zwar zu den Zuständigkeiten, ob ich da richtig informiert bin anhand der Unterlagen, die mir vorlagen, insbesondere zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Unterstellungsverhältnissen. Also, laut meinen Unterlagen waren Sie als Krisenbeauftragter, auch für das Krisenreaktionszentrum Herrn Staatssekretär Berger unterstellt. Aber mir ist aufgefallen, dass die Staatssekretärin Leendertse die Krisenstabssitzungen am 13. und 15. August geleitet hat. Können Sie mir da noch mal erläutern, ob das so eine Ausnahme war oder ob es auch weiteren Austausch mit anderen Staatssekretären gab? Und wenn möglich, wäre ich auch dankbar, wenn Sie mir sagen, ob es gar keine Gespräche von Ihnen zum Beispiel mit den Parlamentarischen Staatssekretären gab.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: 13. bis 15. war ich noch nicht da. Kann ich nicht beantworten. Meine Vermutung ist Urlaub oder - -* Ich weiß es nicht, vergessen; ich weiß es einfach nicht.

Die Frage war: „Haben wir auch Kontakt zu den Staatsministern gehabt?“?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja. Also, natürlich haben wir auch wichtige Informationen von den Staatsministern bekommen. Und Herr Annen hat eine ganz wichtige Rolle gespielt, die Kontakte mit Katar herzustellen, und hat das auch übernommen, hat auch mehrfach selber interveniert. Er war übrigens auch - -*Das passt vielleicht nicht ganz hierher; aber er war auch regelmäßiger Teilnehmer bei unserem Telefonpool. Er hat sehr viele Stunden auch im Krisenreaktionszentrum gesessen und hat freiwillig Telefondienst gemacht, Frau Müntefering auch. Aber oft waren das Infosachen, die bei ihnen aufgelaufen sind und - -*

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Beim Bürgertelefon jetzt oder beim Deutsche-Suchen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Bürgertelefon.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dann hätte ich noch mal eine Nachfrage zu diesem Thema, wo ich in der vorherigen Runde nicht mehr weiterfragen konnte. Und zwar geht

aus dieser E-Mail, an die Sie sich ja erinnern, halt hervor, dass der Herr Jokisch Ihnen berichtet hätte, dass Sie alle Van-Thiel-Mails dem Staatssekretär Berger zuleiten sollten. Sie haben jetzt aber von einer gesprochen, und in den Akten ist auch eine. Können Sie das vielleicht noch mal einordnen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Mein Verständnis war: Es ging um die regelmäßigen Updates, die van Thiel geschrieben hat, aus Kabul. Und die hat er danach regelmäßig bekommen. Also es war eigentlich nur die Frage, wie man es einstellt. Am Anfang haben wir es, glaube ich, physisch weitergeleitet. Ich glaube, am Ende war er einfach auf dem Verteiler mit drauf. Darum ging es. Es ging nicht - - Ich glaube, die Mail von Thiel bezog sich - - Die Unterrichtung, das war nicht nur von Thiel, sondern die Berichterstattung aus Kabul. Die meisten Mails, die Herr van Thiel mir geschrieben hat, hat er sowieso immer cc an Herrn Berger gegeben, also die haben das meistens sowieso - - Wenn es wirklich mal was gab, was er mir einzeln berichten wollte, dann war meistens oder, ich glaube, eigentlich fast immer Herr Berger cc - oder direkt an uns beide.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, also das war zwar etwas, was Ihnen dann der Herr Jokisch berichtet hat, aber was Sie dann in Zukunft eh gemacht haben, dass alle Mails weitergeleitet wurden. Und es hat Sie auch nicht verwundert, dass der Herr Berger die Mails wollte.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Ich habe gesagt: Er hat mich, glaube ich, auch selber an- -*Ich habe ja morgens immer eine Runde mit ihm gehabt, im kleinen Rahmen, und da sagte er: Ach, setzen Sie mich gleich auf den Verteiler bei den Unterrichtungen aus Kabul drauf. - Und darum ging es eigentlich. Und ich fand das vollkommen normal, einfach weil - -*Ich glaube, das Argument war: Es ist nicht notwendig, dass ich ständig alles weitergeleitet bekomme; ich möchte es direkt sehen. - Ich glaube, das war die Logik.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Also, es ist ja schon so, dass diese außerordent-



Nur zur dienstlichen Verwendung

liche Situation, in der Sie waren, halt den Eindruck auf mich macht, dass Sie dort vieles selber entscheiden mussten. Und insoweit interessiert mich schon, in welchen Bereichen es nicht nur diese Unterstützung durch die Abteilungsleitung gab, sondern in welchen Bereichen Sie sich eben gegebenenfalls mit dem Herrn Berger oder auch mit dem Minister abgestimmt haben. Ich kenne das ja selber auch aus Ministerialverwaltungen, dass man halt gegebenenfalls Vorlagen macht, aus denen auch Optionen des Reagierens entstehen können. Und können Sie uns da noch mal erhellen, wie so der Abstimmungsbedarf - - also ob Sie zum Beispiel überhaupt einen hatten, oder ob Sie was vorgegeben haben und der Minister hat dann zugestimmt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich hatte mehrfach am Tag Kontakt mit Herrn Berger. Herr Berger hat auch aktiv mich unterstützt, wenn er das Gefühl hatte, er kann was machen. Er hat teilweise Sachen mitgelesen, hat nachgefragt bei seinem US-Counterpart, ob da was dran ist an dem Gerücht. Also vieles hat er mir einfach abgenommen und gesagt: Das kann ich auf meiner Ebene weiterdrehen. - Ich habe nicht eine einzige Situation erlebt, wo ich nicht - na, vielleicht mit Ausnahme 4 Uhr morgens - in Minutenschnelle eine Antwort und eine Lösung bekommen habe, a) eine Entscheidung oder b) eine Unterstützung. Insofern war das eigentlich nicht wirklich eine - -*Das war eine sehr kollegiale Zusammenarbeit. Er war mein Chef, aber das war eine sehr flache Hierarchie.

Den Minister habe ich regelmäßig gesehen, eigentlich jeden Tag. Ich habe mit ihm in der Regel vor der Krisenstabssitzung gesprochen und danach. Das Angebot stand immer da, dass ich jederzeit zu ihm komme, wenn ich Gesprächsbedarf habe oder Handlungsbedarf habe. Ich hatte nicht wirklich Sachen, die ich mit ihm hätte besprochen müssen, die ich nicht hätte mit Herrn Berger lösen können. Insofern bin ich da altmodisch: Ich gehe dann eine Hierarchie hoch, aber nicht zwei, wenn ich das Problem gelöst bekomme.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Sinne der Funktionalität meinen Sie das jetzt. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Bitte?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Sinne der Funktionalität.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, ich finde immer, man soll Probleme lösen auf den Ebenen, wo man sie lösen kann, und dann geht man eine Etage höher. Meine Probleme, wo ich Entscheidungsbedarf sah, habe ich mit Herrn Berger gelöst. Und ich denke, immer wenn Herr Berger das Gefühl hatte, er muss den Minister befassen, dann hat er das auch getan.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und umgekehrt hatten Sie aber auch den Eindruck, dass das nicht erforderlich war. Aber es war jetzt - - Genau, so weit habe ich das verstanden.

Jetzt würde ich einen anderen Komplex gerne noch mal beleuchten. Und zwar ist das MAT A AA-8.62 VS-NfD, Blatt 71 bis 73, Stichwort: Thesenpapier BMI, Staatssekretär Engelke, zu künftigem Aufnahmeprogramm. Also das ist sozusagen am Ende Ihres Einsatzes. Sollen wir Ihnen das mal vorlegen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Gerne. Also, ich habe mich mit dem Thema kaum noch befasst. Ich habe dann wirklich schon die Übergabe gemacht, wenn ich ehrlich bin.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht - - Also, meine Frage bezieht sich dann halt schon auch auf den Stichtag 01.09. „Was verändert sich eigentlich ab diesem Stichtag im Verfahren im Vergleich zu dem, wie es vorher war?“, wäre so meine erste Frage.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Da muss ich bitte - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insbesondere mit Blick auf die Gefährdung der Ortskräfte und das Verfahren bei den Ressortbeauftragten: Vielleicht können Sie da mal - -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich fürchte, Frau Abgeordnete, das kann ich Ihnen nicht mehr beantworten. Das ist am 3. abends. Da war ich wirklich eigentlich schon fast am Ende meiner Zeit. Und die Bewertung, das geht ja sehr tief in - -* Ich bin sicher, dass ich da keine spontane Reaktion sozusagen - - Dann müsste man das analysieren. Das ist so eine Abstimmungsfrage, auch im Auswärtigen Amt, wie die einzelnen Bewertungslagen gesehen wurden. Das, glaube ich, kann ich jetzt nicht beantworten, zumal ich mit der Thematik ja auch nicht befasst war. Wir haben ja nie über die Listen per se gesprochen, sondern wir haben die Listen ja nur genutzt.

(Der Zeuge blättert in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zum Stichpunkt 31. - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht sagen Sie noch mal, womit Sie abgeschlossen haben. Ich glaube, dann kann ich es auch gut nachvollziehen.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich habe halt die letzten beiden Tage - - Also bis zum Freitag haben wir noch die Restbestände an Operationen - -* Es gab so noch ein paar kleinere Sachen, etwas kleinere. Es war immer die Frage, ob wir einige Leute auf dem Landweg rausbekommen. Auf die Sachen habe ich mich konzentriert, habe das Wochenende noch gemacht, den Wochenenddienst. Am 7., Montag, war ich dann definitiv raus. Dann hat Herr Buck übernommen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gab es denn eine Übergabe an Herrn Buck?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ja, ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns das noch mal schildern, was da

prioritär war oder was Sie da noch übergeben konnten?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Na ja, die wirklich heiße operative Phase war ja weitgehend abgeschlossen. Ich war dann, glaube ich, am Montag und Dienstag auf jeden Fall noch mal im Büro und habe aufgeräumt und ein bisschen sauber gemacht, die Unterlagen für den Untersuchungsausschuss fertig gemacht.* In der Zeit habe ich natürlich immer wieder mit Herrn Buck gesprochen, weil wir ja beide da waren. Ich war dann in einem Nebenzimmer schon und habe dann eine mündliche Übergabe gemacht. Aber ich habe jetzt keinen schriftlichen Übergabevermerk gemacht, zumal Herr Buck ja auch schon das Wochenende davor mich vertreten hat, als ich mal Pause gemacht habe. Insofern war der Übergang ja über fast zehn Tage. Insofern gab es da jetzt nicht so furchtbar viele Überbrückungen, zumal ja wirklich das große operative Geschäft eigentlich beendet war. Zugegeben: Ich hatte ein, zwei Entführungsfälle, die ich mit ihm besprechen musste, aber das hatte jetzt nichts mit der Operation zu tun.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann haben Sie das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Zahneisen, laut einer Mail - MAT A AA-8.142, Blatt 19 - von Jan Hendrik van Thiel am 21. August wird unter anderem an Sie im Zusammenhang mit den geplanten Evakuierungsaktionen der Bundeswehr „jenseits des Zauns“ berichtet, dass dies - und das ist ein Zitat - nicht „nach außen kommuniziert werden“ darf, da „es ja keine pol. Freigabe für die erforderlichen kostenträchtigen Deals mit den TLB gibt.“ Wissen Sie, welche Probleme für Herrn van Thiel vor Ort gegeben waren, dass er von diesen „erforderlichen kostenträchtigen Deals“ mit den Taliban spricht?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das muss ich mir angucken.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt muss ich noch mal nachfragen wegen der Frage.

Joachim Wundrak (AfD): Die Frage ist: Wissen Sie, welche Probleme Herr van Thiel vor Ort hatte, dass er von diesen „erforderlichen kosten-trächtigen Deals“ mit den Taliban für die Operation jenseits des Zaunes sprach? - Die Evakuierungsaktionen jenseits des Zaunes: Sie haben ja eben selber über diese Besonderheiten gesprochen und die Schwierigkeiten, die da aufgetreten sind. Ist Ihnen bekannt, dass hier Zahlungen durchgeführt worden sind, -

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein.

Joachim Wundrak (AfD): - ob aus deutscher Hand oder wem auch immer?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Nein. Also, wenn Ihr Verständnis „kostenträchtig“ Geld ist: Ich kann mich nicht erinnern, je eine Diskussion gehabt zu haben, wo über Geld an Taliban gesprochen wurde.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, herzlichen Dank. - Meine letzte Frage: Sie sind ja sicherlich auch noch beteiligt worden am Lessons-learned-Prozess über diese Operation. Mich interessiert, weil Sie das auch eben angesprochen haben, dass Sie über die vielen Jahre in mehreren Krisen beteiligt waren an der Bewältigung, insbesondere Ihre Ansicht: Wie können wir Krisenfrüherkennung besser gestalten? Ich denke, das wäre auch für uns eine wichtige Erkenntnis, zu der Sie beitragen können.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das ist eine nicht ganz leichte Frage. Also, ich habe mich ja im Auswärtigen Amt sehr viel mit Früherkennung beschäftigt, bevor ich dann - - als ich noch S 03,* in der Abteilung S war. Wir haben ja auch Methoden der Früherkennung versucht zu verbessern. Man kann natürlich viel erkennen. Am Ende ist es natürlich auch viel Intuition, das Richtige zu sehen frühzeitig. Also, manchmal ist es auch so, dass Leute, die nicht so damit beschäftigt sind, Tendenzen eher sehen als die, die sehr tief drinstecken. Ich kann das auch für mich persönlich sagen: Also, manchmal, finde ich,

sieht man Sachen klarer, wenn man nicht so viel Ahnung davon hat; man sieht die Abfahrt schneller.

Wenn wir die Früherkennung richtig hinbekommen, dann muss es eine Früherkennung sein, die sich nicht auf die Bubble beschränkt, sondern wir müssen wirklich mit Leuten reden, die andere Blickwinkel drauf haben. Ich glaube, dann wird die Früherkennung besser. Einfach nur gemeinsam zu trainieren und gemeinsam Brainstorming zu machen, was man beim nächsten Mal besser macht, bringt nicht so furchtbar viel. Ich glaube, die Kunst ist, das wirklich zu öffnen. Aber dann kommen Sie halt wieder an den Punkt, wenn Sie über Staaten reden und Sie machen eine große Runde, ob Regierung B in den nächsten sechs Wochen zusammenbricht, mit einer großen Gruppe von Leuten, die alle in Thinktanks arbeiten, in der Zivilgesellschaft, dann - -* Sie haben ja auch noch Beziehungen zu den Ländern.

Es ist alles leichter gesagt als getan, finde ich, in der Früherkennung. Aber ich glaube, wir müssen einfach mehr in Szenarien denken. Ich glaube, viel von der Früherkennung - - Mir ist eine Sache aufgefallen, als ich das Referat geleitet habe für zivile Stabilisierungseinsätze: Wir haben immer, bei jedem Projekt, drei Szenarien für das Jahr definiert - Worst Case, Best Case und wahrscheinlichstes Szenario -, dass wir uns irgendwie bewerten können: Was ist eigentlich das Risiko, das wir eingehen? Und was kann da - -* Allein schon der Zwang, sich Szenarien vorstellen zu müssen und darauf dann eine Empfehlung aufzubauen, ist eine Sache, die, finde ich, wir generell nicht gut machen in Deutschland.

Als ich studiert habe - ich hatte mal ein Sabbatical-Jahr in den USA in Harvard -, da habe ich ein Vorlagensystem kennengelernt, das die Amerikaner haben, die mit Szenarien anfangen. Also man muss erst mal drei Szenarien vorstellen, und dann darf man begründen, warum man das nimmt.* Wenn dem Chef die drei Szenarien schon nicht gefallen - also ewiger Frieden, Atomkrieg und „Wir machen gar nichts“ -, dann kann man das direkt zurückschicken. Diese Art von Optionen-Denken, Szenarien-Planen, das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht gut verankert, nicht nur im Amt, generell. Wir sind sehr deskriptiv und sehr prozedural orientiert. Und ich glaube, das versperrt manchmal den Blick auf die Realitäten.

Joachim Wundrak (AfD): Kurze Nachfrage dazu. Wunschdenken: Spielt das eine Rolle, was Sie beobachtet haben, dass man sich bestimmte Sachen positiv wünscht oder denkt?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Na, ich glaube, das ist ja in allen Lebenslagen so, dass man Sachen anders interpretieren kann. Ich glaube nicht, dass das das Hauptproblem ist. Glaube ich nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So kommen wir auch zu philosophischen Betrachtungen in diesem Ausschuss und wechseln zur FDP-Fraktion.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Vielleicht eine ganz kleine Nachfrage noch: Der Herr Diehl, der war ja am 18. August noch als Teilnehmer von der Krisenstabssitzung aufgeführt, Sie auch. Das ist MAT A AA-8.06 VS-NfD, Blatt 81. Da haben Sie also wohl beide teilgenommen. Wissen Sie, ab wann der Herr Diehl dann wirklich richtig raus war?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: An dem Vormittag. Ich habe, glaube ich, die Rolle offiziell gegen Mittag übernommen. Ich kann jetzt nicht die genaue Uhrzeit sagen, 14 Uhr oder so was. Und danach gibt es 04-L Diehl nicht mehr; dann gibt es nur noch mich.

Peter Heidt (FDP): Okay, danke. - Was anderes - letzte Sache -: Am Flughafen in Kabul betrieben die deutschen Kräfte eine Schleuse. Wir haben hier auch schon gehört, dass es eher eine EU-Schleuse war und nahezu alle EU-Bürger hier abgewickelt wurden.

In den Unterlagen findet sich dazu auch ein E-Mail-Verkehr vom 18. August 2021; MAT A AA-9.10 VS-NfD, Blatt 19 bis 20 - Zitat -:

„Together with US troops, German Paratroopers are operating a security lock at the North Gate of the military airport. Through this, we try to secure the entry of EU nationals in an as safe and orderly as possible manner.“

Mir ist nicht ganz klar, ob Sie diesen Zeitpunkt schon übernommen haben - Sie haben ja gesagt, ab Vormittag waren Sie dabei, dann jetzt mittags -, aber ich gehe davon aus, dass Sie den Vorgang kennen. Wurden Sie im Vorfeld darüber informiert, dass der Herr Plötner eine solche Information an die Partner sendet, oder ist vielleicht der Herr Diehl davor informiert worden? Haben Sie das mitbekommen?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Können Sie mir bitte noch mal sagen: Die Frage mit Herrn Plötner, die habe ich nicht ganz verstanden, akustisch.

Peter Heidt (FDP): Ja. Ob Sie im Vorfeld informiert worden sind, dass der Herr Plötner so eine Information an die Partner versendet.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Müsste ich mir kurz angucken.

Peter Heidt (FDP): Hört eigentlich der ganze Raum diese Musik im Hintergrund, oder hört nur - -

(Heiterkeit)

Okay. Der Vorsitzende ist schon unruhig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, nein, der Raum wird nicht beschallt, sondern das ist vor der Tür. Das soll uns motivieren, Herr Kollege.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Man ist ja langsam müde, sorry.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge liest weiter in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Ich meine: Dass wir das North Gate übernehmen, war ja eine Absprache. Insofern ist da nichts Geheimen dran. Das war ja die Arbeitsteilung auf dem Gate, dass er da informiert. Der Eingang für alle ausländischen Personen, die in den Flughafen kommen, war ja das North Gate. Dass er darauf hinweist, dass das jetzt öffnet, kann ich nachvollziehen.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie noch, wie die Idee zustande kam? War das eine Idee aus dem AA, oder wo kam diese Idee her?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Welche Idee?

Peter Heidt (FDP): Dass das North Gate eben für die ganzen EU-Partner vorgesehen wird.

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Wie das zustande kam, kann ich nicht beantworten. Es war nur immer Fakt, der ursprüngliche Plan - so habe ich den am 18. auch wahrgenommen, als ich angefangen habe -, dass das North Gate das Tor sein soll, wo alle Ausländer hinkommen sollen. Das hat sich irgendwie später mit der dramatischen Lage Richtung East Gate verlagert und dann immer ein Gate weiter. Aber die ursprüngliche Intention war, dass das primär - primär! - von den Nichtafghanen benutzt werden soll.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie eigentlich, ob es noch andere Schleusen von EU-Nationen oder den Briten gegeben hat?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Das kann ich so, glaube ich, nicht beantworten. Es gab halt das East Gate, das benutzt wurde, es gab das Abbey Gate, und es gab das South Gate. Das South Gate spielte am Anfang gar keine Rolle; das wurde ja dann benutzt für die Bustransporte. Und das hat sich halt wie so eine Welle fortgezogen. Am Anfang war es halt das primäre Ziel, das North Gate zu benutzen, weil das North Gate ist eine sehr ruhige Ecke; da ist nichts dahinter. Die südlichen, das Abbey Gate, gehen in die Stadt rein; Norden ist ziemlich leer. Wenn ich hätte wählen

müssen, ich hätte das auch genommen. Und die Idee war, dort das in Ruhe zu machen. Das hat sich natürlich in der Stadt rasend schnell rumgesprochen, dass man da reinkommen könnte. Am Anfang war es ja explizit nur für Ausländer, nicht für Ortskräfte. Das war die US-Planung, auf die wir ja keinen Einfluss hatten oder keinen großen.

Und dann entwickelte sich die Lage am North Gate immer dramatischer; das fing ja schon am 17., 18. an. Dann hatten wir ja diese Bilder; da sind sie auch durchgebrochen, viele Leute, Richtung Rollfeld. Die Bilder kennen Sie ja. Und dann wurde schrittweise zur Entlastung das East Gate benutzt, dann später das Abbey Gate für Fußgänger, sodass am Ende sich schrittweise die Sachen nach Süden verlagert haben. Und nach fünf, sechs Tagen war dann eigentlich, de facto das North Gate schon nicht mehr zu benutzen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, weil es wurde dann auch relativ früh geschlossen, früher als die anderen Gates im Süden, weil sich eben das Problem verlagerte von den Einzelzugängen zu Fuß hin zu den Buskonvois.

Peter Heidt (FDP): Ist denn mit den anderen EU-Krisenstäben darüber gesprochen worden? Gab es da auch mal ein Treffen, oder wie ist darüber kommuniziert worden?

Zeuge Dr. Thomas Zahneisen: Ich glaube, die Abläufe sind einfach anders. Verzeihung, wenn ich das so sage. Also, die meisten Länder hatten ja kleine Teams drin, also Irland, Luxemburg, selbst die kleinen. Die meisten hatten ja ein Problem in Afghanistan mit Ortskräften und waren physisch präsent. Das heißt, die Briefings liefen vor allem im Flughafen ab, mit Herrn van Thiel und seinen Kollegen, und dann waren eben auch alle anderen dabei. Und die haben dann zurückgefunkt nach Hause, was besprochen wurde. Das heißt, der Austausch zwischen den Stäben war nicht wirklich notwendig. Wo ich - und das habe ich ja gesagt - regelmäßig Kontakte hatte, war halt mit kleineren Staaten, die nicht wussten, was los war; die haben nachgefragt. Aber auch das hat im sehr starken Maße eben die EU gemacht. Da gab es auch Austausch; die Delegation war ja auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

vertreten. Die haben viele von diesen Informationen dann weitergegeben über ihre Kanäle. Aber, wie gesagt, für uns war dieser Austausch nicht wirklich relevant, weil die Informationen waren ja alle die gleichen. Wir haben die alle direkt von dem NATO-Briefing im Flughafen bekommen.

Peter Heidt (FDP): Okay, dann vielen Dank für Ihre sehr nachvollziehbaren Antworten. Das ist nicht bei jedem Zeugen so; das möchte ich ausdrücklich mal festhalten. - Wir sind so weit fertig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist sicher zutreffend, Herr Kollege. - Dann sind wir am Ende dieser Runde. Ich frage, ob es noch - ich nenne das jetzt mal nicht „Restfragen“ - verbleibende Fragen gibt. - Sehe ich nicht.

Dann, Herr Zeuge, dürfen wir uns bei Ihnen bedanken. - Die Befragung ist formell noch nicht abgeschlossen. Sie kriegen das Protokoll und haben 14 Tage Zeit, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Und dann würde der Ausschuss förmlich feststellen, dass das beendet ist. - Herzlichen Dank. Alles Gute für Sie!

Ich unterbreche die Sitzung bis um 20.05 Uhr. Und dann fahren wir mit dem nächsten Zeugen fort.

(Unterbrechung von
19.50 bis 20.08 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dirk Faust

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße jetzt unseren dritten Zeugen, Herrn Generalmajor Dirk Faust, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. General Faust, Sie haben den Erhalt der Ladung am 20. Dezember 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Herr General Faust, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz vor. Sie ist für jeden wortgleich, also insofern im Amts- und Gesetzesdeutsch verfasst.

Sie sind als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss geladen. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das bedeutet, dass Sie richtige und vollständige Angaben machen müssen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dirk Faust: Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern, und bei der Gelegenheit mich auch mal wieder bedanken bei den Protokollanten, die hier hervorragende Arbeit leisten. Das will ich ab und an immer mal tun; denn die sorgen dafür, dass wir unsere Arbeit auch so machen können.

Es ist wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Dirk Faust: Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich werde Sie jetzt eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wünschen. Anschließend oder falls Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Noch Fragen zum Ablauf?

Zeuge Dirk Faust: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann haben wir aber jetzt endlich Fragen an Sie, nämlich: Wenn Sie sich zu Beginn Ihrer Vernehmung mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift bitte vorstellen.

Zeuge Dirk Faust: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Dirk Faust. Ich bin 57 Jahre alt und Soldat. Die ladungsfähige Anschrift ist die Division Schnelle Kräfte in der Moltkestraße in 35260 Stadtallendorf.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr General Faust, Sie können jetzt, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Dirk Faust: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Erst mal vielen Dank, dass ich hier sein darf, um meinen Beitrag im Untersuchungsausschuss zu leisten. Ich möchte gerne ein kurzes Eingangsstatement abgeben.

Ich bin seit 1986 Soldat und habe an vier Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilgenommen. Ich war in Somalia, in Afghanistan, in Kosovo und in Liberia. Dazu kommt die militärische Evakuierungsoperation im Sudan, die ich im letzten Jahr als Kommandeur des Evakuierungsverbandes geführt habe. Und ich bin derzeit auch der Kommandeur eines möglichen Evakuierungsverbandes für eine mögliche Evakuierung aus dem Libanon.

Ich bin in meiner eigentlichen Verwendung Kommandeur der Division Schnelle Kräfte und führe in dieser Verwendung bis zu 15 000 Soldatinnen und Soldaten in einem Großverband des Heeres -

Fallschirmjäger, Gebirgsjäger, Spezialkräfte und auch Hubschrauberkräfte. Dazu kommt eine niederländische Brigade mit ebenfalls mehreren Tausend Soldatinnen und Soldaten, die mir für Ausbildung und Übung unterstellt sind.

Unser Auftrag ist Landes- und Bündnisverteidigung. Wir führen durch Ausbildungsunterstützung Ukraine im Rahmen der europäischen Trainingsmission. Wir verantworten heeresseitig die Kontingenteinsätze der Bundeswehr mit entsprechender Heeresbeteiligung und nicht zuletzt, wie bereits angesprochen, das nationale Risiko- und Krisenmanagement mit den Evakuierungseinsätzen.

Vorher, vor dieser Verwendung, war ich der Unterabteilungsleiter im BMVg SE II in der Abteilung „Strategie und Einsatz“ von März 2020 bis März 2022. In dieser Verwendung gehörten zu meinen Aufgaben - die Beschreibung liegt mir vor; ich möchte es noch mal ganz kurz auszugsweise wiedergeben - das Leiten und Koordinieren der gesamten inhaltlichen Arbeit innerhalb der Abteilung SE und für die Unterabteilung zu den Themenbereichen Militärpolitik. Hier ging es im Wesentlichen darum, den Herrn Generalinspekteur mit allen Fragen zu NATO und EU zu befassen, zu beraten und vorzubereiten auf entsprechende Besprechungen, Sitzungen, Tagungen und Gremien, einschließlich von Spitzenpersonalbesetzungen von Auslandsdienstposten. Mit Blick auf Militärstrategie war es in meiner Verantwortung, den deutschen Kräftebeitrag von der Bundeswehr zu Bündnissen und mandatierten Einsätzen, Operationen und Missionen zu planen und zu prüfen und insgesamt mit Blick auf alle Einsätze, laufenden Einsätzen den entsprechenden Ansatz von Kräften in multinationaler Abstimmung und Koordinierung.

Die Unterabteilung ist Weisungsgeber gewesen gegenüber dem Einsatzführungskommando in allen Belangen der Einsätze und damit natürlich auch konkret für den Einsatz in Afghanistan, aber auch gegenüber den Führungskommandos anderer Teilstreitkräfte, soweit entsprechend zutreffend. Das bedeutete natürlich eine sehr enge



Nur zur dienstlichen Verwendung

regelmäßige Abstimmung mit dem Einsatzführungskommando in allen Dingen, die die Einsätze betreffen.

Darüber hinaus habe ich oder hat die Unterabteilung unter meiner Führung die gesamte inhaltliche Arbeit zu koordinieren gehabt mit den anderen Abteilungen und Unterabteilungen des BMVg, insbesondere natürlich der Abteilung „Politik“, aber auch ressortübergreifend mit dem AA, dem BMZ und dem BMI. Ich habe den Abteilungsleiter - selten - anlassbezogen vertreten in Besprechungen innerhalb des Hauses, in ressortübergreifenden Besprechungen und auch in parlamentarischen Gremien, zum Beispiel dem Verteidigungsausschuss. Nicht in der Dienstpostenbeschreibung aufgeführt war die Leitung einer Arbeitsgruppe, die zum Thema hatte den Einsatz von Streitkräften im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung.

Was waren meine Berührungspunkte bisher mit Afghanistan? Ich erwähnte es: einmal der Einsatz in Afghanistan selber; das war von 2007 auf 2008. Ich war dort der Führer eines Einsatz- und Unterstützungsverbandes Kabul. Das waren bis zu 400 Männer und Frauen, die unter meiner Führung im Großraum Kabul logistische Aufgaben und Patrouillentätigkeiten im multinationalen Verbund durchgeführt haben. Das war für mich das erste Mal, dass ich in Afghanistan mit der Bevölkerung, natürlich mit afghanischen Sicherheitskräften, multinationalen Truppenstellern und auch Vertretern anderer Ressorts im Einsatz im Sinne des vernetzten Ansatzes in Berührung gekommen bin.

Von 2013 bis 2015 war ich der Referatsleiter des Referates SE II 1, des Afghanistan-Referates in der Abteilung „Strategie und Einsatz“, und habe in dieser Funktion den Übergang von ISAF zu Resolute Support verantwortlich mit dem Referat mitgestaltet und auch im Rahmen dieser Aufgabe mehrere Reisen in das Einsatzgebiet durchgeführt.

Als UAL war ich natürlich - und auch gerade im Untersuchungszeitraum - mit Afghanistan befasst. Ich habe die Unterabteilung Ende März 2020 übernommen, wurde aber sofort als Leiter

des Lagezentrums Corona im BMVg eingesetzt bis Mitte Juli 2020, sodass ich die eigentliche Aufgabe als Unterabteilungsleiter erst nach dem Urlaub im August 2020 übernommen habe. Während meiner Funktion als Leiter Lagezentrum und auch im Urlaub wurde die Unterabteilung durch einen Vertreter - im Regelfall ein Referatsleiter - geführt.

Wie sah die Unterabteilung aus? Die Unterabteilung verfügte über fünf Referate, SE II 1 bis SE II 5. Vier, also SE II 1 bis 4, waren sogenannte Regionenreferate, die sich mit Einsätzen und Militärpolitik in einer jeweils festgelegten Region der Welt befassen. Das fünfte Referat war das NATO-Referat, das im Wesentlichen die Aufgaben, die ich eben im Zusammenhang mit dem Generalinspekteur - NATO, EU - erwähnte, ausgeführt hat. Heißt: In der gesamten Unterabteilung, die aus fünf Referaten bestand, gab es nur ein Referat, das für Afghanistan verantwortlich zeichnete. Ich als Unterabteilungsleiter war aber verantwortlich für die gesamte Bandbreite aller fünf Referate in der Auftragsbefreiung.

Die Aufgabe des Referats SE II 1, das sich mit Afghanistan beschäftigt hat, war nicht Einsatzlogistik und materielle Rückverlegung und auch nicht militärische Sicherheit und die Sicherheitslage im Einsatz. Die Einsatzlogistik liegt in und lag in der Verantwortung der Unterabteilung III, die militärische Sicherheit in der Verantwortung der Unterabteilung I. Aber natürlich gibt es Schnittstellen. Wenn Sie gestatten, will ich das gerade an einem kleinen Beispiel machen.

Nehmen wir die Beendigung des Einsatzes in Afghanistan und damit die Rückverlegung von Material und Truppe. Natürlich verantwortet die Unterabteilung III die Abzugsplanung logistisch. Sie gibt entsprechende Zeitlinien und legt fest, wie viel Material in welchen Zeiträumen auf welchen Transportwegen nach Deutschland kommt. Das kann sie aber nur, wenn das Referat SE II 1 die entsprechenden Planungen macht auf der Grundlage: Welche Kräfte brauche ich in Afghanistan wie lange mit welchem Gerät und welchen Fähigkeiten? Also beispielsweise: Wie lange brauche ich meine Hubschrauber? Ab wann kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich sie zurückverlegen? Kann ich auf multinationale Truppensteller ausweichen? Wie lange brauche ich meine eigenen Drohnen? Wie lange brauche ich Fahrzeuge in welcher Stärke? Wann werden multinationale Kräfte herausgelöst? Muss ich gegebenenfalls eigene Kräfte noch einmal einfliegen, um in einer Schwächephase den Abfluss multinationaler Kräfte auszugleichen? - Und das Ganze basiert auf der Einschätzung und Bewertung der Bedrohungslage durch die Unterabteilung SE I.

Auch nicht in die Verantwortung der Unterabteilung II fällt oder fiel der Bereich militärische Evakuierungsoperationen; das ist die Unterabteilung I gewesen. Ich selber war zum Zeitpunkt der Evakuierungsoperation aus Kabul mit der Familie im Urlaub, hatte sofort angeboten, den Urlaub abzubrechen und ins BMVG zurückzukehren; wurde aber durch die Abteilungsleitung als nicht erforderlich erachtet.

Wie sah mein Alltag als Unterabteilungsleiter praktisch aus? Zunächst war natürlich der ganze Alltag stark durch die Coronapandemie geprägt. Das heißt: kaum Personal in Präsenz vor Ort, viel Personal befohlenermaßen im Homeoffice, Besprechungen nur über VTC oder Telefonschalten, später, nach Beendigung der Coronaphase, dann auch wieder mehr Besprechungen in Präsenz.

Ich war als Unterabteilungsleiter die Schnittstelle zwischen der Abteilungsleitung und den mir unterstehenden Referaten. Das heißt, Aufträge, die von der Abteilung bei uns eingegangen sind, sind bei mir ausgewertet worden; sie wurden geprüft und wurden dann als Aufträge an die Referate in der jeweiligen Zuständigkeit weitergegeben. Das, was von den Referaten nach oben geliefert wurde, habe ich entsprechend geprüft und entweder zurückgegeben oder dann weiter an die Abteilungsleitung nach oben gegeben. Also war der Tag im Wesentlichen geprägt, wie eben angesprochen, durch Besprechungen per VTC, durch Telefongespräche, durch Schriftverkehr oder auch durch Vorlagenbearbeitung, allerdings nicht nur intern, sondern auch in der multinationalen Abstimmung mit Bündnispartnern oder, wie angesprochen, mit anderen Ressorts.

Es gab darüber hinaus standardisierte Besprechungsformate innerhalb der Abteilung. Das war einmal die UAL-Runde auf Ebene der Abteilungsleitung mit den Unterabteilungsleitern. Zweimal in der Woche gab es eine sogenannte Morgenlage, an der teilgenommen haben die Abteilungsleitung, die Unterabteilungsleiter und die Referatsleiter. Und ich selbst habe einmal wöchentlich eine Referatsleiterbesprechung durchgeführt. Worum ging es?

In der UAL-Runde, wie angesprochen, mit dem Abteilungsleiter und dem Stellvertreter, drei Unterabteilungsleitern und dem Referatsleiter Z wurden letztendlich alle Informationen ausgetauscht, die angefallen sind. Es wurden Aufträge besprochen, die zu besprechen waren. Es kam zur Erörterung von Themen auch unterabteilungsweise übergreifend, aber auch ganz einfachen Dingen wie, ich nenne es jetzt mal, Organisation oder auch Personalangelegenheiten.

In der zweimal wöchentlich stattfindenden Morgenlage haben teilgenommen die Abteilungsleitung, die drei Unterabteilungsleiter und 15 Referatsleiter sowie die Verbindungsbeamten des Auswärtigen Amtes, BMI und BMZ. Hier ging es im Wesentlichen um den direkten Austausch von Informationen zu den jeweiligen Einsätzen zwischen Abteilungsleitung und den Unterabteilungsleitern und den Referatsleitern.

Die Besprechung, die ich durchgeführt habe mit meinen Referatsleitern, diente dazu, die Aufgaben, die in der Unterabteilung anfallen, zu besprechen und was an Koordination, Org und Besorg, durchzuführen war.

Das, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, beendet mein Eingangsstatement. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön, Herr Zeuge. - Vielleicht noch der Hinweis für Sie, dass, wenn Ihnen ein Aktenvorhalt gemacht wird und Sie das wünschen, Ihnen das vorgelegt wird, und der Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen, bitte bei Fragen die MAT-Nummer zuerst zu nennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es beginnt die SPD-Fraktion. Ich begrüße den Kollegen Demir, der hier die erste Frage stellt. Sie haben das Wort.

Hakan Demir (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Generalmajor Faust, herzlich willkommen auch von unserer Seite und danke für die ersten Informationen.

Ich habe eine Frage. Können Sie einmal ausführen, wie bezogen auf den Untersuchungsgegenstand die Zusammenarbeit mit den anderen beiden Unterabteilungen, SE I und SE III, aussah?

Zeuge Dirk Faust: Ja. Wie bereits angesprochen: Jede Unterabteilung hat ihre eigenen Verantwortlichkeiten. Das, was im Bereich der Unterabteilung SE III gelaufen ist, war die komplette Einsatzlogistik und die entsprechende Abzugsplanung. In der Unterabteilung I war verortet sowohl die militärische Sicherheitslage und Bedrohungslage und natürlich auch später die militärische Evakuierungsoperation. Alle anderen Dinge sind im Kern, wenn es um Kräfteplanung geht, um Planungen, wie der Abzug zu gestalten ist später und wie der Ansatz der Kräfte in Afghanistan und die Umsetzung der Vorgaben, auch der politischen, erfolgt, in der Unterabteilung II.

Der Austausch erfolgt sowohl auf der Ebene der Unterabteilungsleiter. Das heißt also, die Unterabteilungsleiterin III, der Unterabteilungsleiter I und meine Wenigkeit haben uns einmal ausgetauscht im Rahmen der eben angesprochenen Besprechungen. Wir haben uns aber auch ausgetauscht direkt, bilateral, wenn erforderlich. Und es erfolgte natürlich die Zusammenarbeit in Form von Mitzeichnungen, Besprechungen auf der Ebene der fachlich zuständigen Referate und der Referenten.

Hakan Demir (SPD): In die ähnliche Richtung geht es, wenn es um die Zusammenarbeit mit dem Einsatzführungskommando geht. Wie war da die Zusammenarbeit?

Zeuge Dirk Faust: Einsatzführungskommando ist natürlich nachgeordnete Dienststelle. Das Einsatzführungskommando war verantwortlich für

das Umsetzen der von uns befohlenen Maßnahmen oder auch von uns gegebenen Weisungen. Ich hatte ausgeführt, wir waren Weisungsgeber mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan in allen Belangen. Dazu, sofern eine Sache neu auszuplanen war, haben wir uns vom Einsatzführungskommando einen Ratschlag vorlegen lassen, sodass das Einsatzführungskommando im Rahmen seiner Fachlichkeit entsprechende Vorschläge gemacht hat und diese an das BMVg geliefert. Das wurde dann bei uns geprüft. Es wurde dann in Form entweder eines weiteren Ratschlages und in Schriftform an den Generalinspekteur gegeben, oder es wurde bis zur Ebene der Abteilungsleitung hochgegeben. Das heißt, sowohl die Abteilungsleitung als auch die Unterabteilungen und Unterabteilungsleiter haben jeweils auf ihrer Ebene mit dem Einsatzführungskommando und ihren unterschiedlichen Ansprechpartnern kommuniziert.

Der Abteilungsleiter SE war derjenige, der im Regelfall mit dem Befehlshaber des Einsatzführungskommandos gesprochen hat. Ich habe damals mit, ich sage jetzt mal, einer Ebene drunter, also dem Chef des Stabes des Einsatzführungskommandos, gelegentlich mit dem Stellvertreter oder auch mit dem jetzt Abteilungsleiter J 3/5/7 entsprechend kommuniziert, die Referatsleiter und die Referenten ebenengerecht auf ihrem Wege mit der damaligen Einsatzgruppe Afghanistan im Einsatzführungskommando und anderen dort zuständigen Dezernaten, soweit erforderlich.

Die Zusammenarbeit war immer auf der einen Seite ein Informationsaustausch und auf der anderen Seite natürlich die entsprechende Weisungsgebung zur Umsetzung in den Einsätzen.

Hakan Demir (SPD): Am 29. Februar 2020 kam das Doha-Abkommen zustande. Waren Sie überrascht?

Zeuge Dirk Faust: Zu diesem Zeitpunkt war ich ja noch nicht Angehöriger des BMVg. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch der Kommandeur der Luftlandebrigade 1 im Saarland, wusste aber, dass meine Verwendung im BMVg anstand - die war verfügt zu diesem Zeitpunkt -, hatte aber natürlich in meiner Verwendung als Kommandeur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Luftlandebrigade außer einer persönlichen Betroffenheit des Auslandseinsatzes insgesamt und dem, was ich aus der Presse und den Medien verfolgt habe, keine engeren Berührungspunkte mit dem Einsatzgebiet Afghanistan und auch keine intensive tägliche Auseinandersetzung mit Afghanistan. Daher ist das Doha-Abkommen - - Also, ich habe es zur Kenntnis genommen, ja, inhaltlich nicht gekannt, außer das, was allgemein aus den Medien zugänglich war, und damit zunächst auf sich beruhen lassen. Intensiver mit dem Doha-Abkommen habe ich mich dann natürlich erst befasst oder musste ich mich befassen, als ich dann, wie geschildert, nach dem Urlaub im August 2020 in die Funktion als Unterabteilungsleiter SE II inhaltlich auch eingestiegen bin.

Hakan Demir (SPD): Wie sieht es mit Ihrer Überraschung aus, wenn wir uns betrachten, dass Kabul durch die Taliban schnell fiel?

Zeuge Dirk Faust: Also, ich möchte nicht von „Überraschung“ sprechen im Sinne von - - Die militärische Sicherheitslage in Afghanistan und die Lage insgesamt wurden ja sehr genau beobachtet, und ich glaube schon, zumindest für mich persönlich sagen zu können, dass die Dynamik, die sich entwickelt hat im Einsatzland hinsichtlich der Kämpfe zwischen den Taliban und den afghanischen Sicherheitskräften, eine Dimension erreicht hat und eine Geschwindigkeit, die zumindest ich zu diesem Zeitpunkt so nicht erwartet habe.

Hakan Demir (SPD): Wir machen einen kleinen thematischen Sprung zum Ortskräfteverfahren. Können Sie uns einmal schildern, was die Schwierigkeiten und Hindernisse aus Ihrer Sicht waren, im Allgemeinen, beim Ortskräfteverfahren?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, ich hatte ja geschildert, dass ich bereits von 2013 bis 2015 der zuständige Referatsleiter des Afghanistan-Referates gewesen bin. Das war natürlich auch just zu dem Zeitpunkt, wo ich das erste Mal mit dem Ortskräfteverfahren konfrontiert wurde. Es galt dann, zum damaligen Zeitpunkt, tatsächlich im Übergang von ISAF zu Resolute Support, ein Verfahren aufzusetzen, das entsprechenden Kriterien genügt

und auch unserer Verantwortung gegenüber den Ortskräften entsprechend Rechnung trägt.

Die Federführung für das Ortskräfteverfahren, wie Sie wissen, lag und liegt im BMI. Für die Aufnahme von Ortskräften, wenn es um das Visumverfahren geht, liegt die Federführung im Auswärtigen Amt. Das heißt, das BMVg war nie, wenn man so will, im Fahrersitz. Das heißt, hier war immer erforderlich eine ressortübergreifende Konsensfindung zur Ausgestaltung dieses Ortskräfteverfahrens. Ich habe das die zwei Jahre, in denen ich Referatsleiter gewesen bin, begleitet.

Als ich Unterabteilungsleiter wurde, hatte ich dieses Thema wieder auf dem Tisch, und ich musste feststellen, dass wir das, was im Jahr 2013, aus meiner Sicht erstmalig konfrontiert oder damit befasst, begonnen hatte, dann zwar fortgeschritten hatten, aber es natürlich nach wie vor die eine oder andere Herausforderung gab, wenn es darum ging: Welche Maßnahmen ergreifen wir zu welchem Zeitpunkt? Wer übernimmt welche Aufgabe? Was ist konsensfähig, und was ist nicht konsensfähig?

Das wurde letztendlich sehr deutlich, als es darum ging, zum Ende des Einsatzes in Afghanistan das Verfahren aus unserer Sicht weiterzuentwickeln, sodass letztendlich den Gegebenheiten im Land und der Tatsache, dass nicht wie im Vergleich zu 2013 wir von einem Einsatz in den nächsten gehen und eine Überleitungsphase haben, sondern hier den Einsatz aus dem Land beenden, das Ortskräfteverfahren gegebenenfalls anzupassen ist, auch hinsichtlich von Zeitlinien, Zeitläufen und, ich würde mal sagen, unter dem Aspekt eines gewissen Beschleunigungsgebotes. Das hatte ja auch die Bundesministerin der Verteidigung sehr frühzeitig, wenn ich das recht erinnere, bereits im April 2021, so nach außen hin kommuniziert.

Hakan Demir (SPD): Das Ortskräfteverfahren lief ja über § 22 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes. Es ist ja jetzt auch bei mir rübergekommen, dass Sie das Verfahren nicht so effektiv fanden. Sie haben gesagt, dass Sie - so habe ich Sie verstanden - darauf hingewirkt haben, dass sich das weiterentwickelt. Richtig?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Ja, Herr Abgeordneter, wenn Sie gestatten: Möglicherweise habe ich da was falsch ausgedrückt. Ich wollte nicht zum Ausdruck bringen, dass das Verfahren nicht effektiv war. Das Verfahren, das wir 2013 aufgesetzt haben und ich dann in 2020 vorgefunden habe, hatte sich schon weiterentwickelt. Natürlich hatte es immer noch die eine oder andere Schwäche. Aber es war zu diesem Zeitpunkt in 2020 funktionabel. Das haben wir natürlich auch dadurch bewiesen, dass das Verfahren, so wie es aufgesetzt war, zum einen institutionalisiert war - es war entsprechend geregelt - und die Aufnahme der Ortskräfte bis zu diesem Zeitpunkt unter den geltenden Regularien aus unserer Sicht funktioniert hat.

Was ich zum Ausdruck bringen wollte, war die Tatsache, dass mit Blick auf das Ende des Einsatzes und die damit auch plötzlich entstehenden zeitlichen Herausforderungen, aber auch mögliche Herausforderungen einer Neubewertung, wenn es um die Gefährdung von Ortskräften geht, weil wir ja jetzt das Land verlassen haben und nicht mehr, wie 2013, letztendlich nur in eine Folgemission gegangen sind, wir dann gesagt haben: Da müssen wir aus unserer Sicht, aus Sicht des BMVg, das Verfahren entsprechend weiterentwickeln. - Und wie das immer so ist, wenn es ressortübergreifend ist, es gibt unterschiedliche Bewertungen, wenn es um eine solche Weiterentwicklung geht. Und das war in Teilen - das ist aber auch kein Geheimnis - durchaus etwas mühselig.

Hakan Demir (SPD): Vielen Dank. - Ich gebe an den Kollegen Nürnberger ab, wenn ich darf.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Gerne. - Guten Abend auch von mir, Herr Zeuge! - Ich möchte an dem Punkt anschließen. Sie haben jetzt auch in Ihrer Aussage den Sprung aus dem Beginn des Jahres 2020 Richtung Sommer 2021 durchgeführt. Ich darf erinnern an Aussagen des Zeugen B■■■■, der ja Ressortbeauftragter bei Ihnen im BMVg war - ich beziehe mich da auf das endgültige Stenografische Protokoll 20/36, Seite 13 -, dass

das BMVg bereits mit Abschluss des Doha-Abkommens - darum auch die vorherige Frage des Kollegen - Anpassungsbedarf beim Ortskräfteverfahren gesehen hat, diese Position jedoch nicht gegen das BMI durchsetzen konnte. - Das ergibt sich auch aus einer Vorlage an Ihren Chef, den Abteilungsleiter SE, vom 9. September 2020 - da ist die Fundstelle MAT A BMVg-4.168 VS-NfD, Blatt 8 -, in der es heißt:

„BMI als FF des Ortskräfteverfahrens (OKV) teilt die durch BMVg aufgezeigte Notwendigkeit einer Verfahrensanpassung bei Beendigung des DEU Engagements in AFG nicht und beabsichtigt das OKV unverändert fortzusetzen.“

Können Sie weiter konkretisieren, welche inhaltlichen Punkte genau die Konfrontations- oder die Konfliktlinie zwischen den beiden Häusern in Bezug auf das Ortskräfteverfahren dargestellt haben?

Zeuge Dirk Faust: Das kann ich jetzt leider nicht, Herr Abgeordneter. Dazu müsste ich die Unterlagen sehen, und zwar auch die Unterlagen, die damals aus Besprechungen - - oder die Gegenstand der Erörterung zwischen dem BMI und dem BMVg waren. Denn es gab regelmäßig Besprechungen; es gab entsprechend viel Erörterungsbedarf. Deswegen kann ich das jetzt stante pede so nicht, ohne noch mal reingeschaut zu haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Materialien sind selbstverständlich bereits unterwegs. Der Kollege kommt gerade von hinten auf Sie zu.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Aber vielleicht, bevor Sie mit dem Lesen beginnen, würde ich gern - -

(Der Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Wenn ich die Vorlage lese, die ich ja auch selber paraphiert habe entsprechend - - geht aber aus der Vorlage jetzt nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

hervor - oder ich habe es jetzt überlesen -, welcher konkrete Anpassungsbedarf hier gemacht werden soll, weil er bezieht sich ja auf eine Ressortbesprechung der AG Ortskräfteverfahren, wo inhaltlich gesprochen wurde, und wenn ich es jetzt hier richtig sehe, sind diese einzelnen Punkte hier nicht aufgeführt.

Worum es hier geht, ist natürlich im Kern die entsprechende Gefährdungsbewertung: Wenn alle deutschen Kräfte aus dem Einsatzgebiet abgezogen worden sind, wie gehen wir dann mit einer Gefährdungsbewertung um? Hier steht natürlich, dass das BMI akzeptiert, dass es nicht mehr in der entsprechenden Qualität gemacht werden kann; es soll aber grundsätzlich im ursprünglichen Verfahren weiter beibehalten werden.

Jetzt zu vermuten, welche Vorschläge wir gemacht haben, wäre spekulativ. Das will ich nicht. Aber wenn Sie meine Paraphe lesen, Herr Abgeordneter, haben wir zu dem Zeitpunkt keine Möglichkeit gesehen, auf unserer Ebene das Ortskräfteverfahren dort voranzubringen, und deswegen habe ich auch dem Abteilungsleiter zu diesem Zeitpunkt empfohlen: Wir kommen auf unserer Ebene nicht weiter; das muss auf einer höheren Ebene geregelt werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf an der Stelle Ihre Paraphe auch tatsächlich zitieren, und zwar ein bisschen in einem anderen Absatz. Ich beziehe mich auf die gleiche MAT-Nummer und auch auf das gleiche Blatt. Dort steht folgendermaßen Ihr Kommentar:

„Das teils zähe Ringen mit dem BMI zum OKV ist mir noch gut aus meiner Zeit als RL SE II 1 in Erinnerung. Ich empfehle, es beim jetzigen geplanten Verfahren zu belassen. Weitere Gespräche in Zielrichtung einer Änderung sind müßig und „den Schweiß der Edlen“ nicht wert.“

Wieso war es denn für das BMVg so schwierig, mit seinen Argumenten gegenüber dem BMI bezüglich der Anpassung des Verfahrens durchzudringen? Können Sie sich an die Sachargumente

des BMI erinnern - Sie haben jetzt teilweise schon eine Andeutung gemacht -, warum diese langwierige und viele Einzelschritte beinhaltende Einzelfallprüfung auch weiterhin das Nonplus-ultra gewesen war?

Zeuge Dirk Faust: Aus meiner Erinnerung heraus - Herr Abgeordneter, nur aus meiner Erinnerung heraus - war zu diesem Zeitpunkt das Ortskräfteverfahren - und das hatte ich ja vorher schon ausgeführt - durchaus etabliert und funktionabel. Die Sicherheitslage zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan wurde noch als vergleichsweise stabil bewertet, und auch die entsprechenden Gefährdungsanzeigen hatten keinen Umfang angenommen, der auch aus unserer Sicht ein sofortiges Handeln erfordert hätte. Uns ging es darum, schon mit Blick auf das sich abzeichnende Ende des Einsatzes hier Möglichkeiten der Weiterentwicklung aufzuzeigen. Aus meiner Erinnerung heraus sah das BMI zu diesem Zeitpunkt keine Notwendigkeit, weil eben aufgrund der Sicherheitslage und des funktionierenden Ortskräfteverfahrens man Selbiges beibehalten wollte.

Jörg Nürnberger (SPD): Das bezieht sich jetzt auf die Frage, tatsächliche Änderungen durchzuführen. Aber die Notwendigkeit, Änderungen vorausschauend zu planen und möglicherweise bereitzuhalten für den Fall, dass sich die Lage verändert: Gab es dazu wenigstens Konsens mit dem BMI? Oder hat man auch diese Planungen als solche abgeblockt?

Zeuge Dirk Faust: Das erinnere ich nicht mehr. Aber das BMVg hat natürlich, auch wenn hier die Paraphe zunächst vermuten lässt, dass wir dann unsere Bemühungen eingestellt haben, nicht lockergelassen, sondern wir haben immer wieder eine Änderung des Ortskräfteverfahrens versucht vorzubringen. Letztendlich haben wir uns auch immer so ein wenig als der Treiber des Ortskräfteverfahrens verstanden. Und letztendlich ist es ja dann im Zuge des weiteren Einsatzes, auch im Zuge weiterer Besprechungen gelungen, tatsächlich Änderungen beim Ortskräfteverfahren herbeizuführen, die in großen Teilen auch die Handschrift der Vorschläge des BMVg tragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Verstehe ich Sie jetzt richtig in Ihrer Antwort, dass tatsächlich aus Ihrer Sicht objektive Notwendigkeit, Verfahrensveränderungen zumindest vorzubereiten, weiterhin bestand und auf Grundlage dieser Motivation zum Beispiel eine Vorlage an den Abteilungsleiter SE vom 26. Januar 2021 - da sind wir ja dann schon ein halbes Jahr weiter -, MAT A BMVg-4.753 VS-NfD, die Blätter 24 und 25, zustande kam, in der ausgeführt wird?

„Die seit einem Jahr bis auf Ebene der Staatssekretäre“

- Sie haben auch vorhin erwähnt, es ist nach oben gegeben worden -

„ergebnislos geführte Diskussion um die Notwendigkeit einer Anpassung ... im Falle der Beendigung“

- also konditional -

„des Engagements eines oder mehrerer Ressorts in AFG hat erneut Fahrt aufgenommen. Das bisher starre Festhalten des BMI am OKV scheint sich zumindest perspektivisch durch den politischen Druck aufzuweichen.“

Meine Frage: Welcher politische Druck?

Zeuge Dirk Faust: Durch Ministerentscheidungen, Herr Abgeordneter.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigung. Jetzt habe ich Sie, weil wir der gleiche Jahrgang sind, akustisch nicht verstanden.

Zeuge Dirk Faust: Durch eine Ministerentscheidung. So, wie es ja auch in der Vorlage steht - und die muss ich nicht lesen; die erinnere ich sehr gut -, war es bis zu diesem Zeitpunkt ja nicht gelungen, das Verfahren entsprechend selbst auf Ebene der Staatssekretäre zu konsentieren. Diese Ausführung von mir - das ist ja meine Paraphe mit dem politischen Druck - meint ganz klar eine Ebene oberhalb der Staatssekretäre. Und

das sind dann Minister- oder Kabinettsentscheidungen oder vorherige Besprechungen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr General! Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Wir haben vorher schon mal kurz über das Doha-Abkommen gesprochen. Sie haben dann Ihren Posten ab August 2020 angetreten. Zu dem Zeitpunkt gab es noch keine Festlegung über den Abzugszeitpunkt. Es gibt ein Datum, das im Doha-Abkommen genannt ist, aber es gab politisch hier noch keine Festlegung. Was war denn Ihre Planungsgrundlage? Und wie haben Sie auf Ihrer Ebene auch diese Diskussion begleitet? Wie ging der Austausch mit dem Auswärtigen Amt zu dieser Frage voran?

Zeuge Dirk Faust: Die Planungsgrundlage ist natürlich immer eine Frage: Wie lange braucht ein deutsches Einsatzkontingent oder auch in diesem Falle brauchen die Streitkräfte, um das Engagement in Afghanistan geordnet zu beenden, rein technisch, wie eben angesprochen: Rückverlegungen, Materialtransporte, Vorbereitung der Rückverlegung, Etablieren einer Rückverleorganisation usw.? Und daraus ergeben sich entsprechende Zeitläufe. Diese Zeitläufe haben wir immer nach außen kommuniziert, indem wir gesagt haben: Vom Zeitpunkt des Auf-den-Knopf-Drückens brauchen wir eine Anzahl von Monaten, um entweder eine geordnete Rückverlegung durchzuführen. Wenn wir die Rückverlegung nicht ganz so geordnet durchführen, dann reduziert sich der Zeitansatz. Und in einer ganz schnellen Rückverlegung geht es auch deutlich schneller. Das beinhaltet aber auch teilweise das Zurücklassen und Zerstören zum Beispiel von Material. - Diese Zeitlinien haben wir immer nach außen entsprechend kommuniziert. Die sind auch immer meiner Erinnerung nach in den Abstimmungen mit dem Auswärtigen Amt kommuniziert worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist aber immer eine sehr dynamische Sache, weil, wie Sie richtig gesagt haben, es gab zunächst noch kein konkretes Abzugsdatum. Aber wir haben schon sofort, als es darum ging und auch klar war, das deutsche Engagement in Afghanistan wird beendet, mit den Planungen so weit angefangen und sie auch fortgeschrieben, dass wir bei genauerem Festlegen von Rahmenparametern unter leichter Anpassung entsprechende Pläne sehr schnell verfügbar gehabt hätten. Und hier kommt auch das Einsatzführungskommando ins Spiel.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Das ist die Dimension Zeitlinien. - Das Auswärtige Amt hatte noch einen anderen Ansatz im Kopf, nämlich Condition-based oder nach Bedingungen orientiert. Haben Sie auf Ihrer Ebene dem Auswärtigen Amt auch klargemacht, mit welchen planerischen Herausforderungen dieser Ansatz verbunden ist und was es aus militärischer Sicht bedeutet, wenn man mit diesem Ansatz in die weiteren Diskussionen geht und eben keine klare Planung und damit auch keinen klaren Zeitpunkt für einen Abzug festlegen und nennen kann?

Zeuge Dirk Faust: Das erinnere ich jetzt so nicht, Herr Abgeordneter. Natürlich ist mir der Condition-based-Ansatz bekannt. Hier ist es aber so, dass das BMVg, insbesondere die Unterabteilung II und ich als ihr Unterabteilungsleiter - - davon abhängig bin, welche politischen Vorgaben mir gemacht werden. Natürlich beinhaltet ein Condition-based-Ansatz immer die Frage danach: Wer legt diese Conditions fest, werden sie von allen Seiten anerkannt, und wann wird festgestellt, dass diese Conditions erfüllt sind? - Wir sind in der Unterabteilung insbesondere im Referat SE II 1, aber auch in der Abteilung SE insgesamt so flexibel gewesen, dass wir natürlich auch in der Lage gewesen wären, einem Condition-based-Ansatz zu folgen. Das lag aber nicht, wie gesagt, in der Hand der Unterabteilung oder selbst nicht in der Hand der Abteilung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Im Lauf der weiteren Planungen rückt aber dann auch die Überlegung in den Fokus, wie überhaupt ein Verbleib der Bundeswehr nach einem Datum April 2021 ausgestaltet werden kann, also

nach dem Datum, das im Doha-Abkommen festgelegt ist. Sie kommentieren in diesem Zusammenhang einen Entwurf von SE II 1 für eine Stellungnahme an das Einsatzführungskommando vom 14. Januar 2021. Das Ganze findet sich auf MAT A BMVg-4.265 VS-NfD, Blatt 314 bis 317. Sie schreiben in Ihrer Kommentierung:

„Die Annahme, dass RS über den 30.04.2021 hinausgeht, entspringt derzeit einem weit verbreiteten Wunschdenken. Das ist und bleibt nicht die von Ihnen festgelegte Position SE, sondern ein gefährlicher Irrweg, da diese Rechnung ohne die Taliban gemacht wird.“

Wollen Sie es sehen?

Zeuge Dirk Faust: Gerne.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Dann bringen wir das auf den Weg.

Zeuge Dirk Faust: Aber nur noch mal zur Sicherheit.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Alles gut.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dirk Faust: Oh, die ist ein bisschen länger.

(Der Zeuge liest in diesen
Unterlagen)

Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Bei wem haben Sie denn dieses Wunschdenken vernommen?

Zeuge Dirk Faust: Ach so. Na ja. Das war eine Phase höchster Planungsunsicherheit. Wie man aus der Vorlage und auch der vollständigen Paraphrase entnehmen kann, gab es unterschiedliche Bewertungen zu einem Abzugsdatum in Afghanistan oder auch zu einer möglichen Verlängerung des Zeitpunktes oder einer Verlegung des Zeit-



Nur zur dienstlichen Verwendung

punktes des Abzuges nach hinten, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, um auch aus Afghanistan rauszugehen.

Ich habe das deshalb so paraphrasiert, dass das ein Wunschdenken ist, weil natürlich ich als der verantwortliche Unterabteilungsleiter mit einem zunächst im Raum stehenden Enddatum, wie es hier auch aufgeführt ist, dem 30.04., ein hartes Ende hatte, das für mich planungsleitend war, und bis zu diesem Zeitpunkt rückgerechnet, auch wieder mit Blick auf die Rückverlegung der entsprechenden Kräfte und des Materials, eine Befehlsgebung erforderlich ist und auch eine Weisung gegenüber dem Einsatzführungskommando, wie es diese Dinge umzusetzen hat.

Wenn ich hinterher mehr Zeit habe, weil es darum geht, dass tatsächlich eine Verlängerung durchgesetzt wird, dann ist das natürlich für mich umso besser. Aber für eine militärische Planung unzulässig, ja geradezu gefährlich - auch das geht aus meiner Parapher hervor - ist es, von vornherein eine solche Verlängerung anzunehmen, ohne dass ich dafür eine gesicherte Grundlage habe, überhaupt eine solche Annahme treffen zu können. Und das war der Grund für diese Aussage, Herr Abgeordneter.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich frage noch mal nach: Die Aussage haben Sie dann mehr für das Denken im eigenen Haus verwendet oder bezogen, oder war das auch aus dem AA zum Beispiel vernehmbar?

Zeuge Dirk Faust: Na ja. Aus dem Betreff der Vorlage, Herr Abgeordneter, „NATO-Planungen zu RS und deren Folgen für das Redeployment“, ging es eher darum, dass man durch eine nicht zu diesem Zeitpunkt vorliegende konkrete Beschlussfassung auf NATO-Ebene und damit für uns einhergehende Planungsannahmen jetzt hätte gesichert handeln können. Es ging also eher in Richtung der Überlegung NATO, die in Teilen immer etwas, aus unserer Sicht, hinterherhingen, als wir sie gebraucht hätten, um das als eine Grundlage für Entscheidungen haben zu können.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern, was die Grundlage für dieses Wunschdenken war? Also, gab es irgendwie Anhaltspunkte bei den Kollegen, die das begründet haben?

Zeuge Dirk Faust: Nein, kann ich nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Ich übergebe an die wunderbare Kollegin Mechthilde Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Vielen Dank. - Guten Abend, Herr Generalmajor Faust! Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

Ich komme zurück und schließe mich den Fragen des Kollegen Nürnberger zum Thema Ortskräfte an und würde gerne Sie konfrontieren mit einer Anmerkung ebenfalls. Ich darf gleich die MAT-Nummer nennen: MAT A BMVg-4.169 VS-NfD, Blatt 20 bis 29. Da geht es um einen Brief oder eine Anfrage, die aus dem Parlament an die Regierung gerichtet wurde und die beantwortet werden musste, zur Frage, ob nicht ein unbürokratischeres Verfahren beim Ortskräfteverfahren möglich ist. Am 14. Januar 2021 haben Sie dazu das Folgende angemerkt - ich zitiere -:

„Das BMI bremst und die Visabearbeitung durch das AA ist eher suboptimal ... aber zurückfallen wird die Sache auf uns.“

Können Sie sich daran erinnern? Oder sollen wir es Ihnen vorlegen schnell?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich es noch mal sehen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ja, ich kann mich daran erinnern.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Prima. - Meine Frage dazu ist: Wenn Sie sich auf dieses Bremsen beziehen, können Sie ein bisschen genauer beschreiben, was aus Ihrer Wahrnehmung



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Bremsen des BMI war, worauf das beruhte, wie sich das dargestellt hat?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, im Einzelfall kann ich das jetzt so nicht darstellen. Dazu gab es immer vielerlei Besprechungen, wie bereits angesprochen, es gab Schriftverkehr, es gab Papiere. Aber es ging letztendlich immer noch - das lässt sich auch noch mal aus dem Kontext meiner Paraphie dort entnehmen - zum einen um die Weiterentwicklung des Ortskräfteverfahrens, was entsprechend Rechnung trägt, und natürlich um die Visabearbeitung.

Ich fange mal mit der Visabearbeitung an. „Sub-optimal“ bedeutet natürlich - Sie erinnern sich -: Nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul 2017 gab es in Afghanistan keine Visabearbeitung mehr, und auch das Generalkonsulat in Masar-i-Sharif war ja geschlossen worden. Das heißt, wer Gefährdungsanzeigen gestellt hatte und wollte eine Visabearbeitung durchführen als ehemalige oder als aktive afghanische Ortskraft, war gezwungen, nach Neu-Delhi oder Islamabad zu reisen - von Afghanistan, Kabul, nach Neu-Delhi oder Islamabad -, um als Ortskraft ein Visum zu beantragen. - Das war das eine. Es war also unheimlich schwierig für die Ortskräfte, selbst wenn sie eine Aufnahmezusage hatten, die Visumbearbeitung entsprechend durchzuführen, zumal auch einige der Ortskräfte keine gültigen afghanischen Reisepässe mehr hatten, und ohne einen gültigen afghanischen Reisepass ist es zum einen schwierig, das Land zu verlassen bzw. nach Islamabad oder Neu-Delhi zu kommen. Also hatten wir natürlich als BMVG und sicherlich auch die anderen damit befassten Ressorts immer die Herausforderung: Wie gehen wir mit der entsprechenden Visumbearbeitung um? - Das war der eine Punkt.

Und das andere: Zu diesem frühen Zeitpunkt, 14. Januar 21, waren wir, glaube ich, immer noch in einem Status des Ortskräfteverfahrens, bei dem sich an dem bisherigen Verfahren wenig geändert hatte. Und das war, soweit ich das jetzt erinnere, der Grund für meine Bewertung, zu schreiben: Das BMI bremst, und in der Visabearbeitung kommen wir nicht voran.

Und dass es auf uns zurückfällt, war natürlich auch klar, weil zu diesem Zeitpunkt, wenn man von Ortskräften in Afghanistan sprach, waren es immer die Ortskräfte der Bundeswehr. Es waren nicht so sehr die wenigen Ortskräfte des BMI, des German Police Project Teams. Und es waren zu diesem Zeitpunkt, weil überhaupt nicht in Rede stehend, auch nicht Ortskräfte aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit oder einige wenige Ortskräfte oder Lokalbeschäftigte des Auswärtigen Amtes.

Das war auch vor dem Hintergrund des Briefes, der hier entsprechend angehängt ist, natürlich der Punkt, warum ich dann entsprechend auch an die Frau Ministerin - an die ist die Vorlage ja gerichtet - paraphiert habe. Und das geht in Linie, was ich eben geantwortet habe auf die Frage: „Was meinen Sie mit politischem Druck?“, dass ich gesagt habe - - Oder ich darf vielleicht noch mal ganz kurz zitieren:

„Sollte es nicht gelingen auf Sts-Ebene weiter in unserem Sinne voranzukommen, halte ich es für notwendig und zielführend, dass Sie „aufschalten“.“

Also an die Frau Ministerin.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Mhm. - Da darf ich jetzt auch gleich - fange dann auch von hinten an - die Frage anhängen: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann war allein das Ortskräfteverfahren schon dadurch außerordentlich schwierig durchzuführen, weil einfach keine Anlaufstelle mehr im Land war und sich damit natürlich auch das Gesamtverfahren in sich schwierig dargestellt hat, wenn Sie sagen: Die Ortskräfte mussten über die Grenze, in die eine oder in die andere Richtung, und hatten oft nicht mal Pässe, um den Grenzübertritt vollziehen zu können.

Zeuge Dirk Faust: Na ja, das gilt zumindest mit Blick auf das Visaverfahren.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Genau. Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Da kann man das so festhalten. Natürlich war Anlaufstelle für Ortskräfte - zu diesem Zeitpunkt waren wir ja noch entsprechend in Afghanistan mit einem deutschen Einsatzkontingent vor Ort - - Natürlich war unsere Auslandsvertretung in Kabul vor Ort, und natürlich waren auch die Organisationen und die Vertreter zum Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit ja alle noch vor Ort. Das heißt, für das Stellen einer Gefährdungsanzeige - soweit zutreffend im Rahmen des Ortskräfteverfahrens -, die Bearbeitung dieser Gefährdungsanzeige einschließlich eines Aufnahmeversprechens der Bundesrepublik Deutschland für diese Ortskräfte - - das war alles geregelt und hat auch funktioniert. Aber der letzte Schritt, nämlich das Erlangen eines Visums, war für die Ortskräfte in Afghanistan, wenn ich das richtig erinnere, zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Und nicht gerechnet, dass ja natürlich Ortskräfte nicht nur einmal nach Islamabad oder Neu-Delhi hätten reisen müssen, sondern das war ja nicht so: „Man geht da hin, wie bei uns zur Kfz-Stelle oder zur Führerscheinstelle oder zur Ummeldung, das wird vor Ort erledigt, und man geht sofort wieder weg“, sondern im Regelfall waren zwei Reisen erforderlich, nämlich einmal hin, um den entsprechenden Antrag zu stellen - die Visabearbeitung erfolgte dann teilweise auch etwas länger dauernd; ohne dass ich das jetzt genau spezifizieren kann; aber hier standen teilweise Monate im Raum -, und dann war eine zweite Reise erforderlich, um natürlich dann den visierten Pass oder das entsprechende Visum zu bekommen. Und das war schon unter normalen Umständen aus meiner Sicht schwierig. Aber wenn wir jetzt auf den 14. Januar 2021 schauen, mit der Sicherheitslage und vor allen Dingen natürlich den Zeitlinien, die mit einem möglichen Abzug der internationalen Gemeinschaft und aller Streitkräfte in Afghanistan zusammenstanden, verschärfte das das Ganze noch mal.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Gab es denn einmal irgendwann eine Diskussion, ob das Auswärtige Amt möglicherweise irgendeine Form von, jetzt will ich fast sagen, provisorischer Visa-stelle noch mal einrichtet, um eben das Verfahren auf diese Art und Weise straffen zu können? Und warum ist es dann nicht geschehen?

Zeuge Dirk Faust: Also, soweit ich das erinnere, gab es mal die Überlegung oder zumindest die Erörterung, ob es nicht möglich sei, in Kabul die Visastelle wieder zu eröffnen. Das hatte aber was mit der Funktionalität der deutschen Botschaft zu tun und wurde durch das Auswärtige Amt entsprechend als nicht möglich bewertet - aus meiner Erinnerung heraus, ohne dass ich jetzt irgendwelche Unterlagen dazu hätte.

Es ist uns aber, wie Sie wissen, Frau Abgeordnete, dann später auf Initiative des BMVg gelungen, letztendlich eine Visabearbeitung in Masar-i-Sharif durchzuführen, um zumindest die Ortskräfte der Bundeswehr dort mit Visa zu versorgen.

Und darüber hinaus - das ist auch ein Ergebnis der ressortübergreifenden Befassungen dazu -: Vor dem Hintergrund, dass es keine eigene Visabearbeitung des Auswärtigen Amtes gab, war natürlich beabsichtigt - und das ist dann auch in Grundzügen gelungen, wenngleich mit erheblicher Verzögerung -, über die International Organization for Migration als Auftragnehmer die Bearbeitung von entsprechenden Visaanträgen sowohl in Kabul als auch intendiert in Masar-i-Sharif durchzuführen. Das wurde aber dann später durch die Ereignisse in Teilen ja quasi überrollt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Habe ich noch?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Eine Minute, ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Da geht ja noch was. - Noch mal zurück zum ersten Teil des Satzes: die Frage, dass das BMI bremst. Sie haben gesagt, das wurde dann durchaus schwierig. Können Sie sich erinnern, wie dieses Bremsen aussah? Ich habe es vorher schon mal versucht zu fragen und frage jetzt mal weiter: War das BMI darauf erpicht, dass sehr strikt die geordneten Verfahren, die Sicherheitsüberprüfungen, eingehalten werden, aufgrund natürlich auch von Menschen, die zu uns kommen, die wir so nicht kennen zunächst? Oder gab es andere Gründe, andere Arten des Bremsens?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Ersteres nein, sondern da gab es einen ressortübergreifenden Konsens, dass das im Ortskräfteverfahren angewandte Überprüfungsverfahren, die sogenannte Konsultation zentraler Behörden, immer integraler Bestandteil des Ortskräfteverfahrens war und auch bleiben musste, ganz einfach zu verhindern, dass Menschen, die eine mögliche Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland darstellen, über das Ortskräfteverfahren hier Aufnahme finden. Darum ging es also nicht.

Wir haben das Ortskräfteverfahren ja dann auch stufenweise entsprechend weiterentwickelt. Ich erinnere mich, dass es einmal Erörterungen darüber gab, ob man die zweijährige Frist für das Stellen von Gefährdungsanzeigen beibehält oder ob es nicht eine gute Idee sei - das kam nicht aus dem BMVg -, auf ein Jahr runterzugehen, oder wie man weiterhin mit den Gefährdungsanzeigen umgeht: Bedarf es weiterhin einer individuellen Gefährdungsanzeige und vor allem einer individuellen Prüfung jeder Gefährdungsanzeige, oder ist es, auch vor dem Hintergrund der Zeitabläufe, ausreichend, eine individuelle Gefährdung als gegeben anzunehmen und diese dann als die Grundlage für die Aufnahme im Ortskräfteverfahren vorzusehen? Und das waren immer diese ressortübergreifenden Abstimmungen, wo es zumindest schwierig war.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Danke schön. - Das Fragerecht wechselt zu Bündnis 90/Die Grünen und Sara Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr General! Wir haben ja schon mit vielen Leuten gesprochen, die für Sie gearbeitet haben auch in dem Ressort. Deswegen konnten wir die Tour d'Horizon eigentlich schon mal machen zu den verschiedenen Fragestellungen. Ich versuche jetzt mal, ein bisschen auf einer anderen Ebene einzusteigen, und frage einfach mal nach: Was haben Sie denn von Ihrem Vorgesetzten damals mitbekommen? Wie haben Sie darüber gesprochen, was die verschiedenen handlungsleitenden Motive der Häuser sind? Sie haben ja jetzt schon

einige Konflikte sozusagen beschrieben oder unterschiedliche Perspektiven. Ist das bei Ihnen auf der Ebene angekommen, was sozusagen die dahinter liegenden handlungsleitenden Vorstellungen waren?

Zeuge Dirk Faust: Nein, das ist durch meinen Abteilungsleiter mir so nicht kommuniziert worden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das denn nachgefragt?

Zeuge Dirk Faust: Na ja. Letztendlich ist es für die Arbeit der Unterabteilung in meiner Verantwortung, mit den Aufgabenbereichen, die ich eben geschildert habe, nicht relevant, was jetzt das handlungsleitende Motiv des Auswärtigen Amtes ist oder was das handlungsleitende Motiv des BMI ist, ob es um das Ortskräfteverfahren geht oder ob es um die Umsetzung des Doha-Abkommens geht, sondern für mich war wichtig, wie das BMVg sich positioniert, und daraus abgeleitet die Aufträge, die ich hatte, entlang dieser Linien und Vorgaben, die der Abteilungsleiter abgestimmt mit der Abteilung Politik mir gegenüber gemacht hat, wenn es um Kräfteplanung in Afghanistan geht, wenn es um das Umsetzen des Ortskräfteverfahrens geht und wenn es um das Umsetzen der Planungen für die Rückverlegung geht, die entsprechend umzusetzen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage so explizit nach, weil Sie haben ja in Ihrer Einführung auch beschrieben, dass Sie Weisungsgeber sind gegenüber dem Einsatzführungskommando.

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also da ist also eine ziemlich große Organisation, die erwartet von Ihnen Ansagen, was die machen sollen.

Zeuge Dirk Faust: Mhm. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind selbst aber - das haben Sie ja auch hier noch mal gut beschrieben - davon abhängig, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

andere, in anderen Ressorts, Entscheidungen treffen, damit Sie weiter Weisungen geben können.

Zeuge Dirk Faust: Mhm.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Ressortprinzip ist ja da auch an seine Grenzen gekommen. Deswegen noch mal die Frage: Wie haben Sie sich da orientiert? Ich finde, Sie können hier sehr überzeugend noch mal darlegen, wie Sie zu Ihren Lageeinschätzungen zu den verschiedenen Themenbereichen gekommen sind. Solche Überzeugungsversuche haben Sie ja sicherlich auch auf Ihrer Ebene mit anderen Ressorts angestrebt.

Zeuge Dirk Faust: Ja, das - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Herr Gloßner ist gerade nicht da; mein Gott -: Haben Sie solche Überzeugungsversuche auch mit den anderen Ressorts angestrebt, um sozusagen in der Sache auch mit einer gemeinsamen Perspektive auf die Herausforderungen zu gucken?

Zeuge Dirk Faust: Ja. Letzteres selbstverständlich, wenngleich die Hauptarbeit, wenn wir jetzt mal das Ortskräfteverfahren nehmen, was ja hier schon breiten Raum eingenommen hat, auf der Ebene der Referate und auch der Referenten gelaufen ist. Seltener haben die Unterabteilungsleiter auf ihrer Ebene kommuniziert, etwas mehr die Abteilungsleiter, regelmäßig dann auch auf Ebene der Staatssekretäre. Aber alle unsere Argumente und natürlich auch die der anderen Ressorts sind natürlich in die entsprechenden Besprechungsvorbereitungen eingeflossen.

Natürlich gab es gute Gründe aus Sicht des BMVg, wie von mir bereits geschildert, das Ortskräfteverfahren voranzutreiben, auch unter dem Aspekt, wie sich möglicherweise die Lage in Afghanistan entsprechend weiterentwickelt. Das waren natürlich Argumente, die wir immer wieder vorgebracht haben.

Aber es gab dann - ohne dass ich sie jetzt im Einzelnen erinnere - natürlich auch entsprechende Gegenargumente. Das führte ja dazu, wie von mir

bereits geschildert, gerade im Ortskräfteverfahren, dass es nicht einmal so gelungen ist, das auf der Ebene - und ich habe es ja paraphrasiert - bis zur Staatssekretärebene zu konsentieren. Das ist das eine.

Was die von Ihnen angesprochene Umsetzung oder Weisungsgebung an das Einsatzführungskommando angeht, sind wir - - Oder vielleicht haben wir es da als Militärs auch ein bisschen einfacher, weil für uns ist „Lage, Auftrag, Absicht“. Das heißt also: Wie ist die Lage? Was ist jetzt der konkrete Auftrag? Und: Wie ist die Absicht, diesen Auftrag umzusetzen und das entsprechend in Einzelaufträgen dann weiterzugeben? - Das betrifft natürlich den ganzen Komplex Afghanistan, wenn es um Truppe geht, wenn es um Einsatzpläne geht, wenn es um Rückverlegung geht. Und in Teilen betrifft das natürlich auch das Ortskräfteverfahren. Das heißt, wir handeln dann im Rahmen unserer Möglichkeiten und setzen alles daran oder haben alles darangesetzt, das, was wir tun können, entsprechend anzuwenden und umzusetzen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade noch mal als ein wichtiges Element, wie Sie zu Ihren Einschätzungen gekommen sind im BMVg, die Lage angeführt. Sie haben ja auch vorhin schon gesagt: Erst mal sind wir vom 30.04. ausgegangen; wir haben beobachtet, dass sich die Sicherheitslage verschlechtert; ergo müssen bestimmte Sachen halt einfach schneller laufen. - Haben Sie das Gefühl im Austausch mit den anderen Ressorts, dass die Einschätzungen sich da unterschieden haben, was die Lage angeht, dass Auftrag und Absicht unterschiedlich ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Dirk Faust: Ich glaube, es liegt in der Natur der Sache, dass jedes Ressort einen etwas anderen Blick auf die Sicherheitslage hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war so, würden Sie sagen?

Zeuge Dirk Faust: Ja, ich meine, mich erinnern zu können, dass, sicherlich zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den Ressorts, die Lage, die Sicherheitslage in Afghanistan zumindest in Teilen



Nur zur dienstlichen Verwendung

leicht anders bewertet worden ist. Das hängt aber auch immer von der Grundlage ab, die man da annimmt.

Wenn Sie das BMVg nehmen, so haben wir, wie von mir angesprochen, die Unterabteilung SE I, die sich mit der gesamten Sicherheitslage in Afghanistan befasst hat und die Unterabteilung war, die für uns im Haus die entsprechende, sagen wir mal, große Lage übersetzt und heruntergebrochen hat.

Jetzt ist aber nicht nur das BMVg mit den Kräften vor Ort dasjenige gewesen, das zu diesem Lagebild beigetragen hat, sondern es gab ja auch hier andere Ressorts mit ihren Diensten, die ein entsprechendes Lagebild generieren konnten, was dann auch für uns wieder die entsprechende Grundlage war. Somit gab es zumindest in Teilen eine Schnittmenge, wo für alle das Bild gleich war, und dann gab es außerhalb dieser Schnittmenge noch, meiner Bewertung nach, individuell in den Ressorts vielleicht ein etwas anderes Lagebild oder eine andere Grundlage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich würde gerne noch mal mit zwei Vorhalten arbeiten. Das Erste betrifft eine E-Mail, die Sie bekommen haben am 16.06.21 von Herrn Groeters. Da geht es um das Ergebnis der Ressortbesprechung zum OKV. Das ist MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 16 und 17. Ich zitiere hier nur kurz daraus. Zum Thema Charterflüge heißt es:

„Absicht soll nach Rückmeldung im BMVg sein, dass noch vor dem 04.07. ... medial sichtbar DEU seiner Fürsorgepflicht nachkommt, indem OK mit Charterflügen nach DEU geflogen werden.“

Über Charterflüge haben wir schon, auch an anderer Stelle, geredet. Aber weil das ja ein Hinweis ist auch auf die handlungsleitende Absicht der Bundesministerin, nämlich medial sichtbar der Fürsorgepflicht nachzukommen: Können Sie noch mal ausführen, wie das im Haus an Ihrer Stelle besprochen wurde?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die Stelle gefunden, oder?

Zeuge Dirk Faust: Ja, ich schaue, Frau Abgeordnete. Die Ziffer 2, ja?

„Absicht soll nach Rückmeldung im BMVg sein, dass noch vor dem 04.07. ... medial sichtbar DEU seiner Fürsorgepflicht nachkommt ...“

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dirk Faust: Darf ich noch mal Ihre Frage hören, bitte?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das ja hier auch in der E-Mail, die an Sie gegangen ist, so explizit ausgesprochen wurde, das handlungsleitende Motiv, dass man medial sichtbar seiner Fürsorgepflicht nachkommt, würde mich interessieren, inwiefern das, und zwar in der Kombination, sowohl „medial sichtbar“ als auch „Fürsorgepflicht“, auf Ihrer Ebene und auch mit Ihrem Vorgesetzten besprochen wurde.

Zeuge Dirk Faust: Die Vorgabe, über Charterflüge nachzudenken und auch Charterflüge zu prüfen, oder auch die Idee, die gab es ja nicht erst seit diesem Zeitpunkt. Das heißt, die Idee, Charterflüge durchzuführen, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wissen wir. Tut mir leid, wenn ich Sie unterbreche, wir haben nur so wenig Zeit. Wir hatten nur 14,8 Prozent beim letzten Mal.

Zeuge Dirk Faust: - gab es schon viel früher. Und das war jetzt ein Zeitpunkt, wo man tatsächlich, so wie es ja auch hier drinsteht, gesagt hat: Wenn wir das nicht zusammen hinkriegen, dann wird im Zweifelsfall das BMVg alleine prüfen eine Möglichkeit, diese Charterflüge durchzuführen. - Und da es hier um Ortskräfte BMVg geht und das Ganze dann sowieso nicht - - oder in der Kombination dann auch zu sagen: Wir tragen unserer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fürsorgepflicht Rechnung und bringen das entsprechend dann auch so, dass es öffentlich sichtbar ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber alleine wäre es ja nicht gegangen, alleine weil Sie ja eine Einreisegenehmigung für die Leute brauchten.

Zeuge Dirk Faust: Nein; das ist richtig. Aber es ging eher um die Frage: Wie konkret werden diese Charterflüge wo abgefertigt in Afghanistan? Wer kümmert sich um das Ground Handling? Wer kümmert sich darum, dass nur überprüftes Personal, also in diesem Sinne Ortskräfte, an Bord kommt? - Die Idee dahinter war ja, dass alle diese Ortskräfte, die zu diesem Zeitpunkt auf einen solchen Charterflug steigen, bereits eine Aufnahmezusage haben und mindestens über entsprechende Reisepässe mit Visum verfügen, alternativ - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Deswegen war ja auch das so wichtig mit dem „medial sichtbar“. Darauf bezogen sich ja dann auch die Bedenken des Auswärtigen Amtes. Wurde das thematisiert? Haben Sie das - -

Zeuge Dirk Faust: Nein, das erinnere ich nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erinnern Sie nicht?

Zeuge Dirk Faust: Nein. Da kann ich auch jetzt nichts aus dem Kontext zu sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann - -

Zeuge Dirk Faust: Aber vielleicht verstehe ich auch die Frage nicht, Frau Abgeordnete.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Dann wechselt - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat gerade sehr lange gelesen. Haben Sie auf die Uhr gedrückt?

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Selbstverständlich. Selbstverständlich halten wir die Zeit an.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis später.

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Jetzt geht das Fragerecht zur AfD. Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General, am 14. November 2020 erhielten Sie von einem BMVg-Kollegen aus dem Referat SE II 1 nach einem Treffen der Rahmenkonventionen auf militärischer Ebene ein Update per E-Mail. Ihr Kollege schrieb - ich zitiere aus MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, Blatt 87 - Zitat Anfang -:

„Es sollten aus militärischer Sicht auch Planungsaufträge, die über das klassische prudent planning hinausgehen, aufgenommen werden. Ob das in Gänze möglich sein wird, darf jedoch bezweifelt werden. Die Position AA dazu kann hier zu einem echten spoiler werden, da Entscheidungen vor dem nächsten Frühjahr zu Beendigung RS“

- Resolute Support -

„unter allen Umständen zzt. durch das AA versucht werden zu verhindern. Dort hofft man auf eine Biden-Regierung, die das Heft herumreißt und man am besten einfach mit RS in A light so lange fortfährt, bis ein tragfähiger Friedensschluss erreicht wird.

Wir werden im Rahmen der (gemeinsamen) Kommentierungsphase zum mil Ratschlag einen entsprechenden Vorgeschmack auf diese Haltung erhalten.“

Zitat Ende. Was bedeutet „A light“?

Zeuge Dirk Faust: Im Rahmen der Planungen für Afghanistan waren das Größenordnungen für den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kräfteansatz der multinationalen Truppen in Afghanistan.

Stefan Keuter (AfD): Ah, okay; verstanden. Danke.

Zeuge Dirk Faust: Und zwar: Alpha war ein größerer Ansatz, und Alpha light war ein verringerter Kräfteansatz - immer multinational gesehen.

Stefan Keuter (AfD): Verstanden. Danke. - Hat das Auswärtige Amt militärische Vorbereitungen, die getroffen werden mussten, um einen geordneten Abzug des Einsatzkontingentes aus Afghanistan sicherzustellen, Ihrer Erinnerung nach zu irgendeinem Zeitpunkt in irgendeiner Weise versucht zu erschweren, zu behindern, und, wenn ja, wie ist das Auswärtige Amt hier vorgegangen?

Zeuge Dirk Faust: Nein, hat es nicht. Meiner Bewertung nach und meiner Erinnerung nach nicht.

Stefan Keuter (AfD): Klare Aussage. - Herr Faust, am 14. Mai 2021 forderten in einem offenen Brief diverse Personen von der Bundesregierung eine zügige und unbürokratische Aufnahme afghanischer Ortskräfte und von deren Familienangehörigen. Aufgrund dieses Briefes kontaktierten Sie den Referatsleiter T. G. aus SE II 1, der auch Zeuge hier im Untersuchungsausschuss war; am 25.05.23 war er hier. Am 15. Mai 21 schrieb dieser Ihnen zurück - ich zitiere aus MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, Blatt 225 -:

„Moin Dirk,

... Leider kommt alles genauso wie wir es BMI u AA seit über einem Jahr nun prognostiziert haben

...

BM'in“

- also Bundesministerin -

„muss so aufgestellt werden, dass sie sich nicht wieder fremde Schuhe anzieht.“

Zitat Ende. - Wer ist damit gemeint, der sich nicht fremde Schuhe anziehen soll?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich es bitte sehen?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Da das der Referatsleiter meines Afghanistan-Referates war, der an mich als Unterabteilungsleiter geschrieben hat und von der Bundesministerin spricht, kann es sich nur um die damalige Bundesministerin der Verteidigung handeln.

Stefan Keuter (AfD): AKK. Okay. Danke. - In diesem Zusammenhang würde ich gerne aus einer E-Mail zitieren, die der Referent Frank B. an das BMI circa ein Jahr zuvor schickte. Ich zitiere aus MAT A BMVg-4.70 VS-NfD, Blatt 27 f. - Zitat Anfang -:

„Es kann unverändert davon ausgegangen werden, dass uns derzeit. ca. 490 OrtsKr des BMVg und auch die OrtsKr aller anderen Ressorts unabhängig einer tatsächlichen ... Gefährdung mit Gefährdungsanzeigen „überfluten“ werden, wenn wir ankündigen komplett aus AFG abzurücken, weil bei der subjektiv empfundenen Perspektivlosigkeit in AFG der Weg über den „Luxusparagrafen“ §22 Satz 2 AufenthG allemal besser ist als sich für viel Geld über die Balkanroute Richtung Europa zu bewegen.“

Auch in einem Sachstandspapier kam das Referat SE II 1 zu einem ähnlichen Ergebnis. Ich zitiere aus MAT A BMVg-5.156 VS-NfD, Blatt 499 - Zitat Anfang -:

„Zukunftsanalyse:

Vor einer grundsätzlichen Migrationsbewegung Richtung Europa bei Abzug der NATO ohne dauer-



Nur zur dienstlichen Verwendung

hafte Friedenslösung ist auszugehen. Damit wird auch ein großer Teil unserer ehemaligen OrtsKr bei Abzug der Bw aus AFG eine Gefährdungsanzeige einreichen. Dies wurde bereits durch die Ortskräfte in MeS“

- also Masar-i-Sharif -

„kommuniziert. Offizielle Begründung wird eine „Gefährdung durch die TLB aufgrund ihrer ehemaligen Tätigkeit für DEU“ sein, tatsächlich ist aber eher von der Zukunftsangst der Bevölkerung aufgrund zunehmenden Einflusses der Taliban auf das ...“

- tatsächliche -

„Leben sowie die bereits jetzt herrschende wirtschaftliche Perspektivlosigkeit auszugehen (Hohe Arbeitslosigkeit, Durchschnittlicher Verdienst in MeS: ca. 150 \$, Ortskräfte verdienen in der Regel ein Vielfaches).“

Zitat Ende. - Haben Sie, Herr Faust, diese Analyse der Kollegen geteilt?

Zeuge Dirk Faust: Dürfte ich es auch bitte sehen?

Stefan Keuter (AfD): Klar. - Das ist die Anlage 5.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Gut. - Herr Abgeordneter, zu der ersten von Ihnen zitierten E-Mail, des Referenten B [REDACTED] an Herrn Titze, stelle ich fest, dass ich erstens zu diesem Zeitpunkt nicht die Führung der Unterabteilung SE II innehatte, weil ich, wie anfänglich ausgeführt, zu diesem Zeitpunkt das Lagezentrum Corona und im Anschluss Urlaub hatte. Darüber hinaus sehe ich diese Mail so zum ersten Mal, da ich auch nicht im Adressatenkreis aufgenommen bin. Ich stelle fest, dass ich das, was hier steht, weder in der Diktion

noch inhaltlich als Unterabteilungsleiter geduldet hätte, weil ich es für falsch halte.

Das, was hier in diesem Sachstand „Ressortgemeinsames Ortskräfteverfahren“ steht - es ist jetzt leider kein Datum dabei; deswegen weiß ich nicht, von wann es ist -, halte ich für ein Papier der Unterabteilung oder des Referates SE II 1, was auf Arbeitsebene vermutlich - Vermutung Faust - durch denselben Referenten geschrieben ist. Und auch das würde ich so in seiner Kernaussage nicht teilen.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Ferner wird in diesem besagten Sachstandspapier festgehalten, dass eine qualifizierte und sachgerechte Bearbeitung der Gefährdungsanzeigen von Ortskräften nur so lange vollumfänglich sichergestellt sei, wie Truppen in Afghanistan stationiert seien. Was wurde seitens des BMVg unternommen, damit Gefährdungsanzeigen auch nach dem Abzug der Bundeswehr qualifiziert und sachgerecht bearbeitet werden konnten?

Zeuge Dirk Faust: Also, wir haben im Einsatzführungskommando der Bundeswehr eine Ansprechstelle für afghanische Ortskräfte eingerichtet. Das war ein sogenanntes Callcenter, was in einem erweiterten Schichtbetrieb unter Nutzung von Sprachmittlern sowohl schriftlich, also per E-Mail, als auch telefonisch die Möglichkeit bot, Ortskräften die Möglichkeit bot, eine Gefährdungsanzeige entsprechend zu stellen. Das war, wie gesagt, für den Zeitraum, nachdem wir aus Afghanistan weg sind.

Darüber hinaus - und da führe ich noch mal kurz aus zur Visabearbeitung - war ja die Absicht - oder hat es ja auch in Teilen funktioniert -, durch das International Office for Migration in Afghanistan diese Visabearbeitung zu ermöglichen.

Stefan Keuter (AfD): Waren diese Maßnahmen ausreichend - -

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl: Das Fragerecht wechselt zur FDP.

Stefan Keuter (AfD): Wir machen gleich weiter. - Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretender Vorsitzender Thomas Erndl:
Frau Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr General, vielen Dank, dass Sie heute Abend bei uns sind und uns Rede und Antwort stehen.

Wir hatten - - Oder: Es ist ja vorher schon ziemlich ausführlich besprochen worden, die unterschiedlichen Ansichten oder Vorgehensweisen im BMI versus BMVg mit Blick auf das Ortskräfteverfahren. Und ich würde Sie gerne bitten, mir einmal zu schildern, wie Sie die Rolle der Staatssekretärsrunden in der Auflösung dieser unterschiedlichen Ansichten wahrgenommen haben. Welche Rolle haben die Staatssekretärsrunden effektiv in diesem Zusammenhang gespielt? Und vielleicht können Sie das auch vielleicht mit einem Beispiel illustrieren.

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Nein, ein Beispiel, Frau Abgeordnete, habe ich jetzt nicht. Es ist ja wie immer: Wenn man auf der untersten Ebene nicht weiterkommt, dann geht man eine Stufe höher, und wenn es da nicht gelingt, dann geht man noch eine Stufe höher. Und irgendwann war dann die Ebene der Staatssekretäre erreicht. Wir aus unserer Sicht haben den für uns teilnehmenden Staatssekretär, oft in Begleitung des Abteilungsleiters, für die Besprechungen vorbereitet und argumentativ aufgestellt.

Wie jetzt die einzelnen Staatssekretärsrunden abgelaufen sind, was im Einzelnen besprochen worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist lediglich aus diesen Runden durch den Abteilungsleiter zurückberichtet worden, was dort als Ergebnis festgehalten worden ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wurden in den Staatssekretärsrunden denn für Sie jetzt Ergebnisse erzielt, die Sie da weitergebracht haben in Ihrer Fragestellung, wie jetzt mit den Ortskräften umzugehen ist?

Zeuge Dirk Faust: Ja. In einem späteren Zuge haben wir ja - - Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist uns ja gelungen, das Ortskräfteverfahren zu vereinfachen. Das heißt, wir sind ja mit Blick auf

die individuelle Gefährdungsprüfung aufgrund einer Lageeinschätzung des Dienstes - ich glaube, das war im April - - Nicht im April; das war irgendwann - Datum habe ich jetzt nicht im Kopf -, wo der Dienst festgestellt hat, dass alle ehemaligen Ortskräfte und alle Ortskräfte nicht nur der Bundeswehr, sondern aller deutschen Ressorts in Afghanistan einer entsprechenden Gefährdung unterliegen. Und das war dann die Grundlage, im Ortskräfteverfahren diese pauschale Gefährdung für alle Ortskräfte anzunehmen und die individuelle Gefährdungsüberprüfung für jede einzelne Ortskraft wegfällen zu lassen. Das war schon ein erheblicher Schritt der Erleichterung, bedurfte aber eines Konsentierens teilweise auf den unterschiedlichen Ebenen.

Darüber hinaus ist es später gelungen, die Zweijahresfrist, die zunächst im Ortskräfteverfahren festgelegt worden ist, aufzuheben, sodass dann das Ortskräfteverfahren Anwendung finden konnte für alle Ortskräfte rückwirkend bis zum Jahr 2013, selbst für diese Ortskräfte, die in einer ersten Bewertung als nicht gefährdet eingestuft worden sind.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnten Sie das vielleicht noch mal präzisieren vom Zeitablauf her, wie lange das gedauert hat - also so grob, vom ersten Thematisieren durch Eskalation in der Staatssekretärsrunde bis dahin, dass diese Erleichterungen kamen, die Sie jetzt gerade genannt haben?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, es musste nicht immer alles eskaliert werden. Oft ist es aber so, dass Dinge, die auf der Ebene der Referate, Unterabteilungsleitungen und Abteilungen besprochen worden sind, natürlich dann zur Entscheidung in den Staatssekretärsrunden vorgebracht worden sind. Und das heißt, dass es nicht immer konfrontativ in diesen Runden zugeht, sondern dass in Teilen natürlich in Staatssekretärsrunden auch dann Ergebnisse erzielt worden sind, die uns im Ortskräfteverfahren weitergebracht haben. Das gilt sowohl für die eben angesprochene Vereinfachung des Verfahrens mit der Gefährdungsbewertung als auch für das später erweiterte Verfahren auf Ortskräfte bis zurück in das Jahr 2013.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und es gab ja dann auch ein auf Staatssekretärs-ebene konsentiertes Thesenpapier Ortskräfte, wo festgelegt worden ist, wie wir im Ortskräfteverfahren gemeinsam mit allen Ressorts weiter vorgehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich zitiere hier MAT A BMVg-4.169 VS-NfD, Blatt 20. Das ist eine Vorlage; da geht es im Grunde genommen im Hinter- - Also, jetzt nur so zum Verständnis: Es geht um eine Anfrage von einer Bundestags-abgeordneten, und dann gab es dazu eine Ministervorlage. Und ich zitiere jetzt aus einer Anmerkung von Ihnen zu dieser Vorlage:

„Das Thema“

- das ist also das Ortskräfteverfahren -

„ist für uns misslich und besitzt mit Blick auf Außenwahrnehmung eine nicht zu unterschätzende Brisanz. Das BMI bremst und die Visabearbeitung durch das AA ist eher suboptimal (siehe HiGru)“

- Hintergrund -,

„aber zurückfallen wird die Sache auf uns. Sollte es nicht gelingen auf Sts-Ebene weiter in unserem Sinne voranzukommen, halte ich es für notwendig und zielführend, dass Sie 'aufschalten'.

Faust

14.01.2021“

Und Ihr Abteilungsleiter, Herr Schütt, kommentiert auf der gleichen Seite, ebenfalls am 15. Januar 2021 - ich zitiere -:

„Das Thema begleitet den AFG-Einsatz nahezu von Anfang an und gewinnt angesichts einer möglichen zeitnahen Beendigung des Einsatzes erneut potenziell zunehmend an Relevanz.

Die gegenwärtig drängendste Herausforderung ist die Visabearbeitung, die ... nur außerhalb AFG stattfindet und damit für den

weit überwiegenden Teil der OK nicht umsetzbar ist. Trotz Thematisierung in der Sts-Runde und dem Angebot von Infrastruktur zur Einrichtung einer Visastelle ... konnte keine Änderung des Verfahrens erzielt werden.“

Und drei Monate später, am 19. April, scheint die Thematik weiterhin ungelöst zu sein. In einem von Ihnen vorgelegten Sachstand zum Ressort-gemeinsamen Ortskräfteverfahren kommentieren Sie selbst wie folgt, MAT A BMVg-4.205 VS-NfD, Blatt 21 - ich zitiere -:

„Das Thema besitzt unverändert hohe Brisanz. Frau BM'in hat sich zuletzt am vergangenen Wochenende öffentlich eindeutig positioniert und unsere Verantwortung gegenüber unseren Ortskräften klar herausgestellt. ... Mit Blick auf die Zeitlinien sind jetzt schnelle Lösungen erforderlich. BMI muss dazu seine bisherige, eher blockierende Haltung, aufgeben, da BMI bisher 'die Bremse'. Ein Gespräch auf Ministerebene scheint geboten, um schnell zu einer Lösung zu kommen.“

So wie ich das aus den Akten lese, hat das BMVg das Thema regelmäßig erfolglos gegenüber dem BMI, aber auch in diesen Staatssekretärsrunden thematisiert. Und deswegen noch mal meine Frage: Konnten diese Staatssekretärsrunden zur Auflösung beitragen?

Zeuge Dirk Faust: Ja, konnten sie. Die beiden Vorlagen, die Sie zitiert haben - - Wären Sie noch mal so freundlich, von der zweiten Vorlage das Datum? - Ich muss es nicht sehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): 19. April, also drei Monate später.

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Ja, das ist richtig. Wir waren hier in einer Phase, in der es sehr schwierig war, einen ressortübergreifenden Konsens zu finden. Das Ganze hat sich aber dann - wie soll ich sagen? - aufgelöst ab Mai 2021 beginnend. Dann ging es also Schlag auf Schlag. Im Mai 2021



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde vereinbart das vereinfachte Verfahren, das heißt die pauschale Anerkennung der Gefährdung, und im Juni 21 schon wurde also das erweiterte Verfahren für Ortskräfte vereinbart, auch auf Staatssekretärssebene, wo also die Frist rückwirkend zum 1. Januar 2013 geöffnet wurde und die Zweijahresfrist entsprechend weggefallen ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also nach vier bis fünf Monaten etwa waren dann diese Entscheidungen da?

Zeuge Dirk Faust: Ja; wenn Sie das so rechnen, ja. Aber immer geschul- - Was heißt, „geschuldet“? Aber immer wieder getrieben natürlich von unterschiedlichen, sagen wir mal, Besprechungen und, jetzt können wir fast sagen schon, Verhandlungen auf der Arbeitsebene.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also Verhandlungen; okay. - Haben Sie in der Zeit wahrgenommen, dass das Kanzleramt sich in diese Diskussionen prominent eingemischt hätte sozusagen? Ich meine, sie waren ja Teil der Staatssekretärsrunde. Aber dass es dort eine treibende Rolle gespielt hätte?

Zeuge Dirk Faust: Nein, dazu kann ich nichts sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das wissen Sie nicht, oder das haben Sie so nicht wahrgenommen?

Zeuge Dirk Faust: Das weiß ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ein Zeuge, der Herr Fischer aus dem BMZ, hat vor diesem Ausschuss folgende Aussage getroffen - endgültiges Stenografisches Protokoll der 34. Sitzung vom 27.04.2023, Seite 109; ich zitiere -:

„Ich kann mich nicht erinnern, dass in diesen Staatssekretärsrunden regelmäßig Entscheidungen getroffen worden wären.“

Können Sie vielleicht noch mal sagen, wie Sie persönlich während des Untersuchungsausschusses

noch mal zusammengefasst diese Staatssekretärsrunden wahrgenommen haben? Welche Funktion hatten die?

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Also, zum einen muss man feststellen, dass - - Ich war nicht Teilnehmer dieser Runden. Ich war aber eingebunden in die Vorbereitung der Besprechungsunterlagen für diese Runden und stelle fest, dass es in diesen Runden natürlich nicht ausschließlich um Ortskräfte ging - das ist das eine -, sondern die Staatssekretärsrunden, die sich dann mit dem Einsatz beschäftigt haben, hatten also Themen, die auch außerhalb des Bereiches der Ortskräfte lagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): War das Ziel, Entscheidungen - - Also aus Ihrer Wahrnehmung: War das Ziel, Entscheidungen herbeizuführen?

Zeuge Dirk Faust: Ja, zumindest die Vorbereitung der Entscheidungen. Das heißt, je nachdem, wie dann die Staatssekretärsrunde getagt hat und was der Gegenstand der Runde war, ist es dann so gewesen nach meinem Verständnis und aus meiner Erinnerung heraus, dass teilweise die Staatssekretäre mit dem Besprochenen vor Ort dann wieder zurück in ihre Häuser sind, um das natürlich dann auch mit den jeweiligen Ministern oder Ministerinnen zu besprechen und dann entweder in der nächsten Staatssekretärsrunde das zu beschließen oder darauf resultierend auch im Schriftverkehr eine Einigung herzustellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Fragezeit und wechseln zur SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Einmal, jedenfalls von meiner Seite zum letzten Mal, noch zu dieser Situation um den April 2021 herum: Sie haben gerade auf die Frage der Kollegin Jurisch gesagt, dass es Ihnen nicht bekannt ist, ob man versucht hat, über das Bundeskanzleramt eine Einflussnahme auf das Ortskräfteverfahren herbeizuführen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Jetzt kann ich zitieren das Protokoll 20/36 I, in dem Herr B■■■■■ ausführt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Für die Ortskräfteproblematik wäre ein Einschreiten des Bundeskanzleramts - in dem Fall haben wir eine Bundeskanzlerin - durchaus wünschenswert gewesen.“

Wurde innerhalb des Hauses über diese Option diskutiert, weil zumindest ein einzelner Mitarbeiter sich zumindest darüber Gedanken gemacht hat?

Zeuge Dirk Faust: Also das, was der Referent B [REDACTED] da geschrieben hat: Ich weiß nicht, ob er es an mich adressiert hat, ich es gesehen habe, es über mich gelaufen ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Um Missverständnisse zu vermeiden: Das hat er hier im Untersuchungsausschuss gesagt.

Zeuge Dirk Faust: Ach, im Untersuchungsausschuss. - Ja, das mag die Bewertung aus Sicht eines Referenten zu diesem Zeitpunkt in der Unterabteilung SE II und im Referat SE II 1 gewesen sein. Ich habe da eine etwas andere Auffassung in der ganzen Angelegenheit; weil, wie eben angesprochen, gibt es unterschiedliche Ebenen, die miteinander sprechen und die dann auch über Themen befinden. Und natürlich ist es, wenn Sie meine Paraphe nehmen, wo ich dann der Ministerin empfehle, „aufzuschalten“, dann eine Frage der Ministerin gewesen, wie sie mit dieser Empfehlung umgeht und wie sie diese Empfehlung möglicherweise umsetzt, ob sie also dann mit ihren Ressortkollegen spricht, ob sie das zu einer Kabinettsache macht oder auch mit der Bundeskanzlerin bespricht.

Ich würde mich zu dieser Aussage jetzt nicht hinreißen lassen, dass ich sage: „Das wäre wünschenswert gewesen, wie Frau Bundeskanzlerin - - ob sie sich mal damit beschäftigt“, zumal weder der Referent B [REDACTED] - Vermutung Faust - als auch ich überhaupt gar nicht wissen können, ob und wie, in welchem Umfang Frau Bundeskanzlerin in ihrem Haus oder auch durch meine damalige Verteidigungsministerin damit befasst worden ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Kern meiner Frage war auch die Frage danach, ob das in Ihrem Haus diskutiert worden ist.

Zeuge Dirk Faust: Nein, das ist nicht diskutiert worden. - Gut, nicht meines Kenntnisstandes nach, Herr Abgeordneter.

Jörg Nürnberger (SPD): Das habe ich auch genau so verstanden. - Eine zweite Sache, die bereits mehrfach von verschiedenen Kollegen angesprochen worden ist, ist die Frage nach der Abwicklung. Auch Sie selber haben es erwähnt: die Einschaltung der IOM in Kabul. Und Sie haben auch selber ausgeführt, dass es Ansätze gab, aber dass es zu keiner endgültigen Lösung geführt hat. Jedenfalls schreiben Sie in der Kommentierung einer Staatssekretärsvorlage vom 3. August 2021 unter MAT A BMVg-4.267 VS-NfD, Blatt 20:

„IOM bleibt unverändert das Nadelöhr im OKV und der Antragsbearbeitung in Kabul. Die Kapazitäten reichen absehbar nicht aus, um eine schnelle Abwicklung der Anträge unserer ehemaligen OrtsKr des erweiterten Begünstigtenkreises“

- auch darüber haben Sie bereits referiert -

„(bis zu ca. 350 OrtsKr, gesamt bis zu ... 1 500 Personen) zu gewährleisten. Dazu kommt noch die unbestimmte Verfahrensdauer.“

Wie war die Reaktion auf diese Feststellung innerhalb Ihres Hauses? Gab es Diskussionen, wie man dieses Nadelöhr beheben kann? War es nur eine Frage der Kapazität? Oder haben Sie dort eher ein strukturelles Problem gesehen?

Zeuge Dirk Faust: Dazu muss man feststellen, dass das Auswärtige Amt sich sehr frühzeitig bemüht hat, das International Office for Migration als entsprechenden Auftragsnehmer für die Visabearbeitung in Afghanistan zu gewinnen. Leider ist die Organisation nicht in der Lage gewesen, so wie ich das mitverfolgt habe, die ursprünglich gemachten Zusagen hinsichtlich des Zeitpunkts der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufnahme der Serviceleistungen als auch hinsichtlich des Umfanges so schnell umzusetzen. In Teilen gab es da auch Herausforderungen im Zusammenhang mit Corona. Das war aber nicht ein Verschulden des Auswärtigen Amtes, sondern das war einfach eine Frage, dass die, wie gesagt, Organisation das nicht konnte.

Zu dem Zeitpunkt, den Sie jetzt hier erwähnt haben, waren wir natürlich nicht mehr mit deutschen Kräften in Afghanistan vertreten. Das heißt, wir waren als Ressort BMVg darauf angewiesen, dass diese Organisation entsprechend die Visabearbeitung umsetzt - Federführung im Auswärtigen Amt. Unserer, so wie ich es auch paraphrasiert habe, nicht in ausreichendem Umfang. Wäre also erforderlich gewesen, auch dann auf Erfahrungswerten basierend, die - wie soll ich sagen? - Kapazitäten dort zu erhöhen. Nicht machbar mit unserem eigenen Personal, weil keine deutschen Soldaten mehr in Afghanistan.

Und noch mal zum Vergleich: Sie erinnern sich, wir haben temporär die Visabearbeitung für unsere Ortskräfte in Masar-i-Sharif übernommen. Es ist uns gelungen, innerhalb von drei Wochen unter starker Unterstützung des Auswärtigen Amtes in der Visumbearbeitung hier in Deutschland für fast 500 Ortskräfte - 400 ein paar und noch was - und insgesamt, wenn wir die Familienangehörigen noch einrechnen, die Visumbearbeitung für über 2 000 Menschen durchzuführen, die Anträge nach Deutschland zu bringen, im Gegenzug visierte Reisepässe oder Reiseausweise für Ausländer zurückzubringen und diese auch alle noch an unsere Ortskräfte in Masar-i-Sharif auszugeben.

Die anfängliche Kapazität des Büros IOM in Kabul in einer Probephase sollte beginnen mit fünf Ortskräften einschließlich Familienangehörigen pro Tag. Wir haben immer eine Größe gehabt: eine Ortskraft, vier Familienmitglieder; das sind fünf. Fünf mal fünf macht 25 Menschen am Tag. Das rechnen Sie auf fünf Tage die Woche hoch, weil nicht klar war, ob auch noch am Wochenende gearbeitet wird. Selbst wenn wir es mal sieben nehmen, ist natürlich, wenn Sie das Verhältnis in der Kapazität sehen, da durchaus aus Sicht BMVg Verbesserungsbedarf gewesen.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gab dazu auch eine Kommentierung des damaligen stellvertretenden Generalinspektors, noch immer stellvertretenden Generalinspektors, Generalleutnant Laubenthal, der kommentiert hat, dass die Idee „Visa on Arrival“ zu durchdenken ist. Können Sie bestätigen, dass diese Diskussion auch innerhalb des BMVg als eine der Lösungsmöglichkeiten in Betracht gezogen worden ist?

Zeuge Dirk Faust: Ja, das war so - und nicht nur durch das BMVg, sondern aus meiner Erinnerung heraus auch durch das BMI, an der Seite BMVg im Schulterschluss.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem es zu dem Zeitpunkt - - Wir reden tatsächlich über Anfang August 2021. Können Sie sich daran noch erinnern, ob und gegebenenfalls welche Argumente vom BMI gegen diese Option vorgebracht worden sind?

Zeuge Dirk Faust: Also das BMI hatte gegen Visa on Arrival, soweit ich das jetzt richtig erinnere, keine Argumente, sondern das BMI war ähnlicher Auffassung wie das BMVg, wenn ich mich jetzt nicht völlig irre. Die Visumbearbeitung: Federführung Auswärtiges Amt. Und dort wäre natürlich eine solche Entscheidung über Visa on Arrival zu treffen gewesen. Über mögliche Gegenargumente oder die Position des Auswärtigen Amtes zu diesem Zeitpunkt erinnere ich mich allerdings jetzt nicht mehr, ohne dass ich Unterlagen hätte.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. Dann möchte ich es bei dem Themenkomplex so weit bewenden lassen. - Die nächsten Fragen beziehen sich auf die Charterflüge, die angedacht waren. Da gab es ja Mitte Juni 2021 den Wunsch der Ministerin, dass vor dem Ende der Rückverlegung ein Charterflug für Ortskräfte stattfinden sollte. So heißt es in einer E-Mail an den stellvertretenden Abteilungsleiter SE und an Sie in cc vom 17. Juni 2021 - ich beziehe mich auf MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 52 -:

„BMin hält weiterhin am Auftrag ziviler Charter Sammeltransport vor Ende RV“



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Rückverlegung -

„fest und nach Verständnis BMin war das auch die Absprache mit BKin gestern am Rande der Kabinettssitzung.“

Können Sie uns darstellen, ob und gegebenenfalls inwieweit Sie an den Planungen eines solchen Charterflugs beteiligt waren und warum er dann letztendlich nicht stattgefunden hat?

Zeuge Dirk Faust: Ja, das kann ich. Es ging hier um Überlegungen, noch vor Beendigung unseres Engagements in Afghanistan aus dem Raum Masar-i-Sharif einen Charterflug durchzuführen, um Ortskräfte in einer Größenordnung von bis zu 300 - - also Ortskräfte und Familienangehörige in einer Größenordnung von bis zu 300 auszufliegen. Die Planungen für einen solchen Charterflug sind dann gelaufen in Verantwortung der Unterabteilung III, weil Lufttransporte, Verträge mit Charterfirmen und Ähnlichem in dieser Unterabteilung laufen.

Durch mich in der Unterabteilung II wurde unter anderem geprüft - und das war auch ein Auftrag - eine Unterstützungsmöglichkeit durch das damalige deutsche Einsatzkontingent, was zu diesem Zeitpunkt bereits in den letzten Zügen der Rückverlegung gelegen hat. Ich habe dazu auch mit dem Kommandeur des Einsatzkontingentes, Brigadegeneral Meyer, telefoniert. Es gab auch den einen oder anderen Schriftverkehr dazu.

Und General Meyer selber hat dringend von einem solchen Charterflug abgeraten. Er hatte das begründet einmal mit Kapazitätsgründen, die darin liegen, dass er das Ganze nicht mehr unterstützen kann. Er hat das Ganze an Sicherheitsaspekten festgemacht, sowohl mit Blick auf die Sicherheitslage in Masar-i-Sharif: Wer sichert einen solchen Charterflug ab? Wer führt das entsprechende Ground Handling durch? Wer registriert die aufzunehmenden Ortskräfte? Wer wählt diese Ortskräfte aus? - Es war gefordert eine zentrale Unterbringung dieser Ortskräfte vorher im Lager in Masar-i-Sharif. Das wäre so nicht möglich gewesen.

Und letztendlich ging es dann auch noch um die Frage eines negativen Coronanachweises, der ausschließlich berechtigt hätte, an Bord zu gehen. Hier hätte sich die Frage gestellt: Was passiert, wenn Familien, die ausgewählt sind, jetzt nicht alle einen negativen Test haben? Wie geht man damit um? Oder kann man auch Ausnahmebestimmungen hier zugrunde legen? - Es ging um die kurzfristige Festlegung von Diplo-Clearances, also Überflugrechten über andere Länder, und noch einige Dinge mehr.

Und diese Argumente wurden von mir an den stellvertretenden Abteilungsleiter SE, der damals die Abteilung geführt hat, weil der Abteilungsleiter SE im Urlaub war, entsprechend so vorgebracht, mit der Empfehlung, diesen Charterflug nicht mehr durchzuführen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie sprechen in der Vorlage, auf die Sie gerade referieren - es handelt sich um MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, die Blätter 80 und 81 -, genau wie Sie es beschrieben haben, über das Sicherheitsrisiko und verwenden hier die Formulierung „durch den symbolischen Trsp von Ortskräften“. Warum verwenden Sie das Wort „symbolisch“?

Zeuge Dirk Faust: Ja, weil zu diesem Zeitpunkt ein Charterflug letztendlich es nicht ermöglicht hätte, alle Ortskräfte, die berechtigt waren, in Masar-i-Sharif auszufliegen. Das hätte größerer Kapazitäten bedurft. Und demzufolge habe ich diesen Begriff „symbolisch“ gewählt.

Jörg Nürnberger (SPD): Gleichzeitig merken Sie aber in dieser Anmerkung auch an, dass Sie Zweifel darüber haben, ob es überhaupt kurzfristig gelänge, „ausreichend Ortskr“ zu finden, die den Charterflug in Anspruch nehmen könnten.

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Also ein zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite gibt es zu viele, um sie auf einmal zu transportieren, -

Zeuge Dirk Faust: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): - aber vielleicht auch zu wenige, um - -

Zeuge Dirk Faust: Ja. Das mit dem „zu wenige“ ist relativ einfach erklärbar: Wenn man die Zeitabläufe nimmt zwischen der ersten Planung für einen solchen Charterflug, der nicht öffentlich kommuniziert worden ist, und einer möglichen Auswahl von Ortskräften, die dann innerhalb kürzester Zeit - ich sage mal, Wochenfrist - sich dazu entscheiden sollen, aus Afghanistan auszureisen nach Deutschland, dabei - - Und das war auch ein Argument von Brigadegeneral Meyer, der gesagt hat: Das sind hier natürlich alles Ortskräfte; die haben hier Familie, die haben hier teilweise Häuser; die müssen diese Dinge auch erst mal regeln und abwickeln. - Und gerechnet von einem ersten Zeitpunkt einer Information bis zum Start des Fliegers wären es nur wenige Tage gewesen.

Und das hat mich dazu veranlasst, in dieser Paraphe zu schreiben: Habe ich Zweifel, dass es innerhalb dieses kurzen Zeitraums gelingt, genug Ortskräfte zu identifizieren. - Denn wir waren angehalten, diesen möglichen Flug noch gar nicht bekannt zu machen bei den Ortskräften, weil wir ja noch gar nicht die Entscheidung hatten, dass er durchgeführt wird.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein guter Soldat hat auch immer einen Plan B.

Zeuge Dirk Faust: Mhm.

Jörg Nürnberger (SPD): Dementsprechend geht aus den Unterlagen hervor, dass Sie, wenn die Zeitachse verlängert worden wäre, durchaus solche Charterflüge hätten durchführen können. Wenn ich die Unterlagen anschau, um Ihnen den Hinweis noch zu geben, sprechen Sie davon, dass der August ein geeigneter Zeitraum wäre, dann den Charterflug durchzuführen, und eben nicht im Juni oder im Monatswechsel zum Juli.

Zeuge Dirk Faust: Darf ich's mal sehen?

Jörg Nürnberger (SPD): Gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Ja, habe ich so geschrieben und halte ich auch für richtig, dass natürlich, selbst wenn das deutsche Einsatzkontingent nicht mehr in Masar-i-Sharif vor Ort ist, unter Zugrundelegen bestimmter Rahmenbedingungen, wie sie hier auch aufgeführt sind - also Nutzung eines entsprechenden Vertragsnehmers, jemand, der vor Ort das entsprechende Ground Handling regelt, der den Zugang zu den Flugzeugen und die Überprüfung macht - - dass dann natürlich bei etwas mehr Zeitraum Charterflüge durchaus ein adäquates Mittel sind, um Ortskräfte nach Deutschland zu holen. Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich - -

Zeuge Dirk Faust: Was ja dann - Entschuldigung, Herr Abgeordneter - auch mit Blick auf Kabul weiter in Erwägung gezogen worden ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf Sie schnell zum Ende dieser Runde noch konfrontieren mit einem Vorhalt aus MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 34 und 35, wo der stellvertretende Abteilungsleiter, Herr Hoppe, am 11. Juni schreibt:

„Aktuell sind wir aufgefordert, ... theoretische Optionen aufzuzeigen, ... Das ist organisatorisch gar nicht mehr machbar: ... Quarantäne ... Die Forderung bleibt aber zu prüfen, ob wir nicht wenigstens als symbolischen Akt, einen Flieger schicken können um die Bilder zu produzieren: ...“

Jetzt stammt diese Nachricht nicht von Ihnen, sondern von einem Kameraden, Kollegen. Gab es Anzeichen, dass es tatsächlich darum ging, eine Situation zu schaffen, wo entsprechende Bilder für die Öffentlichkeit produziert werden sollten?

Zeuge Dirk Faust: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie das als Motivation wahrgenommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Nein. Das möchte ich so ausschließen, zumindest aus meiner Sicht und in meiner damaligen Funktion. Ich sehe das eher in dem Kontext, dass alle Ressorts, aber insbesondere auch das BMVg, immer, sagen wir mal, einem gewissen Vorwurf unterlagen, dass wir nicht genug für unsere Ortskräfte tun. Wir haben aber natürlich intern, auch aus Sicht BMVg, uns immer als Treiber des Ortskräfteverfahrens gesehen. Wir haben sehr früh schon über Ausreisemöglichkeiten unserer Ortskräfte aus Afghanistan nachgedacht. Wir haben auch versucht, die Ausreise per Charterflug selbst in einem sehr kurzfristigen Zeitraum noch zu ermöglichen. Das sehen Sie ja auch daran, dass das nicht sofort gestoppt worden ist, sondern wir einfach die Planungen aufrechterhalten haben, um zu sagen: Wir als BMVg tun alles, was möglich ist, und wenn es funktioniert, dann machen wir es. - Aber wir zeigen die damit verbundenen Risiken auf. Und wenn es dann nicht mehr geht, dann liegt es an den entsprechenden Rahmenbedingungen.

Wenn wir aber dann schon diesem Engagement dann auch Rechnung tragen und wir einen solchen Charter oder auch Charterflüge nehmen, um unsere Ortskräfte aus Afghanistan nach Deutschland zu holen, dann kann man das natürlich auch nutzen, um aufzuzeigen: „Wir tun etwas“, und dieser Kritik an den Ressorts, insbesondere auch am BMVg, dass wir nicht genug tun, entgegenzutreten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende dieser Runde und wechseln zur Union. Frau Kollegin Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Und auch ich mache wieder bei den Ortskräften weiter. Ich möchte Ihnen noch mal einen Vorhalt machen aus Unterlagen des Auswärtigen Amts, aus dem Mai 2020 - das ist MAT A AA-8.351 VS-NfD, Blatt 177 bis 182, und hier aus dem Blatt 182 -: Es wurde auf Arbeitsebene überlegt, die Visastelle in Teheran für Ortskräfte aus Afghanistan aufzubauen, und das NATO-Referat 201 im Auswärtigen Amt teilt dazu intern mit - und jetzt zitiere ich -:

„Es sei das falsche Signal, sich auf Konsequenzen eines möglichen Abzugs der BW vorzubereiten. Sie“

- die zuständige Kollegin aus dem NATO-Referat -

„wisse, dass die Ressorts sich dies wünschten, insbesondere die Bundeswehr, 201 sei aber dagegen, da 201 sich für den Verbleib der BW einsetze, da könne man sich nicht gleichzeitig auf die Konsequenzen eines Abzugs vorbereiten ...“

So weit der O-Ton aus dem Auswärtigen Amt.

Und jetzt würde ich gern von Ihnen wissen, ob Sie von den Kontakten, die Sie immer wieder mit dem Auswärtigen Amt natürlich hatten, etwas davon herausgehört und vor allen Dingen aus dieser Motivationslage, also diese Frage zwischen falschem Signal, obwohl unter Umständen der Ratschlag gegeben wurde, sich eben darauf vorzubereiten - - Und würde man das dann weiterführen müssen, dass das auch mit ein Grund war, warum die Visaverfahren eben nicht verbessert und beschleunigt werden konnten?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich noch mal das Datum hören?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Dirk Faust: Das Datum dieses Schriftverkehrs.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Mai 2020.

Zeuge Dirk Faust: Also, zu Mai 2020 kann ich nichts sagen. Wie bereits ausgeführt: Lagezentrum Corona. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt auch noch keine Kennung dazu, sondern - - erst im August 2020 in die Funktion eingestiegen. Deswegen kann ich zu diesem Vorgang jetzt nichts sagen. Und natürlich auch: Da würde ich auch keine Bewertung oder auch kein Urteil drüber fällen, ob das zu möglichen Schwierigkeiten im Visaprozess geführt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fakt ist aber, dass natürlich - das weiß ich aus persönlichem Erleben aus dem Jahr 2021 - und unter anderem die Auslandsvertretungen in Kabul mittels DKOR sich gegen Charterflüge ausgesprochen haben, weil sie das falsche Signal seien mit Blick auf die afghanische Bevölkerung und auf die Situation im Land.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Dann kommen wir zu den Charterflügen. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer schlägt Mitte Juni 2021 das dann in dem Zeitraum vor, zeitnah - noch mal; das hatten wir schon mal - den symbolischen Charterflug 300 für ehemalige Bundeswehrortskräfte und Familienangehörige aus Masar ausreisen zu lassen. Und ich zitiere aus dem Blatt, das wir, glaube ich, schon mal hatten - das war MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 10 bis 13 -:

„AA sieht keinerlei Zuständigkeit in Sachen Charterflüge, da es sich nicht um DEU Staatsbürger handelt. Auch eine konsularische Ustg in MES bei Flügen, die wir selbst organisieren, wird nicht gesehen und unter Verweis auf das aufgelöste Konsulat MES sowie die besonderen Sicherheitsvorkehrungen für Angehörige der Botschaft in Kabul abgelehnt. Darüber hinaus bestehen die bekannten Bedenken der politischen Seite zu „falschen Signalen“.“

Zitat Ende. - Das war aber im Juni 2021 jetzt.

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Und deswegen würde mich interessieren, ob denn das Auswärtige Amt dieses Ansinnen des Verteidigungsministeriums abgelehnt hat. Weil: das wäre jetzt meine Interpretation dieses Zitats.

Zeuge Dirk Faust: Das Ansinnen, die Charterflüge durchzuführen?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dirk Faust: Nein. Wir haben das ja auch dann auf unserer Ebene entsprechend - -

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Also für Ortskräfte.

Zeuge Dirk Faust: Ja. Das haben wir ja auch alles entsprechend dann, wenn wir jetzt sowohl die Charterflüge nehmen, die eben in Rede standen nach Masar-i-Scharif, ja, aber auch später in Rede stehende Charterflüge von Kabul aus, entsprechend weiterverfolgt und deswegen - - Also, dass das Auswärtige Amt das abgelehnt hat: meiner Erinnerung nach nicht.

Das, was Sie zitiert haben, erinnere ich so, wie Sie es zitiert haben. Das hat aber nicht dazu geführt, dass wir aus diesem Grunde von den Charterflügen abgesehen hätten.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Das ist natürlich ein Unterschied, ob Sie davon absehen oder ob das Auswärtige Amt keine Zuständigkeit sieht.

Zeuge Dirk Faust: Ja, aber das ist natürlich eine Frage: Wenn wir als Bundeswehr sagen, ja - - Und es ist ja auch immer die Frage im ressortgemeinsamen Ortskräfteverfahren: Wer ist für den Transport von Ortskräften verantwortlich? Wir haben ja auf der einen Seite die eigenverantwortliche Ausreise von afghanischen Ortskräften gehabt, die sehr gut funktioniert hat, und dann den zusätzlichen Gedanken zu Charterflügen. Wir haben ja sogar später den Bedarf für Charterflüge per Abfrage bei den Ortskräften versucht zu ermitteln und haben dann festgestellt: Also, zu einem Zeitpunkt X, wo wir schon an Charterflüge gedacht haben, waren überhaupt nicht genug Ortskräfte bereit, mittels Charterflug überhaupt auszufliegen. So.

Wir haben also schon als BMVg generell immer gesehen, dass das eine Gemeinschaftsaufgabe und eine ressortübergreifende Aufgabe ist, wie die gesamten Ortskräfteverfahren. Und jetzt ist es halt so: Wenn man vorher mit bestimmten Dingen noch keine Erfahrung hat und die Frage ist: „Wer macht es dann?“, dann sagt man natürlich:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Okay, wen betrifft es jetzt und in wessen eigentliche Zuständigkeit fällt es jetzt, zum Beispiel 300 Ortskräfte aus Masar-i-Scharif auszufliegen?“

Dass es dort keine konsularischen Vertretungen mehr gab, das war bekannt. Wir hatten ja, wie hinreichend dargelegt, eh schon selber in Kabul die Visaanträge aufgenommen und entsprechend nach Deutschland, dann mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes dankenswerterweise, die teilweise auch Wochenendschichten gefahren haben, die Dokumente wieder an unsere afghanischen Ortskräfte ausgeben können. Und deswegen war das hier aus meiner Sicht überhaupt kein größerer Streitgrund, auch wenn sich das in diesem Schriftverkehr vielleicht etwas, ja, sagen wir mal, schärfer anhört, ja? Also, das war für uns überhaupt kein Hinderungsgrund, davon jetzt abzusehen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja, gut. Aber das Auswärtige Amt stellt sich im Schriftverkehr unzweifelhaft auf den Standpunkt, dass es nur für die deutschen Staatsangehörigen zuständig ist, auch was die Charterflüge betrifft.

Zeuge Dirk Faust: Na ja, wenn das - -

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Für die ausländischen, also in dem Fall die Ortskräfte, die eben nicht deutsche Staatsbürgerschaft haben, logischerweise, sind dann halt Sie zuständig. So steht es in diesem Schriftverkehr völlig unzweifelhaft.

Und da ist dann schon die Frage, warum es zu diesem Zeitpunkt, Mitte August, immer noch diese starre Haltung gab, anstatt dort Hand in Hand die Charterflüge insgesamt durchzuorganisieren.

Zeuge Dirk Faust: Mitte August?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Mitte August - steht hier.

Zeuge Dirk Faust: Und der Schriftverkehr war von wann, bitte?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Mitte Juni ist der Schriftverkehr 2021, und das hat wohl nach unseren Unterlagen bis Mitte August so angehalten.

Zeuge Dirk Faust: Ja. Ja, wenn das da so drinsteht, Frau Abgeordnete.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann noch mal auf den letzten Teil des Zitats, das ich Ihnen gegeben hatte. Es würde mich interessieren, was Sie meinten mit der Bemerkung „... die bekannten Bedenken der politischen Seite zu ‚falschen Signalen‘“:

„Darüber hinaus bestehen die bekannten Bedenken der politischen Seite zu „falschen Signalen“.“

In Anführungsstrichen.

Zeuge Dirk Faust: Dürfte ich das bitte noch mal sehen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dem Sekretariat ist nicht klar, woraus Sie gerade zitiert haben.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ich habe es vorhin schon vorgelesen.

(Zuruf: Die Seiten!)

- 10 bis 13.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Aus dem Kontext heraus, so wie ich es hier geschrieben habe, vermute ich, dass ich mich bezogen habe unter anderem auf den eben von mir schon geschilderten DKOR, unter anderem aus der deutschen Auslandsvertretung in Kabul, die eben wiederholt deutlich gemacht hat, dass eben gerade Charterflüge zu diesem Zeitpunkt das falsche Signal seien, auch gegenüber der afghanischen Regierung und der afghanischen Bevölkerung.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Dann haben wir den Juli 2021. Da nimmt die Zahl der



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausreiseberechtigten Ortskräfte zu, und das Verteidigungsministerium versucht wohl, bei dem Thema „Charterflüge und Ticketbuchungen“ das Auswärtige Amt in die Pflicht zu nehmen; so jedenfalls erwächst es sich für uns aus den Akten. Und da habe ich wiederum einen Vermerk vom 27.07.2021, in dem Sie kommentieren - MAT A BMVg-5.173 VS-NfD, Blatt 111 bis 114; auch ich lerne; hier Zitat von Ihnen -:

„Wir kommen nur in kleinen Schritten voran. Während mit BMI weitestgehend Einvernehmen herrscht, gestaltet sich die Zusammenarbeit mit AA unverändert schwierig. Das AA bekommt die notwendige Arbeitsbereitschaft der OrtsKrBüros IOM in MES und KAB seit Wochen nicht sichergestellt. Abweichende Auffassungen zu Zuständigkeiten im Verfahren erschweren zügiges Handeln und sind nicht zielführend. Hier sollten wir in unserem eigenen Interesse jetzt selbst handeln wie z.B. bei der Ticketbuchung.“

Ende des Zitats. - Und deswegen würde ich jetzt ganz gerne fragen, weil Sie es oben schreiben: Inwieweit herrschte da bereits Einigkeit im Juli 2021 mit dem Innenministerium in Sachen Ortskräfte?

Zeuge Dirk Faust: Ich glaube, ich habe es schon hier. Ich würde gerne noch einmal schauen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ja, ja.

Zeuge Dirk Faust: Oder Sie lassen es mir noch mal.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

- Ich finde es auf die Schnelle nicht, Frau Abgeordnete. Wenn Sie es mir noch mal - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Also, wenn ich es richtig lese, geht es im Wesentlichen, im Kern, darum: Wer übernimmt die Verantwortung beim Transport von Ortskräften, und sind Charterflüge sinnhaft oder nicht sinnhaft? Das BMI, wenn ich es jetzt richtig lese und verstehe und erinnere, war da auf unserer Linie. Das ist auch verständlich, weil das BMI eine eher geringe Anzahl von Ortskräften hatte, um die es ging zu diesem Zeitpunkt. Das war das, was ich eben schon mal geschildert hatte: Als wir eine Abfrage gemacht haben, wo denn der Bedarf für Charterflüge überhaupt da ist, haben wir hier schon festgestellt: Im Moment ist es nicht.

Aber wir müssen nach vorne schauen, wenn denn mal eine Situation entsteht, wo plötzlich eine sehr große Anzahl von Ortskräften zum einen weiter mit Visa versorgt werden muss und darüber hinaus gegebenenfalls in einem sich verschlechternden Szenario dann auch aus dem Land herausgeflogen werden muss, auch mit Charterflügen. Und das war das, wo es noch zu diesem Zeitpunkt offensichtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Auswärtigen Amt und uns gab, während das BMI sich unserer Linie durchaus angeschlossen hatte.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Und was war - - Sie zitieren ja da oben - - oder ich habe Sie zitiert mit:

„... gestaltet sich die Zusammenarbeit mit AA unverändert schwierig.“

Was war so schwierig an dieser Zusammenarbeit?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, die Frage: Wer übernimmt welche Aufgaben, und wie werden wir uns einig, wer welche Verantwortlichkeiten in diesem ganzen Prozess hat, und wer treibt auch voran ein sogenanntes Alternativszenarium? Das ist ja dann auf der zweiten Seite. Das war also die Frage, wie - und die Federführung der Szenare lag im Auswärtigen Amt - gehen wir damit um, wenn wir plötzlich eine größere Anzahl von Ortskräften in die Bearbeitung nehmen müssen? Welche Strukturen brauchen wir, und welche Kapazitäten brauchen wir? Damit einhergehend, wie auch bereits geschildert, die Schwierigkeiten mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem IOM hinsichtlich der vor Ort befindlichen Kapazitäten in Kabul und Masar-i-Scharif.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Jetzt gab es ja bekannterweise die Argumentation: Solange kommerzielle Flüge gehen, braucht man keinen Charterflug. Haben Sie diese Position auch vertreten?

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dirk Faust: Habe ich, weil wir festgestellt haben, dass viele Ortskräfte, die über entsprechende Reisepässe und Visum für Deutschland verfügten, bereits die eigenverantwortliche Ausreise vorgenommen haben. Wir haben das auch geprüft. Das ist auch bei mir in der Verantwortung der Unterabteilung gelaufen, weil wir uns natürlich immer überlegt haben: Welche Möglichkeiten bestehen für eine Ortskraft, aus Afghanistan auszureisen und in diesem Falle nach Deutschland zu kommen?

Es gab eine Phase, dort gab es noch regelmäßig Linienflüge aus Masar-i-Scharif über - - zum Beispiel mit Turkish Airlines, und man konnte also für einen entsprechenden Flugpreis mit seiner Familie von Masar-i-Scharif über die Türkei nach Deutschland gelangen. Wir haben dagegengerechnet die monatlichen Gehaltszahlungen und die Abfindungszahlungen, die an Ortskräfte geleistet worden sind bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses, und haben festgestellt, dass also sowohl die Abfindungszahlungen in Relation zum Flugpreis eine normale Ortskraft in der entsprechenden Gehaltsklasse, die mit Familie ausreisen will, nicht überfordert. Gleichzeitig haben wir festgelegt: Das mag im Einzelfall trotzdem so sein. Hier sind wir dann bereit, Reisebeihilfen zu zahlen unter dem Stichwort: Wenn es nicht reicht, schießen wir entsprechend etwas dazu. - Und wir haben dann auch festgestellt, dass tatsächlich viele Ortskräfte später im Verfahren diesen Weg der eigenverantwortlichen Ausreise gewählt haben.

Es war immer aber klar: Es wird möglicherweise eine Situation eintreten, bei der Linienflüge nicht

mehr nutzbar sind. Wir hatten auch - - Irgendwann gab es aus Masar-i-Scharif keine Linienflüge, zumindest nicht international. Man konnte aber als Ortskraft immer noch - das war auch der kürzeste und sicherste Weg - von Masar-i-Scharif mit einer afghanischen Fluglinie nach Kabul fliegen und dann von Kabul international nach Deutschland.

Auch das haben wir geprüft. Wir hatten die Flugverbindungen, wir hatten die Anzahl, die wöchentlich geht, und wir hatten die entsprechenden Ticketpreise. Und deswegen habe auch ich - da stehe ich auch heute noch dazu - also durchaus vertreten, dass eine eigenverantwortliche Ausreise möglich ist.

Aber es muss über Charter weiterhin nachgedacht werden für den Fall, dass keine regulären Flüge mehr gehen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): So, und dann hat es ja nach längerer Diskussion und auch Beauftragung durch die Bundeskanzlerin Mitte August 2021 doch durch das Auswärtige Amt zwei Charterflüge gegeben. Und als Sie, Herr General, am 15. August 21 darüber informiert werden, dass die deutsche Botschaft an den Flughafen Kabul verlegt wird, schreiben Sie an Herrn Hoppe - MAT A BMVg-5.48, Blatt 200 bis 202; ich zitiere -:

„Zwei Charter sind natürlich nicht genug und hier verweise ich auf BM Seehofer in der gestrigen TelKonf. Solange das irgendwie geht, gilt der Grundsatz "Nicht kleckern, sondern klotzen".“

Das ist ein Zitat.

„50 Pax auf dem ersten Charter sind ja gerade mal 10-15 OrtsKr mit Fam. Ich sehe hier Notwendigkeit unverändert Druck auf AA zu halten. Vielleicht müssen wir doch Nutzung A400M ... in Erwägung ziehen.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt ist meine Frage: Wissen Sie, für welche Passagiere diese beiden Charterflüge ursprünglich geplant waren, also nur für deutsche Staatsangehörige oder auch für Ortskräfte? Und wissen Sie, ob weitere Flüge in Planung waren?

Zeuge Dirk Faust: Das muss ich noch mal sehen, bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ja. Zu dem Zeitpunkt war ich im Urlaub, habe, wie ich das immer mache, im Urlaub trotzdem im Hintergrund mitgelesen, soweit das geht, unregelmäßig, und - teilweise geht es ja auch aus dem Kontext hervor - in dem Falle den stellvertretenden Abteilungsleiter adressiert. Ich habe das gelesen. Ich wusste nicht, wie viel Flieger insgesamt geplant waren. Ich habe also da aus dem Kontext erst mal gehört, dass es überhaupt zwei Flieger sind mit 380 Pax und die entsprechende Anzahl dann, die für Ortskräfte der Bundeswehr entsprechend reserviert waren.

Und das hat mich eben dazu veranlasst, erstens zu sagen: Na ja, zwei Flieger ist was, aber es muss schon ein bisschen mehr sein. - Ich glaube, der Spruch „Nicht kleckern, sondern klotzen“ ist ein militärischer und kam - in Führungszeichen - von mir.

Mir ist aber nicht bekannt, wie die Verteilung auf diesen Fliegern zustande gekommen ist und ob dort mehrere Flieger geplant waren, sondern es war eine erste Reaktion von mir, weil ich gesagt habe: Wir haben ja auch so viele Ortskräfte, die nach Deutschland sollen. Und deswegen scheint mir bei einer Gesamtzahl von 380 verfügbaren Plätzen dieser dem BMVg zugewiesene Anteil zu gering. Aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt noch mal kurz zu der Telefonkonferenz, von der Sie ja sprechen in dieser Bemerkung. Und dort hat der Innenminister Seehofer ja wohl das genauso gemeint, wie Sie es dann mit Ihrem Ausdruck ausgedrückt haben, nämlich „Nicht kleckern, sondern klotzen“, also darauf hingewiesen, dass man

jetzt, solange es nur geht, relativ viel versucht zu erreichen. Was können Sie selber uns zu der Telefonkonferenz sagen? Was für ein Wissen haben Sie dazu? Und auch, wer vielleicht daran teilnahm oder Ähnliches. Sie haben daraus zitiert, also müssen Sie irgendwas davon erfahren haben und irgendwie.

Zeuge Dirk Faust: Ja, ich habe daraus zitiert zu diesem Zeitpunkt; aber da erwischen Sie mich jetzt auf dem falschen Fuß, weil ich Ihnen weder sagen kann, wer teilgenommen hat, noch, um was es ging, ja? Wenn es dort noch Unterlagen gäbe, müsste ich sie sehen. Aber hier kann ich wirklich nichts dazu sagen.

Ich erinnere mich auch nicht, obwohl Sie vollkommen richtig sagen - ich habe es ja auch geschrieben -, dass ich daraus zitiert habe. Aber ich weiß es einfach nicht mehr.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Und dann noch eine Frage auch zu einem Satz.

„Ich sehe hier Notwendigkeit
unverändert Druck auf AA zu
halten.“

Was meinen Sie damit, oder was haben Sie damit gemeint?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, mit Blick auf die Platzverteilung. Also, man muss ja schon mal - -

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Also nicht auf die Menge der Charterflüge, sondern nur auf die Platzverteilung in den beiden Flügen.

Zeuge Dirk Faust: Ja, möglicherweise. Möglicherweise habe ich damit auch die Anzahl der Charterflüge gemeint, ja. Aber in dem konkreten Fall - - Das war ja das, was jetzt anstand. Und wenn mehrere Flüge noch geplant waren - noch mal: weiß ich so jetzt nicht mehr; habe ich auch nicht geschrieben -, dann geht es natürlich darum, dass man, sagen wir mal, wie es dann auch später gelaufen ist bei der Ausreise zum Beispiel von Ortskräften mittels organisierten Landkonvois nach Pakistan rüber, eine, sagen wir mal, ressortübergreifend abgestimmte und der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Anzahl der jeweiligen Ortskräfte vernünftig verteilte Anzahl von Plätzen zuweist. Und das hier bezog sich sicherlich zum einen auf Platzzuweisung insgesamt, möglicherweise auch auf weitere Flieger, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun - -

Zeuge Dirk Faust: Sonst hätte ich auch - Entschuldigung - nicht „Nicht kleckern, sondern klotzen“ geschrieben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. - Einige Fragen wurden jetzt auch schon beantwortet. Deswegen fange ich noch mal an mit dem Thema Obleuteunterrichtung und würde Ihnen dazu erst einen Vorhalt machen bzw. auf ein Dokument nur verweisen, nämlich eine Weisung vom 5. November; das ist MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, Blatt 40 bis 46. Und Sie haben diese am 5. November abgezeichnet. Und danach, im Nachgang gab es eine Debatte zwischen Ihrem Vorgesetzten Herrn Schütt und dem GI Zorn. Sie waren unter anderem auch im cc; das ist MAT A BMVg-5.151 VS-NfD, Blatt 129, 130. Und jetzt zitiere ich:

„Ich melde, dass AA Bedenken gegen die angewiesene Obleuteunterrichtung hat, dies durch AL Ebene sowie durch ParlKab AA gestützt. Begründung: Die Unterrichtung gibt der Weisung eine besondere Bedeutung, weckt damit Aufmerksamkeit und generiert Fragen sowie ggf. Spekulationen, die zum jetzigen Zeitpunkt - nach dortiger Bewertung - nicht zielführend sind. Stattdessen wird empfohlen, im Rahmen des nächsten VgA die beabsichtigte Herausgabe anzuzeigen und die Hintergründe zu erläutern. Ich kann dieser Argumentation grundsätzlich folgen und empfehle - nach Rücksprache mit AL Pol - keine weitere Eskalation gegenüber AA. In der Folge würden wir die VgA Spreche anpassen und

die Weisung am Donnerstag, 19.11.20 herausgeben.

Können Sie sich daran noch erinnern, an die Debatte?

Zeuge Dirk Faust: Wenn ich hier mal kurz darauf schauen darf, bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich es noch mal sehen bitte?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, unbedingt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Also, an dem Schriftverkehr des Abteilungsleiters an den Generalinspekteur, so wie Sie es gerade sagen, war ich in cc beteiligt. Ich habe das entsprechend zur Kenntnis genommen, weil das offensichtlich Abstimmungen waren des Abteilungsleiters auf seiner Ebene. So schreibt er ja auch, dass das Bedenken gibt auf der Abteilungsleiter Ebene, und er hat das an den Generalinspekteur gegeben. Das war zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Was dort genau zwischen dem Abteilungsleiter und seinen Kollegen im Auswärtigen Amt besprochen worden ist und was auch durch ParlKab AA dort gestützt worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Außer dass ich hier richtig nachrichtlich beteiligt war, bin ich dort nicht eingebunden gewesen.

Es bezieht sich auf die Weisungen, die hier entsprechend von mir auch paraphiert worden ist. Es ging hier, so wie es auch der Titel sagt, um die lagerabhängig abgestufte Anpassung des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan. Das heißt, wir wollten damit initiieren, dass sofort, beginnend mit Blick auf einen möglichen Abzug und dann noch festzulegende Rahmenbedingungen, wir jetzt beginnen, das Ganze entsprechend umzusetzen, dazu die planerischen Maßgaben dem Einsatzführungskommando vorgeben und die



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann in ihre entsprechenden Planungen einsteigen. Das - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn Ihrerseits Bedenken gehabt, dass diese Weisung aus Ihrem Haus auch Füße kriegen kann? „Beine“, sagt man, glaube ich.

Zeuge Dirk Faust: Na ja, gut. Was heißt „Füße kriegen“? Wenn Sie schauen, dass letztendlich diese Weisung, die ich vorgelegt habe, parapiert, unten im Mitzeichnungskamm schon das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das BMI und das BMZ im Mitzeichnungskamm trägt, ist klar, dass diese Weisung durch die entsprechenden Häuser mit geprüft und mitgezeichnet worden ist. Das ist ja das eine. Es ging also, wenn ich das hier richtig im Kontext einordne, Frau Abgeordnete, nicht darum, dass die Weisung an sich in Rede steht, sondern letztendlich, so wie ich das hier sehe, ging es nur darum, wie man mit Blick auf die Obleuteunterrichtung zu dieser Weisung verfährt. Das war aber „above my pay grade“ und hat auch nichts an der Weisung selber für mich geändert.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging ja um die Frage, ob es überhaupt eine Obleuteunterrichtung gab.

Zeuge Dirk Faust: Ja, aber das ist nicht - - Wie gesagt, ich bin da nachrichtlich beteiligt. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Aber als Unterabteilungsleiter war ich jetzt nicht derjenige, der über Obleuteunterrichtungen entscheidet, ob sie gemacht werden oder wer sie durchführt, sondern ich war höchstens in Form einer inhaltlichen Zuarbeit mit der Unterabteilung an solchen Obleuteunterrichtungen beteiligt. Also, das hier sind zwei unterschiedliche Dinge, und das hier ist eine Fragestellung, die ich nicht so sehr bei mir als Unterabteilungsleiter sehe, sondern eher an den Abteilungsleiter gerichtet sehe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst mal ja auch nachvollziehbar. - Im Kontext Afghanistan sind wir in den Befragungen auch immer wieder auf die Wahrnehmung gestoßen, dass In-

formationen, die in der Öffentlichkeit sind, sozusagen selbst auch Effekte auf den Gegenstand haben können.

Zeuge Dirk Faust: Mhm.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen ja auch kein unbekanntes Phänomen. Und deswegen wäre jetzt meine Vorstellung, dass die Frage „Wer wird wann wovon unterrichtet?“ sehr wohl für Sie auch in Ihrer Rolle wichtig ist, weil es gegebenenfalls Ihre Arbeitsfähigkeit verändert.

Zeuge Dirk Faust: Ja. Also, da muss ich sagen, Frau Abgeordnete: In diesem Kontext dieser Weisung zu dieser Obleuteunterrichtung sehe ich das überhaupt nicht. Also, selbst eine Obleuteunterrichtung zu diesem Zeitpunkt - -

Und noch mal: Es entzieht sich meiner Kenntnis, was die hier durch den Abteilungsleiter an den Generalinspekteur geschriebenen Bedenken des Auswärtigen Amtes sind; kenne ich nicht und kannte ich zu diesem Zeitpunkt nicht. Selbst das - - Wie soll ich es jetzt sagen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht spekulieren. Ich habe auch gar keine Zeit.

Zeuge Dirk Faust: Nein, nein, nein. - Also, selbst wenn die Öffentlichkeit jetzt Kenntnis davon gehabt hätte, dass das Bundesministerium der Verteidigung jetzt eine Weisung erteilt an das Einsatzführungskommando, um das deutsche Engagement in Afghanistan an die entsprechende Lage anzupassen, hätte sich das auf meine Arbeit und die Umsetzung der Weisung nicht hinderlich ausgewirkt. - Das war Ihre Frage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Es überrascht jetzt ein bisschen - die Bemerkung sei erlaubt -, weil das AA ja die ganze Zeit Sorge hatte und dann auch in der NATO so lange gewartet wurde mit einer finalen Entscheidung, weil man eben den Prozess zwischen Afghanscher Republik und Taliban noch weiter begleiten wollte und einige zumindest dachten, man könnte noch zum Condition-based-Ansatz zurück. - Also jetzt nicken Sie sogar noch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich noch verwirrt.

Zeuge Dirk Faust: Nee, Frau Abgeordnete. Mit Verlaub, ich sehe da gar keinen Widerspruch. Denn wenn man sich die Weisung anschaut, ist es ja, wie man es auch sagt, eine lageabhängig abgestufte Anpassung des Engagements. „Lageabhängig abgestufte Anpassung“ heißt, dass wir mit dieser Weisung und möglichen Planungen, die aus dieser Weisung hervorgehen, genau diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen und unterschiedlichen Entscheidungszeitpunkten hätten Rechnung tragen können.

Das heißt, das waren alles interne Dinge, die an das deutsche Einsatzkontingent gegangen sind. Wir hätten unverändert mit dieser Weisung unsere Einsatzbereitschaft in Afghanistan und auch unseren deutschen Beitrag in Afghanistan aufrechterhalten können. Und meine Parapher - - Ich darf kurz zitieren:

„Damit schaffen wir uns Flexibilität und erhalten uns Freiheit des Handels wie bereits mehrfach erörtert. Ein wichtiger Schritt.“

Das heißt - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Weisung, genau. - Sie hatten gerade gesagt, also zu dem Vorgang, da wäre Ihnen jetzt quasi nicht bekannt, dass die Veröffentlichung von Informationen Ihre Arbeitsfähigkeit eben verändert hätte. Zu anderen Fällen im Untersuchungszeitraum schon?

Zeuge Dirk Faust: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht?

Zeuge Dirk Faust: Nein, mir nicht erinnerlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. - Sie hatten vorhin gesagt, bei der ganzen - - Sie haben ja so schön aufgeführt am Anfang, in

welchen Runden regelmäßig auch getagt wurde. Und dann sagten Sie, glaube ich, am Ende: Ja, und mit Abteilung Politik hat man natürlich dann auch irgendwie noch zu tun. - Können Sie mir das einmal noch mal näher erläutern, wie da die Zusammenarbeit ist und wie vielleicht auch die verschiedenen Perspektiven zwischen den Abteilungen SE und „Politik“ im Haus sind?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, die - - Also wann immer es um Einsätze geht, mandatierte Einsätze, oder auch um ein deutsches Engagement mit entsprechenden Streitkräften, ist natürlich im BMVg einmal die Abteilung „Strategie und Einsatz“, die den militärischen Anteil macht. Und dann haben wir natürlich die Abteilung Politik, die den politischen Anteil macht. Beides - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ganz interessant, weil es gibt ja den Begriff der Militärpolitik, und wenn man jetzt so ganz neu in den Bundestag kommt, -

Zeuge Dirk Faust: Ja, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - so wie ich vor zwei Jahren zum Beispiel, dann denkt man sich: Hm, warum müssen das eigentlich zwei Abteilungen, wenn die sich mit den gleichen Dingen auseinandersetzen? - Ich weiß es mittlerweile, aber erklären Sie es fürs Protokoll noch mal so, dass es jeder versteht.

Zeuge Dirk Faust: Na ja, mit Militärpolitik ist es eben der Bereich im BMVg - - der sich eher mit dem militärischen Anteil eines Engagements oder auch der Zusammenarbeit zwischen Streitkräften beschäftigt. Und die Abteilung „Politik“ ist in dem Bereich Sicherheitspolitik, also die nächste übergeordnete Stufe, auch in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, wenn es um grundsätzliche politische Ausrichtungen des deutschen Engagements geht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da strukturelle Interessenskonflikte, die sich im Fall von Afghanistan bemerkbar gemacht haben, und, falls ja, wie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Faust: Na ja, wie immer gilt es zunächst mal, im Haus etwas zu konsentieren und dann außerhalb des Hauses. Interessenskonflikte sehe ich jetzt so nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zielkonflikte oder unterschiedliche Herangehensweisen?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, gut, die gibt es aber immer, weil die Abteilung „Politik“ eher, sagen wir mal so, mit der politischen Brille draufschaut, während die Abteilung SE oder ich als Unterab-

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie sagen das jetzt so. Ich kenne das mittlerweile auch. Aber fürs Protokoll: Können Sie es noch mal ausführen, was denn sozusagen so ein typischer strukturell angelegter, aber konkreter Konflikt im Bereich Afghanistan ist zwischen einer Abteilung SE und Pol?

Zeuge Dirk Faust: Ja, das kann ich jetzt, weil es auch zu lange her ist, aus der Erinnerung nicht, Frau Abgeordnete. Wir haben aber natürlich immer in der engen Zusammenarbeit sowohl auf der Unterabteilungsleiterenebene zusammengearbeitet. Es gab einmal wöchentlich einen Jour fixe auf der Ebene der stellvertretenden Abteilungsleiter, die mit Beteiligung der Unterabteilungsleiter gesprochen haben. Und da ging es natürlich auch, aber nicht nur um Themen in den Einsatzgebieten.

Und natürlich, wie immer, wenn es um Vorlagen geht, ja, die in die fachliche Zuständigkeit der jeweils anderen Abteilung reingereicht haben - und das war natürlich auch bei Afghanistan so -, sind diese Vorlagen auch durch die zuständigen Referenten oder Referate der Abteilung „Politik“ oder im umgekehrten Falle natürlich der Abteilung SE und der Unterabteilung SE II mitgezeichnet worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind am Ende der Fragezeit, Frau Nanni. - Herr Keuter, Sie haben das Wort.

Stefan Keuter (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr General, Am 27. August 2020 fand die

zweite Ressortbesprechung der Arbeitsgemeinschaft Ortskräfteverfahren statt. Für das BMVg nahm Ihr Kollege F. B. teil. Aus dem Besprechungsprotokoll - Fundstelle MAT A BMVg-4.70, Blatt 44 ff. - geht hervor, dass das BMVg dringenden Handlungsbedarf beim Verfahren sah. Das BMVg beschrieb das Problem in der Besprechung wie folgt - ich zitiere; Zitat Anfang -:

„„Das OKV in seiner jetzigen Form bietet für das sich abzeichnende Szenario des Komplettabzuges nicht die notwendigen Antworten. Aus Sicht BMVg wird mindestens noch ein bis zwei Jahre nach Ende des AFG Engagements ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand betrieben, ohne letztlich die Migration der ehemaligen OK nach DEU verhindern zu können.““

Zitat Ende. - Ferner vertrat das BMVg in der Ressortbesprechung die Auffassung, dass eine individuelle Gefährdungsbeurteilung bei Abzug der Bundeswehr nicht mehr mit der - Zitat - „gebotenen Sorgfalt“ - Zitat Ende - durchgeführt werden könne, da aufgrund der mangelhaften Informationsgrundlage dem Anzeigenden wegen des In-dubio-Grundsatzes Glauben hinsichtlich seiner Gefährdungsbehauptung geschenkt werden müsse. Die Vertreter des BMI hingegen werteten die Anwendung des In-dubio-Grundsatzes als - Zitat - „nicht vereinbar mit dem OKV“; Zitat Ende. Das BMVg müsse hier - Zitat - „intern nachsteuern“; Zitat Ende.

Welche Vereinbarung zwischen den Ressorts gab es, wenn bei der Überprüfung der Gefährdungsanzeige Zweifel aufkamen? Wurde dann im Sinne des Antragstellers einfach eine Gefährdungslage angenommen, oder wie genau war das Verfahren in diesen Zweifelsfällen?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich das noch mal sehr sehen, bitte?

Stefan Keuter (AfD): Gerne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Das war zu einem natürlich noch sehr frühen Zeitpunkt im Ortskräfteverfahren. Wir waren zu diesem Zeitpunkt noch im ursprünglichen Ortskräfteverfahren, was dergestalt war: Eine Ortskraft stellt eine Gefährdungsanzeige. Es wird eine individuelle Gefährdungsprüfung durchgeführt. Dann gibt es einen Gremienentscheid zu dieser Gefährdungsüberprüfung, und in Abhängigkeit des Ergebnisses erfolgt eine Aufnahmezusage oder nicht.

Wie bereits angesprochen, haben wir uns unbeschadet dessen natürlich im BMVg schon frühzeitig Gedanken gemacht, wie wir damit umgehen, wenn entweder eine individuelle Gefährdungsprüfung vor Ort nicht mehr durchführbar ist, und wie wir das Ortskräfteverfahren weiterentwickeln müssen.

Nachdem der Dienst festgestellt hat, für alle Ortskräfte in Afghanistan besteht eine latente Gefährdung, war dann Konsens zwischen den Ressorts - und so wurde es dann auch seit Mai 2021 angewandt - das sogenannte vereinfachte Verfahren, das eine pauschale Anerkennung der Gefährdung der Ortskräfte vorausgesetzt hat und - - damit eine individuelle Gefährdungsprüfung nicht mehr erforderlich war.

Stefan Keuter (AfD): Okay, danke. - Ich würde Sie, Herr Faust, gerne zu einem Vorgang befragen, bei dem das deutsche Einsatzkontingent in Amtshilfe für das Auswärtige Amt Visaanträge von Afghanen einschließlich weiterer Daten aufnahm und diese an das Auswärtige Amt weiterleitete. Es ist wohl so gewesen, dass die Einsatzkräfte auch Visaanträge von Personen erfassten und diese an das Auswärtige Amt weiterleiteten, die nicht im Sinne des Ortskräfteverfahrens berechtigt waren. Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt, oder soll ich Ihnen da noch ein Zitat zu vorlegen?

Zeuge Dirk Faust: Nein, da würde ich gerne ein Zitat hören.

Stefan Keuter (AfD): Kommt. Legen wir Ihnen einmal vor, dann können Sie auch gleich einmal gucken.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Diese Erfassung dieser Daten soll versehentlich passiert sein. So zumindest in einer E-Mail nachzulesen, Fundstelle MAT A AA-8.317, Blatt 270. Die Anträge der Nichtberechtigten haben im Auswärtigen Amt zu einer Diskussion geführt. Die Referatsleiterin von 508 schlug beispielsweise vor, um die Anträge nicht negativ bescheiden zu müssen, die vorgelegten Anträge wegen offensichtlich nicht gegebener Auftragsbefugnis nicht als Visaanträge auszulegen.

Ich zitiere aus der E-Mail von Frau W., Fundstelle MAT A AA-8.317, Blatt 270 - Zitat Anfang -:

„Die BW“

- also Bundeswehr -

„würde darauf bei der Ausgabe der Visa an die Familie hinweisen.“

Für den Fall, dass die Antragsteller dann aber doch gerichtlich darauf bestehen, dass es sich um einen Antrag handelt, der auch beschieden werden muss, könnten wir dann immer noch ablehnen. Damit stehen wir aber mE immer noch besser da (va auch weil zunächst BW“

- also Bundeswehr -

„der Bösewicht für die Antragsteller ist), als wenn wir ... ablehnen. Dann sind wir die Bösen ...“

Zitat Ende. - Welche Weisung hatten die Einsatzkräfte mit Hinblick auf die Entgegennahme von Visaanträgen?

Zeuge Dirk Faust: Ich muss erst mal lesen, Herr Abgeordneter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Also, der Vorgang sagt mir hierzu nichts. Die Visabearbeitung oder die Stützung des Auswärtigen Amtes zur Visabearbeitung in Masar-i-Scharif diente ausschließlich zur Aufnahme von Visa von dazu berechtigten Ortskräften. Das war die Weisungslage an das Einsatzführungskommando, und das wurde meines Kenntnisstandes auch so entsprechend an das Einsatzkontingent gegeben.

Wenn solche Dinge passiert sind - - Wie gesagt, ich lese das jetzt hier so zum ersten Mal, oder ich habe es vorher so noch nicht gesehen, und mir ist auch der Fall so jetzt nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Sind Ihnen andere Fälle bekannt, wo es Probleme mit der Definition der Kernfamilie gab, wo es dazu gekommen ist, dass Visaanträge von Zweit- und Drittfrauen mit eingereicht worden sind?

Zeuge Dirk Faust: Nein, mir nicht.

Stefan Keuter (AfD): Gut, dann kann ich Sie dazu nicht weiter befragen. - Vielen Dank.

Nächste Frage. Sie schrieben in einer E-Mail am 18. Juni 2021, als es um den Einsatz eines zivilen Charters zur Abholung der Ortskräfte ging - ich zitiere aus Fundstelle MAT A BMVG-5.48, Blatt 134; Zitat Anfang -:

„In einigen Fällen sind erwachsene Kinder und weitere Verwandte (zweite Frau) vom Verfahren ausgeschlossen, die möglicherweise versuchen werden, mit ihren Angehörigen auf die Maschine zu kommen. Auch das bietet Potenzial für Unruhe.“

Zitat Ende. - Frage dazu: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zu verhindern, dass es zu diesen Unruhen kommt?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich das noch mal sehen bitte?

Stefan Keuter (AfD): Mhm.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Ich hatte ja dazu ausgeführt, dass im Kontext der geplanten Charterflüge im Juni unter anderem auch aus Gesprächen des Kommandeurs deutsches Einsatzkontingent mit mir gewisse Herausforderungen aufgezeigt worden sind, die möglicherweise dazu führen, dass der ordnungsgemäße Ablauf eines solchen Charterfluges gefährdet ist. Und das, was Sie hier jetzt zitiert haben, ist letztendlich auch einer Aussage - - entstammt einer Aussage des Kommandeurs deutsches Einsatzkontingent. Das war ein hypothetisches Aufzeigen möglicher Herausforderungen, die aber zu diesem Zeitpunkt keiner konkreten Maßnahmen bedurften.

Sie haben ja gefragt: Welche Maßnahmen wurden getroffen? - Gar keine. Selbiger bedurfte es nicht, sondern hier ging es nur darum, aufzuzeigen: Was sind mögliche Problemfälle, wenn wir diesen Charter in Masar-i-Scharif einsetzen?

Stefan Keuter (AfD): Es kam also auch nicht zu diesen Unruhen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende Ihrer Befragungszeit.

Zeuge Dirk Faust: Nein, nein. Den Flieger gab es ja nicht.

Stefan Keuter (AfD): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General, ich würde gerne noch mal da anknüpfen, wo ich vorhin im Gespräch mit Ihnen aufgehört habe. Wir haben ja herausgearbeitet, dass sozusagen das Dilemma - - oder die unterschiedlichen Ansichten zwischen BMI und BMVG im Blick auf das Ortskräfteverfahren so in den ersten Monaten 2021 sich verbessert haben, haben Sie vorhin gesagt, dass es ungefähr von Januar bis April gedauert habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und danach war ja dann so ein bisschen der Konflikt - das haben wir auch jetzt so ein bisschen in der bisherigen Befragung gehört - zwischen BMVg und Auswärtigem Amt zum Thema Charterflüge und fehlende Zuständigkeit.

So möchte ich auch das Dokument noch mal vornehmen, was Kollegin Wittmann vorhin zitiert hatte; das ist MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 10 bis 11. Das ist das Dokument, wo es darum geht, dass das Auswärtige Amt keinerlei Zuständigkeit in Sachen Charterflüge sieht, was Sie damals geschrieben hatten. Und da hatte dann der stellvertretende Abteilungsleiter SE II, also Ihr damaliger Vorgesetzter, der Ihren erwähnten Bericht kommentiert, an den Leiter des Leitungsstabes BMVg und Staatssekretär Zimmer weitergeleitet hat - - Und in seinem Kommentar heißt es dann unter anderem auf Blatt 10 - ich zitiere -:

„Der Bewertung UAL SE II schließe ich mich uneingeschränkt an.

Ganz offensichtlich bestehen unterschiedliche Wahrnehmungen zu den Entscheidungen aus der Kabinettsrunde, die sich auch nicht durch Intervention auf höherer Ebene auflösen ließen. Die Ansage "das haben die Ressortchefs heute so entschieden, also nicht diskutieren sondern nur noch umsetzen", hat nicht verfangen.“

So der stellvertretende Abteilungsleiter damals. - Ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie seine damalige Wahrnehmung damals teilten.

Zeuge Dirk Faust: Das kann ich so jetzt nicht sagen, Frau Abgeordnete, weil ich nicht zweifelsfrei sagen kann, welche Wahrnehmung und was er mit dieser Kabinettsitzung und dem, was da am Rande gesprochen worden ist, meinte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Na ja, er hat ja gesagt, dass sich die unterschiedlichen Wahrnehmungen zwischen BMVg und Auswärtigem Amt bezüglich Zuständigkeiten und wie man mit den Charterflügen umgeht, nicht durch Intervention auf höherer Ebene auflösen ließen und einfach die Ansage: „Das haben die Ressortchefs heute so

entschieden, also nicht diskutieren sondern nur noch machen“, habe nicht verfangen.

Zeuge Dirk Faust: Ja, wäre Spekulation von mir, wie er das gemeint hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Weiter schreibt Ihr Vorgesetzter bezüglich der Diskussion zum Ortskräfteverfahren - ich zitiere; das ist gleiches MAT -:

„Wenn dies erst wieder beim nächsten JF“

- Jour fixe -

„am 22.06. diskutiert wird, ist es auf jeden Fall zu spät, noch vor dem Ende der RV einen Flug durchzuführen (mit den Zeitlinien bzgl. DCN ist es heute schon knapp).“

Zitat Ende. - War es denn möglich, die Leitungsebenen der anderen Ressorts zu Klärung der offenen Fragen schon vor dem nächsten regulären Jour fixe zusammenzubringen? Oder ist dieser Versuch damals wohl gescheitert?

Zeuge Dirk Faust: Das - - Ich weiß nicht, ob da ein Versuch übernommen wurde, die Chefs noch mal zusammenzubringen, ja? Meiner Bewertung nach: Das, was der stellvertretende Abteilungsleiter da zum Ausdruck bringen wollte, war einfach: Uns läuft die Zeit davon, wenn wir jetzt warten bis zum nächsten Jour fixe. - Was aber dann daraus geworden ist, weil er hat das ja nach oben gemeldet, wenn ich es richtig sehe, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Ich komme zu MAT A AA-8.359 VS-NfD, Blatt 22. Und da liegt uns ein Bericht vor von 5-B-2, Herr Stöckl-Stillfried, aus einer Abteilungsleiterbesprechung der Ressorts zum Thema Ortskräfte vom 30. Juli 2021. Darin heißt es - ich zitiere -:

„Charter-Flüge:

Konsens: Derzeit werden diese nicht gebraucht. Aber: Wir brauchen Eventualplanung. BK-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Amt/Gebauer mit Beschreibung der Intention BK'in: „Wir müssen tun, was wir tun können.“ Nicht mehr, aber auch nicht weniger. BK'in habe sich gefragt, was wir öffentlich sagen könnten, wenn AFG-OK mit Aufnahmezusage getötet werde. Dann bliebe uns nur die völlig unbefriedigende Erklärung, dass unsere Visa-Kapazitäten nicht ausgereicht hätten. Sie bitte deshalb die Ressorts um Prüfung, was wir an Unterstützungsmaßnahmen vorsehen könnten. An StM'in M habe sie im Plenum des Kabinetts nach Vortrag BM Seehofer und anschließender Diskussion die Frage gerichtet, ob AA Charterflüge prüfen könne.“

Im weiteren Verlauf dieses Berichts kommen dann auch Sie vor. Ich zitiere wieder:

„Ich habe auf Bitte an Bo.“

- Botschaft -

„Kabul hingewiesen, best practices von Partnern aufzuschreiben. Daraus könnte BReg. nützliche Schlussfolgerungen für eigene Charterflüge ziehen. Auf meine Erwähnung des GBR-Beispiels ... reagierte BG Faust für BMVg sehr dünnhäutig. Er lehne Entsendung Bw-Soldaten ab. Sein Vorschlag: AA möge Visastelle in Kabul eröffnen. Ich habe die dagegen sprechenden Argumente vorgetragen (kein Platz, kein Personal, keine Technik; ... Kabul und ... seien beide Ziel von erheblichen Terroranschlägen gewesen).“

Können Sie mir vielleicht mal darlegen, ob diese Darstellung der Abteilungsleiterbesprechung Ihrer Meinung nach korrekt wiedergegeben ist?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich sehen, bitte?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Frau Abgeordnete, Bestätigung meiner Dünnhäutigkeit, die hier - - und meiner Einlassungen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Können Sie sich an die Einlassung erinnern, dass - -

Zeuge Dirk Faust: Na ja, wenn es hier so steht, mag das so gewesen sein, und ich, mich kennend, will ich das auch jetzt nicht ausschließen. Wenn Sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen, was da drinsteht, ja? Ein deutsches Ressort, was Auslandsvertretungen hat und in der Pflicht ist oder in dessen Portfolio es liegt, Visaanträge zu bearbeiten und auch eine entsprechende Vertretung vor Ort zu haben, verlangt jetzt vom BMVg unter der Begründung, dass man selber kein Personal für diese Auslandsvertretung habe, was dort Visaanträge bearbeiten kann, weil auch eine entsprechende Gefährdung da sei, dass das BMVg Personal nach Kabul verlegt, um dann für dieses Ressort Visaanträge zu bearbeiten. Wenn das so gewesen ist, wie Herr Stöckl-Stillfried das hier schreibt, will ich nicht ausschließen, dass ich da eine gewisse Dünnhäutigkeit aufgezeigt habe.

Und auch das GBR-Beispiel zieht nicht unbedingt. Richtig, auch Großbritannien hat zu diesem Zeitpunkt den eigenen Bereich unterstützt; das war aber für das BMVg nicht handlungsleitend. Ich möchte aber einmal darauf hinweisen, dass das BMVg bereits in Masar-i-Scharif mit eigenem Personal, weil andere dazu nicht in der Lage waren, die Visabearbeitung für 470 Ortskräfte und über 2 000 Menschen in Verantwortung des BMVg durchgeführt hat, obwohl eigentlich andere hier in der Verantwortung gewesen wären - einfach aus der Not heraus, weil wir sonst keine Möglichkeit gesehen hätten, dass die von uns identifizierten Ortskräfte, die alle aufnahmeberechtigt waren, zeitgerecht mit visierten Reisepässen oder Reiseausweisen für Ausländer hätten versorgt werden können und dann zeitgerecht nach Deutschland hätten geholt werden können.

Das ist ja ein interner Schriftverkehr, von dem ich auch bisher keine Kenntnis hatte. Das zeigt aber möglicherweise die Herausforderungen auf,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die in diesem ganzen Prozess des Ortskräfteverfahrens zwischen den Ressorts bestanden haben, und in der Konsensfindung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Einen Moment, die Zeit ist angehalten. - Ich habe das jetzt zugelassen, weil Sie sich zur Sache geäußert haben, und das ist ja für uns ganz hilfreich, das zu hören. Aber ansonsten können wir das nicht so machen, dass wir irgendwie darüber spekulieren: Wenn Sie sich daran nicht erinnern, kann es so gewesen sein ...? - Das ist keine günstige Weise, sich hier einzulassen mit Blick auf das, was wir von Zeugen erwarten.

Deswegen wäre meine Bitte, dann zur Sache zu fragen. Dazu hat er sich jetzt geäußert. Aber zu der eigentlichen Frage, ob Sie sich an den Vorgang erinnern, habe ich verstanden, dass Sie sagen, dass Sie das nicht oder eher nicht tun.

Zeuge Dirk Faust: Herr Vorsitzender, da habe ich mich falsch ausgedrückt. Ich erinnere mich. Ich erinnere mich an diese Besprechung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

Zeuge Dirk Faust: Und ich erinnere mich auch an das Ansinnen, dass wir mit Bundeswehrpersonal in Kabul zur Visabearbeitung unterstützen. Das muss ich jetzt so richtigstellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist gut so. Dann haben wir das nämlich korrekt im Protokoll. Dann ist die Sache auch in Ordnung. - Fahren Sie bitte fort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Herr Vorsitzender, habe ich noch kurz Zeit? Ich würde nämlich gerne noch eine letzte Frage stellen. Dann bin ich nämlich eigentlich auch fertig mit meinen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können Sie.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Ich würde gerne einfach zu dieser Diskussion, über die wir jetzt gerade gesprochen haben, noch abschließend fragen, ob Sie dann eben diese Situa-

tion und auch die Diskussion als lösungsorientiert wahrgenommen haben. Oder anders gefragt: Wurde in dieser Sache zwischen AA und BMVg überhaupt über Lösungsmöglichkeiten diskutiert oder nur Positionen ausgetauscht?

Zeuge Dirk Faust: Es wird ja immer über Lösungsmöglichkeiten gesprochen. Und das war ja auch ein Zeitpunkt - wir reden ja hier vom 30. Juli 2021 -, wo mittlerweile das International Office for Migration in Kabul angefangen hatte, die Arbeit aufzunehmen. Wir standen immer noch vor gewissen Kapazitätsherausforderungen, und das war sicherlich auch eine Möglichkeit eben aus Sicht des Auswärtigen Amtes, orientiert an einem Modell Großbritannien: Wie könnte man das lösen, wenn die Bundeswehr da unterstützt?

Wir hatten aber zu diesem Zeitpunkt eben eine andere Auffassung, und deswegen war es dann halt etwas schwieriger, ja? Aber wichtig - und das ist mir wirklich wichtig herauszustellen -: Bei allen Herausforderungen in der Konsentierung des Ortskräfteverfahrens und: „Wie gehen wir an bestimmte Dinge heran?“ - ja? -, möchte ich schon feststellen, dass übergeordnet, so wie ich das erlebt habe, immer das Interesse da war, gemeinsam zu einer Lösung zu finden und dann das Entsprechende für unsere Ortskräfte im Verfahren zu suchen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende von dieser Runde und eröffnen die nächste. Das Fragerecht ist bei der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte einen völligen Themenbruch hier an der Stelle bei meinen Fragen herbeiführen. Ist es richtig, dass die Unterabteilung SE II innerhalb des BMVg auch für die Ausbildungsmission in Afghanistan verantwortlich zeichnete?

Zeuge Dirk Faust: Was, Herr Abgeordneter, meinen Sie mit „Ausbildungsmission“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Lassen Sie mich die Frage noch ein bisschen weiter formulieren. Es war ja offensichtlich ein Ziel, dass afghanische Sicherheitskräfte in die Lage versetzt werden sollten, nachhaltig und eigenständig die Sicherheitsinteressen in Afghanistan wahrzunehmen, und wir sie dabei unterstützt haben, diesen Zustand zu erreichen.

Dann kann ich die Frage auch gleich ein bisschen einengen. Wie wurde zu der Zeit, als Sie diese Funktion ausgeübt haben, die Sie vorhin beschrieben haben, auch in Ihrer Unterabteilung das Erreichen der Eigenständigkeit der afghanischen Armee als Ziel der Ausbildungsmission Resolute Support bewertet über den Zeitraum hinweg? Haben Sie da Veränderungen wahrgenommen? Und wie haben Sie das eingeschätzt?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, eingeschätzt wurde das positiv. Die Verantwortung lag beim deutschen Einsatzkontingent in Afghanistan in Verantwortlichkeit des entsprechenden Kommandeurs. Er hatte natürlich unterstellt auch multinationale Truppenteile dazu. Und der Name des Kontingents oder in dem Falle des NATO-Bereiches oben war ja Train Advice and Assist Command. Und das sprach ja vom Kernauftrag schon klar davon, dass es hier darum geht, auszubilden, zu beraten und zu unterstützen.

Und während es in den Anfängen des deutschen Engagements in Afghanistan eher so die untere Ebene war, die ausgebildet worden ist, kam es dann im späteren Zuge und insbesondere auch im Verlauf der Resolute-Support-Mission dazu, dass man eher in den Bereich der Beratung hineingegangen ist, also der entsprechenden Kommandeure auf Brigadeebene, auf Kandak-Ebene oder auch auf Korpsebene.

Und hier war es so, dass man schon festgestellt hat, dass das, was man dort tut, wenn es um die Anwendung von militärischen Grundsätzen geht auf der einen Seite, aber auch Dinge, wo jetzt nicht unbedingt das Kämpfen im Vordergrund steht, sondern wenn es um Verfahren geht der Personalführung, wenn es um Verfahren der Instandsetzung geht - - dass natürlich das, was wir dort tun, entsprechend Früchte trägt und zum

Schluss die afghanischen Sicherheitskräfte ihre Operationen weitestgehend selbstständig geplant und geführt haben, und das erfolgreich.

Jörg Nürnberger (SPD): Interessant in dem Zusammenhang ist ein bisschen eine Gegenposition. Wir haben nämlich uns im Ausschuss auch mit den Ergebnissen des Lessons-learned-Programms des Sondergeneralinspektors der US-Regierung für den Wiederaufbau in Afghanistan - schöne lange Bezeichnung, kurz SIGAR - beschäftigt. In dessen Stellungnahme für unsere Expertenanhörung letztes Jahr im März war im Untersuchungsausschuss von Herrn Sopko und seinem Kollegen David Young insbesondere zu hören - - und die Kritik vorgebracht, dass die Abhängigkeit der afghanischen Armee von der militärischen Unterstützung der USA gerade in Bezug zum Ressourcenmanagement, zur Wartung, aber auch militärische Führung ein intrinsisches Problem war, da diese Abhängigkeiten schon in den Grundstrukturen der afghanischen Armee verankert waren.

Unter der Voraussetzung, dass diese Annahme richtig ist: Stehen dann diese Feststellungen im Widerspruch zu der Möglichkeit, tatsächlich eine eigenständige Handlungsfähigkeit der afghanischen Armee zu erreichen?

Zeuge Dirk Faust: Nein, das ist die Frage - -

Jörg Nürnberger (SPD): Oder lässt sich der von mir angenommene Widerspruch anders aufklären?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, Sie hatten mich ja zunächst mal gefragt zu dem, was wir an Ausbildung und auch Beratung gemacht haben. Dazu hatte ich ja ausgeführt. Das sind eben Dinge, die wir, wenn es um Operationsplanung, Durchführung von Operationen geht, aber in der Tat auch logistische Ketten oder auch Personalführung - - Das wurde durchgeführt.

Unbeschadet dessen ist auch unbestritten, dass natürlich die afghanische Armee zu einem hohen Grade von amerikanischen Materiallieferungen und Unterstützungen abhängig war und auch Luftfahrzeuge oder auch Fahrzeuge durch die USA hier geliefert worden sind und damit ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer wie vom SIGAR hier aufgezeigten materiellen Abhängigkeit gar nicht widersprechen will, ja? Solange eine entsprechende Unterstützung gegeben ist, kann natürlich eine Armee mit diesem Materialzufluss und mit dieser logistischen Versorgung mit eigenen Fähigkeiten, Personal, aber auch militärischer Führungskraft entsprechend agieren und bestehen.

Und richtig ist auch, dass in Afghanistan zum Beispiel Einsatz der afghanischen Luftwaffe in sehr vielen Gefechten gefechtsentscheidend war nach meinem Kenntnisstand. Das heißt, ich sehe da zunächst keinen Widerspruch, wenn man zugrunde legt - - Solange eine entsprechende Unterstützung da ist, funktioniert das.

Ob das jetzt intrinsisch schon von Anfang an angelegt war, vermag ich hier nicht zu bewerten.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist dann aber auch gleichzeitig die Schlussfolgerung richtig - oder würden Sie da widersprechen? -, dass ein Entzug dieser Unterstützung tatsächlich dann die Operationsfähigkeit, die Handlungsfähigkeit einer Armee oder hier in diesem konkreten Fall der afghanischen Verteidigungskräfte beeinträchtigen wird? Ich kann die Frage auch noch konkreter formulieren: Hat der Entzug der Unterstützungsleistungen durch die amerikanischen Streitkräfte die Handlungsfähigkeit der afghanischen Armee beeinträchtigt?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, da kann ich nichts zu sagen, weil ich natürlich nicht überblicke, in welchem Umfang und wie Sie Entzug von Unterstützungsleistungen definieren. Das würde auch jetzt weit über meinen Bereich hinausgehen, weil ich natürlich in der Unterabteilung Verantwortung gezeichnet habe für das deutsche Engagement im Train Advise and Assist Command North, auch dort oben mit den entsprechenden ANA-Corps, die durch das deutsche Einsatzkontingent teilweise auch in Person des Brigadegeneral Meyer beim Corps Commander in der Beratung stattgefunden hat und dessen Rückmeldungen bis zum Schluss, was unsere Beratungsleistungen und Unterstützungen und damit auch das entsprechende Unterstützen der afghanischen Fähigkeiten anbetrifft, funktioniert hat und

auch Früchte gezeigt hat. Aber alles andere wäre aus meiner Sicht jetzt für mich spekulativ.

Jörg Nürnberger (SPD): Ohne Sie natürlich zu Spekulationen anleiten zu wollen, kann die Frage auch konkret formuliert werden. Sind Sie davon ausgegangen, dass auch nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte die afghanischen Verteidigungskräfte in der Lage sind, zumindest grundlegend ihre Operationen weiter auszuführen?

Zeuge Dirk Faust: Ja, das bin ich.

Jörg Nürnberger (SPD): Hatten Sie aus der Perspektive hier aus der Berliner Sicht jemals Zweifel an der Loyalität der afghanischen Streitkräfte gegenüber ihren Vorgesetzten und politischen Führungseliten?

Zeuge Dirk Faust: Das kann ich nicht sagen. Das ist - - Ich habe mich mit diesem Gedanken der Loyalität des afghanischen Führungspersonals zu ihrer Führung nicht beschäftigt. Und auch in meiner Erinnerung, in Gesprächen mit Kameraden oder auch in der Abteilung war das, soweit ich mich erinnere, nie Gegenstand von Erörterungen oder Diskussionen. Also, die Loyalitätsfrage haben wir uns nie - -

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie ja vorhin aber ganz ausdrücklich ausgeführt, dass sich diese Unterstützungsmission, diese Ausbildungsmission im Laufe der Zeit derart verändert hat, dass eben nicht mehr nur die untere taktische Ebene beraten wurde oder ausgebildet wurde im klassischen Sinne, sondern dass eben diese Beratungsleistungen auf höheren Ebenen erbracht worden sind. Da ist es doch dann auch denknotwendig - muss man sich eigentlich vorstellen -, dass man dann mit diesen Menschen auch regelmäßig in Kontakt kommt und die dort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten - wahrscheinlich eher Soldaten - tatsächlich auch dann aus diesen Kontakten heraus entsprechende Analysen anfertigen. Aber darüber - und das ist jetzt die Frage - ist offensichtlich mit Ihnen nicht gesprochen worden.

Zeuge Dirk Faust: Nein. Mit mir nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Hat Sie dann aufgrund der bisher getätigten Aussagen der Kollaps der afghanischen Armee innerhalb der wenigen Tage um den Fall von Kabul herum überrascht?

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Oder wie haben Sie ihn wahrgenommen?

Zeuge Dirk Faust: Ich persönlich war überrascht davon, mit welcher Geschwindigkeit die Taliban dort entsprechende Geländegewinne, wie wir militärisch sagen, erzielt haben und wie schnell es dort letztendlich zum totalen Zusammenbruch gekommen ist. Das hatte ich persönlich so nicht erwartet.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gibt zum Beispiel eine Diskussion am 12. August 2021 aus Anlass der Ankündigung der amerikanischen Vertreter, Truppen nach Kabul zu entsenden, um bei einer Evakuierung der amerikanischen Botschaft zu helfen, wo Sie mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter Hoppe und dem Referatsleiter SE I 5 und SE Z mögliche Optionen einer Evakuierungsoperation beraten. Das ergibt sich aus MAT A BMVg-4.317 VS-NfD, die Blätter 313 bis 315. Was war der Gegenstand dieser Beratung? Können Sie sich daran erinnern? Ansonsten können wir es Ihnen auch gern vorlegen.

Zeuge Dirk Faust: Das müsste ich mir anschauen, Herr Abgeordneter.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ja, Herr Abgeordneter, da war ich nachrichtlich beteiligt, aber nicht in diese Erörterungen eingebunden. Wenn ich es jetzt richtig gelesen habe, ging das zwischen dem stellvertretenden Abteilungsleiter und auch dem Abteilungsleiter hin und her. Aus dem Kontext heraus, so wie es hier auch draufsteht, ging es um diese mögliche Evakuierungsoperation der US-Amerikaner und den Hinweis vom stellvertretenden Abteilungsleiter an den Abteilungsleiter, dass hier dann - - Er sagt

ja: Morgen werden wir uns eng mit AA abstimmen.

Ich war zu dem Zeitpunkt schon im Urlaub, bin aber trotzdem nachrichtlich mit drin und habe es dann wahrscheinlich auch im Hintergrund irgendwo gelesen.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Nur mal ganz kurz für mich zur Erinnerung, wann Sie genau in den Urlaub gegangen sind?

Zeuge Dirk Faust: Vom 6. bis zum 27. August.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann würde ich Sie fragen: In den Tagen, bevor Sie in den Urlaub gegangen sind, also 3., 4., 5. August: Mit welchen Erwartungen hinsichtlich einer möglichen Übernahme von Kabul durch Talibanstreitkräfte sind Sie da ausgegangen? Oder war das noch gar nicht Gegenstand Ihrer Überlegungen?

Zeuge Dirk Faust: Das war zu diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand meiner Überlegungen, dass, wie gesagt, das dann auch alles so schnell geht und auch da möglicherweise eine Evakuierungsoperation sich abzeichnet.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen im Nachhinein, nachdem Sie ja da offensichtlich im Urlaub waren, eine Einschätzung des BND in der Sitzung des Krisenstabes der Bundesregierung vom 13. August 21 unter MAT A BMVg-5.212 VS-NfD, Blätter 142 bis 150 bekannt geworden, wonach der BND noch am 13. August die Übernahme Kabuls vor dem 11. September als eher unwahrscheinlich eingestuft hat?

Zeuge Dirk Faust: Das müsste ich bitte sehen aus dem, was Sie da zitiert haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Das Protokoll dieser Krisenstabssitzung.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich das Protokoll gesehen habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Aktiv waren Sie dann wieder am 15.08. In einer E-Mail kommunizieren Sie den Stand der Evakuierung in Kabul. Ich beziehe mich auf MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, die Blätter 200 bis 203 [sic!]. Hier kritisieren Sie, dass das Einsatzführungskommando nicht für eine eventuelle Evakuierung vorbereitet war. Sie schreiben - und ich zitiere -:

„Dass EFK“

- Einsatzführungskommando -

„in dieser Lage, die sich ja seit Donnerstag abgezeichnet hat, über das WE nur einen Sprachmittler mit einem SB im Dienst hat trifft bei mir auf völliges Unverständnis.“

Können Sie uns erläutern, was Ihnen da aufgestoßen ist, und wie Sie das eingeordnet haben?

Zeuge Dirk Faust: Auch das darf ich vielleicht noch mal sehen, Herr Abgeordneter.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Jörg Nürnberger (SPD): Das steht in Zusammenhang mit Ihrem Zitat von vorhin vom Kleckern und Klotzen.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Mhm. - Ja, das steht ja am Ende der Mail, die hat ja der Oberst an Herrn B■■■■ geschrieben. Er hat ja gesagt, das Callcenter ist nur mit einem Sprachmittler und einem Sachbearbeiter besetzt. Das reicht für die 50 PAX, also die da für den Flieger identifiziert werden sollen. Und meine Äußerung, wo ich gesagt habe, da habe ich nur wenig Verständnis, bezog sich natürlich auf den Einsatz dieses einen Sprachmittlers und dieses einen Sachbearbeiters. Da hätte man meiner Auffassung nach im Einsatzführungskommando über das Wochenende natürlich deutlich mehr Personal im Dienst ha-

ben müssen, um dort, wenn es um die Identifizierung von Ortskräften geht, tätig zu werden. Bezog sich also ausschließlich auf die Personalstärke am Wochenende.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben Sie vorhin ausdrücklich mehrmals ausgeführt, dass Sie sehr überrascht waren von diesem schnellen Fall Kabuls. In dieser Fundstelle steht jedoch drin, dass diese Lage - in Anführungszeichen - bereits seit Donnerstag absehbar gewesen sei. Wie führen wir diese zwei Wahrnehmungen zusammen?

Zeuge Dirk Faust: Na ja, es war ja Sonntag, der 15.08, und da rückgerechnet Donnerstag. Sie hatten mich ja gefragt, bevor ich in Urlaub gegangen bin, was ich ausgeführt habe. Dass das der 06.08. war, das ist ja noch weiter zurück - - So. Und das heißt also, hier hatte sich ja mittlerweile, während ich im Urlaub war, eine Lage entwickelt, wo ich dann sage, da hätte man dann sicherlich über das Wochenende mehr Sprachmittler im Einsatz haben können. Das widerspricht aber meiner Bewertung nach nicht meiner Aussage von vorhin, weil das, auf das Sie sich und ich mich eben bezogen habe, nämlich die Zeit vor meinem Urlaub, das war ja vor dem 6.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann können wir die Frage ja - -

Zeuge Dirk Faust: Oder ich habe Sie jetzt falsch verstanden, Herr Abgeordneter.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja, das kann durchaus - - möchte ich Ihnen in keinem Fall widersprechen, dass der Fehler hier auf meiner Seite liegt.

Und dann drängt sich für mich die Frage auf, ab wann Sie denn dann, auch aus dem Urlaub heraus betrachtet, davon ausgegangen sind, dass sich eine gravierende Lageänderung in Kabul einstellen kann. Der späteste Zeitpunkt war offensichtlich der Donnerstag.

Zeuge Dirk Faust: Das weiß ich nicht mehr. - Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. - Also, ich weiß es wirklich nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, als ich in den Urlaub gegangen bin, war die Lage ja noch so, wie ich das geschildert habe, dass ich nicht mit einem entsprechend so schnellen völligen Zusammenbruch gerechnet habe. Und das, was Sie jetzt vorgelegt haben, bezieht sich ja auf einen Zeitraum erst danach, ja?

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich die Frage noch ein bisschen umformulieren oder ergänzen: Was waren denn die Ereignisse und die Anlässe für Sie, davon auszugehen, dass an dem Donnerstag vor dem 15. bereits so eine erhebliche Lageänderung eingetreten war?

Zeuge Dirk Faust: Das war - - Das kann ich nicht sagen. Ich habe diese Mail geschrieben aus der Situation heraus, aus dem Urlaub. Aber das, was Sie jetzt fragen, das übersteigt hier mein Erinnerungsvermögen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich lasse nicht nach, und wenn der Vorsitzende es gestattet, hätte ich trotzdem noch eine Frage: Wie sind Sie dann drauf gekommen, in dieser E-Mail zu sagen, dass diese Lage seit Donnerstag absehbar war?

Zeuge Dirk Faust: Weil möglicherweise - -

Jörg Nürnberger (SPD): Also am Mittwoch noch nicht absehbar, und am Freitag war sie schon manifestiert.

Zeuge Dirk Faust: Ja, jetzt - - ich glaube, ich habe es verstanden. - Auch das kann ich nicht beantworten. Aber es wird zu diesem Zeitpunkt, als ich diese Mail geschrieben habe, sicherlich einen Grund gehabt haben, dass ich dann gesagt habe, das war schon ab Donnerstag absehbar. Das mag sein. Aber was ich damit gemeint habe, als ich das geschrieben habe, ist jetzt so weit zurück, dass ich das nicht erinnere.

Jörg Nürnberger (SPD): Hatten Sie während Ihres Urlaubs den gleichen Zugang zu Informationen aus Ihrem Hause als auch während Ihrer aktiven Zeit? Sie müssen ja Informationen für diese Aussage offensichtlich bekommen haben.

Zeuge Dirk Faust: Ja. Ich habe ja, wie ich das auch ausgeführt habe, im Urlaub meinen Rechner

dabei, auch wenn es da ab und an mal eine Herausforderung in der Kommunikation gab, und habe dann gelegentlich im Hintergrund mitgelesen. Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich würde gern, wenn ich noch ein bisschen Zeit habe - - Dann möchte ich nicht mehr, weil das neue Thema wäre zu ausführlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Wittmann. - Sie haben keine Fragen mehr. Dann die Grünen. - Auch keine Fragen. AfD? - Bitte.

Stefan Keuter (AfD): Ich möchte da weitermachen, wo wir eben aufgehört haben. Herr Faust, gab es irgendwann Diskussionen das Ortskräfteverfahren, um Unruhen zu vermeiden, an die Forderung der Ortskräfte anzupassen, es also für volljährige Kinder oder für Zweit- und Drittfrauen zu öffnen, und, wenn ja, mit welchem Ausgang?

Zeuge Dirk Faust: Also, ich will nicht ausschließen, dass es da Forderungen gab, auch aus der Öffentlichkeit, aus Briefen, Anträgen, Schriftverkehr, die da zahlreich meiner Erinnerung nach eingegangen sind. Aber innerhalb der Ressorts, die mit dem Ortskräfteverfahren befasst waren, erinnere ich nicht, dass wir jemals darüber gesprochen hätten, das Ortskräfteverfahren in dieser Art und Weise auszuweiten. Es war immer Konsens, dass die Kernfamilie, so wie sie im Ortskräfteverfahren definiert war, sich entsprechend bewährt hat.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, bei der Bundeswehr sind nie Szenarien diskutiert worden, eventuell Zweit- und Drittfrauen mitzunehmen und das Ortskräfteverfahren auf volljährige Kinder und ältere Familienan-

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich darum bitten, die Frage nicht so suggestiv zu stellen.

Stefan Keuter (AfD): Ich versuche, das gerade noch mal zusammenzufassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, Sie müssen offen fragen, wenn Sie eine Antwort haben wollen.

Stefan Keuter (AfD): Es gab im Hause der Bundeswehr keine Ausarbeitungen, die dieses Ortskräfteverfahren aufbohren würden?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich Ihnen sagen, wie man das macht, Herr Kollege? „Gab es keine?“ ist eine offene Frage, oder: „Gab es welche?“ ist eine offene Frage. Das ist ja relativ einfach. Vielleicht können Sie so fragen.

Stefan Keuter (AfD): Ich mache mir die Frage zu eigen.

Zeuge Dirk Faust: Meiner Erinnerung nach nicht.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Ich würde Ihnen dann gerne einmal einen Vorhalt machen, und zwar MAT A BMVg-4.753, Blatt 224. Das ist die Anlage 17. Ich habe nämlich da eine Präsentation gefunden vom 28. September 2021, bei der es um die Realisierbarkeit von Vorschlägen zur Erweiterung des Ortskräfteverfahrens geht. Dort wird die Einbeziehung von volljährigen Kindern sowie die Einbeziehung der zweiten Ehefrau als realisierbare Erweiterung des Ortskräfteverfahrens angesehen.

Meine Frage daraufhin: Erinnern Sie sich an eine solche Präsentation, die im BMVg umging und da offensichtlich erarbeitet wurde? Und damit einhergehend: Wurde diese aus Sicht des BMVg realisierbare Erweiterung dann auch umgesetzt, vielleicht auch erst in der Phase 2?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Also, ich erinnere mich nicht an diese Folie, so wie ich sie hier sehe. Und bei allem, was ich vom Ortskräfteverfahren weiß - es ist dann ja auch in einem Thesenpapier auf Staatssekretärebene konsentiert worden -, kann ich mich nicht daran erinnern, dass wir im Ortskräfteverfahren über die Kernfamilie hinausgegangen wären.

Stefan Keuter (AfD): Ihnen ist auch kein Ausnahmefall bekannt? Oder: Ist Ihnen ein Ausnahmefall bekannt, wo das erfolgt ist?

Zeuge Dirk Faust: Also das, was Sie jetzt erfragt haben, ist ja die generelle Regelung.

Stefan Keuter (AfD): Mhm. - Und ich frage jetzt konkret nach Ausnahmen.

Zeuge Dirk Faust: Jetzt fragen Sie nach möglichen Ausnahmen. Ich weiß, dass das Ortskräfteverfahren Ausnahmen zugelassen hat im Rahmen einer Einzelfallentscheidung, wenn sie denn begründet waren, auch immer in Abstimmung mit natürlich dem Auswärtigen Amt und dem BMI. Mir ist jetzt keine Ausnahme erinnerlich, aber ich kann sie natürlich und will sie auch gar nicht ausschließen; denn dass es Ausnahmefälle gab genereller Art, ohne sie jetzt genau spezifizieren zu können, das will ich nicht ausschließen.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Dann möchte ich mit Ihnen noch mal über Charterflüge aus dem Juni 21 sprechen. Die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer wollte gefährdete afghanische Helfer der Bundeswehr vor dem Abzug vereinfacht und schnell nach Deutschland holen. Dieses Vorhaben wurde von vielen Medien aufgegriffen. Laut einem Schriftstück, welches dem Referat SE II 1 zugehen sollte, wurde

„die Ankündigung einer Vereinfachung des Verfahrens vom 17. April weitläufig als Zusage einer Mitnahme bzw. einer Einreiseberechtigung nach DEU missverstanden.“

Dieses „missverstanden“ stammt aus MAT A BMVg-4.753, Blatt 93.

Herr General, haben Sie das auch so wahrgenommen, dass die Aussage von Ihrer Ministerin vom 17. April 21 weitläufig missverstanden wurde? Und, wenn ja, was wurde seitens des BMVg unternommen, um das Missverständnis aufzuklären?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich es mal sehen bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Mhm.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Na ja, das war eine Bewertung vom Ressortbeauftragten. Ich würde mich dem jetzt - - Das ist ja seine Bewertung. Die hat er selber getroffen. Der muss ich mich jetzt nicht zwingend anschließen. Und Maßnahmen haben wir auch nicht getroffen, weil es klar war, wer als Ortskraft berechtigt ist, und - - letztendlich dann diejenigen, die in der Ortskräftebearbeitung - - und solche Anträge aufzunehmen hatten, dann denjenigen, die nicht berechtigt waren, mitgeteilt haben: Nein, das gilt jetzt nicht für Sie, und möglicherweise haben Sie das missverstanden.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Vielen Dank.

Zeuge Dirk Faust: Aber ich würde mir diese Bewertung nicht zu eigen machen wollen.

Stefan Keuter (AfD): Ja. - Während der Evakuierungsmission gab es diverse Evakuierungsanfragen, unter anderem auch von hochrangigen afghanischen Personen. Auch die Abteilung „Strategie und Einsatz“ war mit solchen Anfragen beschäftigt. Beispielsweise leitete der Generalinspekteur Herr Zorn eine Evakuierungsanfrage eines ehemaligen Generals der afghanischen Nationalarmee unter anderem an ihren Abteilungsleiter B. S. zur Prüfung weiter. B. S. antwortete sodann - ich zitiere aus MAT A BMVg-5.117, Blatt 46 -:

„Ich kenne ...“

- geschwärzt -

„flüchtig und kann bestätigen,
dass er dem "Norden" zugetan
war. Allerdings bin ich mir nicht
wirklich sicher, ob er über eine
"blütenreine Weste“ verfügt, ...“

Zitat Ende. - Diese E-Mail erreichte auch Herrn Hoppe, also General Hoppe, der heute im Auswärtigen Ausschuss mit sitzt von Regierungsseite.

Dieser wiederum schrieb daraufhin unter anderem Ihnen - ich zitiere aus besagter Fundstelle; Zitat Anfang -:

„...jetzt fängt es an skurril zu werden...“

...noch nichts unternehmen - mal sehen wie das weiter geht...“

Zitat Ende. - Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Zeuge Dirk Faust: Darf ich ihn bitte sehen?

Stefan Keuter (AfD): Klar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Also, ich erinnere mich nicht an den Vorgang, aber ich war natürlich entsprechend beteiligt, und ich bin mir auch sicher, dass ich ihn zu diesem Zeitpunkt gelesen habe. Aber erinnerlich ist er mir jetzt hier so nicht.

Stefan Keuter (AfD): Haben solche oder ähnliche Sachverhalte regelmäßig auf ihrem Tisch, also „ihnen“ [sic!] jetzt mal kleingeschrieben - -

Zeuge Dirk Faust: Also, es gilt generell festzustellen, dass gerade im Zuge des Zusammenbruchs in Kabul, aber auch danach das BMVg zahlreiche Anfragen erhalten hat aus allen Bereichen des - - Politik, Parlament, Gesellschaft, Firmen, Privatleute, Soldaten, ehemalige Soldaten, die ihre Sorge um Ortskräfte zum Ausdruck gebracht haben und in Einzelfällen um entsprechende Prüfung der Aufnahme von Ortskräften gebeten haben und - -

Stefan Keuter (AfD): In welcher Größenordnung bewegte sich das etwa?

Zeuge Dirk Faust: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen; das ist mir nicht mehr erinnerlich. Und wir haben diese Anträge bei uns geprüft, sofern es Ortskräfte der Bundeswehr waren, die berechtigt waren. Also sofern wir zuständig waren, ha-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben wir diese Fälle bearbeitet. Waren es berechnete Ortskräfte, konnten wir entsprechend dort unterstützen. Wenn es Nichtberechnete waren, konnten wir das nicht tun. Das ist dann auch immer an die jeweiligen Absender - - gab es eine entsprechende Antwort in diesen Fällen.

Es mag auch Fälle gegeben haben, die uns erreicht haben, für die wir gar keine Zuständigkeit hatten. Die haben wir dann weitergeleitet an das zuständige Ressort.

Stefan Keuter (AfD): Das heißt, dieser Fall, der Ihnen vorliegt, ist ja offensichtlich keine Ortskraft.

Zeuge Dirk Faust: Nein, das ist keine Orts-

Stefan Keuter (AfD): Das war ja wohl ein General des Nordens. Das heißt, das ist dann standardmäßig abgelehnt worden. Oder gab es da andere Verfahren?

Zeuge Dirk Faust: Wie das hier ausgegangen ist, kann ich Ihnen nicht sagen, wie gesagt, erinnere ich auch nicht. Auf keinen - - Ich schließe jetzt aus, dass das hier eine Ortskraft war und auch im Ortskraftverfahren Berücksichtigung gefunden hat.

Stefan Keuter (AfD): Wer hat so was dann entschieden, wenn es nicht das Ortskräfteverfahren betraf?

Zeuge Dirk Faust: Generelle Anfragen sind an das Auswärtige Amt gegangen, -

Stefan Keuter (AfD): Danke. - Meine Zeit ist, glaube ich, leider schon überzogen.

Zeuge Dirk Faust: - soweit ich das erinnere.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So ist es. Ich war großzügig zum Schluss. - Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. - Entschuldigen Sie bitte, ich muss noch - - Eine Frage ist mir noch gekommen, die ich gerne noch Ihnen stellen würde. Und zwar, ob es Ihres Wissens im Untersuchungszeitraum Überlegungen gab, die

Bundeswehrliegenschaft am Flughafen nach dem Abzug von Resolute Support ans Auswärtige Amt zu übergeben, damit man die auch nutzen könnte für eine eventuelle Evakuierung der Botschaft an den Flughafen. Gab es da Diskussionen dazu? Wissen Sie das? Und, wenn ja, in welcher Form?

Zeuge Dirk Faust: Welche Liegenschaft meinen Sie jetzt?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Die am Flughafen, also die, die von der Bundeswehr dort genutzt wurde. Die von Resolute Support. Ich kenne den Flughafen jetzt nicht so genau.

Zeuge Dirk Faust: Sprechen Sie von Kabul oder von Masar-i-Scharif?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, ja, ja, ja, auf jeden Fall HKIA.

Zeuge Dirk Faust: Und wann sollte das passieren?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Na, in dem Moment, wo Sie das Resolute Support abge- - Als praktisch die Bundeswehr abgezogen war, ist ja diese Liegenschaft am Flughafen frei geworden, und die hätte man ja dem Auswärtigen Amt übergeben können oder vielleicht dafür sorgen können. Und da war meine Frage: Gab es da Diskussionen in der Richtung?

Zeuge Dirk Faust: Das ist mir nicht Erinnerung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Da wissen Sie - - haben Sie gar keine - -

Zeuge Dirk Faust: Nee, kann ich ihn nichts zu sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Kollegin Jurisch.

Ich habe noch ein paar wenige Fragen bezogen auf das, was der Kollege Nürnberger Sie gefragt



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat, weil mich Ihre Antwort doch ein bisschen verblüfft hat - als Zivilist, füge ich mal hinzu.

Der John Sopko, der hier vorgetragen hat - und auch General Petraeus, mit dem ich darüber gesprochen habe - hat gesagt, es sei offenkundig aus der Sicht der Amerikaner - - und hat uns das hier geschildert -, dass bei Abzug der amerikanischen Unterstützung, insbesondere was die Luftstreitkräfte angeht, es völlig auszuschließen sei, dass jemand die Flugzeuge bedienen kann, wenn die amerikanischen Mechaniker weg sind und die Piloten auch, zumal es sich auf afghanischer Seite weitgehend um Analphabeten gehandelt habe. Das ist eine auch einem militärischen Laien eingängige Schlussfolgerung.

Sie sagten auf die Fragen, die Ihnen der Kollege Nürnberger gestellt hat - und Sie haben sich bezogen auf Ihre Unterstützung, die deutsche Unterstützung und Ausbildungsmission - - Aber diese Schlussfolgerungen, die Herr Sopko da gezogen hat bezogen auf die Verteidigungsfähigkeit der afghanischen Armee, ist das plausibel, oder ist Ihnen dieser Sachverhalt - - Oder haben Sie diesen Sachverhalt anders wahrgenommen? So möchte ich dann mal fragen.

Zeuge Dirk Faust: Das ist jetzt eine generelle Frage, und so kann man es ja auch durchaus vergleichen. Wenn ich eine Armee habe, deren Kampfkraft im Wesentlichen auf logistischer Versorgung und materieller Unterstützung beruht, die sie selber nicht leisten kann, und ich entziehe dieser Armee diese logistische Unterstützung, dann verliert sie ihre Kampfkraft, und dann ist sie nicht mehr schlagkräftig. Das ist eine generelle Feststellung.

Und wenn man jetzt das dagegen spiegelt, was Sopko hier ja offensichtlich gesagt hat, dass seiner Bewertung nach die afghanische Armee von Anfang an so aufgestellt war, dass sie fast ausschließlich auf diese amerikanische Unterstützung angewiesen war und damit bei einem Totalabzug klar war, dass sie dann nicht mehr weiterkampfkraftig ist, dann gibt es auch keinen Widerspruch. Dann kann ich das natürlich - - mich einer solchen Bewertung durchaus anschließen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine letzte Frage, die ich hätte, bezieht sich auf einen Punkt, den auch Herr Nürnberger Sie gefragt hat. Da ging es um das Thema der Loyalität und Moral der afghanischen Truppen. Und als jemand, der ja längere Zeit in Afghanistan gewesen ist und eine militärische Führungskraft ist - - muss nicht auch die Frage betrachtet werden, wie Soldaten, die dort tätig sind - - von wem die bezahlt werden und welches Verhältnis sie zur Regierung haben? Und auch da war die Schilderung, die wir bekommen haben von vielen Zeugen hier erstens, dass die Bezahlung der Soldaten dort dann durch die Taliban erfolgt ist, sozusagen ab da - die wäre sonst weggewesen; die haben ja davon gelebt, ihren Lebensunterhalt dadurch bestritten -, und zweitens, dass ein erhebliches Problem der afghanischen Regierung war, dass sie von der einheimischen Bevölkerung für korrupt gehalten worden ist und insofern die Loyalität gegenüber dieser Regierung eher wenig bestand. Das waren Schilderungen, die wir hier von mehreren Zeugen, auch von Sachverständigen, bekommen haben.

In dem Kontext will ich dann noch mal fragen: Wenn man beurteilt, wie erfolgreich so eine Mission ist oder was eine afghanische Armee leisten kann, ist Ihre Einschätzung der, ich nenne es mal, Moral der Truppe und der Loyalität gegenüber der Regierung, so wie Sie das vorhin gesagt haben - - oder sind das nicht Gesichtspunkte, die betrachtet werden müssen, wenn man das beurteilen will? Das wäre meine Frage. Denn so ist es uns geschildert worden.

Zeuge Dirk Faust: Ja. - Herr Vorsitzender, also von Zahlungen der afghanischen Armee abhängig von den Taliban - - kann ich nicht sagen; das entzieht sich meiner Kenntnis.

Die Wahrnehmung einer korrupten Regierung durch wen auch immer, entweder durch die Bevölkerung, aber auch durch die afghanischen Soldaten, die ja Teil der Bevölkerung waren, mag möglicherweise immer zu Loyalitätskonflikten führen. Ich weiß aber aus eindrücklichen Schilderungen von Gefechten, die die afghanischen Soldaten, die Korpskommandeure, die Brigadekommandeure, die Kandak-Kommandeure in vor-



Nur zur dienstlichen Verwendung

derster Front mit ihren Männern und Frauen gegen die Taliban geführt haben, dass es dort eine sehr hohe Motivationslage für den Kampf gegen die Taliban gab und hier es auch keinerlei Zweifel daran gab, dass die Soldaten loyal zum Beispiel zu ihren Kommandeuren standen.

Inwieweit es jetzt mit der Loyalität eines Korpskommandeurs gegenüber der afghanischen Regierung bestellt war, das vermag ich jetzt nicht zu sagen. Aber natürlich spielen solche Dinge auch immer eine Rolle.

Aber der deutsche Erfolg oder insgesamt der Erfolg in dem, was wir ausgebildet haben - - war ja auch die Frage: Wie schaffen wir es, die afghanische Armee und die Führer erfolgreich im Gefecht bestehen zu lassen? Und da ist das, was wir getan haben - auch da gibt es ja einschlägige Aussagen dazu - schon erfolgreich gewesen. Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wollte ich auch nicht in Zweifel ziehen. Nun muss ich doch eine kurze Abschlussfrage noch stellen, weil Sie mich ein bisschen da hingeführt haben: Ist Ihnen bekannt - und auch das ist ja hier geäußert worden von vielen, von mehreren Zeugen -, dass es Vereinbarungen für einen friedlichen Übergang, also der Machtübergabe an die Taliban, gegeben hat, um zu vermeiden, dass es zu größeren militärischen Auseinandersetzungen in der Schlussphase kommt?

Zeuge Dirk Faust: Ist mir nicht bekannt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. Gut.

Stefan Keuter (AfD): Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir eine letzte Frage?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Stefan Keuter (AfD): Es hat nach Beendigung der militärischen Evakuierungsmission, also am 27. August 21, ein Treffen auf Arbeitsebene gegeben, wo Sie für General Bernd Schütt teilgenommen haben. Bei dieser Besprechung auf Arbeitsebene haben Vertreter des Auswärtigen

Amtes den Vertretern des BMI den Eindruck vermittelt, dass man in einer anschließenden Phase 2 genauso vorgehen wollte wie in der Phase 1. Das stieß bei den Vertretern des BMI auf Unverständnis. Ich zitiere hier aus Fundstelle MAT A BMI-3.236, Blatt 201 [sic!]. Zitat Anfang:

„Vielmehr sollte nunmehr - auch im Hinblick auf die möglicherweise unklaren Identitäten der Personen - zu einem vernünftigen **Ausgleich zwischen humanitärer Verpflichtung und Wahrung der Sicherheitsinteressen** zurückgekehrt werden.“

Zitat Ende. - Dazu meine letzte Frage: Können Sie das Verfahren, welches im Zuge der Evakuierungsflüge angewandt wurde, noch mal in wenigen Sätzen beschreiben, und inwiefern bei diesem Verfahren deutsche Sicherheitsinteressen im Vergleich zu humanitären Verpflichtungen eine Rolle spielten?

Zeuge Dirk Faust: Das kann ich nicht. Also, ich war ja erstens während der Evakuierungsmission selber im Urlaub, und zweitens ist die Evakuierungsmission in Verantwortung der Unterabteilung SE I gelaufen. Und auch zu den Abläufen in Kabul am Flughafen kann ich Ihnen nichts sagen, weil ich nicht dabei war.

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber wir haben doch gerade über diese Ressortbesprechung auf Arbeitsebene gesprochen, Fundstelle MAT A BMI-3.253, Blatt 1 248 - das kann ich Ihnen auch gerne noch mal vorlegen -, wo drinsteht, dass Sie -

Zeuge Dirk Faust: Ja, bitte.

Stefan Keuter (AfD): - an der Besprechung teilgenommen haben.

Zeuge Dirk Faust: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Und da muss es ja wohl zu diesem - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: „Da muss es ja wohl“ - solche Formulierungen taugen für Fragen nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Es gab da wohl ein Spannungsverhältnis zwischen Auswärtigem Amt und BMI, und ich würde gern von Ihnen wissen, ob Ihnen irgendein Spannungsverhältnis hier aufgefallen ist und inwiefern diese Aussage durch Sie verstanden wurde:

„... zu einem vernünftigen **Ausgleich zwischen humanitärer Verpflichtung und Wahrung der Sicherheitsinteressen** zurückgekehrt werden.“

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das jetzt die Abschlussfrage.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dirk Faust: Na gut, Herr Abgeordneter, so wie es hier im Protokoll steht:

„... dass ... das Verfahren der vergangenen Wochen im Zuge ... biometrische Erfassung, Einleitung Sicherheitsabfragen sowie Visumvergabe erst nach Ankunft in DEU“ - -

Also das war offensichtlich das, was hier in Rede steht, ja? Aber wie das dann weiter besprochen worden ist oder was die weiteren Erörterungen waren, kann ich Ihnen nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr General.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, dann darf ich mich auch bei Ihnen bedanken, Herr Zeuge, auch für die Kondition, und würde gerne feststellen, dass es ja auch häufiger so ist, wenn wir hier Soldaten gehört haben, dass die in der Regel mit großer Klarheit antworten. Das erleichtert dem Untersuchungsausschuss seine Arbeit. Dafür will ich mich auch bedanken.

Sie wissen, dass Ihre Vernehmung noch nicht formell abgeschlossen ist, weil Sie das Protokoll zugestellt bekommen und 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen, wenn diese erforderlich sind, oder uns mitzuteilen, wo

Sie Korrekturen für erforderlich halten, und der Ausschuss stellt anschließend die formelle Beendigung fest.

Ich bedanke mich bei Ihnen, wünsche Ihnen alles Gute und schließe die Sitzung um 23.43 Uhr.

(Schluss: 23.43 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Dr. Thomas Zahneisen

Kommentare zum Auszug aus dem Stenografischen Protokoll der 70. Sitzung des 1. Untersuchungsausschuss S. 75 – 122

Seite	Originalzitat	Kommentar
78, linke Spalte	...wenn ich unter normalen Bedingungen --	...wenn ich unter normalen Bedingungen diese Einheit geleitet hätte,
79, linke Spalte	wo es ausschließlich um die Evakuierung geht, --	wo es ausschließlich um die Evakuierung geht, in dieser Funktion tätig
79, linke Spalte	...Deswegen kann ich Ihnen sagen, was...	gemeint war: ...deshalb kann ich Ihnen NICHT sagen, was...
81, linke Spalte	Und dann hatten wir--	Und dann hatten wir die andere Hälfte, die die restlichen Aufgaben am Flughafen übernommen haben
81, rechte Spalte	Drei- bis Vierstundenrhythmus - -	Drei- bis Vierstundenrhythmus in Kontakt mit dem KUT in Kabul, so ...
81, rechte Spalte	Unterstützung aus - -	Unterstützung aus Deutschland organisiert
82, linke Spalte	Als ich dort auf Posten war	Gemeint: als ich Gesandter in der Botschaft Kabul war
82, linke Spalte unten	Weil wir die Leute rausbringen wollten	Weil wir die Leute rausbringen wollten, haben wir letztendlich die Deutschliste ohne ELEFAND aktualisiert.
83, linke Spalte	Es war wirklich so - -	Es war wirklich so, wie im Eingangsstatement geschildert
83, rechte Spalte	Teilgenommen ja, aber nicht --	Teilgenommen ja, aber nicht oft selbst gesprochen
84, linke Spalte	Das heißt, wir brauchten --	Das heißt, wir brauchten ab dann nicht mehr so viel Personal
84, linke Spalte	Aber wir hatten --	Aber wir hatten weiterhin den Schichtbetrieb aufrecht zu erhalten
84, rechte Spalte	Wir hatten ja die Liste fertig	Gemeint: die Liste der deutschen Staatsangehörigen, die sich erst kurzfristig in ELEFAND registriert oder an Krisenpostfach 16 geschrieben hatten

85, rechte Spalte	Wir haben dann eben angefangen, - -	Wir haben dann eben angefangen, K16 systematisch zu sichten.
86, linke Spalte	Wir haben das natürlich auf den Mails , wo ...	Gemeint waren nicht Mails, sondern die relevanten Webseiten des Auswärtigen Amts
86, linke Spalte	Also man konnte praktisch gar nicht mehr	Gemeint: man konnte sich als Nicht-Deutscher praktisch gar nicht mehr ...
86, rechte Spalte	...ein Cut-off-Date beschlossen, wo einfach - -	...ein Cut-off-Date beschlossen, wo einfach die Sichtung des K16 Postfachs eingestellt wurde.
88, linke Seite	Ja. Also, Herr van Thiel --	Ja. Also, Herr van Thiel und Mitarbeiter seines Teams
88, linke Spalte	Also, ich war - -	Also, ich war schon über die Lage auf dem Laufenden
88, linke Spalte	...möglichst die laufenden Eingänge	...möglichst die laufenden Eingänge zeitnah zu sichten, um à jour zu bleiben
88, rechte Spalte	...auch noch ein Problem gewesen, dass natürlich	...auch noch ein Problem gewesen, dass natürlich die Kontaktaufnahme mit den Kollegen vor Ort schwierig war.
89, linke Spalte	Also wir hatten eine Liste, mit der ---	Also wir hatten eine Liste, mit der deutsche Staatsbürger identifiziert werden konnten
89, rechte Spalte	...plötzlich diese --	...plötzlich Laissez-passer, aber gefälscht, vorzeigten.
90, linke Spalte	...letztendlich die Entscheidung treffen muss --	...letztendlich die Entscheidung treffen muss, möglichst viele Personen sicher aus Kabul herauszubringen.
90, rechte Seite	...dem Staatssekretär -- fand ich	...dem Staatssekretär, zu diesem Zeitpunkt , fand ich ...
90, rechte Spalte	Das war dann - - 24.,	Das war dann im Laufe des 24.,
94, linke Spalte	...zentral war, dass wir erst mal den Kern - Hot --	...zentral war, dass wir erst mal den Kernbetrieb aufrechterhalten. Hotline
94, rechte Spalte	Also, 312-gast war -	Also, 312-gast war meine Mailanschrift vor Übernahme des Krisenbeauftragten

	<p>Ich hatte ja gesagt, dass ich</p> <p>Weil ich wegen der Krise mit Marokko noch mein Beglaubigungsschreiben</p>	<p>Ich hatte ja gesagt, dass ich bei 312 in der Postenvorbereitung war.</p> <p>Muss heißen: noch KEIN Beglaubigungsschreiben</p>
94, rechte Spalte	<p>Und natürlich sind zum Beispiel - -</p> <p>, die ich von dem Abgeordneten Hempel (sic!) von den Linken (sic!) bekommen habe</p> <p>Und natürlich haben Leute --</p>	<p>Und natürlich sind zum Beispiel auch in meinem privaten Postfach Bitten um Hilfe aufgelaufen.</p> <p>Gemeint war hier: der Abgeordnete Hampel von der AfD</p> <p>Und natürlich haben Leute mich sofort kontaktiert, es hat sich ...</p>
95, linke Spalte	<p>Weil jede private Nummer, alles wurde</p>	<p>Weil jede private Nummer, alles wurde von Dritten rausgegeben, wurde bekannt</p>
95, linke Spalte	<p>Wenn ich 312-g -- hatte</p>	<p>Wenn ich 312-gast2 als Anschrift hatte,</p>
95, linke Spalte	<p>Ich kann mich eigentlich nur an eine E-Mail von einem Abgeordneten der Linke (sic) erinnern, der mir geschrieben hat</p>	<p>Gemeint war: einen Abgeordneten der AfD (MdB Hampel), s. auch 94, rechte Spalte</p>
96, linke Spalte	<p>Dann wurde nächstmögliche Bestoption --</p>	<p>Gemeint: dann wurde die nächste mögliche beste Option genutzt (d.h. verfügbarer Lufttransport eines befreundeten Staates.)</p>
100, rechte Spalte	<p>Also die Usbeken waren nicht bereit, die Grenze zu Bedingungen aufzumachen, die für uns eine praktikable -- also, zumindest in der ersten Woche, als wir das --</p>	<p>Also die Usbeken waren nicht bereit, die Grenze zu Bedingungen aufzumachen, die für uns eine praktikable und sichere Evakuierung möglich gemacht hätten, also, zumindest in der ersten Woche, als wir das erstmal als Option prüften.</p>
101, rechte Spalte	<p>Und dann hatten wir ja - -</p>	<p>Und dann hatten wir ja vor Ort weiterhin noch Partner.</p>
102, rechte Spalte	<p>Und das hat zu dieser enormen -</p> <p>Es waren auch Länder - - dazu geführt, dass</p>	<p>Und das hat zu diesem enormen Rückstau geführt,</p> <p>Es waren auch Länder, die sich nicht an Absprachen gehalten haben, das hat dazu geführt, dass</p>
103, rechte Spalte	<p>..., die wir routinemäßig -</p>	<p>..., die wir routinemäßig angesetzt haben,</p>

	Wir haben uns für das - - ich nicht persönlich	Wir haben uns für das Anliegen der Luftbrücke eingesetzt, als Amt, also ich nicht persönlich,
104, linke Seite	Diese Sachen kamen dann --	Diese Sachen kamen dann immer indirekt, auf Umwegen zu uns.
104, rechte Spalte	Habe ich --	Habe ich auch nicht von meinem Team gehört.
105, rechte Spalte	Wie ich Ihnen ja auch schon in der ersten Runde schon beantwortet habe -- war keine Voraussetzung, reinzukommen	Wie ich Ihnen ja auch in der ersten Runde schon beantwortet habe, nicht den Zugang zum Flughafen zu regeln, die Liste war keine Voraussetzung, reinzukommen
107, rechte Spalte	Also, ich weiß nicht, ob wir - -	Also, ich weiß nicht, ob wir das Angebot weiterverfolgt haben
107, rechte Spalte	Mitglieder eines uns nicht bekannten Clans einen Auftrag als Vorbedingung für den Transport ...	Gemeint war hier: eine AUFNAHME(ZUSAGE) als Vorbedingung
109, linke Spalte	Ich habe keine Kenntnis davon, dass es solche --	Ich habe keine Kenntnis davon, dass es solche Sitzungen gab.
110, rechte Spalte	Das haben wir immer sehr gut aus--	Das haben wir immer sehr gut ausgebügelt.
111, linke Spalte	Ich habe, ehrlich gesagt, --	Ich habe, ehrlich gesagt, den gleichen Instinkt gehabt.
111, rechte Spalte	..., dass wir jetzt das Ding wirklich - ...denen mitteilen, --	..., dass wir jetzt das Ding wirklich im sehr engen Kreis halten ...denen mitteilen, wann die Busaktion losgeht
113, linke Spalte	Die Kataris waren nicht -- haben keine Transporte	Die Kataris waren nicht mehr bereit, nach dem Anschlag sofort weiterzumachen , haben keine Transporte
113, linke Spalte	2x...Herrn Marquard	Herrn Marquardt
113, rechte Spalte	<u>Der</u> war dann auch an dem Punkt	Gemeint war: MdEP Marquardt
114, rechte Spalte	Wir wussten ja nicht, wie wir --	Wir wussten ja nicht, wie wir die (nicht gemeldeten) Deutschen ausfindig machen konnten.

115, rechte Spalte	Also, ich sehe da jetzt keinen großen Unterscheid zwischen der klassischen Ge --	Also, ich sehe da jetzt keinen großen Unterscheid zwischen der klassischen Gesprächsunterlage und der (erwähnten) Regieanforderung.
116, linke Spaltung	Meine Vermutung ist Urlaub oder --	Meine Vermutung ist Urlaub oder Vertretung,
116, linke Spalte	Er war übrigens auch --	Er war übrigens auch bei 040 aktiv tätig.
116, linke Spalte	Aber oft waren es Infosachen, die bei ihnen aufgelaufen sind und --	Aber oft waren es Infosachen, die bei ihnen aufgelaufen sind und von dort an uns weitergeleitet wurden.
116, rechte Spalte	Er hat mich, glaube ich, auch selbst an --	Er hat mich, glaube ich, auch selbst angesprochen.
116, rechte Spalte	Und ich fand das vollkommen normal, einfach weil er --	Und ich fand das vollkommen normal, einfach weil er die besagten Mails eh alle weitergeleitet bekommen hat.
117, linke Spalte	Insofern war das eigentlich nicht wirklich eine --	Insofern war das eigentlich nicht wirklich eine strenge Unterstellung.
118, linke Spalte	..., das geht ja sehr tief in --	..., das geht ja sehr tief in die Zukunft nach meiner Zeit bei 04.
118, linke Spalte	...Restbestände an Operationen --	...Restbestände an Operationen abgewickelt.
118, rechte Spalte	Unterlagen für den Untersuchungsausschuss fertig gemacht	Gemeint: meine Mails für die Veraktung abgelegt
119, linke Spalte	...als ich noch S03 , in der Abteilung S	Gemeint: Referatsleiter von Referat S03
119, rechte Spalte	... in der Zivilgesellschaft, dann --	... in der Zivilgesellschaft, dann ist das Risiko hoch, dass solche vertraulichen Gespräche geleakt werden.
119, rechte Spalte	Und was kann da --	Und was kann da schiefgehen.
119, rechte Spalte	..., warum man das nimmt	Gemeint war: kann man begründen, warum man das das spezifische Szenario ausgewählt hat